



Presse- und Informationsamt  
der Bundesregierung

*Willkommen auf der Seite*  
**Freiheit und Einheit**



## Die Chronik der Ereignisse

vom 1. Januar 1989 bis zum 3. Oktober 1990

[www.freiheit-und-einheit.de](http://www.freiheit-und-einheit.de)

Die Internetseite zur Friedlichen Revolution und zur Wiedervereinigung Deutschlands

Herausgeber  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
11044 Berlin

Stand: Oktober 2016

## Inhaltsverzeichnis

1. Neue Reiseregulierung, aber keine Reisefreiheit
2. Flucht über Bonner Vertretung
3. Honecker missachtet KSZE-Dokument
4. Leipzig: Gedenkdemo und Verhaftungen
5. Honeckers "mutige" Vorhersage
6. Die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer
7. Honecker schreibt Kohl
8. Ein folgenreicher Beschluss in Budapest
9. Unterhändler in Bonn
10. Flucht mit dem Heißluftballon scheitert
11. Gescheiterte Flucht mit LKW und Leiter
12. Bundesminister sagen DDR-Besuch ab
13. Ausreisedemo in Leipzig: Wir wollen raus
14. Aufbruch: Ab in den Westen
15. DDR bessert Reiseverordnung nach
16. Aufhebung des Schießbefehls
17. Stellvertreter Honeckers in Bonn
18. Besuch aus Niedersachsen
19. Ungarn: Der Eiserne Vorhang bekommt Löcher
20. Gefälschte Kommunalwahl
21. DDR steht vor dem finanziellen Abgrund
22. Bush fordert ein ungeteiltes Europa
23. Gedenkmarsch gegen Verschmutzung der Umwelt
24. Demonstrationen gegen gefälschte Wahl
25. DDR-Regime rechtfertigt Massaker in Peking
26. Leipziger Musikfestival
27. Gorbatschow in Bonn gefeiert
28. Lobrede auf DDR-Erziehung
29. Wider die chinesische Lösung
30. Ungarn unterstreicht seine Haltung
31. Seiters' Antrittsbesuch bei Honecker
32. Sowjetunion gibt Bevormundung auf
33. DDR gibt Ausreiseproblem zu
34. Bürgerbewegung siegt über explosiven Baubeschluss
35. Vertretungen werden geschlossen
36. Protest gegen die Mauer
37. Kohl schreibt an Honecker

38. "Den Sozialismus in seinem Lauf..."
39. Kohl bekommt Antwort aus Ostberlin
40. Lösungssuche für Flüchtlinge in den Botschaften
41. "Paneuropäisches Picknick"
42. Kohl fordert DDR zu Reformen auf
43. Ungarn lässt 108 DDR-Bürger ausreisen
44. Geheimtreffen auf Schloss Gymnich
45. Für eine sozialdemokratische Partei
46. Flüchtlingsströme nehmen zu
47. Horn informiert DDR-Führung über Grenzöffnung
48. nn
49. Elf99 startet: Jugendsendung mit Auftrag
50. Erste Montagsdemo in Leipzig
51. Flüchtlinge strömen weiter nach Ungarn
52. Das Neue Forum entsteht
53. Der Brief aus Weimar
54. Ungarn öffnet seine Grenze
55. Ungarns Grenzöffnung erzürnt die SED-Führung
56. "Demokratie Jetzt"gründet sich
57. Kritik unter geschicktem Deckmantel
58. Kirche übernimmt Verantwortung
59. Kritik aus den eigenen Reihen
60. Ein Gedicht und seine Folgen
61. DDR-Regime lehnt Neues Forum ab
62. Honecker: Alle Konterrevolutionäre wegsperren
63. In Leipzig siegt der Mut über die Stasi
64. Offener Brief an FDGB-Chef Harry Tisch
65. Prag: Genschers erlösende Botschaft
66. Demokratischer Aufbruch gründet sich
67. Zum ersten Mal "Wir sind das Volk!"
68. Mahnwachen in Ostberliner Gethsemanekirche
69. DDR schließt Grenze zur Tschechoslowakei
70. Opposition erhebt gemeinsame Forderungen
71. Revolte in Dresden
72. „Wir treten aus unserer Rolle heraus“
73. Abstruses Schauspiel zum DDR-Geburtstag
74. Jubel und Prügel zum DDR-Jubiläum
75. Plauen –ein fastübersehenes Kapitel
76. Sozialdemokratische Partei in der DDR gründet sich
77. Dresden: "Gruppe der 20"entsteht
78. Erster großer Sieg über die SED-Diktatur

79. Kontroverse in SED über Dialog mit Bürgern
80. Das Neue Forum nimmt Formen an
81. Erste Freilassungen
82. Theatermacher melden sich zu Wort
83. Gefährliches Ständchen zum Abschied
84. 120.000 demonstrieren in Leipzig
85. Honecker geht –Krenz kommt
86. Die Stasi berichtet ungeschminkt
87. Protestbewegung gegen SED-Regime wächst
88. Krenz braucht Geld aus Bonn
89. Zweifel an neuer DDR-Führung
90. Erstes Telefonat zwischen Kohl und Krenz
91. Gefangene kommen frei
92. Die erste genehmigte Demonstration
93. Bürgerrechtler fordern Ende der Diktatur
94. Die Krisenanalyse des DDR-Chefplaners
95. Aus für den "Schwarzen Kanal"
96. Ministerium macht Rauswurf rückgängig
97. Krenz bittet Gorbatschow um Hilfe
98. Wahrheit über Verschmutzung der Umwelt
99. Erst europäische, dann deutsche Einheit?
100. Der Tag der Rücktritte
101. Gemeinsame Erklärung der Bürgerrechtler
102. Prag zieht den Eisernen Vorhang weg
103. Über die Tschechoslowakei in den Westen
104. 500.000 auf dem Berliner Alexanderplatz
105. Milliarden-Beträge und ein Angebot
106. DDR-Führung legt neues Reisegesetz vor
107. Proteste gegen das SED-Regime halten an
108. Eine Regierung verschwindet
109. Neue Gesichter und ein Angebot aus Bonn
110. Die Mauer ist offen!
111. Tag eins nach dem Mauerfall
112. Kundgebung vorm Schöneberger Rathaus
113. Roland Jahn fährt in die Gegenrichtung
114. Deutsch-deutsches Telefongespräch nach Mauerfall
115. Kohl fordert Wandel in der DDR
116. Berlin feiert den Mauerfall musikalisch
117. Stasi-Chef wird zur Lachnummer
118. Die Modrow-Regierung
119. Brandenburger Tor noch immer zu

120. Kohl: Wir stehen am Anfang einer Entwicklung
121. Modrow: "Der Wandel ist unumkehrbar"
122. EG-Sondertreffen in Paris
123. Protest gegen Riesen-Schweineerei
124. Leipziger rufen: "Wir sind ein Volk!"
125. Ein Stück Mauer für den US-Präsidenten
126. Zeitung enthüllt "Koko"-Machenschaften
127. Die Privilegien der höchsten Genossen
128. Pro und contra Sozialismus
129. Kohl wirbt um die Franzosen
130. Kohls Zehn-Punkte-Plan
131. Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Plan
132. Die DDR ändert ihre Verfassung
133. „Staatsfeind“ Jürgen Fuchs in Leipzig
134. Treffen von Gorbatschow und Bush sen.
135. SED-Politbüro tritt zurück
136. SED-Führung sucht Schuldige
137. Die erste Stasi-Besetzung
138. US-Unterstützung auf Nato-Gipfel in Brüssel
139. Genscher verteidigt in Moskau Kohls Zehn-Punkte-Plan
140. Seiders und Modrow streichen Zwangsumtausch
141. Aus für Krenz
142. Premiere für den "Runden Tisch"
143. EG-Gipfel: Tauwetter in Straßburg
144. Deutsch-deutsches Naturschutzprojekt
145. Treffen der Alliierten in Berlin
146. Amnestie: Freilassung der ersten politischen Häftlinge
147. Die Stasi soll sich weiter wandeln
148. Gründungsparteitag des "Demokratischen Aufbruch"
149. Von der SED zur PDS
150. Kohl dankt den Ungarn
151. EG-Abkommen mit der Sowjetunion
152. "Mein Ziel bleibt die Einheit der Nation"
153. DDR hebt endgültig Schießbefehl auf
154. Brandenburger Tor endlich wieder offen
155. Visazwang für Bundesbürger entfällt
156. Der erste Heiligabend ohne Grenze
157. Freiheit, schöner Götterfunken
158. Aufstand bei der NVA
159. Erfolg für Hoffnungsträger im Nachbarland
160. Kein Geld mehr aus Ostberlin

161. Partisanenausbildung am Springsee
162. Kohl: Grund zur Zuversicht
163. Silvesterparty am Brandenburger Tor
164. Reisedevisenfonds ersetzt Begrüßungsgeld
165. Kraftprobe am Verhandlungstisch und auf der Straße
166. Kohl erhält Unterstützung von Mitterrand
167. Lindenberg startet DDR-Tournee
168. Auftakt zu neuen Montagsdemos in Leipzig
169. "Häuser der Demokratie" entstehen
170. Kohl: Polens Westgrenze gilt
171. Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung
172. Volkskammer verabschiedet neues Reisegesetz
173. Niederlage für Modrow-Regierung
174. Stasi-Besetzung in Berlin
175. Symbolträchtige Wanderung im Eichsfeld
176. Hurd: Deutschland muss in der Nato bleiben
177. Runder Tisch stellt unangenehme Fragen
178. Deutsch-deutsche Wirtschaftskommission konstituiert sich
179. Häftlingsfreikauf: letztes Kapitel
180. Der Autor der "wunderbaren Jahre" wieder in Greiz
181. Runder Tisch für vorgezogene Wahlen
182. Honecker in Untersuchungshaft
183. "Modrows Plan" für die Einheit
184. Startschuss für 2+4-Verhandlungen
185. Die "Allianz für Deutschland" entsteht
186. Acht zusätzliche Mitglieder für den Ministerrat
187. Kohl bietet Währungsunion an
188. Oppositionsbündnis schließt sich zusammen
189. Staatliches Komitee zur Stasi-Auflösung gebildet
190. Gorbatschow stimmt Deutscher Einheit zu
191. DDR-Regierung zu Gast in Bonn
192. Beschluss von Ottawa über 2+4-Gespräche
193. Kohl berichtet dem Bundestag
194. Abbau der Mauer im Herzen Berlins
195. Einheit statt Almosen für die DDR
196. Volkskammer beschließt neues Wahlgesetz
197. Schulterschluss in Camp David
198. Vorläufer der Treuhandanstalt entsteht
199. Volkskammer verabschiedet Sozialcharta
200. Bundestag will Oder-Neiße-Grenze anerkennen
201. Erster Direktflug von Frankfurt/Main nach Leipzig

202. Der „Runde Tisch“tagt zum letzten Mal
203. Vorbereitungen für 2+4-Gespräche beginnen
204. Außenministertreffen des Ostblocks in Prag
205. Erste freie Wahlen in der DDR
206. Ziel: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion
207. Annäherung bei deutsch-britischen Konsultationen
208. Point Alpha: Letzte Grenzpatrouille
209. Die Auswirkungen sozialistischer Erziehung
210. Frei gewählte Volkskammer konstituiert sich
211. KSZE-Treffen mit historischem Abschlussdokument
212. Lothar de Maizière wird Ministerpräsident
213. Inoffizielle Note der Sowjetunion an DDR-Regierung
214. Aus Karl-Marx-Stadt wird wieder Chemnitz
215. Neuer Ministerpräsident bekennt sich zur Einheit
216. EG-Außenministertreffen in Dublin
217. Neuer DDR-Ministerpräsident zum ersten Mal in Bonn
218. 55. Deutsch-Französische Konsultationen
219. Bundestag debattiert über Währungsunion
220. Die EG gibt grünes Licht für die Einheit
221. De Maizière besucht Gorbatschow in Moskau
222. Einigung auf Grundzüge der Währungsunion
223. Aus Bezirken sollen Länder werden
224. 2+4-Konferenz startet in Bonn
225. Kommunalwahlen in der DDR
226. DDR und EG wollen stärker zusammenarbeiten
227. DDR-Schulabschlüsse werden anerkannt
228. DDR-Regierung unterstellt Stasi-Akten dem Innenminister
229. Verständigung auf Fonds„Deutsche Einheit“
230. Vertrag zur Währungsunion unterzeichnet
231. Genscher und Schewardnadse treffen sich in Genf
232. Gorbatschows unerwartetes Ja
233. Staatswappen vom Palast der Republik abmontiert
234. Nato-Außenministertagung in Turnberry
235. "Grundsteinlegung" für die Gauck-Behörde
236. Bundeskanzler in den USA
237. DDR-Ministerpräsident in den USA
238. Berlin wächst wieder zusammen
239. Enteignungen sollen rückgängig gemacht werden
240. Volkskammer verabschiedet Treuhandgesetz
241. Tag des Gedenkens und Änderung der DDR-Verfassung
242. Bundestag und Volkskammer garantieren Polens Westgrenze

243. 2+4-Verhandlungen in Ostberlin
244. Parlamentspräsidentinnen reisen gemeinsam nach Israel
245. Beschluss zum Wegfall der Personenkontrollen
246. D-Mark wird Zahlungsmittel in der DDR
247. Verhandlungen über den Einigungsvertrag beginnen
248. Entscheidende Gespräche mit Gorbatschow
249. Die DDR-Treuhandanstalt konstituiert sich
250. Dritte 2+4-Ministerkonferenz in Paris
251. Ende des Fahneneides auf den Sozialismus
252. Neue Länder und Landtagswahlen
253. Regierungen unterzeichnen Wahlvertrag
254. Neue Wahlbündnisse in der DDR
255. Erstes gemeinsames Gedenken an die Maueropfer
256. SPD verlässt große Regierungskoalition
257. Volkskammer sagt Ja zur Einheit
258. Volkskammer verbietet Vernichtung von Millionen Stasi-Akten
259. Deutschland sagt Verkleinerung der Armee auf 370.000 Mann zu
260. Unterzeichnung des Einigungsvertrages
261. Bürgerrechtler kämpfen um die Stasi-Akten
262. Rehabilitierungsgesetz für SED-Opfer verabschiedet
263. Die Kosten für den sowjetischen Truppenabzug
264. Unterzeichnung des 2+4-Vertrags
265. Eine neue Basis für die Beziehungen zu Moskau
266. Zustimmung zum Einigungsvertrag
267. DDR tritt aus dem Warschauer Pakt aus
268. „Deutschlandvertrag“ soll außer Kraft treten
269. Deutschland erhält volle Souveränität
270. DDR-Volkskammer löst sich auf
271. Die Einheit ist Wirklichkeit

## **Chronik-Ereignisse**

### **Neue Reiseregulung, aber keine Reisefreiheit**

1. Januar 1989: In der DDR tritt eine neue Reiseregulung in Kraft. Sie macht mehr Verwandtenbesuche im Westen möglich. Nach wie vor kann das SED-Regime allerdings Reiseanträge aus vielerlei Gründen ablehnen. Von echter Reisefreiheit sind die Menschen in der DDR noch weit entfernt.



## **Keine Reise ohne Pass und Visum**

"Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren", heißt es in Artikel 13 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte". Mit ihrem Beitritt zu den Vereinten Nationen 1973 hat die DDR diese Erklärung anerkannt. Aber das SED-Regime macht keinerlei Anstalten, den Menschen in der DDR das Recht auf Reisefreiheit zu gewähren. Seit 1961 hindern Mauer und Stacheldraht die Menschen daran, ohne staatliche Erlaubnis in den Westen zu reisen. Wer die Grenzanlagen zu überwinden versucht, setzt sein Leben aufs Spiel.

Nach dem Grundlagenvertrag und dem Verkehrsvertrag – beide von 1972 – sind Westreisen aus bestimmten familiären Gründen möglich. In den 1980er Jahren erweitert die DDR die Zahl der Anlässe solcher Verwandtenbesuche. Auch der Kreis der Berechtigten wird größer, indem mehr Verwandtschaftsgrade zugelassen werden. Um endlich mal eine Westreise unternehmen zu können, entdeckt manch einer Onkel und Tanten, die er noch nie im Leben gesehen hat. Die Reiseregelung vom 14. Dezember 1988, die Anfang 1989 in Kraft tritt, dehnt Anlässe und Verwandtschaftsgrade weiter aus.

Nach wie vor ist jede Westreise allerdings mit einer aufwändigen Prozedur verbunden. Anträge sind bei der Volkspolizei zu stellen. Man braucht einen Pass und ein Visum. Und die Volkspolizei kann von der "Arbeitsstelle" eine schriftliche Zustimmung fordern. Gleich zwei lange Paragraphen der Reiseregelung sind den "Versagensgründen" gewidmet – mit derart dehnbaren Bestimmungen, dass die Genehmigungsbehörden kaum Mühe haben, Anträge willkürlich abzulehnen. Das gilt erst recht für "ständige Ausreisen". Zwar sollen sie jetzt auch aus "humanitären Gründen" möglich sein, aber nach wie vor entscheidet das Regime, wer die DDR verlassen kann und wer nicht.

### **"Reisekader"**

Es gibt jedoch auch eine ganze Reihe von DDR-Bürgern, die so gut wie immer, wenn sie wollen, reisen dürfen: die sogenannten Reisekader. Dazu gehören Spitzensportler, Wirtschaftsführer, Politiker, auch manche Wissenschaftler und Künstler. Eine Personengruppe, die in den Augen des SED-Regimes als besonders zuverlässig gilt. Doch auch sie müssen stets ihre Angehörigen in der DDR zurücklassen, wenn sie auf Reisen gehen. Das Regime hat Angst davor, dass sie die Gelegenheit zur "Republikflucht" nutzen könnten. Um das zu verhindern, müssen Verwandte als Geiseln im Lande bleiben.

Die vollständige Reiseregelung: Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Band 6, S. 554 ff. (bislang nicht digitalisiert)

-> [Zum Ereignis Neue Reiseregelung, aber keine Reisefreiheit auf der Webseite](#)

## **Flucht über Bonner Vertretung**

11. Januar 1989: Nach mehreren Tagen der "Besetzung" verlassen mehr als 20 DDR-Bürger die Ständige Vertretung Westdeutschlands in Ostberlin. Ihnen wird Straffreiheit und eine zügige Bearbeitung ihrer Ausreisanträge zugesagt.

### **"Besetzung" soll Ausreise beschleunigen**

Begonnen hat es am 2. Januar 1989: Zunächst besetzen vier DDR-Bürger die Bonner Vertretung in Ostberlin. Sie wollen dadurch ihre Ausreise beschleunigen. Schnell wächst die Zahl auf über 20 Personen an.

Zeitgleich besetzen Ausreisewillige auch die Bonner Botschaft in Prag. Damit nimmt das Problem der Botschaftsbesetzungen zu, obwohl die Führung in Ostberlin zum Jahreswechsel eine **rechtliche Regelung über Reise- und Ausreisemöglichkeiten für DDR-Bürger** geschaffen hat.

Schon seit 1984 haben DDR-Bürger in regelmäßigen Abständen die bundesdeutsche Vertretung in Ostberlin "besetzt". Sie alle wollen dadurch ihren Wunsch durchsetzen, möglichst schnell nach Westdeutschland ausreisen zu können. Im Laufe der Jahre flüchten mehrere hunderte Menschen in die Ständige Vertretung. Mitunter müssen sie tagelang auf ihre Ausreise in die Bundesrepublik warten.

### **"Besetzungen" stören diplomatische Beziehungen**

Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten verschlechtern sich durch die "Besetzungen" über die Jahre zusehends. Die DDR-Regierung wirft der westdeutschen Bundesregierung eine "Einmischung in souveräne Rechte der DDR" und "Erpressung" vor. Im Bonner Kanzleramt spricht man offiziell von einer "nicht unbeachtlichen Störung des innerdeutschen Verhältnisses". Dennoch erreichen die "Botschaftsbesetzer" ihr Ziel: Sie bleiben nach der Besetzung straffrei. Und nach und nach können alle ausreisen.

Das gilt auch für die Flüchtlinge im Januar 1989. Zwar versichert die DDR-Führung, sie werde sich nicht unter Druck setzen lassen. Dennoch können die Ausreisewilligen am 11. Januar die Bonner Vertretung verlassen, ohne Strafe fürchten zu müssen – und mit der Aussicht, dass ihre Ausreisearträge zügig bearbeitet werden.

### **Ansturm immer neuer Flüchtlinge im Jahr 1989 – dramatische Zustände**

In den folgenden Monaten kommt es zu einem rasanten Anstieg der Flüchtlingszahlen in der Bonner Vertretung in Ostberlin: Im August 1989 verharren dort etwa 130 DDR-Bürger. Die Räumlichkeiten der Vertretung geben für die vielen Flüchtlingen aber keine menschenwürdigen Bedingungen her. Es herrschen dramatische Zustände. Daher signalisiert die DDR-Regierung, dass diese 130 Bürger die letzten seien sollen, die über die Vertretung nach Westdeutschland ausreisen dürfen.

### **DDR-Regierung überfordert**

Die DDR-Führung reagiert fast schon verzweifelt und appelliert Anfang August in der Nachrichtensendung "Aktuellen Kamera" an die Bürger der DDR: "Nach dem Völkerrecht haben Vertretungen der BRD keinerlei Rechte und Obhutspflichten gegenüber Bürgern der DDR." Am **8. August schließt die Ständige Vertretung** der Bundesrepublik Deutschland in Ostberlin ihre Tore für neue Flüchtlinge.

-> Zum Ereignis Flucht über Bonner Vertretung auf der Webseite

## **Honecker missachtet KSZE-Dokument**

15. Januar 1989: In Wien unterzeichnen die Teilnehmerstaaten der KSZE, darunter die DDR, das Abschlussdokument der dritten Folgekonferenz. Es enthält ein klares Bekenntnis zur Reisefreiheit. Der DDR-Staats- und Parteichef will sich jedoch nicht daran halten.

### **Das Recht auf Reise- und Ausreisefreiheit**

"Die Teilnehmerstaaten werden das Recht eines jeden ... auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt achten", heißt es in Punkt 20 des Wiener KSZE-Abschlussdokuments. Der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) gehören zu diesem

Zeitpunkt 35 Staaten an, darunter auch die beiden deutschen, die Sowjetunion und die USA. Mit ihrem Bekenntnis zur freien Ausreise unterstreichen die KSZE-Staaten, was bereits in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" von 1948 festgelegt ist.

Einschränkungen, so heißt es weiter, dürften "nicht missbräuchlich und willkürlich angewendet werden, sondern in einer Form, die die wirksame Ausübung dieser Rechte wahrt". Zudem verpflichten sich die Teilnehmerstaaten, das Recht von Personen zu achten, "die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern und sich mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuschließen".

### **Die DDR will Rechte nicht akzeptieren**

DDR-Staatschef Erich Honecker erklärt dem sowjetische Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Kotschew, jedoch: "Wir geben Weisung, dieses Dokument zu unterzeichnen, werden es aber nicht erfüllen." Die Gründung von Menschenrechtsgruppen will das SED-Regime verhindern – indem es die Beobachtungsaufgabe "bereits bestehenden partei- und staatsnahen Organisationen" überträgt, die sie "im Sinne der Politik der DDR wahrnehmen". Dem Leiter der sowjetischen Delegation in Wien, Jurij Kaschlew, sagt Honecker, die DDR denke nicht daran "konterrevolutionäre Aktivitäten" zu legalisieren.

-> [Zum Ereignis Honecker missachtet KSZE-Dokument auf der Webseite](#)

## **Leipzig: Gedenkdemo und Verhaftungen**

15. Januar 1989: Ein Jahr zuvor hat die Stasi in Ostberlin rund 120 Menschen verhaftet, die am Rande der offiziellen Liebkecht-Luxemburg-Kundgebung für ihre Ausreise demonstriert haben. Aus Solidarität gehen jetzt Leipziger Bürgerrechtler auf die Straße. Schon im Vorfeld kommt es wieder zu Verhaftungen.

### **Stasi kann Demonstration nicht verhindern**

Bereits am 11. Januar beginnt die "Initiative zur demokratischen Erneuerung unserer Gesellschaft", 5.000 Flugblätter an Leipziger Haushalte zu verteilen. Die Leipziger Oppositionellen rufen darin zu einer Gedenkdemonstration für Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg auf, die vor genau 70 Jahren ermordet wurden. Das solle "uns Anlass sein, weiter für die Demokratisierung unseres sozialistischen Staates aufzutreten", so die Bürgerrechtler.

Die Staatssicherheit nimmt in der ersten Nacht der Flugblattverteilung vier Oppositionelle fest. Außerdem sammelt die Stasi in einer großangelegten Nachtaktion unzählige der Flugblätter wieder ein. Mit Pinzetten und anderen Hilfsmitteln angeln sie die Flugblätter aus den Briefkästen der Leipziger.

Trotzdem erscheinen am 15. Januar an die 500 Menschen auf dem Marktplatz. Sie demonstrieren für das Recht auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Pressefreiheit. Ein Redner fordert Reformen in der DDR.

### **Polizei greift zu**

Nach den Reden soll der Weg der Demonstranten zum Geburtshaus von Karl Liebkecht führen. Doch nach wenigen Metern löst die Polizei die Demonstration auf und nimmt 53 Demonstranten fest.

Die Polizeiaktion ruft Proteste hervor. Wegen des großen Drucks im In- und Ausland werden die Festgenommenen vier Tage später wieder freigelassen.

## Größte Verhaftungswelle seit 1953

Anlass für die Demonstration sind die Ereignisse vom 17. Januar 1988 in Ostberlin. Die "Kampfdemonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg" gehört zu den Ritualen des DDR-Regimes – an jedem 17. Januar. 1988 gelingt es einer oppositionellen Gruppe, Transparente zu entrollen – mit dem Luxemburg-Zitat "Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden".

Die Stasi verhaftet rund 120 Mitglieder der Gruppe, die größtenteils aus Ausreisewilligen besteht. Die größte Verhaftungsaktion seit dem Volksaufstand am 17. Juni 1953. Als die **Regisseurin Freya Klier** und andere Oppositionelle die Freilassung der Verhafteten fordern, werden auch sie inhaftiert.

Eigentlich wollen sie in der DDR bleiben. Doch mit einem Trick schafft es das Regime, einige der – aus seiner Sicht – gefährlichsten Bürgerrechtler in den Westen abzuschieben. Darunter Freya Klier und ihren damaligen Mann, den Liedermacher Stephan Krawczyk. Aber die Rechnung der Machthaber geht nicht auf: Es tritt keine Ruhe ein, sondern Tausende Menschen in der DDR solidarisieren sich mit der Opposition gegen die Machthaber.

-> Zum Ereignis Leipzig: Gedenkdemo und Verhaftungen auf der Webseite

## Honeckers "mutige" Vorhersage

19. Januar 1989: SED-Generalsekretär Erich Honecker liefert mit einer Prognose über die Lebensdauer der Berliner Mauer einen Satz für die Geschichtsbücher: Auf einer Tagung erklärt er, die Berliner Mauer werde "in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen".

### Der SED-Chef bleibt stur

Gerade erst, drei Tage zuvor, hat die DDR das **Abschlussdokument des Wiener KSZE-Folgetreffens** unterschrieben. Darin heißt es: "Die Teilnehmerstaaten werden das Recht eines jeden ... - auf Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen, und auf Rückkehr in sein Land uneingeschränkt achten." Doch Honecker denkt nicht daran, diese Vereinbarung in die Tat umzusetzen.

Der Staats- und Parteichef der DDR meint, die Mauer werde so lange bestehen, wie die Gründe dafür nicht beseitigt seien: "Das ist schon erforderlich, um unsere Republik vor Räufern zu schützen, ganz zu schweigen von denen, die gern bereit sind, Stabilität und Frieden in Europa zu stören."

Jeder Staat habe zudem die Pflicht und das Recht "seine Bürger vor Ausplünderungen" zu schützen, sagt er. "Die Sicherung der Grenze ist das souveräne Recht eines jeden Staates, und so auch unserer DDR." Als Beispiel für eine "Plünderung" nennt Honecker den Umtauschkurs von West- und Ostmark von 1:7. Das sei für die DDR-Regierung untragbar.

Infografik: Die Mauer im Überblick

### Kirchliche Opposition antwortet mit Offenem Brief

Die Äußerung Honeckers sorgt nicht nur international für Aufmerksamkeit. In einem Offenen Brief reagieren zwei kirchliche Oppositionsgruppen auf die Rede des SED-Generalsekretärs.

Die Mauer sei nicht gegen "irgendwelche Räuber nach außen, sondern vor allem nach innen" gerichtet, heißt es in dem Brief. Die DDR brauche eine "Stabilität durch Gerechtigkeit und nicht eine Stabilität der Angst, die durch innere und äußere Abgrenzungen gesichert werden muss. Wir und unsere Kinder wollen nicht noch 50 Jahre warten."

-> Zum Ereignis Honeckers "mutige" Vorhersage auf der Webseite

## Die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer

5. Februar 1989: Chris Gueffroy ist das letzte Todesopfer an der Berliner Mauer. Er stirbt bei dem Versuch, mit seinem Freund Christian Gaudian in den freien Westen zu gelangen.

### Sehnsucht nach Freiheit endet an der Mauer

Der 20-jährige Gueffroy wollte in der Bundesrepublik ein neues Leben beginnen und seine Träume verwirklichen. Er steht stellvertretend für ein ganzes Land, das den Drang und den Wunsch verspürt, **endlich in Freiheit zu leben**.

Der gelernte Kellner Gueffroy ist ein leidenschaftlicher und talentierter Turner, der drei große Träume hat: Turnweltmeister werden, Amerika sehen und in Freiheit leben. Alle diese Träume enden um kurz nach 23:30 Uhr an der Berliner Mauer – ihr Fall kommt für Gueffroy neun Monate zu spät.

Im Film erklärt: **Eingemauert - Die Berliner Mauer**

### Wehrdienst in der DDR-Armee - für Gueffroy ein Grund zur Flucht

Gueffroy soll im Laufe des Jahres 1989 zum Militärdienst. Das kann und will sich der Jugendliche nicht vorstellen. Von einem Freund, der seinen Wehrdienst bei den Grenztruppen ableistet, erfährt er, dass der Schießbefehl an der Berliner Mauer weitestgehend eingestellt worden sein soll. Gueffroy und sein Freund Christian beschließen, in die Bundesrepublik zu fliehen. Beide Freunde schaffen es auch, nahezu jede Absperrung zu überwinden.

Doch kurz vor dem rettenden Ziel werden sie von Grenzsoldaten massiv beschossen. Chris Gueffroy fällt, mehrmals getroffen, zu Boden und liegt leblos vor seinem Freund. Er stirbt innerhalb weniger Minuten. Ein Schuss eines Grenzsoldaten hat ihn direkt ins Herz getroffen. Gueffroys Tod kommt einer Hinrichtung gleich, da der Grenzsoldat aus weniger als 40 Metern unentwegt auf die Jugendlichen gefeuert hat.

Infografik: **Der Aufbau des Todesstreifens**

### Personalausweis "überwindet" die Mauer

Der Freund Christian Gaudian fällt verletzt, aber lebend, zu Boden – auf der Ostseite der Mauer. Im letzten Augenblick wirft er geistesgegenwärtig seinen Personalausweis auf die andere Seite des Zauns, so wird sein Name durch die westlichen Medien schnell bekannt. Als Gaudian in der anschließenden Haft keine Auskünfte über den Fluchtversuch macht, droht man ihm, seinen verwundeten Fuß nicht zu behandeln.

Gaudian wird drei Wochen später vom Stadtbezirksgericht Pankow wegen "versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts in schwerem Fall" zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt. Am 17. Oktober 1989 kauft ihn die Bundesrepublik jedoch frei.

### Journalisten machen Druck

Zur Beerdigung des jungen Chris Gueffroy kommen neben Verwandten und Freunden auch westliche Journalisten. In den folgenden Wochen erhöht sich der Druck der westlichen Medien auf das DDR-Regime. Im April 1989 **hebt es den Schießbefehl**, zunächst nur informell für die Grenzsoldaten, auf. Offiziell wird der Schießbefehl erst am **21. Dezember** aufgehoben - sechs Wochen nach dem Mauerfall.

An der Stelle, an der Chris Gueffroy erschossen wurde, erinnert seit 2003 eine Gedenkstätte an sein Schicksal.

-> Zum Ereignis Die letzten Todesschüsse an der Berliner Mauer auf der Webseite

## Honecker schreibt Kohl

10. Februar 1989: In einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl widmet sich DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker nur einem großen Thema: der Abrüstung in Ost und West. Kreml-Chef Michail Gorbatschow ist da schon sehr viel weiter.

### Annäherung zwischen den Vormächten

Am Neujahrstag haben die Menschen in den USA und der Sowjetunion eine denkwürdige Premiere erlebt: Mit Neujahrsansprachen haben sich der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow an die amerikanische und US-Präsident Ronald Reagan an die sowjetische Bevölkerung gewandt. Mitte 1988 ist der Vertrag beider Staaten über die Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Kraft getreten. Gorbatschow hat in seiner Ansprache gesagt, das Jahr 1988 habe zahlreiche positive Veränderungen gebracht. "Amerikaner scheinen dabei zu sein, die Sowjetunion wiederzuentdecken – und wir sind dabei, Amerika wiederzuentdecken. Befürchtungen und Argwohn machen allmählich Vertrauen und Gefühlen gegenseitiger Zuneigung Platz... Wir in der Sowjetunion sind für umfangreiche Beziehungen zwischen unseren Völkern."

Und Reagan: "Zwischen unseren Ländern gibt es noch Differenzen, die auch in den kommenden Jahren bestehen bleiben werden. Doch ich sehe mit Zuversicht, dass wir 1988 Zeugen von Fortschritt gewesen sind, der – wenn wir achtsam und umsichtig sind – über Jahre weitergehen kann." Sein Nachfolger George Bush sen. werde den gleichen Kurs wie er mit Engagement fortsetzen. Trotz der Differenzen seien die beiden Nationen fähig gewesen, eine "gemeinsame Basis" bei den Themen Menschenrechte, Abrüstung, regionale Konflikte und bilaterale Probleme zu schaffen.

### Honecker kennt nur ein Thema

Nun also schreibt DDR-Staats- und Parteichef Honecker an Bundeskanzler Kohl. "Die Deutsche Demokratische Republik", so Honecker, "sieht nach wie vor in der aktiven Förderung des Abrüstungs- und Entspannungsprozesses durch beide deutsche Staaten den Kern des politischen Dialogs, den ich mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, fortführen möchte". Die DDR und die Bundesrepublik könnten "wahrhaftig Schrittmacherdienste für gegenseitige Vertrauensbildung" leisten.

Honecker wiederholt eine Anregung, die er bereits zuvor gemacht hat: einen "heißen Draht" zwischen Ostberlin und Bonn einzurichten – oder "ständige gemischte Beobachtungsposten an strategisch wichtigen Punkten".

Auf andere Themen geht Honecker mit keiner einzigen Silbe ein. Der SED-Chef lässt damit einmal mehr erkennen, dass er von Gorbatschows Reformpolitik und dessen Annäherung an den Westen nichts hält.

-> Zum Ereignis Honecker schreibt Kohl auf der Webseite

## Ein folgenreicher Beschluss in Budapest

28. Februar 1989: Das Politbüro der ungarischen KP, der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, fasst einen folgenreichen Beschluss: die elektronischen Grenzsperranlagen an der Grenze zu Österreich abzubauen. Für die Menschen in der DDR eröffnet sich dadurch im Sommer ein neuer Fluchtweg.

### Marode Signalanlagen

1966 hat Ungarn seine 350 Kilometer lange Grenze zu Österreich mit elektronischen Grenzsperranlagen gesichert. Gut 20 Jahre später sind die Anlagen marode und für eine Sanierung hat das Land kein Geld. Ende 1988 hat der neue Ministerpräsident Miklós Németh deshalb die Wartungskosten für die Signalanlagen aus dem Haushalt gestrichen.

Parteichef Karoly Grosz will die Anlagen erst 1990 abreißen lassen, aber das ungarische Innenministerium möchte schneller handeln – und gibt den Befehl aus, am **2. Mai 1989** mit dem Abbau zu beginnen. Tatsächlich starten an diesem Tag die Abrissarbeiten.

### Gorbatschow sieht "kein Problem"

Da Ungarn noch Mitglied des kommunistischen Militärbündnisses, des Warschauer Paktes, ist, braucht es allerdings die Zustimmung Moskaus. Am 3. März 1989 informiert Ministerpräsident Németh den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Seine Antwort: "Ich sehe da, ehrlich gesagt, kein Problem."

### SED-Führung schätzt Folgen falsch ein

Welche Folgen der ungarische Schritt haben wird, übersehen die Machthaber in Ostberlin zunächst. Erst am 6. Mai 1989 informiert Verteidigungsminister Heinz Keßler seinen Genossen Honecker über den Abbau der Sicherungsanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze. Zum Ausgleich, so schreibt Keßler, werde Ungarn den Streifendienst verstärken, das Netz der Beobachtungstürme erweitern, in schwer passierbarem Gelände mehr berittene Grenzstreifen einsetzen und die Bevölkerung des grenznahen Raumes "effektiver" in die Grenzsicherung einbeziehen.

Die Staats- und Parteiführung in Ostberlin ahnt also nicht, welche Folgen die ungarischen Maßnahmen haben, die am 2. Mai 1989 beginnen – und von denen die Menschen in der DDR durch die Westmedien erfahren.

-> Zum Ereignis Ein folgenreicher Beschluss in Budapest auf der Webseite

## Unterhändler in Bonn

1. März 1989: Zum ersten Mal in diesem Jahr ist ein DDR-Funktionär im Bundeskanzleramt zu Gast, den in der Öffentlichkeit kaum jemand kennt: Alexander Schalck-Golodkowski. Seine Daueraufgabe: für den SED-Staat Geld beschaffen.

### Die Dauermisere der DDR

Die zentrale Lenkungswirtschaft der DDR – im Volksmund "Planwirtschaft" – ist ein einziger Misserfolg. Es gelingt weder, die Bevölkerung ausreichend mit Waren des täglichen Bedarfs zu versorgen, noch, innovative Produkte für den internationalen Markt herzustellen. Andererseits leistet sich die SED-Diktatur die Subventionierung mancher Grundnahrungsmittel und einen riesigen Staats- und Funktionsapparat.

Zudem ist die DDR-Mark eine Währung, die sich nicht in andere Währungen umtauschen lässt. Um dringend benötigte Waren aus dem "NSW", dem "nicht-sozialistischen Wirtschaftsgebiet", einführen zu können, braucht die DDR also frei konvertierbare Devisen, beispielsweise D-Mark oder US-Dollar.

### **Die Rolle des Unterhändlers**

Oberster "Devisenbeschaffer" der DDR ist bereits seit 1966 der Leiter des "Bereichs Kommerzielle Koordination", der Stasi-Offizier "im besonderen Einsatz" **Alexander Schalck-Golodkowski**. 1983 hat er mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß einen Milliardenkredit für die DDR vereinbart. 1988 ist es Schalck-Golodkowski gelungen, mit Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble eine deutlich höhere "Transitpauschale" auszuhandeln: Für die Benutzung der Transitstrecken von und nach West-Berlin sollte die Bundesregierung von 1990 bis 1999 jährlich 860 statt 525 Millionen D-Mark bezahlen – plus 55 Millionen für den Durchgangsverkehr nach Polen oder in die Tschechoslowakei. Als Gegenleistung hat sich die DDR zur "Reinhaltung" der Elbe verpflichtet, also dazu, in den Fluss weniger giftige Abwässer einzuleiten.

Die Verschmutzung der Flüsse Elbe und Werra ist auch Thema bei dem Treffen am 1. März 1989. Außerdem geht es um den Ausbau der Eisenbahnstrecke Hannover-Berlin. Auch hierfür will Schalck-Golodkowski vor allem – Geld.

-> Zum Ereignis Unterhändler in Bonn auf der Webseite

## **Flucht mit dem Heißluftballon scheitert**

8. März 1989: Die Wetterbedingungen am Abend des 7. März sind günstig für eine Ballonfahrt in den freien Westen. Doch aus Angst davor, festgenommen zu werden, steigt Winfried Freudenberg überhastet in den Ostberliner Himmel auf und stürzt Stunden später im West-Berliner Zehlendorf ab.

### **Flucht lange vorbereitet**

Winfried Freudenberg, studierter Elektroingenieur, hat die Flucht mit seiner Frau Sabine lange und genau geplant. Immer wieder kauft das Ehepaar Polyäthylenfolie in kleinen Mengen. So wollen sie verhindern, dass ihre Einkäufe Verdacht erregen. Denn die Freudenbergs wollen die Folie, die Kleingärtner für Frühbeete verwenden, für den Bau ihres Fluchtballons verwenden.

Heimlich bauen sie nachts an ihrem Ballon – 13 Meter hoch mit einem Durchmesser von 11 Metern. Eine 40 Zentimeter lange und zwei Zentimeter starke Holzleiste darunter soll Freudenberg und seine Frau nach West-Berlin tragen.

### **Frühzeitige Entdeckung mit tragischen Folgen**

Zusammen verlassen die Freudenbergs gegen Mitternacht ihre Wohnung am Prenzlauer Berg und fahren nach Berlin-Blankenburg, einem Vorort an der nordöstlichen Stadtgrenze. Dort arbeitet Freudenberg seit einiger Zeit in einer Reglerstation für die Berliner Gasversorgung. Er hat die Arbeitsstelle ganz bewusst angenommen, denn er will das Gas für seinen Ballon nutzen.

Langsam richtet sich der große Ballon auf und leuchtet weiß im Berliner Nachthimmel. Ein Arbeiter, der noch spät auf dem Heimweg ist, entdeckt den Ballon und ruft die Volkspolizei. Der Ballon ist noch nicht ausreichend mit Gas für Winfried und Sabine Freudenberg gefüllt, als ein Streifenwagen vor der Station hielt. Aufgeregt entscheidet sich das Ehepaar, sich zu trennen. Winfried Freudenberg startet allein in den



Nachthimmel, seine Frau bleibt zurück und wird sofort verhaftet. In einem späteren Prozess wird sie zu drei Jahren auf Bewährung verurteilt.

### **Letztes Opfer der innerdeutschen Grenze**

Schneller und höher steigt der Ballon auf. Das hatte der 32-Jährige anders berechnet, ebenso die Kälte unterschätzt. Auf der dünnen Holzleiste kauend, überquert er so unbemerkt die Grenze nach West-Berlin. Nach etwas mehr als fünf Stunden stürzt der selbstgebaute Ballon in Berlin-Zehlendorf ab. Der Ballon verfängt sich in den Bäumen auf der Potsdamer Chaussee nahe der Spanischen Allee. Die Leiche von Winfried Freudenberg wird erst Stunden später im Vorgarten eines Hauses in der Limastraße gefunden.

Winfried Freudenberg gilt als letztes Opfer der innerdeutschen Teilung. Sein Tod sorgt für Aufsehen und Bestürzung: Wie verzweifelt müssen die Bewohner der DDR sein, wenn sie eine so gefährliche Flucht wagen?

**Infografik: Von Übersiedlern und Flüchtlingen**

-> [Zum Ereignis Flucht mit dem Heißluftballon scheitert auf der Webseite](#)

## **Gescheiterte Flucht mit LKW und Leiter**

10. März 1989: Drei Männer versuchen, mit einem LKW die Berliner Mauer bei Staaken in Richtung West-Berlin zu durchbrechen. Doch ihr Plan scheitert.

### **Die Mauer ist unüberwindbar**

Ein 27-jähriger Student und seine zwei Begleiter wollen mit einem großen LKW zwei Grenzzäune durchbrechen und an die eigentliche Mauer aus Beton heranfahren. Mithilfe einer Leiter wollen die drei Männer die 3,60 Meter hohe Mauer überwinden.

Aber der Plan misslingt: Zwar können die Männer mit ihrem LKW den ersten Grenzzaun durchbrechen, im zweiten Zaun bleiben sie jedoch mit ihrem großen Fahrzeug stecken. Schnell steigen sie aus und flüchten zu Fuß weiter. Doch sie lassen nicht nur den LKW zurück, sondern auch die Leiter. Die hohe Mauer wird so zum unüberwindbaren Hindernis.

Obwohl eine weitere Flucht unmöglich ist, beschießen die DDR-Grenzsoldaten die Flüchtenden. Ein Mann wird durch Schüsse in beide Oberschenkel verletzt. Die Männer erkennen, dass ihre Flucht hier endet und ergeben sich. Sie werden verhaftet beziehungsweise ins Haftkrankenhaus gebracht.

-> [Zum Ereignis Gescheiterte Flucht mit LKW und Leiter auf der Webseite](#)

## **Bundesminister sagen DDR-Besuch ab**

12. März 1989: Eigentlich wollen Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann und Bundesbauminister Oscar Schneider zur Leipziger Frühjahrmesse in die DDR reisen. Doch sie sagen ihren Besuch ab. Denn wieder haben DDR-Grenzer auf Flüchtende geschossen.

### **Schüsse an der Grenze**

Am 10. März hatten drei Männer versucht, die Grenze bei Berlin-Staaken zu überwinden. Doch die Grenzsoldaten feuerten Schüsse auf die fliehenden Männer ab und verhinderten so ihre Flucht in die Freiheit. Bundesminister Haussmann rügt den wiederholten Gebrauch der Schusswaffe an der Grenze als "fortgesetzte Menschenrechtsverletzung".

### **Absage als Protest**

Die Bundesregierung sagt den geplanten Besuch der Bundesminister Haussmann und Schneider ab. Sie will damit gegen die erneuten Schüsse an der Grenze protestieren. Die Absage ist aber auch ein Protest gegen die Lüge des SED-Regimes, es gebe keinen Schießbefehl an der Grenze.

Erst am 3. April hebt die DDR-Führung den Schießbefehl auf, der offiziell nie existiert hatte. Doch zunächst erfahren die DDR-Bürger nichts davon. Nur in den DDR-Grenztruppen wird die **Aufhebung des Schießbefehls** mündlich weitergegeben. Offiziell wird das Ende des Schießbefehls erst am **21. Dezember** beschlossen.

### **Retourkutsche**

Die DDR-Führung reagiert auf den abgesagten Besuch von Haussmann und Schneider auf ihre Weise. Sie sagt kurzerhand den geplanten Besuch von Bundesumweltminister Klaus Töpfer auf der Leipziger Frühjahrsmesse ab.

-> Zum Ereignis Bundesminister sagen DDR-Besuch ab auf der Webseite

## **Ausreisedemo in Leipzig: Wir wollen raus**

13. März 1989: Nach einem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche gehen 300 DDR-Bürger, vorwiegend Ausreisewillige, auf die Straße. In Sprechchören rufen sie: "Wir wollen raus! Wir wollen raus!"

### **Die Messebesucher aufmerksam machen**

Die Ausreisewilligen nutzen das Interesse an der Leipziger Frühjahrsmesse, um auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. Neben Ausstellern und Besuchern sind in Messe-Zeiten auch viele westliche Journalisten in Leipzig. Schon seit Herbst 1987 haben Leipziger an den Montagen der Messe für ihre Ausreise demonstriert.

Obwohl viele westliche Journalisten am 13. März 1989 direkt vor Ort sind, entschließt sich die Volkspolizei einzugreifen. Es kommt zu etlichen Verhaftungen.

### **Aktion "Auslese"**

Die Staatssicherheit reagiert mit der Aktion "Auslese": Um die Situation in Leipzig und Umgebung zu beruhigen, soll es bis zu 4.000 Ausreise-Antragstellern bis zum Kirchentag im Juli 1989 gestattet werden, tatsächlich aus der DDR auszureisen.

Der Entspannungseffekt, den sich das SED-Regime erhofft, tritt jedoch nicht ein. Im Gegenteil: Fortan gehen immer mehr Menschen zu den Friedensgebeten.

-> Zum Ereignis Ausreisedemo in Leipzig: Wir wollen raus auf der Webseite

## Aufbruch: Ab in den Westen

26. März 1989: Die "Welt am Sonntag" veröffentlicht Zahlen des Bundesnachrichtendienstes, wonach die DDR-Regierung davon ausgeht, dass bis Ende 1989 bis zu 1,5 Millionen Bürger das Land verlassen und in die Bundesrepublik übersiedeln wollen.

### Immer mehr wollen ausreisen

"Wir hatten die Informationen von Gewährsleuten aus dem SED-Zentralkomitee", erinnert sich Hans-Georg Wieck, von 1985 bis 1990 Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND). Der BND war überzeugt, dass die Informationen stimmten, denn die steigenden Ausreisewünsche ergaben sich auch aus anderen Quellen. Besonders groß ist dieser Wunsch im Süden der DDR, wo nahezu jeder zehnte Bürger seine Heimat verlassen will.

### Infografik: Von Übersiedlern und Flüchtlingen

### Manfred Stolpe zweifelt an BND-Zahlen

Der Zahl von 500.000 Ausreisearträgen und damit 1,5 Millionen Ausreisewilligen widerspricht vor allem Manfred Stolpe. Der damalige Konsistorialpräsident teilt mit, die evangelische Kirche der DDR gehe von rund 60.000 Anträgen für etwa 150.000 Personen aus. Die Zahl des BND enthalte schlicht "eine Null zu viel".

Der ehemalige BND-Präsident Wieck dazu: "Stolpe hatte ja ein Interesse daran, dass die Unruhe nicht noch größer und das System nicht destabilisiert wird, er war ja offizieller Vertreter der Kirchen in der DDR."

Die heute bekannten Zahlen sprechen eindeutig für ein großes Verlangen der DDR-Bürger, in die Bundesrepublik überzusiedeln: Allein im März 1989 flüchteten 5.671 Menschen in den Westen, zusätzlich dürfen 4.487 ausreisen.

-> Zum Ereignis Aufbruch: Ab in den Westen auf der Webseite

## DDR bessert Reiseverordnung nach

1. April 1989: Kaum ist am 1. Januar 1989 die neue Reiseverordnung in Kraft getreten, sind in der Bevölkerung Proteste dagegen laut geworden. Zumindest in einem Punkt sieht sich das SED-Regime gezwungen, die Verordnung nachzubessern.

### Proteste gegen die neue Verordnung

Bereits am 27. Januar 1989 hat das Ministerium für Staatssicherheit seitenlang über den wachsenden Missmut **berichtet**. Die Verordnung stelle keine Neuregelung zum Reiseverkehr dar, die bisherige Genehmigungspraxis sei lediglich schriftlich fixiert worden, zitiert die Stasi aus den Protestbekundungen. Die Verordnung werde nur als "taktischer Schachzug der Regierung" gesehen, die neuen Regelungen seien zu unkonkret und überwiegend Kann-Bestimmungen. Zudem, so berichtet die Stasi, werde kritisiert, dass immer noch keine "touristischen Reisemöglichkeiten" in den Westen bestünden.

In einer "streng vertraulichen" **Information** hat DDR-Innenminister Friedrich Dickel dem ZK-Sekretär für Sicherheit, Egon Krenz, am 10. Februar mitgeteilt: Im Januar 1989 sind 95.145 Reiseanträge genehmigt worden, in 67.323 Fällen haben die Behörden Anträge gar nicht erst entgegengenommen – "wegen fehlender Voraussetzungen".

Zu diesen "fehlenden Voraussetzungen" zählt vor allem diese: Die Anträge auf Privatreisen sind nicht möglich, wenn angeheiratete Verwandte den Anlass bieten; wenn beispielsweise der Ehemann der eigenen Tante einen runden Geburtstag feiert, nicht die Tante selbst. Das war bis zur neuen Reiseverordnung anders.

### **Krenz schreibt Honecker**

Nur in diesem Punkt ist das SED-Regime bereit zu reagieren. In einem **Schreiben** an den "lieben Genossen Erich Honecker" schlägt Krenz folgende Formulierung vor: "Anträge auf Privatreisen zu Tanten, Onkeln, Nichten und Neffen können auch zu den Ehegatten gestellt werden."

Allerdings betont Krenz: "Dem Ersuchen auf Mitreise minderjähriger Kinder sollte nicht zugestimmt werden." Das Wörtchen "nicht" ist unterstrichen. Damit will der ZK-Sekretär erreichen, dass nicht ganze Familien zu Verwandtenbesuchen in die Bundesrepublik reisen und womöglich dort bleiben. Es bleibt also bei der Praxis, dass stets nahe Angehörige in der DDR zu bleiben haben – quasi als Geiseln.

Honecker schreibt auf den Krenz-Brief: "Einverstanden. EH". Damit kann die "Erste Durchführungsbestimmung" zur neuen Reiseverordnung am 1. April 1989 in Kraft treten.

-> **Zum Ereignis DDR bessert Reiseverordnung nach auf der Webseite**

## **Aufhebung des Schießbefehls**

3. April 1989: Innenpolitisch bereits geschwächt, entschließt sich SED-Generalsekretär Erich Honecker zu einer entscheidenden Veränderung des Grenzregimes: Der Schießbefehl, der offiziell nie existiert hat, wird aufgehoben.

### **Honecker unter Druck**

Seinen Entschluss begründet Honecker intern mit der angespannten politischen und gesellschaftlichen Lage im Land – und mit dem nationalen und internationalen Druck, der durch den **Tod von Chris Gueffroy** am 5. Februar an der Berliner Mauer entstanden ist.

Hinzu kommt, dass Honecker durch die Entspannungspolitik des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow immer stärker in die Defensive gerät.

**Infografik: Der Aufbau des Todesstreifens**

### **Keine Schüsse auf fliehende Menschen**

Der Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee und Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Generaloberst Fritz Streletz, **informiert** hochrangige Militärs der DDR-Armee darüber, dass Honecker informell die Aufhebung des Schießbefehls angeordnet habe.

Honecker habe befohlen: "Es darf nicht auf fliehende Menschen geschossen werden, wenn es keinen Schießbefehl gibt. (...) Es gilt zu beachten: Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schusswaffe anzuwenden."

Die Aufhebung des Schießbefehls wird in den DDR-Grenztruppen in den kommenden Tagen mündlich verbreitet, dringt aber nicht nach außen.

Am 28. April gibt der Minister für Staatssicherheit Mielke in einer "zentralen **Dienstbesprechung**" die Aufhebung des Schießbefehls bekannt. Offiziell wird der Schießbefehl jedoch erst am **21. Dezember 1989** von der Modrow-Regierung aufgehoben.

## Nur noch Warnschüsse an der Berliner Mauer

Am 8. April zeigt sich, dass der Schießbefehl offensichtlich aufgehoben ist. Der Fluchtversuch zweier Jugendlicher wird durch Warnschüsse gestoppt. Beide werden unverletzt festgenommen – es sind die letzten bekannt gewordenen Schüsse an der Berliner Mauer.

**Chris Gueffroy** - das letzte Todesopfer an der Berliner Mauer - hatte am 5. Februar 1989 seinen Wunsch, in Freiheit leben zu können, mit dem Leben bezahlt.

-> [Zum Ereignis Aufhebung des Schießbefehls auf der Webseite](#)

## Stellvertreter Honeckers in Bonn

7. April 1989: Auf dem Weg zur Hannover-Messe macht der stellvertretende DDR-Staatsratsvorsitzende Günter Mittag Station in Bonn. Der Bundeskanzler beschränkt sich nicht auf freundliche Worte.

### Schüsse auf Flüchtlinge "unakzeptabel"

Kohl kritisiert gegenüber dem hohen SED-Funktionär die jüngsten Fälle von Gewalt und Schüssen gegen Flüchtlinge. Bisher, so der Bundeskanzler, habe er sich in der Öffentlichkeit mit Äußerungen zurückgehalten. Doch derartige Vorfälle seien für die Bundesregierung völlig unakzeptabel. Er bedauere, wenn solche Vorfälle zu einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten führten.

In der **Pressemitteilung** der Bundesregierung heißt es später nur: "Das Gespräch fand in einer sachlichen Atmosphäre statt. Gegenstand des Gesprächs waren insbesondere Fragen der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Probleme wurden offen angesprochen."

-> [Zum Ereignis Stellvertreter Honeckers in Bonn auf der Webseite](#)

## Besuch aus Niedersachsen

27. April 1989: SED-Chef Erich Honecker und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht führen Gespräche in Ostberlin. Bei dem zweitägigen Treffen geht es um einen Umweltfonds und einen neuen Grenzübergang.

### Neuer Grenzübergang kommt

Das Land Niedersachsen hat die längste gemeinsame Grenze mit der DDR. Über eine Länge von 549,9 Kilometern erstreckt sie sich von Bleckede an der Elbe bis Friedland im Eichsfeld. Der größte und bedeutendste Grenzübergang der innerdeutschen Grenze Helmstedt/Marienborn befindet sich an der Autobahn A2. Ein weiterer bei Friedland.

Immer wieder hatte die bundesdeutsche Seite auf die Einrichtung eines dritten Grenzübergangs gedrungen. In dem Gespräch mit Albrecht macht Honecker nun erstmals seit der Teilung die Zusage, dass es einen weiteren Übergang bei Bad Harzburg geben soll. Bisher war dies für den DDR-Chef kein Thema.

### Gemeinsamer Umweltschutz

Außerdem verabreden die beiden Politiker die Einrichtung eines Umweltfonds. Insbesondere geht es dem niedersächsischen Ministerpräsidenten um den Schutz der Elbe und des Niederungsgebietes Drömling.

-> Zum Ereignis Besuch aus Niedersachsen auf der Webseite

## Ungarn: Der Eiserne Vorhang bekommt Löcher

2. Mai 1989: Ungarische Soldaten beginnen, an der Grenze zu Österreich elektronische Sicherungsanlagen und Stacheldrahtzäune abzubauen. Die ungarische Regierung ist damit die erste, die die totale Abriegelung der Ostblockstaaten gegenüber dem Westen aufhebt.

### Flüchtlingszahlen steigen rasant

Als abends die Bilder vom Abbau der ungarischen Grenzanlagen in den Nachrichtensendungen laufen, sagt Axel Hartmann, damals Mitarbeiter im Kanzleramt, zu seinem Chef, Kanzleramtsminister Rudolf Seiters: "Wenn das die Leute in der DDR sehen, dann fangen die sofort an zu laufen." Und so kommt es auch. "Erschrocken und hilflos" habe man beobachtet, wie der sozialistische Block damit in die Brüche gehe, sagt SED-Politbüromitglied Günter Schabowski später. Die Flüchtlingszahlen steigen nun rasant an. Täglich treffen 100 bis 200 DDR-Flüchtlinge über Ungarn in den Aufnahmelagern der Bundesrepublik Deutschland ein.

### DDR-Führung erhofft Hilfe vom "großen Bruder"

SED-Politbüromitglied Günter Mittag wirft der ungarischen Regierung "Verrat am Sozialismus" vor. DDR-Außenminister Oskar Fischer erhofft sich Hilfe aus Moskau und bittet um ein Treffen des Warschauer Paktes. Er will erreichen, dass die ungarische Regierung ihre Grenzöffnung wieder rückgängig macht. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow schlägt ein solches Treffen aus. Es solle keinen Druck der Mehrheit auf einzelne Staaten mehr geben.

Die Zahl der Flüchtlinge erhöht sich ab dem **11. September** um ein Vielfaches: Ungarn gestattet DDR-Bürgern, legal über seine Westgrenze nach Österreich auszureisen. Täglich fliehen Tausende. Ende September haben so bereits 32.500 Menschen die DDR verlassen.

-> Zum Ereignis Ungarn: Der Eiserne Vorhang bekommt Löcher auf der Webseite

## Gefälschte Kommunalwahl

7. Mai 1989: In vielen Wahllokalen der DDR machen Menschen von ihrem Recht Gebrauch, die Auszählung der Stimmzettel zu beobachten. Dadurch können sie nachweisen: Die offiziellen Zahlen weichen teilweise deutlich von den tatsächlichen ab, die Wahlergebnisse wurden manipuliert.

### Erstmals Wahlfälschungen nachgewiesen

Wie bei allen vorangegangenen Wahlen können die Menschen in der DDR auch an diesem Wahlsonntag nur den Kandidaten der Einheitsliste der "Nationalen Front" zustimmen. Allerdings nutzen dieses Mal mehr Menschen die Wahlkabinen und geben Nein-Stimmen ab. Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen hatten im Vorfeld der Wahl dazu aufgerufen. Davon erhoffen sich die oppositionellen Gruppen ein realeres Ergebnis.

Bei der öffentlichen Auszählung in den Wahllokalen sind am Abend auch viele Vertreter oppositioneller Gruppen vor Ort. Sie schauen auf die Wahlzettel und notieren Ergebnisse. Doch diese decken sich nicht mit den Zahlen, die die Staatsführung tags darauf veröffentlicht. Erhebliche Abweichungen gibt es insbesondere

bei den Nein-Stimmen. Schnell macht die Nachricht die Runde, die Wahl sei durch die Regierung manipuliert.

Durch die Beteiligung oppositioneller Gruppen an den Auszählungen sei es erstmals gelungen, den SED-Chefs nachzuweisen, dass sie lügen, sagt der ehemalige Bürgerrechtler **Rainer Eppelmann** heute. Die Behauptung von fast 100 Prozent der DDR-Bürger gewählt worden zu sein, habe bei dieser Wahl nicht gestimmt und offensichtlich auch nicht bei den vorherigen.

Dieser 7. Mai habe für das System in der DDR einen "entlarvenden Stellenwert" gehabt, sagt der ehemalige Oppositionelle **Mario Schatta**. Der Tag habe gezeigt, wie verlogen das System war, wie die Menschen betrogen worden seien.

Vertreter oppositioneller Gruppen fordern Erklärungen, schreiben Eingaben. Es regt sich Unmut in der Bevölkerung. Viele Bürger treffen sich danach am 7. Tag eines jeden Monats zu **Protestkundgebungen**.

### **Wahlen mit vorhersehbarem Ergebnis**

Die Bürger in der DDR konnten nicht wirklich wählen, von wem sie politisch geführt werden wollten. Die Parteienlandschaft in der DDR war durch den Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei (SED) bestimmt. Sie hatte sich diesen Führungsanspruch selbst in die Verfassung geschrieben. Die anderen Parteien und die sogenannten Massenorganisationen mussten ihn anerkennen. Bei Wahlen traten sie deshalb stets gemeinsam als "Nationale Front" an, die auf Drängen der SED entstanden war. Kontroverse Diskussionen oder Alternativen gab es nicht.

Die Wählerinnen und Wähler konnten also nur dieser Einheitsliste zustimmen. Im Grunde hieß das, dass die Wähler die Liste im Wahllokal lediglich entgegennahmen, falteten und in die Wahlurne warfen. "Zettel falten" hieß das im Volksmund. Wer eine Wahlkabine benutzte, machte sich verdächtig. So ist es wenig verwunderlich, dass die Kandidaten der Nationalen Front angeblich fast immer 100 Prozent Zustimmung erhalten hatten.

-> [Zum Ereignis Gefälschte Kommunalwahl auf der Webseite](#)

## **DDR steht vor dem finanziellen Abgrund**

16. Mai 1989: Ein interner Kreis von Wirtschaftsexperten des SED-Politbüros trifft zusammen. Staatsplanungschef Gerhard Schürer leitet die inoffizielle Runde und macht deutlich: Die finanzielle Lage der DDR wird immer instabiler.

### **Es ist fünf vor zwölf**

Die Westverschuldung der DDR nehme gegenwärtig um über 500 Millionen DM im Monat zu, erklärt Schürer dem Gremium. Setze die DDR diese Entwicklungen weiter fort, sei der Staat 1991 nicht mehr zahlungsfähig.

Die Nachricht aus der Staatlichen Planungskommission zeigt: Die DDR befindet sich in einer prekären Lage. Und das ist nicht erst seit gestern bekannt. Seit Ende 1987 wissen die Wirtschaftsverantwortlichen von der DDR-Westverschuldung und sind ratlos.

### **Hilfe aus dem Westen**

Die DDR war auf Kredite aus dem Westen angewiesen: Nur so hatte der Staat die Chance, Güter zu importieren, die er selbst nicht besaß oder produzieren konnte.

Aber auch „Errungenschaften des Sozialismus“ wie Vollbeschäftigung, freie medizinische Versorgung oder niedrige Mieten mussten finanziert werden – für die Wirtschaftsverantwortlichen der DDR ein immer größeres Verhängnis. Fehlender Wettbewerb, marode Produktionsanlagen und geringe Produktqualität waren da nicht vorteilhaft. Im Gegenteil - Exporte konnten immer weniger realisiert, die Westkredite weniger beglichen werden. Schrittweise näherte sich die DDR dem finanziellen Abgrund.

Noch deutlicher wird das im **Oktober** des Jahres, als Schürer dem SED-Politbüro eine schonungslose Analyse der finanziellen und wirtschaftlichen Lage der DDR vorlegt.

-> [Zum Ereignis DDR steht vor dem finanziellen Abgrund auf der Webseite](#)

## **Bush fordert ein ungeteiltes Europa**

31. Mai 1989: Ende Mai besucht US-Präsident George Bush sen. erstmals die Bundesrepublik Deutschland. Nach Gesprächen mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Bonn reist er weiter nach Mainz.

### **Vielbeachtete Rede**

Entlang des Rheinufers wird Bush zur Rheingoldhalle gebracht. Dort hält er vor 2.000 Menschen eine vielbeachtete Grundsatzrede. "Der leidenschaftliche Wunsch nach Frieden kann nicht ewig verwehrt werden. Die Welt hat lange genug gewartet. Die Zeit ist reif. Europa muss frei und ungeteilt sein", sagt Bush.

### **Mauer soll fallen**

Als "partner in leadership" sollten die USA und die Bundesrepublik Deutschland daran arbeiten, dass die Grenzen überall in Europa fielen wie in Ungarn, schlägt Bush vor. In seiner Eigenschaft als Präsident werde er alles tun, um die geschlossenen Gesellschaften Osteuropas zu öffnen. "Wir streben die Selbstbestimmung für ganz Deutschland und alle Länder Osteuropas an. Wir werden nicht ruhen und uns nicht beirren lassen. Die Welt hat lange genug gewartet."

Diese Öffnung habe bereits begonnen, so Bush weiter. Die Grenze aus Stacheldraht und Minenfeldern zwischen Ungarn und Österreich werde Fuß um Fuß, Meile um Meile beseitigt. Ebenso wie in Ungarn müssten die Grenzen in ganz Osteuropa fallen. "Berlin muss die nächste Station sein", fordert der US-Präsident. An keinem andern Ort sei die Teilung zwischen Ost und West deutlicher sichtbar als in Berlin. Dort trenne eine brutale Mauer Nachbarn und Brüder. "Diese Mauer steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus. Sie muss fallen."

### **Gemeinsame Zukunft mit Herausforderungen**

Mehr politische Freiheit im Osten, ein Berlin ohne Mauer, eine sauberere Umwelt, ein weniger militarisiertes Europa - dies seien jedes für sich schon ehrenwerte Ziele, skizziert Bush. Zusammengenommen seien sie Merkmale einer umfassenderen Vision - eines Europas, das frei und in Frieden lebe. Bush ruft seinen Zuhörern in der Mainzer Rheingoldhalle zu: "Gemeinsam werden wir diesem Ruf folgen. Die Welt hat lange genug gewartet."

-> [Zum Ereignis Bush fordert ein ungeteiltes Europa auf der Webseite](#)



## **Gedenkmarsch gegen Verschmutzung der Umwelt**

4. Juni 1989: In Leipzig findet nach einem Umweltgottesdienst der zweite Pleiße-Gedenkmarsch statt. Die Polizei zerschlägt die Demonstration und verhaftet Teilnehmer.

### **Eine Hoffnung lernt gehen**

Rund 500 Menschen nehmen an der Demonstration teil. Sie wollen unter dem Motto "Pleißepilgerweg 1989 – Eine Hoffnung lernt gehen" am Beispiel der Pleiße auf die katastrophale Umweltsituation aufmerksam machen. Ein Jahr zuvor hatte es den ersten Umzug gegeben.

Der Pilgerweg wird verboten, Polizei und Stasi nehmen 74 Personen vorübergehend fest. Einige Teilnehmer erhalten hohe Ordnungsstrafen. Bereits im Vorfeld hatte es Festnahmen und Hausarrest gegeben.

### **Zunehmende Kritik an Umweltverschmutzung**

Umweltfragen unterlagen seit einem Beschluss des Ministerrates vom 16. November 1982 auch offiziell der Geheimhaltung. Umweltverschmutzung und deren gesundheitliche Folgen wurden in der offiziellen Berichterstattung so gut wie totgeschwiegen.

Dennoch waren mehr und mehr Menschen nicht länger bereit, die schwerwiegenden Folgen des ökologischen Raubbaus in der DDR stillschweigend hinzunehmen.

Mit ihren Forderungen nach kritischer Diskussion von Umweltrisiken entwickelte sich diese oppositionelle Bewegung vorwiegend in Industrieregionen der DDR. Sie wurde zu einem Ärgernis für die SED-Führung, machte sie doch damit gleichzeitig auch auf politische Missstände aufmerksam. Davon zeugt das Beispiel einer Umweltgruppe aus Leipzig.

### **Pleiße als "Lebensader" Leipzigs**

Der Fluss Pleiße galt ursprünglich als Lebensader der Stadt Leipzig. "Verrohrt, verschüttet, abgedeckt und unterirdisch abgeleitet" war er ein Symbol für die schlechte Umweltsituation der Stadt und der Region. Vor diesem Hintergrund gründeten Kirchenkreise bereits 1981 die Arbeitsgruppe Umweltschutz (AGU) – als eine der ersten Ökologiegruppen in der DDR.

Zu Beginn befasste sich die AGU noch mit Einzelproblemen des Umweltschutzes. Ab 1988 kamen vermehrt grundlegende Gesellschaftsprobleme zur Sprache. Die Gruppe veröffentlichte Eingaben, unter anderem an das Ministerium für Umweltschutz.

Die AGU organisierte am Weltumweltag am 5. Juni 1988 den "1. Pleiße-Gedenkumzug". Laut Angaben der Stasi nahmen daran etwa 120 bis 140 Personen teil.

Um den zweiten, für den 4. Juni 1989 geplanten Marsch zu verhindern, bietet der Leipziger Stadtrat seine Zusammenarbeit an, wenn die AGU auf die Demonstration verzichten würde. Die AGU lehnt ab. Der Marsch, der in die Leipziger Innenstadt führen soll, wird nicht genehmigt. Die Reaktionen des politischen Systems sind, verglichen mit 1988, weitaus repressiver. Das belegt ein Bericht der Stasi.

-> [Zum Ereignis Gedenkmarsch gegen Verschmutzung der Umwelt auf der Webseite](#)

## **Demonstrationen gegen gefälschte Wahl**

7. Juni 1989: 200 Menschen versammeln sich vor dem Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg in Ostberlin. Sie wollen bis vor das Staatsratsgebäude ziehen, um gegen den Wahlbetrug

bei der Kommunalwahl einen Monat zuvor zu demonstrieren.

### **Erste Protestdemonstration gegen Wahlbetrug**

Am 7. Mai 1989 war es Bürgerrechtlern gelungen, dem SED-Regime die **Fälschung der Kommunalwahlen nachzuweisen**.

Die Zahlen, die das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" am 8. Mai 1989 veröffentlichte, stimmten hinten und vorne nicht. Die staatliche Wahlkommission unter der Leitung von Egon Krenz hatte zahlreiche Gegenstimmen unterschlagen.

Genau einen Monat später findet nun die erste größere Demonstration gegen die Wahlfälschung statt. Doch ihr Ziel, das Staatsratsgebäude, erreichen die Demonstranten nicht.

### **Regelmäßig an jedem Siebten des Monats**

Zahlreiche Sicherheitskräfte und aufmerksame regimetreue Genossen fangen die Demonstranten an diesem Junitag in Nebenstraßen um den Berliner Alexanderplatz ab. Demonstranten werden verhaftet.

Wegen des brutalen Vorgehens der Stasi verbünden sich spontan auch Unbeteiligte mit den Demonstrierenden. Am Ende lösen Staatssicherheit und Volkspolizei die Demonstration auf.

Doch die Demonstration vom 7. Juni ist erst der Anfang der Proteste gegen den Wahlbetrug. An jedem Siebten der kommenden Monate treffen sich Demonstranten auf dem Berliner Alexanderplatz.

-> Zum Ereignis Demonstrationen gegen gefälschte Wahl auf der Webseite

## **DDR-Regime rechtfertigt Massaker in Peking**

8. Juni 1989: Die Volkskammer der DDR solidarisiert sich mit den chinesischen Machthabern. Die haben vier Tage zuvor in Peking brutal Studentenproteste auf dem "Platz des Himmlischen Friedens" niedergeschlagen. Weit über 2.000 Menschen kamen ums Leben.

### **Solidarität mit dem "chinesischen Brudervolk"**

Die chinesische "Volksmacht" habe sich gezwungen gesehen, "Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen", heißt es in einer Erklärung, die der SED-Abgeordnete Ernst Timm vor der Volkskammer verliest. "Dabei", so weiter, "sind bedauerlicherweise zahlreiche Verletzte und auch Tote zu beklagen". Die Abgeordneten applaudieren. Die Solidaritätsbekundung mit den Genossen in Peking ist ein Warnsignal an die Opposition im eigenen Land.

Vier Tage später, am 12. Juni 1989, bekräftigt DDR-Außenminister Oskar Fischer in einem Gespräch mit dem chinesischen Außenminister Qian Qichen "die Solidarität und Verbundenheit mit der Volksrepublik China und dem chinesischen Brudervolk".

### **"Klassenehre und Klassenpflicht"**

Besonders nachdrücklich unterstreicht Egon Krenz, Stellvertreter des DDR-Staatsratsvorsitzenden, diese Solidarität: Ende September 1989 reist er nach China. Anlass ist der 40. Jahrestag der Volksrepublik. Krenz sagt dort, Klassensolidarität sei für die Kommunisten der DDR "eine Sache der Klassenehre und Klassenpflicht". Man stehe "auf der Barrikade der sozialistischen Revolution" dem gleichen Gegner gegenüber. Der Chef der Kommunistischen Partei Chinas, Jiang Zemin, bedankt sich bei Krenz "für die Gefühle brüderlicher Verbundenheit".

Nicht erst seit Krenz' China-Reise geht unter den Bürgerrechtlern in der DDR die Angst um, auch in ihrem Land könnte das Regime zu einer "chinesischen Lösung" greifen. Bereits am 13. Juni 1989 sagt DDR-Volksbildungsministerin Margot Honecker, in einer "kämpferischen Zeit" müsse man den Sozialismus notfalls auch mit der Waffe in der Hand verteidigen.

### **Das Massaker von Peking**

Wie in der DDR und allen osteuropäischen Staaten hatte Gorbatschows Reformpolitik auch in China Hoffnungen auf Veränderungen geweckt. Studenten besetzten den "Platz des Himmlischen Friedens" (Tian'anmen), um friedlich für Reformen zu demonstrieren. Binnen kürzester Zeit entwickelte sich daraus ein Volksaufstand, den das kommunistische Regime mit Panzern niederschlug. Angaben des chinesischen Roten Kreuzes zufolge verloren insgesamt 2.600 Menschen ihr Leben, rund 7.000 wurden verletzt.

-> Zum Ereignis DDR-Regime rechtfertigt Massaker in Peking auf der Webseite

## **Leipziger Musikfestival**

10. Juni 1989: Unter dem Motto "Freiheit mit Musik" wollen Leipziger Oppositionsgruppen in der Innenstadt ein Festival für alternative Musik- und Künstlergruppen organisieren. Die Behörden verbieten die Veranstaltung.

### **Musikanten trotzen Verbot**

Die Initiatoren möchten öffentlich ein Zeichen für die Legalisierung von Straßenmusik setzen und geben den Termin deutschlandweit bekannt. Sie demonstrieren damit den politischen Charakter der Veranstaltung. Volkspolizei und Stasi versuchen, Vorbereitung und Durchführung des Festivals zu verhindern.

Trotz des Verbotes reisen zahlreiche Musiker aus der gesamten DDR nach Leipzig. Ihr Ziel ist es, einen Tag lang mehr Lebendigkeit und Ausgelassenheit in den Alltag und die Stadt zu bringen.

Für kurze Zeit schaffen sie das. Bis zum Mittag des 10. Juni machen junge Leute an allen Ecken der Leipziger Innenstadt Musik oder führen Theaterstücke auf - zur Freude der meisten Leipziger Bürger.

### **84 Verhaftungen**

Dann aber greift die Bereitschaftspolizei ein und unterbricht die entspannte Stimmung schlagartig: Sicherheitskräfte beginnen, Musikanten und auch Unbeteiligte gewaltsam auf Lastkraftwagen zu verladen. Das unverhältnismäßige Vorgehen der Polizei ruft Empörung bei Zuschauern und Passanten hervor.

Über den Tag spielen Musiker aber immer wieder an verschiedenen Orten. Menschen kommen zusammen und protestieren bis in die Abendstunden friedlich gegen die Verhaftungen. Bilanz: Insgesamt werden 84 Menschen festgenommen.

Die Wirkungen des Straßenmusikfestivals reichen weit über Leipzig hinaus. Zahlreiche Bürger wenden sich mit Beschwerden an die Behörden.

Katrin Hattenhauer, Bürgerrechtlerin und Organisatorin des Festivals, erzählt heute: Nach dem Festival wären viel mehr Leipziger auch zu den Friedensgebeten in die Nikolaikirche gegangen. Die Leipziger hätten durch die Störung der Festivals durch Polizei und Stasi gespürt, dass in ihrem Land etwas nicht in Ordnung sei. Viele hätten versucht, Musiker, Musikinstrumente und Anlagen vor der Gewalt zu schützen. Und zum ersten Mal habe es eine Übereinstimmung zwischen den Leipzigern und den Oppositionellen gegeben: Alle spürten, es muss sich etwas ändern.

Als direkte Reaktion auf die Gewalt gegen das Festival findet am 28. August 1989 die Veranstaltung "Straßenmusik in Vergangenheit und Gegenwart" statt. Gewandhauskapellmeister Kurt Masur lädt dazu ein. Hier gibt es Gelegenheit für eine erste öffentliche Diskussion mit den Organisatoren.

-> [Zum Ereignis Leipziger Musikfestival auf der Webseite](#)

## **Gorbatschow in Bonn gefeiert**

12. Juni 1989: Mit "Gorbi, Gorbi"-Rufen begrüßen tausende Bonner den sowjetischen Staats- und Parteichef auf dem Rathausplatz. Es ist der Höhepunkt des Deutschlandbesuchs von Michail Gorbatschow. Und hoch sind auch die Erwartungen an den Erfinder von Perestroika und Glasnost.

### **Vom Kalten Krieg zum "Europäischen Haus"**

Gorbatschow führt in Bonn mehrere Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl und trifft mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker zusammen. Deutlich ist in allen Begegnungen, dass der Kalte Krieg zu Ende ist. Russland und Deutschland wollen den Weg zu einem Neuanfang in ihren Beziehungen und zur Gestaltung Europas finden. Wenn es um die Zukunft Europas geht, sprechen sowohl der Bundespräsident als auch der sowjetische Staatschef vom "Europäischen Haus".

Der Begriff des "Europäischen Hauses" umschreibt den Wunsch, die Trennung des Kontinents zu überwinden. Er bleibt als zentraler Punkt aus den Gesprächen in Erinnerung.

### **Neues Denken mit weitreichenden Konsequenzen**

Am 13. Juni unterzeichnen Kohl und Gorbatschow eine "**Gemeinsame Erklärung**": Sie ist ein umfassendes und zukunftsgerichtetes Dokument zur Zusammenarbeit, das bereits im ersten Absatz neues politisches Denken fordert. Von zentraler Bedeutung ist die Aussage, dass jeder Staat das Recht hat, das eigene politische und soziale System zu wählen. Genauso wichtig: Die Staaten sollen ihr Verhältnis zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän gestalten können. Die Sowjetunion sagt damit zu, künftig keinem Staat mehr ihre Vorstellungen aufzuzwingen. Sie gibt damit die sogenannte Breschnew-Doktrin auf. Das verkündet sie einige Wochen später noch einmal ausdrücklich.

Überraschend konkret sind auch die Formulierungen zur Verwirklichung der Menschenrechte und zur Förderung des Austausches von Menschen und Ideen. Die "Gemeinsame Erklärung" spricht unter anderem von einer wohlwollenden Behandlung humanitärer Fragen einschließlich der Familienzusammenführung und der Reisen ins Ausland. Diese Formulierungen bestärken die Menschen im östlichen Teil Deutschlands, auch gegenüber ihrer Regierung mehr Freizügigkeit einzufordern.

Der Gorbatschow-Besuch stellt eine Wende in den deutsch-russischen Beziehungen dar. Vor allem begründen die Gespräche, die der Bundeskanzler mit seinem sowjetischen Gast führt, ein Vertrauensverhältnis, auf das Kohl während der weiteren Entwicklung hin zur deutschen Einheit aufbauen kann.

-> [Zum Ereignis Gorbatschow in Bonn gefeiert auf der Webseite](#)

## Lobrede auf DDR-Erziehung

12. Juni 1989: Obwohl die Kritik an den sozialistischen Erziehungsmethoden der DDR immer lauter wird, hält Volksbildungsministerin Margot Honecker eine fünfstündige Lobrede. Auf dem IX. Pädagogischen Kongress feiert die Bildungspolitik der DDR sich selbst.

### Drohung an "Konterrevolutionäre"

Noch im Sommer 1989 droht der "lila Drache" – wie Margot Honecker im Volksmund heißt – den sogenannten Konterrevolutionären:

"Noch ist nicht die Zeit, die Hände in den Schoß zu legen, unsere Zeit ist eine kämpferische Zeit, sie braucht eine Jugend, die kämpfen kann, die den Sozialismus stärken hilft, die für ihn eintritt, die ihn verteidigt mit Wort und Tat und, wenn nötig, mit der Waffe in der Hand."

Die Funktionäre und Politbüromitglieder in der ersten Reihe des Pädagogischen Kongresses im Palast der Republik applaudieren.

### Kritische Eingaben an den Kongress

In der Bevölkerung wird die Volksbildung jedoch weit kritischer gesehen. Im Vorfeld des Kongresses formieren sich Gruppen, die für eine Reform des Bildungssystems eintreten. Darunter die Arbeitsgemeinschaft IX. Pädagogischer Kongress, die aus der Evangelischen Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogik hervorgegangen ist.

Die Eingabe der Arbeitsgemeinschaft an den Kongress wird als verfassungsfeindlich eingestuft. Sie enthält Forderungen wie die Einführung einer Fünf-Tage-Woche, aber auch die Trennung von Schule und Kinder- und Jugendorganisationen.

Die Eingabe bleibt unbeantwortet, wird aber an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet.

### Ein Bildungssystem mit der Hand an der Waffe

Das Bildungsgesetz von 1965 formulierte das Ziel, "allseitig und harmonisch entwickelte sozialistische Persönlichkeiten" heranzubilden. Die Kinder und Jugendlichen sollten zu vollwertigen Mitgliedern der "sozialistischen Gesellschaft" werden und sich mit dem Staat identifizieren. Das gesamte Schulsystem war stark ideologisiert und militarisiert.

1978 führte Margot Honecker gegen den Widerstand der Kirchen und vieler Eltern den Wehrunterricht für Schüler der 9. und 10. Klassen ein.

### Rücktritt ohne Einsicht

Margot Honecker galt als dogmatisch. Sie war mehr als ein Vierteljahrhundert lang – von 1963 bis zum Herbst 1989 – DDR-Volksbildungsministerin. In ihren Verantwortungsbereich fallen auch Zwangsadoptionen und Jugendwerkhöfe.

Nur wenige Monate nach ihrer kämpferischen Rede auf dem IX. Pädagogischen Kongress tritt sie am **2. November 1989** von ihren Ämtern zurück.

-> Zum Ereignis Lobrede auf DDR-Erziehung auf der Webseite

## Wider die chinesische Lösung

22. Juni 1989: In Peking werden die ersten "Konterrevolutionäre" im Zusammenhang mit den Protesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum Tode verurteilt und hingerichtet. Als das bekannt wird, organisiert eine Gruppe aus Berlin-Pankow erneut einen Demonstrationsszug zur chinesischen Botschaft.

### Oppositionelle Gruppe schreibt Protestbrief

Am 22. Juni 1989 treffen sich etwa 50 vorwiegend junge Leute in den Räumen der Superintendentur Pankow. Sie verfassen einen offenen Protestbrief an die chinesische Parteiführung sowie an die SED-Führung und wollen ihn dem Botschafter überreichen.

Das Gelände ist jedoch weiträumig von Volkspolizei und Stasi abgesperrt. Unmöglich, überhaupt in die Nähe der Botschaft zu gelangen. Alle Demonstranten werden festgenommen, stundenlang verhört und teilweise misshandelt. Die Festgenommenen erhalten später Ordnungsstrafen und erhebliche Geldstrafen wegen "Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit".

Zahlreiche Demonstranten, die während der Ereignisse im Herbst 1989 auf die Straße gehen, haben die Ereignisse vom Platz des Himmlischen Friedens (Tian'anmen) im Hinterkopf: Das brutale Vorgehen der chinesischen Staatsmacht gegen die Oppositionsbewegung ist unvergessen. Als im September und Oktober 1989 in Dresden, Leipzig und Berlin schwerbewaffnete Polizisten mit Wasserwerfern und Räumfahrzeugen gegen die friedlichen Demonstranten vorgehen, befürchten viele eine Eskalation wie auf dem Tian'anmen. Nicht umsonst ist "Keine Gewalt!" eine der häufigsten Parolen bei den Demos dieser Zeit.

### Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens

Mit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, das vielen Menschen das Leben gekostet hat, hat das chinesische Militär Anfang Juni 1989 eine breite Bewegung zerschlagen, die mit Streiks und Demonstrationen für eine Demokratisierung der Volksrepublik China eingetreten ist.

Die **SED-Führung solidarisiert sich** mit der chinesischen Führung und sendet damit auch ein deutliches innenpolitisches Signal: eine Warnung an die eigene Oppositionsbewegung, dass es auch in der DDR eine "chinesische Lösung" geben könnte.

Dennoch verfassen viele Menschen in etlichen Städten der DDR unmittelbar nach dem Massaker Protestschreiben an die chinesische Staatsführung und sammeln Unterschriften. Bereits am 6. Juni 1989 versammeln sich knapp 30 Menschen vor der chinesischen Botschaft in Berlin-Pankow, um ihre Solidarität mit den chinesischen Studenten zu demonstrieren. Sie werden verhaftet, verhört und mit Ordnungsstrafen belegt.

### Chinesische Lösung

Im Frühsommer 1989 forderten Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking Reformen und Freiheit. Doch die chinesische Staatsführung setzte in der Nacht zum 4. Juni Soldaten gegen friedliche Demonstranten ein, Schüsse fielen, Panzer überrollten die Menschen. Dieses Verbrechen ging als die "chinesische Lösung" in die Geschichte ein.

-> [Zum Ereignis Wider die chinesische Lösung auf der Webseite](#)

## Ungarn unterstreicht seine Haltung

27. Juni 1989: Ein Ereignis mit Symbolkraft: Die Außenminister von Ungarn und Österreich, Gyula Horn und Alois Mock, durchtrennen in der Nähe von Sopron den Grenzzaun zwischen ihren Ländern. Damit macht Ungarn aller Welt klar, dass es ihm ernst ist mit dem Abbau der Grenzanlagen.

### Ungarn hat Grenzöffnung lange geplant

Es ist eine sorgfältig für die Medien inszenierte Aktion, als die beiden Außenminister mit Bolzenschneidern den Stacheldraht kappen. Bereits am **28. Februar 1989** hat Ungarn beschlossen, die Grenzanlagen zu beseitigen. Die Initiative ist von der Grenzwaache ausgegangen. Denn die Anlagen sind marode, teuer im Betrieb und höchst störanfällig. Tiere lösen unzählige Fehlalarme aus.

Ungarische Bürger durften seit Anfang 1988 ohnehin mit dem sogenannten "Weltreisepass" frei reisen. Die Sperren dienen also in erster Linie nur dazu, DDR-Bürger an der Flucht in den Westen zu hindern.

### Demontage beginnt im Mai

Am **2. Mai 1989** haben ungarische Soldaten in Hegyeshalom, am wichtigsten Grenzübergang in Richtung Wien, damit begonnen, den Drahtzaun und das Meldesystem abzubauen. Ungarn trägt dadurch mit dazu bei, die sozialistischen "Bruderländer" ins Wanken zu bringen.

Viele DDR-Bürger erfahren davon über das West-Fernsehen. Von nun an reisen ungewöhnlich viele DDR-Touristen in das Land und übervölkern die Campingplätze.

Am 27. Juni holen Horn und Mock in Sopron den Abriss der Grenzanlagen symbolisch nach. Die Bilder gehen um die Welt und verstärken die Reisewelle in Richtung Ungarn. Die Grenze wird noch bewacht, dennoch gelingt mehreren Hundert DDR-Bürgern die Flucht in den Westen. Die ungarischen Grenzwächter sind angewiesen: Waffengebrauch nur im Selbstverteidigungsfall.

### Massenflucht und letztes Grenzopfer

Knapp zwei Monate später, am **19. August 1989**, beim "Paneuropäische Picknick" zwischen St. Margareten und Sopron, öffnet sich ein Grenztor für einige Stunden. Über 700 DDR-Bürger nutzen diese Gelegenheit, um nach Österreich zu fliehen. Es ist die größte Massenflucht von DDR-Bürgern seit dem Mauerbau.

Nur zwei Tage später, am 21. August, kommt es allerdings zu einem tragischen Vorfall: Ein junger Grenzsoldat erschießt einen 36-jährigen Architekten aus Weimar beim Fluchtversuch. Die Ereignisse zwingen Ungarn zu schnellen Entscheidungen.

Drei Wochen danach, am **11. September**, öffnet das Land seine Grenzen und lässt alle DDR-Flüchtlinge in den Westen reisen. Jetzt tut sich wirklich ein gewaltiges Loch im Eisernen Vorhang auf.

-> Zum Ereignis Ungarn unterstreicht seine Haltung auf der Webseite

## Seiters' Antrittsbesuch bei Honecker

4. Juli 1989: Der neue Chef des Bundeskanzleramts, Rudolf Seiters, macht seinen Antrittsbesuch bei SED-Chef Erich Honecker. Der Besuch dient dem allgemeinen Meinungs austausch. Die Bundesregierung hofft auf eine Verbesserung der Beziehungen.

### Kritik am Besuch

Stasi-Minister Erich Mielke äußert sich vorab kritisch zu dem geplanten Besuch. Er befürchtet, dass die Bundesrepublik Deutschland von den Zahlungen für Ausreisen und Familienzusammenführung von DDR-Bürgern abrücken will.

Doch Seiters reist mit dem Ziel in die DDR, das Verhältnis der beiden deutschen Staaten weiter zu verbessern.

### **Honecker will Anerkennung der DDR erreichen**

Der SED-Chef pocht auf die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität aller Staaten Europas.

Seiters erwidert darauf, dass die Bundesrepublik Deutschland sich verpflichtet fühlt, diese Grenzen nicht in Frage zu stellen. Dennoch weist er darauf hin, dass eine friedensvertragliche Regelung dazu noch offen ist.

### **Schießbefehl steht auf der Tagesordnung**

Auch der Schießbefehl an innerdeutschen Grenzen wird zum Thema des Treffens: Honecker erklärt überraschend, dass nur noch im Notfall, bei Angriffen und wenn Grenzsoldaten desertieren, geschossen werden soll.

Bisher war der Schießbefehl nie offiziell bestätigt worden.

Es sei eine kleine Sensation gewesen, als Honecker von der **Änderung des Schießbefehls** gesprochen habe, sagt der damalige Kanzleramtschef Seiters heute. Denn noch zwei Tage vorher habe DDR-Verteidigungsminister Heinz Keßler erklärt, es gebe keinen Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze.

-> **Zum Ereignis Seiters' Antrittsbesuch bei Honecker auf der Webseite**

## **Sowjetunion gibt Bevormundung auf**

7. Juli 1989: Die Sowjetunion gibt bei einem Treffen des Warschauer Paktes offiziell die Breschnew-Doktrin auf: die Doktrin der begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten. Jedes Land hat somit selbst die Wahl, wie es sich entwickelt und seine Beziehungen gestaltet.

### **Gorbatschow fordert neues Denken**

Insbesondere der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow setzt sich in Bukarest für ein neues Denken ein, das durch das Selbstbestimmungsrecht der Staaten gekennzeichnet ist.

Zustimmung erhält er von Ungarn und Polen, wo sich erste reformpolitischen Veränderungen ankündigen. Die DDR hingegen verhält sich gegenüber Gorbatschows Vorstellungen ablehnend.

### **Souveränität vereinbart**

Am Ende vereinbaren die Staaten des Warschauer Pakts in Bukarest ein Abschlussdokument, in dem die neue politische Richtung ihren Ausdruck findet: Für die Zusammenarbeit von Staaten gelte die nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Gleichberechtigung. Jedes Volk habe ein Recht auf Selbstbestimmung, auf freie Wahl eines sozialpolitischen Entwicklungsweges und auf die Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten.

Die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts war bereits ein wichtiges Thema beim **Besuch Gorbatschows in Bonn**. In der gemeinsamen Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl und Gorbatschow vom 12. Juni 1989 heißt es, jeder Staat habe das Recht, das eigene politische und soziale System zu wählen. Außerdem sollen die Staaten ihr Verhältnis zueinander auf der Grundlage des Völkerrechts souverän gestalten



können.

-> Zum Ereignis Sowjetunion gibt Bevormundung auf auf der Webseite

## **DDR gibt Ausreiseproblem zu**

5. August 1989: Die DDR-Führung hat ihr Schweigen über die Ausreisewilligen in den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Budapest, Prag und Warschau gebrochen. Erstmals berichten die Fernsehnachrichten darüber.

### **Information und Warnung**

Emotionslos verliest der Nachrichtensprecher die Meldung: "Wie westliche Medien, Politiker und Dienststellen der BRD verbreiten, besuchen einige DDR-Bürger Botschaften der BRD im Ausland beziehungsweise die Ständige Vertretung der BRD in der DDR, um dort persönlichen Anliegen vorzubringen." Wie viele DDR-Ausreisewillige sich in den Vertretungen aufhalten, erfahren die DDR-Bürger nicht.

Der Nachrichtensprecher macht zugleich deutlich, dass nach dem Völkerrecht die Vertretungen der Bundesrepublik keinerlei Rechte und Obhutspflichten gegenüber DDR-Bürgern hätten. Für deren Angelegenheit sei einzig und allein die DDR zuständig. "Außergesetzliche Behandlung Einzelner durch den Besuch der Botschaften anderer Länder ist nicht erreichbar", heißt es in dem Bericht weiter. Die Bundesrepublik sieht das anders, und die Menschen in der DDR wissen das: Auch sie sind Deutsche im Sinne des Grundgesetzes.

### **Ausreisen bisher kein Thema**

Mit dieser Meldung warnt die DDR-Führung einerseits die Bürger davor, die westdeutschen Vertretungen aufzusuchen, um ihre Ausreisen zu beschleunigen. Andererseits gibt die DDR aber auch erstmals öffentlich zu, dass sich in den Auslandsvertretungen Bürger der DDR aufhalten.

Bisher hatte die ostdeutschen Medien weder über die "Botschaftsbesetzungen", noch über den **Abbau von Sperranlagen an der ungarischen Grenze** oder die Einrichtung von Flüchtlingslagern berichtet.

Dass die DDR ein massives Ausreiseproblem hat, zeigt sich in den kommenden Tagen immer deutlicher. Da **schließen kurz hintereinander die westdeutschen Auslandsvertretungen** in Ostberlin, Budapest, Prag und Warschau wegen Überfüllung.

**Infografik: Von Übersiedlern und Flüchtlingen**

-> Zum Ereignis DDR gibt Ausreiseproblem zu auf der Webseite

## **Bürgerbewegung siegt über explosiven Baubeschluss**

6. August 1989: Stasi und Volkspolizei schlagen brutal eine Demonstration gegen den Bau des Reinstsiliziumwerkes Gittersee nieder. Drei Monate später wird das Projekt gestoppt.

### **Baubeschluss gegen alle Bedenken**

Bereits 1987 hatte das Politbüro beschlossen, auf dem Gelände des Uranbergbaubetriebes "Willi-Agatz" ein Reinstsiliziumwerk zu errichten – trotz hoher Explosionsgefahr und der damit verbundenen Umweltgefährdung.

Aus einem Bescheid der Zivilverteidigung geht hervor, dass der Bevölkerung im Havariefall nicht hätte geholfen werden können. Gutachten zum Gefährdungspotential hielt das Regime jedoch unter Verschluss, Bedenken schmetterte es nieder.

### **Eine Protestbewegung wächst**

Unter dem Dach der Kirche entsteht eine Protestbewegung engagierter Einwohner. Doch ungeachtet aller Proteste bestätigt das Politbüro am 2. März 1989 den Baubeschluss.

Bei einer Informationsveranstaltung am 16. März ist die Stimmung aufgeheizt. In der Folge gibt es zahlreiche Aktionen in der Bevölkerung, darunter Flugblätter, Fürbittengottesdienste und eine wahre Eingabenflut. Das Ministerium für Staatssicherheit registriert die Aktionen.

### **Die Situation eskaliert**

Die Spannungen nehmen zu und entladen sich am 6. August. Bis zu 1.500 Personen nehmen am Fürbittengottesdienst teil. Nach dem Gottesdienst bewegte sich der Demonstrationszug in Richtung Werksgelände. Transparente werden entrollt.

Die Polizei schlägt brutal auf Demonstranten ein – darunter auch auf Frauen mit Kindern und einen Rollstuhlfahrer. Zahlreiche Personen werden festgenommen.

### **Sieg einer Protestbewegung**

Alle Gewalt kann aber den Widerstand nicht brechen. Tausende nehmen weiterhin an den Fürbittengottesdiensten teil.

Der letzte Gottesdienst findet am 5. November in der Dresdner Kreuzkirche statt – 8.000 Bürger antworteten mit tosendem Beifall, als der Baustopp bekanntgegeben wird.

-> [Zum Ereignis Bürgerbewegung siegt über explosiven Baubeschluss auf der Webseite](#)

## **Vertretungen werden geschlossen**

8. August 1989: Wieder suchen DDR-Bürger Zuflucht in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin. Diesmal sind es 131 Menschen. Mehr können die Mitarbeiter nicht aufnehmen. Die Tore werden geschlossen – wie später auch in Budapest, Prag und Warschau.

### **Osteuropäische Botschaften überlastet**

Die Fluchtbewegung zieht sich durch Ost-Europa: am 14. August schließt die Botschaft in Budapest wegen Überfüllung, neuankommende Flüchtlinge werden in Zeltlagern untergebracht. Am 21. August warten in der Botschaft in Prag bereits 123 Flüchtlinge. Auch dort werden am 22. August die Türen verschlossen. Als letzte schließt die Botschaft in Warschau am 20. September.

Die fliehenden DDR-Bürger befürchten, jetzt sei die letzte Möglichkeit zur Flucht vor dem 40. Jahrestag der Republik am 7. Oktober 1989. Denn danach sollen die Grenzen komplett dicht sein. In der Bundesrepublik Deutschland wird das Flüchtlingsaufkommen in den Botschaften stark diskutiert.

### **Keine Reaktion der DDR-Führung**

Kanzleramtsminister Rudolf Seiters appelliert an die DDR-Bürger, nicht mehr in den Botschaften Zuflucht zu suchen. Bundeskanzler Helmut Kohl schreibt am 14. August 1989 in einem **Brief an SED-Chef Erich Honecker**: "Auf die Dauer sind Belastungen unserer Beziehungen mit negativen Auswirkungen in allen Be-

reichen nicht auszuschließen."

Doch Honecker weigert sich, die Ausreise der Flüchtlinge zu genehmigen. Das SED-Regime reagiert auf die Flüchtlingswelle stur. Der Staats- und Parteichef verteidigt das Bestehen der Mauer weiterhin: "Das ist schon erforderlich, um unsere Republik vor Räufern zu schützen, ganz zu schweigen von denen, die gern bereit sind, Stabilität und Frieden in Europa zu stören."

Honecker spielt auf Zeit und hofft, dass die schlechter werdende Versorgungslage die Menschen zur Aufgabe zwingt. Nachdem ihnen Straffreiheit zugesichert worden ist, verlassen die DDR-Bürger am 8. September die Botschaften.

-> Zum Ereignis Vertretungen werden geschlossen auf der Webseite

## Protest gegen die Mauer

13. August 1989: Der 28. Jahrestag des Mauerbaus. Während die SED ihn einmal mehr rechtfertigt, fordern Bürgerrechtler in Ostberlin und Budapest seinen Abriss. Und dem Kameramann eines US-Fernsehsenders gelingt es, junge Leute bei ihrer Flucht von Ungarn nach Österreich zu filmen.

### SED rechtfertigt Mauerbau erneut

Das Zentralorgan der SED, das „Neue Deutschland“, schreibt heute: „Für die DDR und ihre Bürger wirkten sich die Maßnahmen vom 13. August 1961 positiv aus. Vor allem brachten sie Ruhe, Stabilität und Sicherheit beim Fortgang des sozialistischen Aufbaus.“ Immer mehr Menschen in der DDR sehen das ganz anders. In der Bekenntniskirche (Berlin-Treptow) findet eine Veranstaltung zum 28. Jahrestag des Mauerbaus statt. Hans-Jürgen Fischbeck, Mitglied der „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ fordert eine oppositionelle Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung in der DDR. Es ist die Geburtsstunde der Bürgerbewegung „**Demokratie Jetzt**“.

### Symbolischer Mauerfall in Budapest

Nicht nur auf der West-, sondern auch auf der Ostseite der Berliner Mauer demonstrieren heute Menschen gegen das unmenschliche Bauwerk. Am Nachmittag demonstrieren über 50 Menschen auf der Ostseite des Brandenburger Tores. Sie rufen „Wir wollen raus!“ und versuchen, Rosen über die Mauer zu werfen. Polizeikräfte hindern sie daran und nehmen zehn Personen vorläufig fest.

In Budapest demonstrieren 300 Menschen gegen die Mauer in Berlin – und bringen sie symbolisch zu Fall. Ungarische Bürgerrechtler haben Leipziger Freunde dazu eingeladen. Johannes Fischer, ein angehender Krankenpfleger aus Leipzig, Mitglied der „Arbeitsgruppe Menschenrechte“ um Pfarrer **Christoph Wonneberger**, hat die Einladung angenommen.

Bei der Abschlusskundgebung dankt Fischer den ungarischen Organisatoren. Eigentlich sei der Ort ja falsch gewählt, sagt er, aber leider sei diese Art Protest zurzeit in der DDR nur eingeschränkt möglich. In einer Zeit der militärischen Abrüstung müsse gleichzeitig eine ideologische erfolgen, um die Mauer als Symbol der Abgrenzung zu überwinden. Anschließend zerreißen die Demonstranten Mauerstücke aus Pappe, die sie vor sich hergetragen haben. Eine Zeitzeugin schreibt darüber einen ausführlichen **Bericht**, der im September 1989 in einer kirchlichen Oppositionsschrift erscheint.

### Flucht über die Grenze

Die bundesdeutsche Botschaft muss ihre Türen für Besucher schließen, weil sich bereits 180 DDR-Flüchtlinge in dem Gebäude aufhalten. Unterdessen versuchen auch heute wieder Menschen, den direkten Weg in die Freiheit zu nehmen: über die ungarisch-österreichische Grenze, die in diesen Tagen allerdings noch nicht offen ist. Aber es gibt bereits Schlupflöcher.

-> [Zum Ereignis Protest gegen die Mauer auf der Webseite](#)

## **Kohl schreibt an Honecker**

14. August 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl bittet SED-Chef Erich Honecker in einem Brief um eine konstruktive Lösung des Flüchtlingsproblems. Denn immer mehr DDR-Flüchtlinge kommen in die Auslandsvertretungen der Bundesrepublik, um ihre Ausreise zu beschleunigen.

### **Keine Zurückweisung der DDR-Flüchtlinge**

Der Bundesregierung sei klar, dass die Entscheidung über eine Ausreise "ausschließlich bei den zuständigen Stellen der Deutschen Demokratischen Republik" liege, schreibt Kohl.

Der Kanzler betont auch, dass die Bundesregierung kein Interesse daran habe, möglichst viele Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik umzusiedeln. Dennoch werde man "niemanden, der sich an uns mit der Bitte um Hilfe wendet, zurückweisen und gewaltsam zum Verlassen unserer Vertretungen nötigen".

### **"Botschaftsbesetzungen" belasten die Beziehungen**

Kohl befürchtet, dass die gegenwärtige Lage die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten belasten könnte. "Negative Auswirkungen in allen Bereichen" seien nicht auszuschließen.

Deshalb habe Claus-Jürgen Duisberg, Leiter des Arbeitsstabs "Deutschlandpolitik" im Bundeskanzleramt, bereits am 11. August Kontakt mit dem DDR- Außenministerium aufgenommen.

Der Bundeskanzler appelliert an Honecker, zu einer konstruktiven Lösung des Flüchtlingsproblems beizutragen. Zum wiederholten Male bietet er "vertrauliche Gespräche zwischen Vertretern der Führungen beider Seiten" an.

Drei Tage später, am **17. August 1989**, [antwortet Honecker](#) dem Bundeskanzler.

-> [Zum Ereignis Kohl schreibt an Honecker auf der Webseite](#)

## **"Den Sozialismus in seinem Lauf..."**

15. August 1989: Stur und ungeachtet der Stimmung im Land singt SED-Chef Erich Honecker noch im Sommer 1989 sein Loblied auf den Sozialismus. Anlass ist die Übergabe des ersten 32-bit-Mikroprozessors.

### **Durchhalteparole oder Ignoranz**

Honecker, zu dieser Zeit bereits schwerkrank, nimmt am 14. August in Erfurt im VEB-Kombinat Mikroelektronik "Karl Marx" Musterexemplare eines 32-Bit-Mikroprozessors in Empfang.

Er nennt den 32-bit-Prozessor einen "würdigen Beitrag zum Republikjubiläum". Sichtlich stolz sieht er damit die DDR unmittelbar vor ihrem 40. Gründungstag technologisch auf Augenhöhe mit dem Westen.

### **... hält weder Ochs noch Esel auf**

Das Parteiorgan der SED, das "Neue Deutschland", dokumentiert am 15. August die Rede Honeckers. Er lässt sich über das "Triumphgeschrei westlicher Medien über das Scheitern der sozialistischen Gesellschaftskonzeption" aus. Dieses sei sein Geld nicht wert, das dafür ausgegeben werde. Und dann fährt er fort: "Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf".

Und weiter: "Diese alte Erkenntnis der deutschen Arbeiterbewegung findet durch die große Initiative der Werktätigen der DDR ihre aktuelle Bestätigung." Angesichts der unübersehbaren Erosion des DDR-Regimes mit wachsenden Protesten von unzufriedenen DDR-Bürgern und immer mehr Botschaftsflüchtlingen ist das ein bizarrer Ausspruch.

### **"Wer zu spät kommt ..."**

Viele Kommentatoren werten den merkwürdigen Ausspruch als Zeichen von Entrücktheit. Die Menschen als Ochsen und Esel zu beschimpfen, die darauf drängten, die Gesellschaft zu erneuern, erschien vielen als Ausdruck von Altersstarrsinn.

Honecker bringt das Zitat noch häufiger an - so zuletzt in seiner Rede **am Vorabend des 40. Jahrestags der DDR** in Anwesenheit des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow. Dessen Reaktion ist ebenfalls zu einem geflügelten Wort geworden: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben."

-> Zum Ereignis "Den Sozialismus in seinem Lauf..." auf der Webseite

## **Kohl bekommt Antwort aus Ostberlin**

17. August 1989: SED-Chef Honecker beantwortet den Brief des Bundeskanzlers vom 14. August – und macht deutlich: Die DDR werde die Versuche Einzelner nicht billigen, Sonderregelungen für ihre Ausreise zu erpressen.

### **Honecker hält Bonn für nicht zuständig**

Die jetzige Situation sei entstanden, schreibt Honecker, weil Vertreter der Bundesregierung DDR-Bürgern Aufenthalt in ihren Vertretungen gewährt hätten. "Eine solche Praxis negiert die sich aus dem Völkerrecht ergebende Tatsache, dass die Bundesrepublik Deutschland für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik keinerlei Zuständigkeiten wahrnehmen kann."

Aus Honeckers Sicht kann das entstandene Problem nur gelöst werden, indem die Bundesrepublik dafür Sorge trägt, "dass die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik unverzüglich die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland verlassen".

Honecker sichert den DDR-Flüchtlingen zu, dass ihnen nach dem Verlassen der Vertretungen keine Nachteile entstünden. Darüber hinausgehende Zusagen seien jedoch nicht möglich.

Gegen vertrauliche Gespräche zwischen den Vertretern beider Länder habe er keine Einwände, schreibt der SED-Chef weiter.

Seit Jahren verlangt Honecker von der Bundesrepublik die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Dieser Punkt ist auch einer der vier "**Geraer Forderungen**", die der SED-Chef 1980 erhoben hat. Die Bundesregierung ist nicht darauf eingegangen, weil sie eine Verfestigung der deutschen Teilung verhindern wollte.

-> Zum Ereignis Kohl bekommt Antwort aus Ostberlin auf der Webseite

## Lösungssuche für Flüchtlinge in den Botschaften

18. August 1989: Kanzleramtsminister Rudolf Seiters trifft den stellvertretenden Außenminister Herbert Krolikowski in Ostberlin. Beide Seiten wollen eine Lösung für die DDR-Flüchtlinge finden, die in den Botschaften warten.

### Flüchtlinge gefährden innerdeutsche Beziehungen

Immer wieder suchen DDR-Bürger die Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland in Berlin, Warschau, Prag und Budapest auf, um ihre **Ausreise in den Westen** durchzusetzen. Oft kommt es zu dramatischen Situationen, denn die Botschaften können den Flüchtlingszulauf nicht bewältigen. Es stehen keine Übernachtungsmöglichkeiten oder ausreichenden Sanitäreinrichtungen zur Verfügung. **Die Vertretungen schließen daraufhin ihre Tore.**

Ein Treffen zwischen den Vertretern der Bundesregierung und der DDR-Führung soll Abhilfe schaffen. Rudolf Seiters erklärt, sein Besuch habe das Ziel, das "politisch und menschlich schwierige Problem" zu lösen. Er sehe jedoch in der jetzigen Beziehung die Entwicklungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gefährdet.

### DDR-Führung gibt Bundesrepublik die Schuld

Herbert Krolikowski behauptet, die Bundesrepublik Deutschland sei an der Situation in den Botschaften selbst schuld, da sie den DDR-Bürgern Zutritt dazu gewährten. Es sei allein die Kompetenz und Aufgabe der DDR, die Fragen zur Ausreise der Flüchtlinge zu klären, so Krolikowski. Und es sei allein die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, dafür zu sorgen, dass die DDR-Bürger ihre Vertretungen sofort verließen und zu ihren Wohnorten zurückkehrten.

Der stellvertretende Außenminister der DDR weist mehrmals darauf hin, dass die Bundesregierung nicht mit der Belastung der Beziehung drohen solle. Die inneren Angelegenheiten seien allein Sache der DDR, die Bundesrepublik solle keine Bevormundung ausüben. Seit Jahren verwahre sich die DDR bei allen Menschenrechtsverletzungen jedwede "Einmischung in innere Angelegenheiten".

Heute bezeichnet der ehemalige Kanzleramtschef Seiters das Gespräch als sehr unerfreulich. Es habe kein Ergebnis gegeben. Die DDR habe immer wieder deutlich gemacht, dass die Bundesrepublik nach internationalem Recht keine DDR-Flüchtlinge in ihre Botschaften hineinlassen dürfe. "Und ich habe erklärt: Wir bauen keine Mauer um unsere Botschaften", sagt Seiters. Er sei dann zu den Flüchtlingen gegangen und habe ihnen versichert, dass der Kanzler alles tun werde, um zu helfen.

-> Zum Ereignis Lösungssuche für Flüchtlinge in den Botschaften auf der Webseite

## "Paneuropäisches Picknick"

19. August 1989: An der ungarisch-österreichischen Grenze zwischen St. Margareten und Sopron wird für einige Stunden ein jahrzehntelang geschlossenes Grenztor geöffnet – mit Zustimmung der ungarischen Regierung. Für viele Menschen aus der DDR eine Chance, in die Freiheit zu fliehen.

## **Symbolische Grenzöffnung mit Folgen**

Das Ungarische Demokratische Forum und die Paneuropa-Union haben zu einem "Paneuropäischen Picknick" eingeladen. Damit wollen sie für den Abbau der Grenzen und für ein geeintes Europa demonstrieren. Das "Picknick" steht unter der Schirmherrschaft des Europa-Abgeordneten Otto von Habsburg und des ungarischen Staatsministers Imre Poszgay.

Die symbolische Grenzöffnung hat sich schnell unter den Menschen aus der DDR herumgesprochen, die in Ungarn auf ihre Chance zur Flucht in den Westen hoffen. Rund 700 Menschen gelingt es tatsächlich, das Grenztor bei Sopron in Richtung Österreich zu passieren.

## **Ungarn demontiert den Eisernen Vorhang**

Bereits am **2. Mai 1989** hat Ungarn damit begonnen, elektronische Sicherungsanlagen und Stacheldrahtzäune an seiner Westgrenze abzubauen. Mit der Zustimmung zum Picknick demonstriert das Land seinen Willen, den Eisernen Vorhang zu zerschneiden. Wenige Tage später, am **25. August 1989**, sagt Ungarn zu, seine Grenze für DDR-Flüchtlinge zu öffnen. In der Nacht vom 10. auf den **11. September 1989** löst es diese Zusage ein.

Der ungarische Vorstoß zwingt das SED-Regime zu einer neuen Reiseregelung.

-> Zum Ereignis "Paneuropäisches Picknick" auf der Webseite

## **Kohl fordert DDR zu Reformen auf**

22. August 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl tritt vor die Presse. Er fordert die DDR-Regierung auf, eine Lösung für die Botschaftsflüchtlinge zu finden. Zugleich mahnt er Reformen in der DDR an und erklärt sich zu einem Treffen mit SED-Chef Erich Honecker bereit.

### **"Verantwortung trägt die DDR-Führung"**

"Wir alle sind in diesen Wochen durch die Berichte und Bilder aus Budapest und Ostberlin aufgewühlt, die uns vor Augen führen, wie Männer, Frauen und Kinder – unsere deutschen Landsleute – einen Weg in die Freiheit suchen. Niemanden in unserem Land darf das Schicksal dieser Menschen gleichgültig lassen", sagt Kohl vor der Bundespressekonferenz. Die Bundesregierung tue alles, was in ihren Kräften stehe, um diesen Menschen zu helfen. Für die entstandene Lage trage allerdings ausschließlich die DDR-Führung die Verantwortung. "Wir werden sie daraus nicht entlassen", so der Bundeskanzler.

Kohl weiter: "Ich selbst bin sofort zu einer Begegnung mit Generalsekretär Honecker bereit, wenn damit weitreichende und dauerhafte Erleichterungen für die Menschen erreicht werden können." Die Bundesregierung sei entschlossen, "an ihrer bisherigen Politik der Verständigung und Zusammenarbeit mit der DDR im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten festzuhalten".

Ausdrücklich weist der Bundeskanzler die DDR auf ihre Verpflichtungen hin, die sie mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte eingegangen sei. "Dazu gehört auch die umfassende Gewährung von Freizügigkeit." Die DDR könne nicht einerseits eine engere Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft suchen, andererseits aber "eine Haltung praktizieren, die dem Geist und Buchstaben der **KSZE-Verpflichtungen zuwiderläuft**".

### **"Nicht nur an Symptomen herumkurieren"**

Die Bundesregierung habe stets deutlich gemacht, sagt Kohl, dass niemand ein Interesse an einer "krisenhaften Entwicklung in der DDR" habe. "Die DDR-Führung muss sich aber fragen lassen, was sie selbst tut, um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken." Vor allem die Erstarrung des DDR-Systems "und das Fehlen jeder Hoffnung auf Veränderung" brächten die Menschen dazu, der DDR den Rücken zu kehren. Wer keine Zukunft für sich sehe, werde "auch zukünftig jedes Schlupfloch zum Entkommen als einzigen Ausweg sehen".

"Es kann die DDR-Führung nicht verwundern, dass diese Stimmung in dem Maße zugenommen hat und noch zunimmt, als sich ringsum in Osteuropa tiefgreifende Veränderungen in Richtung auf Demokratisierung, Öffnung und Reformen durchsetzen, die den Menschen neue Freiheiten bringen", erklärt der Bundeskanzler. "Die DDR darf sich solchen Entwicklungen nicht länger verschließen. Es reicht jetzt nicht mehr, an den Symptomen herumzukurieren."

### **Die offene Deutsche Frage**

Am Ende seines Eingangsstatements kommt der Bundeskanzler auf die Deutsche Frage zu sprechen. Die Entwicklung der letzten Wochen habe deutlich gemacht, dass diese Frage "nach wie vor auf der Tagesordnung der internationalen Politik" stehe, sagt Kohl. "Der Wille der Deutschen zur Einheit in Freiheit ist ungebrochen."

Bei der Lösung der Deutschen Frage müsse man auch auf die besondere Verantwortung der drei Westmächte vertrauen. Und der Bundeskanzler erinnert an die **Gemeinsame Erklärung**, die der sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow und er am 13. Juni 1989 unterzeichnet haben. Darin heißt es, es sei eine vorrangige Aufgabe, "zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen".

-> **Zum Ereignis Kohl fordert DDR zu Reformen auf auf der Webseite**

## **Ungarn lässt 108 DDR-Bürger ausreisen**

24. August 1989: Die ungarische Regierung erlaubt 108 DDR-Bürgern die direkte Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Noch handelt es sich um eine "einmalige humanitäre Aktion".

### **Ausreise über die Botschaften**

Viele Menschen aus der DDR nutzen im Sommer 1989 den "Umweg" über die Vertretungen der Bundesrepublik, um ihre **Ausreise in den Westen** zu beschleunigen. Doch die Vertretungen sind auf die vielen Menschen nicht eingerichtet. Wegen Überfüllung schließen in diesem Monat die bundesdeutschen Einrichtungen in Berlin, Prag und Warschau. Die Botschaft in Budapest am 14. August.

Zehn Tage nach der Schließung halten sich immer noch viele DDR-Bürger in der Botschaft auf. Die ungarische Regierung will helfen: Sie erlaubt 108 Ausreisewilligen in einer „einmaligen humanitären Aktion“ die Ausreise in die Bundesregierung. Sie werden direkt über Österreich in die deutsche Bundesrepublik ausgeflogen. Unterstützung kommt vom Internationalen Roten Kreuz.

Doch die Aktion der ungarischen Regierung bringt nur eine kurze Entlastung. Vier Tage später warten 1.400 DDR-Bürger in Budapest auf ihre Ausreise. In der Nacht vom 10. auf den 11. September **öffnet Ungarn seine Westgrenze**. Ab diesem Tag sind "einmalige humanitäre Aktionen" nicht mehr nötig.

-> **Zum Ereignis Ungarn lässt 108 DDR-Bürger ausreisen auf der Webseite**



## Geheimtreffen auf Schloss Gymnich

25. August 1989: Bei einem geheimen Treffen im Gästehaus der Bundesregierung macht der ungarische Regierungschef dem Bundeskanzler eine Zusage: Ungarn werde seine Grenze öffnen, bis Mitte September könnten alle DDR-Flüchtlinge das Land in Richtung Westen verlassen.

### "Wir öffnen die Grenze"

1988 hat der Reformprozess in Ungarn begonnen. Das Ostblockland will sich zu einer Demokratie entwickeln und nach Westen öffnen. Wie ernst es ihm damit ist, hat das "Paneuropäische Picknick" an der ungarisch-österreichischen Grenze gezeigt: Am 19. August 1989 haben die Außenminister der beiden Staaten symbolisch ein altes Grenztor geöffnet. Mehrere hundert DDR-Bürger haben diese Gelegenheit zur Flucht genutzt.

Jetzt, sechs Tage danach, fliegen der ungarische Ministerpräsident Miklós Németh und sein Außenminister Gyula Horn unter strenger Geheimhaltung in die Bundesrepublik. Auf Schloss Gymnich bei Bonn treffen sie ihre deutschen Amtskollegen Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher. Zunächst geht es um die Lage in Ungarn und anderen Ostblockstaaten, dann aber auch um die DDR-Flüchtlinge.

Und Németh erklärt: "Eine Abschiebung der Flüchtlinge zurück in die DDR kommt nicht in Frage. Wir öffnen die Grenze. Wenn uns keine militärische oder politische Kraft von außen zu einem anderen Verhalten zwingt, werden wir die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten." Bis Mitte September könnten alle Deutschen ausreisen. Der ungarische Regierungschef verlangt keinerlei Gegenleistung. "Ungarn verkauft keine Menschen", sagt er.

### "Die Ungarn sind gute Leute"

Gleichwohl sagt die deutsche Seite einen Kredit über fünfhundert Millionen D-Mark zu; darüber verhandelt die Bundesregierung schon seit längerem mit Ungarn. Außerdem will die Bundesregierung den Visumzwang für ungarische Reisende abschaffen und Ungarn bei einem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft unterstützen.

Tags darauf telefoniert der Bundeskanzler mit dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. Kohl will herausfinden, ob die Sowjetunion den Ungarn Steine in den Weg legt. Doch Gorbatschow sagt: "Die Ungarn sind gute Leute." Damit ist klar, dass die ungarische Regierung für ihre Grenzöffnung den Segen Moskaus hat.

-> Zum Ereignis Geheimtreffen auf Schloss Gymnich auf der Webseite

## Für eine sozialdemokratische Partei

26. August 1989: Bei einem Menschenrechtsseminar der Berliner Golgathakirchengemeinde stellen zwei Theologen die Initiative zur Gründung einer Partei vor – einer sozialdemokratischen Partei in der DDR.

### "Die Zeit drängt"

43 Jahre sind seit der Vereinigung von SPD und KPD zur SED vergangen. Einer Vereinigung, die undemokratisch, im Wesentlichen auf Druck der sowjetischen Besatzungsmacht zustande kam. Rund 5.000 Sozial-

demokraten, die nicht mitmachen wollten, wurden inhaftiert.

Jetzt halten es die Theologen Martin Gutzeit aus Ostberlin und Markus Meckel aus Niederndodeleben bei Magdeburg für geboten, eine neue sozialdemokratische Partei ins Leben zu rufen. Bereits im April verfasst Gutzeit einen Gründungsauf Ruf, am 27. Juli 1989 unterschreiben ihn Meckel und ein weiterer Theologe aus Berlin, Arndt Noack. Knapp einen Monat später, am 26. August 1989, stellen sie den Aufruf bei einem Menschenrechtsseminar der Berliner Golgathakirchengemeinde vor.

Der erste Satz lautet: "In Osteuropa ist einiges in Bewegung geraten und viele Menschen bei uns empfinden dafür eine große Sympathie. Hoffnungen und Erwartungen beginnen auch in der DDR zu wachsen." Es reiche jedoch nicht aus, auf Veränderungen zu warten, sondern es bedürfe "grundlegender Bemühungen vieler, um die Voraussetzungen und Bedingungen zu schaffen, die für einen Demokratisierungsprozess erforderlich sind".

Angesichts der Ausreisewelle schreiben die Autoren: "Die Zeit drängt. ... Die Zehntausende, die enttäuscht das Land verlassen, können hier nichts mehr tun und verstärken die Resignation der Zurückbleibenden."

### **Ein Stasi-Spitzel unter den Gründern**

Unmissverständlich werben die Parteinitiatoren für "Rechtsstaat und strikte Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Parteienpluralität [und einen] Sozialstaat mit ökologischer Orientierung".

Ab dem 12. September wird der Aufruf in der DDR verbreitet. Am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, findet im Pfarrhaus von Schwante (Kreis Oranienburg) die **offizielle Gründung** der "Sozialdemokratischen Partei in der DDR" (SDP) statt.

Später stellt sich heraus, dass einer der Erstunterzeichner, Ibrahim Böhme, Stasi-Spitzel war – ein IMB (Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindberührung). Im Oktober 1989 wird er Parteigeschäftsführer, im Februar 1990 sogar Parteivorsitzender, muss von diesem Amt nach seiner Enttarnung jedoch zurücktreten.

-> [Zum Ereignis Für eine sozialdemokratische Partei auf der Webseite](#)

## **Flüchtlingsströme nehmen zu**

28. August 1989: Knapp zwei Wochen nach dem Paneuropäischen Frühstück wächst die Zahl der Ausreisewilligen aus der DDR. In Budapest warten 1.400 DDR-Bürger auf eine Ausreisemöglichkeit. Die beiden Flüchtlingslager sind restlos überfüllt, ein drittes Lager wird angekündigt.

### **Ungarns einmalige humanitäre Aktion**

Die Hoffnungen der Menschen sind berechtigt: Denn nur vier Tage vorher durften durch eine "einmalige humanitäre Aktion" Ungarns alle 108 Flüchtlinge ausreisen, die sich in der Budapester Botschaft der Bundesrepublik aufhielten. Mithilfe des Internationalen Roten Kreuzes werden sie über Österreich in die Bundesrepublik Deutschland ausgeflogen. Mit Bussen geht es weiter nach Nürnberg.

Doch bereits kurze Zeit später treffen wieder DDR-Bürger in der Budapester Botschaft ein. Um die vielen Ausreisewilligen beherbergen zu können, werden Zeltlager in Csilleberg in Budapest und in Zánka am Plattensee errichtet.

In Prag hingegen teilt die Regierung mit, dass die dort wartenden Flüchtlinge unter allen Umständen in die DDR zurückkehren müssen.

## Warten auf die Flüchtlinge

Derweil bereitet sich die Bundesrepublik Deutschland auf weitere Flüchtlinge vor. In Bayern wird am 30. August ein Notaufnahmelaager errichtet. Dort sollen die Menschen Aufnahme finden, die über die Botschaften der Bundesrepublik in Osteuropa zu fliehen versuchen.

Dass diese Entscheidung richtig war, zeigt sich bereits einige Wochen später. Nachdem die ungarische Regierung **im September die Grenze zu Österreich abbaut**, gibt es für die DDR-Flüchtlinge kein Halten mehr. Mehr als 8.000 verlassen die ungarische Landeshauptstadt und das Zeltlager am Plattensee binnen kürzester Zeit. Weitere werden folgen.

Infografik: Von Übersiedlern und Flüchtlingen

-> Zum Ereignis Flüchtlingsströme nehmen zu auf der Webseite

## Horn informiert DDR-Führung über Grenzöffnung

31. August 1989: Ungarns Außenminister Gyula Horn reist nach Ostberlin und teilt Politbüro-Mitglied Günter Mittag und DDR-Außenminister Oskar Fischer mit, dass Ungarn seine Grenze öffnen wird. Kein DDR-Flüchtling soll mehr zur Rückkehr gezwungen werden.

### Umfangreiche Reisediplomatie

Während sich zehntausende DDR-Flüchtlinge im Sommer in Ungarn aufhalten, setzt eine umfangreiche Reisediplomatie zur Lösung der Flüchtlingsfrage ein.

Die ungarische Position steht Ende August fest: „Hier muss eine radikale Lösung her, die ermöglicht, dass alle DDR-Bürger Ungarn legal verlassen können. Und das geht nur, wenn wir das sogenannte Reiseverkehrsabkommen zwischen Ungarn und der DDR aus dem Jahre 1969 außer Kraft setzen. Wir ermöglichen den DDR-Bürgern, ungehindert in alle Länder auszureisen, die bereit sind, sie aufgrund ihrer Reisedokumente durch- bzw. einreisen zu lassen“, schreibt Horn in seinem Buch „Freiheit, die ich meine“.

Sechs Tage nach dem **Geheimtreffen** des ungarischen Ministerpräsidenten Miklós Németh und seines Außenministers Horn mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher auf Schloss Gymnich bei Bonn reist Horn nach Ost-Berlin.

### DDR-Führung vor vollendete Tatsachen gestellt

Da der Staatsratsvorsitzende Erich Honecker und Ministerpräsident Willi Stoph krank sind, empfangen Außenminister Oskar Fischer und das Politbüro-Mitglied Günter Mittag die ungarische Delegation im DDR-Außenministerium.

Fischers Verblüffung sei in Bestürzung gewechselt, als er ihm die ungarische Entscheidung mitgeteilt habe, erinnert sich Horn. Der DDR-Außenminister habe gedroht: "Aber das ist ja Erpressung! Ja, sogar Verrat! Wissen Sie denn, dass Sie damit die DDR im Stich lassen und zur anderen Seite überwechseln? Das wird schwerwiegende Folgen für Sie haben.“

Im Gegenzug schlägt die DDR-Seite vor, dass Ungarn seine Grenzen für DDR-Bürger schließt. Das lehnt Horn ab. Ungarn ist allerdings bereit, eine Woche mit der Durchführung des Grenzöffnungsbeschlusses zu warten.

In der Nacht vom 10. auf den 11. September **öffnet Ungarn seine Westgrenze**, die Grenze zu Österreich.

-> Zum Ereignis Horn informiert DDR-Führung über Grenzöffnung auf der Webseite

**nn**

-> Zum Ereignis nn auf der Webseite

## **Elf99 startet: Jugendsendung mit Auftrag**

1. September 1989: Im DDR-Fernsehen startet eine neue Jugendsendung: „Elf99“. Geplant als FDJ-Veranstaltung im Westgewand entwickelt das Format eine ganz eigene Dynamik. Immer häufiger werden Themen kritisch hinterfragt, die Opposition kommt zu Wort. Erstmals berichtet ein Fernsehteam aus der Vilsiedlung der SED-Führung in Wandlitz bei Berlin.

### **Neue Sendung soll DDR-Jugendliche für den Staat begeistern**

In der Sowjetunion stehen die Zeichen auf Glasnost, in Polen auf Demokratie. Der DDR laufen im Sommer 1989 die Menschen weg. Ihrem Staatsfernsehen die Zuschauer. Es schwindet das Interesse an einem Programm, das einfach nicht berichtet, was die Menschen bewegt.

Das Zentralkomitee der SED entschließt sich zur Flucht nach vorn. Wenigstens beim Fernsehen. Ein neues Jugendprogramm soll die Begeisterung der DDR-Jugendlichen für Westmedien und -stars aufgreifen und sie für die sozialistische Sache nutzen.

### **Jugendsendung mit ideologischen Auftrag**

Nach der Postleitzahl des Studios in Berlin-Adlershof wird das neue Magazin „Elf99“ getauft. Die Redaktion führt verschiedene Formate zu einer Sendung zusammen: Reportagen, Musikvideos, Sport, Diskussionen. Zunächst einmal, später sogar zweimal pro Woche.

Der ideologische Auftrag ist klar. Auch „Elf99“ soll die Überlegenheit des Sozialismus demonstrieren und das westliche System gehörig in Misskredit bringen. Nur interessanter und bunter soll es jetzt sein, überzeugender.

Aufwand und Geld spielen keine Rolle. Das vielköpfige Team verfügt über ein großes modernes Studio nach westlichem Standard. Die lange verpönte Musik des Klassenfeinds ist plötzlich erlaubt. Sogar amerikanische Spielfilme wie „Dirty Dancing“ werden gezeigt.

### **Von der Propaganda zur offenen Kritik**

Doch was als FDJ-Veranstaltung im Westgewand geplant worden war, entwickelt seine eigene Dynamik. Mit den Menschen im Land wird auch die Redaktion von „Elf99“ zusehends mutiger. Statt der üblichen Propaganda gibt das Jugendmagazin nun offener Kritik Raum, traut sich nachzufragen.

"Wir waren letztendlich nicht mehr anzuhalten", erzählt die ehemalige Elf99-Moderatorin Victoria Herrmann. "Wir haben das gemacht, wovon wir überzeugt waren."

In den Wochen vor dem Fall der Mauer und in den Monaten danach sendet „Elf99“ erstmals unzensurierte Interviews. Die Opposition kommt zu Wort. Die Reporter bemühen sich um Blicke hinter die Kulissen des DDR-Staatsapparats. Bis heute unvergessen: die **Reportage** aus dem Villenviertel der SED-Führung vor den Toren Berlins und der Bericht vom Sturm auf das Ministerium für Staatssicherheit.

Nach der Wende existiert "Elf99" noch einige Jahre im Privatfernsehen weiter, kann sich am Markt aber nicht auf Dauer durchsetzen. Sein eigentliches Ziel, junge Menschen endlich wieder für die DDR zu begeistern, hat das Magazin bekanntlich nie erreicht. Damit wäre wohl jedes Programm überfordert gewesen. Doch Elf99 bleibt bis heute unvergessen als eine Sendung, die offen, kritisch und manchmal frech, den Sozialismus in der DDR in Frage stellte.

-> Zum Ereignis Elf99 startet: Jugendsendung mit Auftrag auf der Webseite

## Erste Montagsdemo in Leipzig

4. September 1989: Nach dem montäglichen Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche gehen 1.200 Menschen auf die Straße. Sie fordern Reise- und Versammlungsfreiheit. Von da an finden die Montagsdemos regelmäßig statt und werden zum Symbol für die Proteste in der DDR.

### Vom Friedensgebet zur Montagsdemonstration

Seit 1981 finden in Leipzig Friedensgebete statt. Hintergrund ist die Auseinandersetzung um die Stationierung atomarer Mittelstreckenwaffen in der DDR und die Antwort des Westens auf die neue Bedrohung: den Nato-Doppelbeschluss, der – für den Fall, dass Abrüstungsverhandlungen scheitern – eine Nachrüstung auf dem Gebiet der Bundesrepublik vorsieht.

Während das SED-Regime einen einseitigen Rüstungsverzicht des Westens fordert, verlangt die oppositionelle Friedensbewegung in der DDR eine Abrüstung beiderseits des Eisernen Vorhangs, in Ost und West. Die Friedensgebete bieten ein Forum, diese Forderung zum Ausdruck zu bringen. Sie sind maßgeblich von **Pfarrer Christoph Wonneberger** organisiert, der dabei auch innerkirchliche Widerstände überwinden muss.

Den Friedensgruppen schließen sich andere Oppositionsgruppen an, darunter auch eine Umweltgruppe. Spätestens nach der **gefälschten Kommunalwahl vom 7. Mai 1989** verbreitert sich das Themenspektrum: Nun geht es um Demokratie und freie Wahlen, um Reise- und Meinungsfreiheit.

### Westliche Medien berichten

Nach dem Friedensgebet am 4. September 1989 gehen die Gottesdienstteilnehmer zum ersten Mal auf die Straße. Es ist die erste der berühmt gewordenen Montagsdemonstration, die im Herbst 1989 zum Symbol für die Friedliche Revolution werden. Die meisten, die an diesem 4. September demonstrieren, wollen nicht raus aus der DDR, sondern die Zustände in der DDR verändern. Deshalb skandieren sie: „Wir bleiben hier!“ Stasi und Volkspolizei halten sich an diesem Montag zurück, denn westliche Medien sind vor Ort. Sie berichten über die erste Montagsdemonstration – und machen sie so beiderseits der innerdeutschen Grenze bekannt.

Katrin Hattenhauer, Künstlerin und Leipziger Bürgerrechtlerin, die am 4. September 1989 dabei war, sagt heute, es sei wichtig gewesen, dass westliche Journalisten in der Stadt gewesen seien und berichtet hätten. So hätten die Menschen gesehen: „Ja, in Leipzig passiert wirklich was, und nächsten Montag fahren wir dahin.“

-> Zum Ereignis Erste Montagsdemo in Leipzig auf der Webseite

## Flüchtlinge strömen weiter nach Ungarn

4. September 1989: Bereits kurz nachdem 108 Ausreisewillige die bundesdeutsche Botschaft in Budapest in Richtung Westen verlassen hatten, strömen weitere Menschen in die Botschaft. Auch sie hoffen, bald ausreisen zu können. Die Platzprobleme zwingen dazu, Auffanglager einzurichten.

### Einmalige Aktion löst Flüchtlingsproblem nicht

Die ungarische Regierung hatte am 24. August 108 DDR-Bürgern in einer "einmaligen humanitären Aktion" die Ausreise gestattet. Doch damit lässt sich das Flüchtlingsproblem in den osteuropäischen Botschaften der Bundesrepublik nicht lösen. Weitere Ausreisewillige kommen, um ihre Ausreise zu beschleunigen.

Die Zahl der "Botschaftsflüchtlinge" nimmt in Budapest rasant zu: Sind es am 28. August noch 1.400, steigt ihre Zahl am 2. September auf 3.500 und am 4. September auf 4.700.

### Auffanglager werden eingerichtet

Die bundesdeutsche Botschaft kann die vielen Menschen nicht aufnehmen. Zunächst werden noch Zelte im Bereich der Botschaft und auf dem Grundstück der Zugliget-Pfarrei aufgestellt.

Doch als weitere Flüchtlinge folgen, werden im acht Kilometer entfernten Pionierlager Csillebérc und in Zánka am Plattensee zwei weitere Auffanglager eingerichtet. Viele ehrenamtliche Helfer versorgen die Flüchtlinge mit Essen, Decken und Betten.

-> Zum Ereignis Flüchtlinge strömen weiter nach Ungarn auf der Webseite

## Das Neue Forum entsteht

10. September 1989: Rund 30 Bürgerrechtler unterzeichnen den Aufruf zur Gründung des "Neuen Forums". Damit entsteht die erste landesweite Oppositionsbewegung in der DDR außerhalb der evangelischen Kirche. Sie wird zur wichtigsten DDR-Bürgerbewegung in den Zeiten des Umbruchs.

### "Die Zeit ist reif."

Im Aufruf heißt es: "Wir rufen alle Bürger und Bürgerinnen der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des Neuen Forums zu werden. Die Zeit ist reif."

Es habe damals eine große Hoffnungslosigkeit im Land gegeben, sagt der ehemalige Bürgerrechtler Dieter Reinfried. Viele hätten aber auch erkannt, „wir müssen uns da selbst an die Hand nehmen. Wir müssen jetzt sehen, dass wir selber Gestaltungskraft gewinnen.“

Zu den Erstunterzeichnern gehören namhafte Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley, Katja Havemann, Rolf Henrich, Hans-Jochen Tschiche, Jens Reich, Ingrid Köppe, Sebastian Pflugbeil, Reinhard Schult, Ina Seidel und viele mehr. Der Protest auf den Straßen, die Montagsdemonstrationen und andere Veranstaltungen werden erheblich durch die starke verbindende Wirkung des Neuen Forums getragen.

### Bürgerbewegung mit starkem Zulauf

Das Neue Forum betrachtet sich als "politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen". Diese Botschaft und dieses Anliegen treffen die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger.

Bereits eine Woche nach dem Gründungsaufruf vervielfacht sich die Zahl der Anhänger. Am 19. September stellt das Neue Forum beim DDR-Innenministerium einen Antrag auf formelle Zulassung – mit 1.500 Unterschriften. Wenige Tage später ist die Liste bereits auf 3.000 angewachsen. Die Malerin Bärbel Bohley, die in ihrem Atelier den ersten Bürodienst organisiert, kann den Ansturm alleine nicht bewältigen.

**Bald engagieren sich Tausende** landesweit in der Bürgerbewegung. In der DDR entsteht eine neue Diskussionskultur.

### **Neues Forum nicht mehr zu stoppen**

Kein Wunder also, dass das SED-Regime versucht, das Neue Forum zu stoppen: Am 21. September 1989 wird der **Zulassungsantrag abgelehnt**. Begründung: Es handele sich um eine "staatsfeindliche Plattform", deren Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen. Außerdem bestehe kein gesellschaftlicher Bedarf. Doch die Arbeit des Neuen Forums ist nicht mehr aufzuhalten. Täglich steigt die Zahl der Anhänger und Mitglieder. Am 23. Oktober 1989 stellt das Neue Forum einen erneuten Antrag auf Zulassung. Politbüromitglied Günter Schabowski diskutiert zwei Stunden hinter verschlossenen Türen mit den Initiatoren Jens Reich und Sebastian Pflugbeil. Am 31. Oktober 1989 gibt das Innenministerium bekannt, die Zulassung des Neuen Forums werde noch einmal geprüft. Die **Zulassung am 8. November 1989** durch die SED-Führung wird zum Präzedenzfall.

Ende 1989 hat das Neue Forum rund 200.000 Unterschriften und 10.000 Mitglieder.

Im Februar 1990 schließt es sich mit den Oppositionsbewegungen "Demokratie Jetzt", "Initiative für Frieden und Menschenrechte" und dem "Unabhängigen Frauenverband" zum Bündnis 90 zusammen. In dieser Listenverbindung beteiligt sich das Neue Forum an der ersten und letzten freien DDR-Volkskammerwahl.

-> **Zum Ereignis Das Neue Forum entsteht auf der Webseite**

## **Der Brief aus Weimar**

10. September 1989: Vier CDU-Mitglieder, allesamt Kirchenleute, darunter Christine Lieberknecht, schicken einen "Brief aus Weimar" an ihre Parteileitung. Von dem Schreiben gehen wesentliche Impulse zur Erneuerung der DDR-CDU und der Ruf nach gesellschaftlichen Reformen aus.

### **Demokratische Erneuerung der CDU in der DDR**

Das Ziel: die demokratische Erneuerung der CDU in der DDR. Vor allem kirchlich engagierte CDU-Mitglieder haben sich stets mehr an den evangelischen Landeskirchen-Synoden als an den Plattitüden der SED-hörigen Parteiführung orientiert.

Hauptverfasser des "Briefes aus Weimar": der damalige Kirchenrat Gottfried Müller aus Weimar und die Pastorin Christine Lieberknecht aus Rams-la bei Weimar. Sie greifen wesentliche Kritikpunkte der vergangenen Jahrzehnte auf, die von der Parteispitze notorisch ignoriert worden waren. Dazu gehören insbesondere der Mangel an Eigenständigkeit gegenüber der SED, die Reisebeschränkungen, die Behinderungen der Pressefreiheit, die Schönfärberei in den Medien, das Verschweigen der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage des

Landes und die Manipulationen bei den Wahlen.

### **CDU-Chef Götting tritt zurück**

Unter dem Druck der Reformer tritt am **2. November 1989 Parteichef Gerald Götting** zurück; er war seit 1966 im Amt und hat nie die führende Rolle der SED in Frage gestellt. Schon am nächsten Tag verlangt die CDU-Fraktion die sofortige Einberufung der Volkskammer. Sie fordert die Regierung auf, die Vertrauensfrage zu stellen, ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten und die Kommunalwahlen vom Mai 1989 zu wiederholen. Noch im November streicht die CDU aus ihrer Satzung die Anerkennung der führenden Rolle der SED und fordert die Auflösung des "Zentralen Demokratischen Blocks", aus dem sie dann am 4. Dezember 1989 per Vorstandsbeschluss austritt. Damit endet die Zusammenarbeit mit der SED auch offiziell.

Christine Lieberknecht wird im Spätherbst 1989 in den Parteivorstand der CDU gewählt. Ein anderer Unterzeichner, der Oberkirchenrat Martin Kirchner, wird CDU-Generalsekretär. 1990 stellt sich allerdings heraus: Kirchner war Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Stasi. Er wird von seinem Amt entbunden und tritt aus der CDU aus.

-> [Zum Ereignis Der Brief aus Weimar auf der Webseite](#)

## **Ungarn öffnet seine Grenze**

11. September 1989: In der Nacht vom 10. auf den 11. September öffnet Ungarn seine Grenze: Zehntausende Menschen aus der DDR überqueren sie in den folgenden Tagen in Richtung Westen. Ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Fall des "Eisernen Vorhangs".

### **Geheimtreffen beschleunigt Grenzöffnung**

Schon einmal war die Grenze zu Österreich geöffnet, wenn auch nur für wenige Stunden: am 19. August 1989, beim "**Paneuropäische Picknick**" zwischen St. Margareten und Sopron. Die Regierungen Österreichs und Ungarns hatten offiziell genehmigt, dass anlässlich dieses Picknicks für einige Stunden ein jahrzehntelang geschlossenes Grenztor geöffnet werden konnte. Über 700 DDR- Bürgern nutzten diese Gelegenheit, um nach Österreich zu fliehen.

Wenige Tage nach dem Paneuropäischen Picknick, am 25. August haben sich der ungarische Ministerpräsident Miklos Németh, Bundeskanzler Helmut Kohl sowie die beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Gyula Horn auf Schloss Gymnich bei Bonn getroffen. Bei diesem **Geheimtreffen** hat sich Ungarn bereiterklärt, seine Grenze zu öffnen und die DDR-Flüchtlinge ziehen zu lassen. Eine Gegenleistung hat Ungarn dafür nicht verlangt.

Nun also macht Ungarn seine Ankündigung wahr – und öffnet den Ausreisewilligen aus der DDR den **Weg in den Westen**.

**Infografik: Von Übersiedlern und Flüchtlingen**

-> [Zum Ereignis Ungarn öffnet seine Grenze auf der Webseite](#)

## **Ungarns Grenzöffnung erzürnt die SED-Führung**

12. September 1989: Das SED-Politbüro ist über die Grenzöffnung der Ungarn empört. Am liebsten würde die Ostberliner Parteispitze „das Loch Ungarn“ wieder „zumachen“. Aber wie? Etwas anderes als Protest



und neue Repressalien fällt den Genossen nicht ein.

### **„Das Loch Ungarn zumachen“**

Da Staats- und Parteichef Erich Honecker seit Wochen krank ist, leitet Politbüro-Mitglied Günter Mittag die wöchentliche Beratung. Gleich zu Beginn gibt er die Tonlage vor: „Seit der letzten Sitzung gibt es eine Reihe von Veränderungen, insbesondere die Schleisungen von DDR-Bürgern aus Ungarn in die BRD.“

„Die erste Frage für mich ist, das Loch Ungarn zuzumachen, um keine neuen Sachen anlaufen zu lassen“, sagt Mittag. Staatssicherheit und Innenministerium müssten Maßnahmen durchführen. Die Ausreisen seien „nicht mehr so global durchzuführen wie bisher“. „Wieso müssen die wackligen Kandidaten fahren?“, so Mittag. Und SED-Chefideologe Kurt Hager: „Wir sollten den Reiseverkehr nach Ungarn so kontrollieren, dass nicht die falschen fahren.“

### **„Versagungsgründe konsequent anwenden“**

Am nächsten Tag weist Stasi-Chef Erich Mielke die **Leiter aller „Diensteinheiten“** an, „befristete Reisesperren“ zu veranlassen, um den „Missbrauch“ von Reisen nach Ungarn zu verhindern. Es seien alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um „die Personen herauszufinden, zu denen Hinweise auf den beabsichtigten Missbrauch der Reisen vorliegen“. „Versagungsgründe“ seien „konsequent anzuwenden“. Bei Personen, die Ausreiseanträge gestellt hätten, seien Ungarn-Reisen „nicht zu genehmigen“.

### **DDR erwartet Rücknahme der Entscheidung**

Der Regierung in Budapest schicken die Ostberliner Machthaber eine „Protestnote“. Darin heißt es, das ungarische Vorgehen stelle „eine eindeutige Verletzung völkerrechtlicher Verträge und, damit verbunden, eine Verletzung grundlegender Interessen der Deutschen Demokratischen Republik dar“. Die DDR erwarte „eine sofortige Rücknahme der Entscheidung der Ungarischen Volksrepublik“.

Die Protestnote bleibt ebenso erfolglos wie das Maßnahmenpaket der Stasi.

-> Zum Ereignis Ungarns Grenzöffnung erzürnt die SED-Führung auf der Webseite

## **"Demokratie Jetzt" gründet sich**

12. September 1989: Im Spätsommer und Herbst formieren sich mehrere Bürgerbewegungen. Eine der einflussreichsten gründet sich in Berlin: "Demokratie Jetzt". Sie zielt vor allem darauf ab, die DDR friedlich und demokratisch umzugestalten.

### **Bürgerrechtsbewegung mit kirchlichen Wurzeln**

Der Gründungsaufruf trägt zwölf Unterschriften, darunter vom Physiker und Synodalen Hans-Jürgen Fischbeck, von der Mitbegründerin der Organisation "Frauen für den Frieden", Ulrike Poppe, dem Kirchenhistoriker Wolfgang Ullmann und dem Filmregisseur Konrad Weiß.

Die Anhänger der Bewegung kommen vor allem aus kirchlichen Kreisen. "Demokratie Jetzt" hat seinen Ursprung im innerkirchlichen Arbeitskreis "Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung".

### **"Demokratie Jetzt" will Bürgerbewegung sein**

Der Gründungsaufruf enthält die zentralen Ziele. Dazu gehören "solidarische Gesellschaft", "Freiheit und Menschenwürde für alle", ein "lebendiger Pluralismus" sowie Rechtsstaatlichkeit.

Trotzdem möchte sich die Bewegung nicht als Partei verstehen: "Wir sind ... eine Bürgerbewegung, das heißt, wir haben informelle Arbeitsstrukturen, wir sind keine Vereinigung mit festen Mitgliedschaften und natürlich keine Partei", erklären Ulrike Poppe und Jörg Hildebrandt in einem Interview für die Aktuelle Kamera am 24. November 1989. "Das ist besonders wichtig, die Betonung 'keine Partei'; das bedeutet für uns, dass wir keine Mitglieder zu werben haben, dass wir doch in gewisser Weise sehr locker und frei auch für uns reagieren können."

"Demokratie Jetzt" geht 1991 durch die Fusion mit einigen Teilen des **Neuen Forums** in der **Initiative "Frieden und Menschenrechte"** und Bündnis 90 auf.

-> Zum Ereignis "Demokratie Jetzt" gründet sich auf der Webseite

## **Kritik unter geschicktem Deckmantel**

13. September 1989: Das Mecklenburgische Staatstheater in Schwerin inszeniert erstmals Schillers „Wilhelm Tell“. Was auf den ersten Blick harmlos erscheint, ist in Wirklichkeit nichts anderes als ziemlich unverblühte Kritik an den Zuständen in der DDR.

### **Künstler stehen unter Generalverdacht**

Bereits seit 1988 behält die Staatssicherheit den Regisseur Christoph Schroth besonders im Blick. Er ist bekannt für seine kritischen Inszenierungen – und tatsächlich: Der Leitgedanke seines Spielplans ist „Revolution“.

Das gelingt ihm auch bei der Inszenierung des „Wilhelm Tell“. Zwar musste auch dieses Stück einige Änderungen in Sinne der SED-Kulturpolitik einstecken. Die Hauptintention der Inszenierung bleibt jedoch erhalten: Der Ruf nach Freiheit.

Die DDR-Führung betrieb eine starke Kultur- und Medienkontrolle. Kultur- und Medieninstitutionen standen unter ständiger Beobachtung der Kulturverantwortlichen – manche unterstanden dem Staatsapparat sogar direkt. Alle kritischen Ansätze wollte das Regime so im Keim ersticken. Schließlich ging es der SED bei ihrer Kulturpolitik nur darum, „weiterhin die entwickelte sozialistische Gesellschaft zu gestalten“.

### **Das Publikum feiert**

Die Doppeldeutigkeiten und Andeutungen sind für die Zuschauer offensichtlich, sie lachen und klatschen großen Beifall. Sie fühlen sich gehört und verstanden.

Der junge Wilhelm Tell verkörpert in ihren Köpfen nichts anderes als sie selbst - den DDR-Bürger, der von den herrschenden Mächten bevormundet wird. Tell aber ist mutig. Er widersetzt sich den Vorschriften und kämpft für seine Freiheit. Das Publikum feiert ihn wie einen Helden.

-> Zum Ereignis Kritik unter geschicktem Deckmantel auf der Webseite

## **Kirche übernimmt Verantwortung**

15. September 1989: Die Bundessynode der evangelischen Kirchen in der DDR ist sich einig, dass die Kirche angesichts der "bedrängenden Probleme" in der DDR politische Verantwortung übernehmen muss.

## Synode fordert Veränderungen

Eigentlich steht das Thema "Kirchen in Solidarität mit den Frauen" auf der Tagesordnung. Doch die aktuelle politische Lage im Land beschäftigt die Kirchenvertreter mehr. Und so fassen sie einen Beschluss, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Sie fordern unter anderem:

- "ein allgemeines Problembewusstsein dafür, dass Veränderungen in unserem Land dringend notwendig sind;
- die offene und öffentliche Auseinandersetzung mit unseren gesellschaftlichen Problemen;
- verantwortliche pluralistische Medienpolitik;
- demokratische Parteivielfalt;
- Reisefreiheit für alle Bürger;
- wirtschaftliche Reformen;
- die Möglichkeit friedlicher Demonstrationen;
- ein Wahlverfahren, das die Auswahl zwischen Programmen und Personen ermöglicht".

## Mutige Worte der Synode

Der Beschluss wird landesweit in den Gottesdiensten verlesen und macht vielen Menschen Mut.

Gerhard F. Hasse, Mitbegründer des **Demokratischen Aufbruchs** schreibt 1990: "So richtig angefangen hatte alles in Eisenach für mich eigentlich mit der Tagung der Bundessynode der evangelischen Kirchen... Das mutige Wort des Landesbischofs und die unterstützende Erklärung der Synode rechneten ab mit den Missständen in der DDR."

-> [Zum Ereignis Kirche übernimmt Verantwortung auf der Webseite](#)

## Kritik aus den eigenen Reihen

19. September 1989: Der LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach stellt die Vormachtstellung der SED in Frage und fordert Reformen.

### Erstmals Kritik aus der Führungsriege

Seit 1967 ist Manfred Gerlach Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD). Zugleich ist er Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden. Bei einer Veranstaltung seiner Partei zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung übt Gerlach erstmals öffentlich Kritik an der SED-Führung.

Gerlach in seiner Festansprache: "Höher- und Weiterentwicklung bedeutet in der Politik nicht bloß Vervollkommnung des Erreichten; es verlangt, Neues nicht zu blockieren, sondern aufzuspüren und auf den Weg zu bringen."

Die Parteizeitung "Der Morgen" sagt sich im Herbst 1989 als erste Tageszeitung der DDR offiziell vom Führungsanspruch der SED los. Sie lässt fortan systemkritische Leserbriefe zu und druckt als einzige Tageszeitung die "Resolution von Rockmusikern und Liedermachern zur inneren Situation und zum Aufruf des Neuen Forums" ab.

## Von Anpassung zu Systemkritik

Jahrzehntlang hat die LDPD – wie alle sogenannten Blockparteien – die führende Rolle der SED anerkannt. Aber die LDPD ist die einzige DDR-Partei, die mit Erlaubnis der sowjetischen Besatzungsmacht Kontakte zu einer westdeutschen Partei hat.

1989 beginnt Gerlach, seiner Partei ein neues, eigenständigeres Profil zu geben. Er versucht, seine Partei zu liberalisieren und verfolgt einen begrenzten Konflikt mit der SED. Die SED versucht vergeblich, Gerlach zu stürzen.

Am 4. Dezember 1989 verlässt die LDPD die Nationale Front. Am 6. Dezember 1989 wird Manfred Gerlach als Nachfolger von Egon Krenz Vorsitzender des Staatsrats der DDR und damit Staatsoberhaupt.

Die LDPD geht 1990 in der gesamtdeutschen FDP auf.

-> [Zum Ereignis Kritik aus den eigenen Reihen auf der Webseite](#)

## Ein Gedicht und seine Folgen

20. September 1989: Im thüringischen Arnstadt verfasst der 25-jährige Günther Sattler ein Flugblatt mit einem Gedicht und einem Aufruf zur Demonstration am 30. September auf dem Marktplatz der Stadt.

### Entschluss gefasst

Günther Sattler, Sohn eines Volkspolizisten, will die Zustände in der DDR nicht länger schweigend hinnehmen.

"Ich habe mit Bekannten darüber gesprochen, alle haben geschimpft. Aber keiner hat sich irgendwie getraut, was zu machen. Ich wollte mich nicht ständig selbst belügen. Und irgendwann war es dann soweit", erzählt Sattler 2009 in [einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk](#).

Auf einer ausgeliehenen Schreibmaschine schreibt er sein Gedicht. Darin heißt es unter anderem: "Was für ein Leben? Wo die Wahrheit zur Lüge wird, wo der Falsche das Zepter führt. Was für ein Leben? Wo die Freiheit tot geboren, wo schon scheint alles verloren."

Sein Flugblatt ist zugleich ein Aufruf, sich am 30. September 1989 auf dem Markt in Arnstadt zu einer Demonstration zu versammeln. In der gesamten Stadt verteilt er seine Flugblätter. Einige Bürger vervielfältigen und verteilen sie, zwei Schüler werden dabei kurzzeitig von der Stasi verhaftet.

### Demonstration mit 200 Bürgern

Und tatsächlich: Am 30. September nehmen rund 200 Menschen an der Demonstration auf dem Holzmarkt in Arnstadt teil. Sie wissen nicht, von wem der Aufruf stammt. Aber sie stimmen dem Text zu, den Günter Sattler geschrieben hat. Und Sattler ist schier überwältigt.

-> [Zum Ereignis Ein Gedicht und seine Folgen auf der Webseite](#)

## DDR-Regime lehnt Neues Forum ab

21. September 1989: Nach der Gründung des Neuen Forums am 9. und 10. September will sich die Bürgerbewegung als politische Vereinigung eintragen lassen. Das Innenministerium der DDR lehnt diesen Antrag jedoch ab. Es stuft das Neue Forum als staatsfeindlich und illegal ein.

## **Bürgerbewegung nicht mehr zu stoppen**

Es ist der 19. September, als das Neue Forum seinen Antrag auf Zulassung beim Innenministerium stellt. Bis dahin haben bereits 1.500 Menschen den Gründungsaufruf unterschrieben. Zwei Tage später erfahren die Menschen in der DDR über die Medien, der Antrag auf Zulassung des Neuen Forums sei abgelehnt. Das Anliegen des Forums widerspreche der Verfassung der DDR, heißt es in der Begründung.

Doch die Ablehnung des Neuen Forums kann der Bürgerrechtsbewegung nicht schaden. Bis Ende 1989 werden etwa 10.000 Menschen Mitglieder, knapp 200.000 unterschreiben den Gründungsaufruf. Damit gilt das Neue Forum als Oppositionsgruppe mit dem stärksten Zulauf.

## **Öffentlicher Druck erzwingt Anerkennung**

Am 8. November nimmt das **SED-Regime endlich den Antrag entgegen**. Nicht zuletzt deshalb, weil der öffentliche Druck durch die zahlreichen Demonstrationen der vergangenen Wochen immer größer geworden ist.

Das Neue Forum schließt sich im Februar 1990 mit anderen Oppositionsgruppen im Bündnis 90 zusammen.  
-> **Zum Ereignis DDR-Regime lehnt Neues Forum ab auf der Webseite**

## **Honecker: Alle Konterrevolutionäre wegsperren**

22. September 1989: SED-Generalsekretär Erich Honecker fordert die "Isolierung der Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit". Er will schnell umsetzen, was seit langem geplant ist: Die Internierung von 85.939 Oppositionellen und Aussteigern.

### **Internierungslager im ganzen Land**

"Schlagartig, konspirativ und vorbeugend" will das SED-Regime innerhalb von 24 Stunden die Betroffenen verhaften und isolieren. Die Lager sind bereits im ganzen Land vorbereitet. Die Bevölkerung soll dafür Kühllhäuser und andere Gebäude freimachen.

Schon seit Jahren haben sich die DDR-Machthaber auf ein Eingreifen gegen den "Staatsfeind" vorbereitet. Menschen mit "verfestigter feindlich-negativer Einstellung zur DDR" werden akribisch unter einer Kennziffer erfasst: Direktive 67/1 heißt die Aktion. Dazu gehören nicht nur alle politisch Vorbestraften und Mitunterzeichner von Resolutionen. Auch Anhänger von Friedensbewegungen, Mitglieder von Menschenrechts- und Umweltschutzbewegungen genauso wie Kirchenbesucher, Ausreisewillige und Nichtwähler kommen auf die Liste.

### **Liste mit 85.939 Namen**

85.939 Menschen sind in der Liste namentlich erfasst, ihre möglichen Fluchtwege mit Fotos ihrer Wohnungen und Häuser dokumentiert.

Was nach der Festnahme mit den Betroffenen geschehen sollte, ist nicht eindeutig belegt. Von Liquidieren ist in den Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit teilweise die Rede. Doch dieser Begriff ist im Vokabular der Staatssicherheit gängig und lässt Interpretationen zu: festnehmen, unschädlich machen, vernichten oder töten. Es gibt ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten.

Verhindert wird diese Aktion nur dadurch, dass ihr die Sowjetunion nicht zustimmt.

-> **Zum Ereignis Honecker: Alle Konterrevolutionäre wegsperren auf der Webseite**

## In Leipzig siegt der Mut über die Stasi

25. September 1989: Wieder gehen in Leipzig Menschen nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche auf die Straße. Auch die Verhaftungen der vorherigen Montagsdemonstrationen schrecken sie nicht ab - im Gegenteil: Dieses Mal demonstrieren mehr Menschen als je zuvor.

### Mehr als 7.000 lassen sich nicht einkesseln

"Also fürchtet euch nicht!", so beendet Pfarrer Christoph Wonneberger seine Predigt. Die Menschen in der Nikolaikirche fassen sich an den Händen und singen das amerikanische Protestlied "We shall overcome" – "Wir werden es überstehen". Singend gehen sie auf die Straße.

Bereits seit dem 4. September 1989 finden im Anschluss an die Friedensgebete Montagsdemonstrationen statt. Während sich Polizei und Stasi beim ersten Mal noch zurückhalten, weil westliche Medienvertreter anwesend sind, schlagen sie am 11. und am 18. September zu: Sie kesseln die Demonstranten ein, es gibt Verhaftungen und sogenannte Zuführungen (Festnahmen ohne richterliche Genehmigung).

Doch die Menschen lassen sich nicht entmutigen. Am 25. September schließen sich mehr Menschen dem Demonstrationszug an als je zuvor: Rund 7.000 sind es an diesem Montag. Damit hat die Stasi nicht gerechnet. Ihre Taktik der Einkesselung lässt sich nicht mehr anwenden.

Die Friedensgebete seien für ihn eine ganz wichtige Etappe gewesen, um zu zeigen, dass man auch innerhalb einer Diktatur etwas bewegen könne, sagt **Pfarrer Wonneberger** heute. "Das war eine tolle Erfahrung, dass diese Idee plötzlich Beine und Füße bekommen hat."

### Immer mehr Menschen gehen auf die Straße

Die Zahl der Demonstranten steigt nun von Woche zu Woche. Deshalb hat der 25. September in der Geschichte der Leipziger Montagsdemonstrationen eine besondere Bedeutung. Er ist eines der wichtigsten Ereignisse der Friedlichen Revolution.

Zentrale Figur bei der Gestaltung und Organisation der Friedensgebete ist Pfarrer Christoph Wonneberger. Bereits 1982 hat er in Dresden die ersten Friedensgebete angeregt. Am 25. September predigt Wonneberger in der Leipziger Nikolaikirche:

*"Mit Gewalt ist der Mensch durchaus zu ändern. Mit Gewalt lässt sich aus einem ganzen Menschen ein kaputter machen, aus einem freien ein Gefangener, aus einem lebendigen ein Toter. Beweise gibt es dafür viele.....*

*Wer Gewalt übt, mit Gewalt droht und sie anwendet, wird selbst Opfer der Gewalt.*

*Wer das Schwert nimmt, wird durchs Schwert umkommen. [...]*

*Wer einen Gummiknüppel schwingt, sollte besser einen Schutzhelm tragen. [langer Beifall]*

*Wer andere blendet, wird selbst blind.*

*Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat bald selbst keine Fluchtwege mehr. [Lachen, Beifall]"*

Die Gebete für Gewaltfreiheit als Mittel politischer Auseinandersetzungen übertragen sich auf die Parolen der Straße: "Keine Gewalt!" rufen im Herbst 1989 Demonstranten in der ganzen DDR.

-> Zum Ereignis In Leipzig siegt der Mut über die Stasi auf der Webseite

## Offener Brief an FDGB-Chef Harry Tisch

29. September 1989: Gewerkschafter des VEB Bergmann-Borsig schreiben einen offenen Brief an den FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch. Sie bringen darin ihre Sorgen zur Entwicklung in der DDR zum Ausdruck.

### Notwendige Veränderungen einleiten

"Kollege Tisch", schreiben die 21 Gewerkschafter, "wir wenden uns an Sie, weil wir um die Entwicklung unseres Landes besorgt sind und nach Wegen suchen, weiteren Schaden abzuwenden. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre ganze Kraft und die Ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten einsetzen, um den öffentlichen Dialog über dringend notwendige Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen einzuleiten und durchzusetzen."

Es gehe darum, den Menschen neue Perspektiven zu bieten, die es ihnen ermöglichen würden, das bisher Erreichte auf der Basis wirklicher individueller Einflussnahme weiterzuentwickeln. Der Sozialismus müsse, so heißt es in dem Schreiben weiter, "zu einer neuen Attraktivität entfaltet werden, die alle motiviert, sich mit ihm zu identifizieren".

1989 hat der volkseigene Betrieb (VEB) Bergmann-Borsig 480 Gewerkschaftsmitglieder. Insgesamt arbeiten dort 4.300 Beschäftigte.

Der **offene Brief** geht an Harry Tisch als Vorsitzenden des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED. Am 20. Oktober 1989 besucht der FDGB-Chef den VEB Bergmann-Borsig.

-> [Zum Ereignis Offener Brief an FDGB-Chef Harry Tisch auf der Webseite](#)

## Prag: Genschers erlösende Botschaft

30. September 1989: "Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise..." - der Rest geht im Jubel unter. Für fast 6.000 DDR-Flüchtlinge in der bundesdeutschen Botschaft in Prag sind die Worte von Bundesaußenminister Genscher die erlösende Botschaft, auf die sie so sehr gehofft haben.

### Eine Balkonszene bekommt Symbolwert

Die **Bilder von der abendlichen Balkonszene** gehen in alle Welt. Die Ausreiseerlaubnis für die Botschaftsflüchtlinge aus der DDR gilt als eines der Schlüsselereignisse auf dem Weg zum Mauerfall am 9. November 1989.

Am Rande der UN-Vollversammlung in New York war es Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gelungen, vom sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse die Zustimmung zur Ausreise der Flüchtlinge zu bekommen.

### Weitere Flüchtlinge folgen

In den ersten Oktobertagen werden die Flüchtlinge aus Prag mit Sonderzügen nach Hof gebracht. Das SED-Regime besteht auf einer Route durch die DDR, versucht die genaue Strecke aber geheimzuhalten. Zahlreiche Bahnhöfe und Gleise sind gesperrt, Winken und Grüßen ist den Flüchtlingen streng verboten. Doch die Rechnung der DDR-Machthaber geht nicht auf, wie sich bald zeigen wird.

Und der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab. Kaum sind die Züge im Westen angekommen, füllt sich das Botschaftsgelände erneut. Bereits am 4. Oktober sind es wieder 5.000 Menschen, die den Weg in die Freiheit

suchen. Und immer wieder kommen neue. Ab Anfang November lässt die Tschechoslowakei die Flüchtlinge direkt in die Bundesrepublik ausreisen.

-> [Zum Ereignis Prag: Genschers erlösende Botschaft auf der Webseite](#)

## **Demokratischer Aufbruch gründet sich**

1. Oktober 1989: In der Ostberliner Privatwohnung des Theologen Ehrhart Neubert treffen sich 17 Bürgerrechtler, um einen Aufruf zur demokratischen Umgestaltung der DDR zu unterzeichnen – die Geburtsstunde des "Demokratischen Aufbruchs".

### **Wettfahrt mit der Stasi**

Der Staatssicherheitsdienst setzt alles daran, die Gründung oppositioneller Gruppen zu verhindern. Denn der **40. Jahrestag der DDR** steht kurz bevor, da soll das offizielle Bild möglichst wenig gestört werden. Doch die Geheimpolizei der SED ist nicht schnell genug.

Die Bürgerrechtler haben alles gut vorbereitet. 80 Leute wollen sich in der Wohnung von Ehrhart Neubert treffen. Um die Staatssicherheit in die Irre zu führen, gibt es zunächst ein Scheintreffen in der Samaritergemeinde. Erst dort erfahren die 80 Teilnehmer, wo das eigentliche Treffen stattfindet. Doch unter ihnen muss ein Spitzel sein, der die Information an die Stasi weitergibt. Es beginnt eine Wettfahrt: Wer erreicht zuerst die Wohnung von Neubert?

Es sei eine wilde Verfolgungsfahrt von der Samaritakirche in die Privatwohnung von Neubert gewesen, sagt Günter Nooke, Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs und heutiger Afrika-Beauftragter der Bundesregierung. Die Polizei habe sich nicht abschütteln lassen und sei bis zur Wohnung gefolgt.

Die ersten 17 Bürgerrechtler kommen noch rein. Dann kommt die Stasi und riegelt schwer bewaffnet alles ab.

### **Bürgerrechtsbewegung für Deutsche Einheit**

Ziel des "Demokratischen Aufbruchs" ist zunächst ein reformierter Sozialismus. In kleinen Schritten sollen der Staatsmacht Freiheiten abgerungen werden.

Doch die Bürgerrechtler denken auch über die Deutsche Frage nach. Sie sprechen sich als erste Oppositionsgruppe für die Deutsche Einheit auf westlicher Basis aus.

Pfarrer Ehrhart Neubert, Jahrgang 1940, seit 1979 Mitglied oppositioneller Friedenskreise, Ende der 80er Jahre Referent beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, zuletzt Fachbereichsleiter in der Stasi-Unterlagenbehörde, heute im Ruhestand. Zahlreiche Veröffentlichungen, unter anderem "Unsere Revolution – die Geschichte der Jahre 1989/90", München 2009.

-> [Zum Ereignis Demokratischer Aufbruch gründet sich auf der Webseite](#)

## **Zum ersten Mal "Wir sind das Volk!"**

2. Oktober 1989: An der vierten Leipziger Montagsdemonstration nehmen 20.000 Menschen teil. Ihnen steht ein Großaufgebot von Polizei und Kampfgruppen gegenüber. Zum ersten Mal ist der Ruf "Wir sind das Volk!" zu hören.



## Die größte Demonstration seit 1953

In der Leipziger Nikolaikirche versammeln sich an diesem Abend 2.000 bis 2.500 Menschen. Schon eine halbe Stunde vor Beginn des wöchentlichen Friedensgebets muss sie wegen Überfüllung geschlossen werden. Als die Gottesdienstbesucher die Kirche verlassen, werden sie bereits von 3.000 bis 4.000 weiteren Menschen erwartet. Insgesamt beteiligen sich am Ende rund 20.000 an der anschließenden Montagsdemonstration. Es ist die größte Demonstration in der DDR seit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953.

Zum ersten Mal wird der Ruf "Wir sind das Volk!" laut – als Reaktion auf eine Durchsage der Volkspolizei, wie sich ein Teilnehmer erinnert. Als aus einem Lautsprecher "Hier spricht die Volkspolizei!" tönt, antworten Demonstranten: "Wir sind das Volk!" Damit ist der Slogan der Friedlichen Revolution geboren.

Weitere Losungen lauten "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", "Gorbi, Gorbi", "Neues Forum zulassen" und "Freiheit für die Gefangenen". Während in den Vorwochen noch vielfach "Wir wollen raus!" zu hören war, wird dieses Mal häufiger ein trotziges "Wir bleiben hier!" laut.

## Angst vor der "chinesischen Lösung"

Nach wie vor haben die Demonstranten Angst vor einer "chinesischen Lösung" – Angst davor, dass das SED-Regime auf sie schießen lässt. Erst recht, als sie sehen, dass die Polizeikräfte dieses Mal in voller Kampfmontur aufmarschiert sind, mit Schlagstöcken und Hunden. Zu dem befürchteten Massaker kommt es zwar nicht, aber am Ende rückt eine Kompanie der Volkspolizei mit Gewalt vor. Demonstranten erleiden Verletzungen, 20 werden "zugeführt", also festgenommen.

## Chinesische Lösung

Im Frühsommer 1989 forderten Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking Reformen und Freiheit. Doch die chinesische Staatsführung setzte in der Nacht zum 4. Juni Soldaten gegen friedliche Demonstranten ein, Schüsse fielen, Panzer überrollten die Menschen. Dieses Verbrechen ging als die "chinesische Lösung" in die Geschichte ein. Kurz nach den Vorfällen **solidarisierte sich die SED-Führung** mit dem Regime in China.

-> Zum Ereignis Zum ersten Mal "Wir sind das Volk!" auf der Webseite

## Mahnwachen in Ostberliner Gethsemanekirche

2. Oktober 1989: Bürgerrechtler beginnen in der Gethsemanekirche eine Mahnwache für verhaftete Freunde und Kollegen. Die Kirchengemeinde unterstützt die Aktion mit Fürbitt-Andachten. Jeden Abend kommen mehr Menschen in die Kirche.

## Transparent über der Kirchentür

Es geschieht am Erntedankfest: Die Gemeinde der Berliner Gethsemanekirche hat gerade Gottesdienst gefeiert, als die Kirchenältesten zu einer dringenden Sitzung gerufen werden. Bürgerrechtler möchten in ihrer Kirche Mahnwache halten.

Es ist der erste Tag im Dienst von Pfarrer Bernd Albani. Vor wenigen Tagen erst ist er aus dem Erzgebirge nach Ostberlin gezogen, als ihn der Strudel der Ereignisse packt. Er begrüßt den Plan der Mahnwache. Auch die Kirchenältesten stimmen zu: Ein gutes Dutzend ganz normaler Menschen – Bäcker, Apotheker, Verwaltungsangestellte – gewährt der Opposition Einlass in ihr Gotteshaus.

Am nächsten Morgen hängt ein Spruchband über der Pforte. Die Bürgerrechtler fordern Freiheit für die zu Unrecht Inhaftierten. Das Transparent hängt außen. Jeder kann es sehen, und immer mehr Menschen beteiligen sich. Am Altar weichen Blumen und Erntegaben den Luftmatratzen einer Fastengruppe. Tausende Menschen suchen in der Kirche verlässliche Information und moralischen Halt.

Das SED-Regime weiß um den Einfluss der Kirche. Seine Kirchenpolitik ist widersprüchlich: Einerseits versucht es, die Kirchen zu vereinnahmen, um seinen antifaschistischen Anspruch zu legitimieren, andererseits bekämpft es sie. Staatliche Hochschulen lehren Theologie, noch in den 1950er Jahren schicken viele Genossen ihre Kinder zur Christenlehre. Die Partei fordert jedoch zunehmend die Abkehr von Glauben und Religion.

### **Kontakttelefon für Bürgerrechtler**

Mit 16 Jahren stellt der junge Albani seinem Pastor zum ersten Mal die verwirrende Frage: Was kann man gegen die Zustände in der DDR tun? Als Physikstudent in Dresden erträgt er noch die zwei Wochenstunden Marxismus-Leninismus. Fassungslos erlebt er 1968 die Niederschlagung des Prager Frühlings. Noch wagt er nicht zu protestieren. 1969 verbrennt sich auf dem Prager Wenzelsplatz aus Protest der Student Jan Palach. Albani wird klar: "Wenn ich in der DDR leben wollte, musste ich Kompromisse machen. Aber jeder Kompromiss musste eine Grenze haben."

Albani, der promovierte Physiker, studiert noch einmal: Theologie. Er wird Pfarrer im erzgebirgischen Frauenstein, lädt 1987 die Regimekritiker Stephan Krawczyk und Freya Klier zum Auftritt in seine Kirche ein. Mit Perestroika und Glasnost flammt in den Gemeinden der Streit um den politischen Auftrag der Kirche auf. "Die Kirche wurde gebraucht", sagt Albani.

Die Kirche hat sich nicht verweigert: Im Februar 1989 überlässt die Gethsemane-Gemeinde ihren Telefonanschluss Berliner Bürgerrechtsgruppen: Mit dem Kontakttelefon können sie aktuelle politische Informationen austauschen. Private Telefongespräche sind gefährlich: Bei "ungesetzlicher Verbindungsaufnahme" drohen bis zu fünf Jahren Haft.

### **Fürbitte und Prügel**

Mit Beginn der Mahnwachen lädt die Gemeinde jeden Abend zur Fürbitt-Andacht ein. Am Tag nach Erntedank kommen 30, tags darauf 300 Menschen. Am 4. Oktober schließlich drängen sich 3.000 Gläubige und Besucher in der Kirche. Im Laufe der Woche spitzt sich die Lage zu: draußen die Polizei, in und um die Kirche die Mahnwache, mittendrin Gemeinde und Demonstranten. Sie essen und trinken, schlafen und beten, später dann halten viele auch Prügel aus.

Am **7. Oktober feiert die SED-Führung** mit Pomp und Paraden den 40. Jahrestag der DDR, während sich das Volk sammelt. Die Nachbarn der Kirche haben Kerzen ins Fenster gestellt, die Polizei wartet mit geschnürten Stiefeln auf der Straße. Sie werden die Demonstranten auf dem Nachhauseweg abpassen: In Nebenstraßen werden die Bürger zusammengetrieben, viele geschlagen und verhaftet.

### **Gethsemanekirche wird zum politischen Marktplatz**

Aber die Menge lässt sich nicht einschüchtern: Am nächsten Abend wiederholt sich das Geschehen. "Es war meine größte Angst, dass geschossen wird. Aber ich fürchtete auch, dass die Leute bei all der angestauten Wut zurückschlagen", sagt Albani. Die Demonstranten folgen jedoch einer anderen Losung: "Keine Gewalt".

Endlich wendet sich das Blatt: Zehntausende demonstrieren am **9. Oktober in Leipzig**. Die Sicherheitskräfte, einsatzbereit und voll bewaffnet, halten sich zurück. Das System kapituliert vor der Menschenmenge. Auch in der Gethsemanekirche sitzen die Menschen wieder an diesem Abend zusammen.

Er habe damals große Angst gehabt, dass es in Leipzig zu einem Blutvergießen kommen könnte, sagt **Pfarrer Albani** heute. Doch als man erfahren habe, dass in Leipzig 70.000 Menschen gewaltfrei demonstriert und die Sicherheitskräfte sich zurückgezogen hätten, sei das ein große Erleichterung gewesen. "Das war für mich ein ganz bewegender Moment", sagt er. Einerseits sei die Anspannung abgefallen, andererseits habe man plötzlich gefühlt, "jetzt beginnt sich was zu verändern".

In den folgenden Wochen wandelt sich die Gethsemanekirche zum politischen Marktplatz: Die neuen Gruppierungen stellen ihre Programme vor. Später wird Albani von dem Ausspruch eines SED-Funktionärs erfahren: "Wir hatten mit allem gerechnet, nur nicht mit Kerzen und Gebeten."

### **Kirchen in der DDR**

Die Kirchen waren die einzigen großen Institutionen, die vom SED-Staat unabhängig waren. Sie waren Schutzraum – ein Ort, an dem sich Andersdenkende versammeln konnten. Über Jahrzehnte waren die Kirchen für den Widerstand überlebenswichtig.

Schon in den 1960er Jahren boten viele Pfarrer Oppositionellen Unterschlupf. Vom System unterdrückte, teils auch verbotene Fragen, die Tausende bewegten, wurden hier ausgesprochen und diskutiert: Frieden, Umwelt, Bürgerrechte. In den 1980er Jahren setzte die evangelische Kirche besondere Zeichen für den Frieden: "Schwerter zu Pflugscharen" war der Wahlspruch vieler, die sich in den Kirchen für Abrüstung in Ost und West stark machten. Kirchen boten Raum für Bürgerrechtler und Umwelt-Aktivisten, die hier in Lesungen und Konzerten auftraten.

Viele Gemeinden begehrten gegen das Regime auf. Darum zogen sie Nicht-Getaufte an, die die DDR politisch verändern wollten. Die Nikolaikirche in Leipzig, Kreuz- und Hofkirche in Dresden, Zions- und Gethsemanekirche in Berlin, aber auch unzählige kleinere Gotteshäuser hielten trotz aller Unterdrückungsversuche ihre Pforten offen. Hier konnten die Menschen Informationen austauschen und Gleichgesinnte finden. Die Gemeinschaft vieler Christen in der DDR mit den Gläubigen im Westen brachte zusätzlichen Schutz.

Wegen ihrer besonderen Bedeutung waren die Kirchen stets den Zwängen des Regimes ausgesetzt. Sie standen unter besonderer Beobachtung der Staatssicherheit, die Hunderte von Spitzeln gegen sie ansetzte.

-> [Zum Ereignis Mahnwachen in Ostberliner Gethsemanekirche auf der Webseite](#)

## **DDR schließt Grenze zur Tschechoslowakei**

3. Oktober 1989: Die DDR-Führung will die Ausreisewelle stoppen. Nach Gesprächen mit der Regierung in Prag wird der pass- und visafreie Verkehr zwischen der DDR und der Tschechoslowakei mit sofortiger Wirkung ausgesetzt.

### **SED will Ausreisewelle stoppen**

Seit dem Sommer strömen tausende DDR-Bürger in die Tschechoslowakei. Sie wollen von dort weiter in den Westen, entweder über die Botschaft in Prag oder über Ungarn. Die DDR will der Massenflucht nicht weiter zusehen und riegelt den Weg in den Westen über die Tschechoslowakei ab. Der seit den 1970-er Jahren bestehende visafreie Reiseverkehr wird kurzerhand ausgesetzt.

Mehr als 2.000 DDR-Bürger versuchen an diesem Tag vergeblich über die Grenze zum südöstlichen Nachbarn zu gelangen. In Dresden werden etwa 800 DDR-Bürger aus den Zügen Richtung Prag geholt. Sie besetzen daraufhin die Gleise und Bahnsteige. Unterstützung kommt von Dresdner Bürgern, die gegen die Aufhebung des visafreien Reiseverkehrs demonstrieren.

### **Protest gegen Reiseeinschränkungen**

Brutal werden Reisende und Demonstranten aus dem Bahnhof vertrieben. Doch sie demonstrieren in der Innenstadt von Dresden weiter. Viele Menschen schließen sich an. Auch in anderen Städten gehen die Menschen auf die Straßen. Entlang der Bahnstrecke zur Tschechoslowakei besetzen DDR-Bürger die Gleise und unterbrechen den Zugverkehr. In Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) blockieren 120 Demonstranten den Bahnhof. In Eisenach und Ruhla legen die Menschen die Arbeit nieder.

Trotzdem hält die Abstimmung mit den Füßen an. Viele glauben nicht an Reformen in der DDR und versuchen weiter über Polen, Ungarn oder Bulgarien zu fliehen.

-> Zum Ereignis DDR schließt Grenze zur Tschechoslowakei auf der Webseite

## **Opposition erhebt gemeinsame Forderungen**

4. Oktober 1989: Vertreter mehrerer Bürgerrechts- und Oppositionsgruppen unterschreiben eine "Gemeinsame Erklärung". Darin fordern sie die Freilassung ihrer inhaftierten Freunde und freie, geheime Wahlen.

### **Bürgerrechtler wollen DDR demokratisch umgestalten**

"Uns verbindet der Wille, Staat und Gesellschaft demokratisch umzugestalten", schreiben die Vertreter der Bürgerbewegung **Demokratie jetzt**, des **Demokratischen Aufbruchs**, der Gruppe Demokratischer Sozialistinnen, der **Initiative Frieden und Menschenrechte**, der **Initiativgruppe Sozialdemokratische Partei** in der DDR, des **Neuen Forum** sowie von Friedenskreisen.

Es komme darauf an, "einen Zustand zu beenden, in dem Bürgerinnen und Bürger dieser Gesellschaft nicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Rechte so auszuüben, wie es die Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und die KSZE-Dokumente verlangen", heißt es in der Erklärung. Die Unterzeichner erklären sich mit allen solidarisch, "die wegen ihres Einsatzes für diese Ziele verfolgt werden".

Es sei darum gegangen, vereint die führende Rolle der SED infrage zu stellen und eine Offenheit in der Gesellschaft herzustellen, sagte der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs und heutige Afrika-Beauftragte der Bundesregierung Günter Nooke. "Offenheit bedeutete im Grunde den Sturz der SED und das Ende ihrer Alleinherrschaft."

### **Gemeinsames Ziel: freie Wahlen**

In der DDR, so weiter, müsse eine Diskussion darüber beginnen, welche "Mindestbedingungen für eine demokratische Wahl" einzuhalten seien. Eine Wahl müsse "unterschiedliche politische Entscheidungen ermöglichen", geheim und frei sein. Frei bedeute, dass niemand "durch Druck zu einem bestimmten Wahlverhalten genötigt" werde. Um das sicherzustellen, verlangen die Gruppen: "Die nächsten Wahlen sollten unter Unokontrolle stattfinden."

-> Zum Ereignis Opposition erhebt gemeinsame Forderungen auf der Webseite

## Revolte in Dresden

4. Oktober 1989: "Wir wollen raus!" – mit diesem Ruf blockieren über 5.000 Menschen den Dresdner Hauptbahnhof. Sie wollen zu den Flüchtlingszügen von Prag nach Hof, die den Bahnhof passieren. Doch die Volkspolizei räumt das Bahnhofsgelände mit aller Gewalt.

### Das SED-Regime lässt prügeln

Am 30. September hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher den 6.000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft die Nachricht überbracht, dass sie in die Bundesrepublik ausreisen dürfen. Seitdem fahren täglich Züge über DDR-Gebiet nach Hof. Der Umweg ist die Bedingung des SED-Regimes, das damit auf geradezu lächerliche Weise Souveränität beweisen will.

Entlang der Fahrtstrecke kommt es immer öfter zu Unruhen. Zwar geben die DDR-Machthaber die Route nicht bekannt. Doch durch die Medien aus dem Westen informiert, versuchen Menschen zu den Zügen zu gelangen und aufzuspringen.

Die Zugdurchfahrten seien für die Menschen in Sachsen aber auch das Signal für die Friedliche Revolution gewesen, erzählt Herbert Wagner, Organisator der Montagsdemos in Dresden. Und aus dem Ruf "Wir wollen raus" entstand "Wir bleiben hier, Reformen wollen wir".

### Pflastersteine und Tränengas

In Dresden eskaliert die Situation. Am 4. Oktober 1989 werden vier Züge durch den Hauptbahnhof geleitet. Vor und im Gebäude versammeln sich Tausende. Sie besetzen den Bahnhof und die Gleise. Viele wollen im Zug in die Freiheit mitfahren, andere für Freiheit und Reformen demonstrieren. Als die Polizei den Bahnhof räumen will, kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen. Bürger werfen mit Pflastersteinen und zünden einen Polizeiwagen an. Die Polizei geht mit Wasserwerfern, Tränengas und Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor und nimmt zahlreiche Menschen fest. Von 1.800 Verhaftungen ist die Rede.

Seitdem fahren die Sonderzüge nicht mehr über Dresden. Fünf weitere werden über Vojtanov in der Tschechischen Republik und Bad Brambach umgeleitet.

-> [Zum Ereignis Revolte in Dresden auf der Webseite](#)

## „Wir treten aus unserer Rolle heraus“

6. Oktober 1989: Auf dem Theaterplan des Dresdner Staatsschauspiels steht „Spiel's nochmal, Sam“ von Woody Allen. Doch viel mehr Aufmerksamkeit erreichen die Schauspieler nach der Aufführung – als sie eine Resolution verlesen.

### Aufforderung an den Staat

„Wir treten aus unseren Rollen heraus. Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu.“ Mit diesen Worten beginnen die Schauspieler, ihre Resolution vorzutragen. Sie fordern ein Recht auf Information, Dialog und selbständiges Denken. Lüge und Schönfärberei hätten nichts in den Medien zu suchen. „Wir haben die Pflicht, von unserer Partei- und Staatsführung zu verlangen, das Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen.“ Mit Spannung verfolgt das Publikum die Worte, zustimmendes Nicken bei den meisten.

### Von der Idee bis zur Resolution

Bereits zwei Tage zuvor haben die Schauspieler eine „Resolution der Rocker und Liedermacher“ vom 18. September 1989 verlesen. Doch nun wollen die Dresdner mit eigenen Worten das Publikum erreichen und etwas bewegen. In den Vollversammlungen des Theaters, die jetzt täglich stattfinden, diskutieren die Künstler über die Lage in der DDR. Hier reift die Idee. Ein Redaktionskollegium wird gewählt und mit dem Text beauftragt. Bis tief in die Nacht arbeiten die Theaterleute an der Resolution „Wir treten aus unserer Rolle heraus“.

### **Kollegen unterstützen die Schauspieler**

Das gesamte Schauspielhaus, ob Leitung, Schauspieler, Techniker, Maskenbildner oder Garderobieren, unterstützt die Aktion. Am folgenden Tag wird die Aktion verboten. Doch die Dresdner sind pfiffig. Als sie am 7. Oktober im Theater von Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) gastieren, setzen sich die Schauspieler ins Publikum und verlesen die Resolution von dort aus.

Unterstützung kommt auch aus Suhl: Musiker lesen die Resolution nach einem Konzert am 18. Oktober vor.  
-> Zum Ereignis „Wir treten aus unserer Rolle heraus“ auf der Webseite

## **Abstruses Schauspiel zum DDR-Geburtstag**

6. Oktober 1989: Am Vorabend des 40. Jahrestages der DDR huldigen 100.000 Mitglieder der "Freien Deutschen Jugend" mit einem Fackelzug in Berlin der Staats- und Parteiführung. SED-Chef Erich Honecker würdigt auf einer Festveranstaltung die "Errungenschaften" der DDR.

### **Gorbatschow mahnt**

Aus allen Teilen der Republik sind die FDJ-ler zusammengekarrt. Denn die SED-Führung will demonstrieren, dass die Lage im Land "normal" ist, wie Staats- und Parteichef Honecker behauptet.

Unter den Ehrengästen ist der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow, der durch seine Reformpolitik für viele Menschen in der DDR zum Hoffnungsträger geworden ist. Bei einer Festveranstaltung im Berliner "Palast der Republik" mahnt Gorbatschow die SED, die "Entwicklungsprobleme" der DDR zu durchdenken und zu lösen, in der Gesellschaft gebe es ein "inneres Bedürfnis" zur "ständigen Weiterentwicklung".

### **Honecker bleibt stur**

Honecker geht in seiner Ansprache mit keiner Silbe auf die anhaltende Ausreisewelle und die zunehmenden Proteste gegen das sozialistische Regime ein. Stattdessen spricht er von einer "zügellosen Verleumdungskampagne" gegen die DDR, die darauf abziele, "die Menschen zu verwirren und Zweifel in die Kraft und die Vorzüge des Sozialismus zu säen". Und er kündigt an, die Republik "auch künftig in den Farben der DDR" zu verändern; die Ziele seien im SED-Programm niedergelegt.

Damit unterstreicht Honecker, dass er stur an seiner Linie festhalten will – einer Linie, die Kurt Hager, Sekretär des SED-Zentralkomitees, zwei Jahre zuvor griffig formuliert hat: "Würden Sie, wenn Ihr Nachbar eine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?" Eine klare Absage an Gorbatschows Reformen in der Sowjetunion.

Honecker und Gorbatschow führen am Rande der Feierlichkeiten ein langes Vier-Augen-Gespräch. Der sowjetische Staatschef sagt später darüber: "Ich war entsetzt. Drei Stunden unterhielt ich mich mit ihm... Und er fuhr fort, mich von den mächtigen Errungenschaften der DDR überzeugen zu wollen."

## Opposition fragt "Wohin DDR?"

Am Abend berichtet das DDR-Fernsehen in epischer Breite über die FDJ mit ihren Fackeln und Fähnchen. Andersdenkende kommen nur in den ARD-Tagesthemen vor. Das "Westfernsehen" zeigt auch Bilder von einer Veranstaltung in der Berliner Erlöserkirche. Rund 2.000 Menschen diskutieren mit Oppositionellen über die Frage "Wohin DDR?". Eingeladen zu dieser "Zukunftswerkstatt" hat der Ostberliner Stadtjugendpfarrer.

In Dresden können Stasi und Polizei auch am Vorabend des "Republikgeburtstags" nicht verhindern, dass es zu einer weiteren Demonstration kommt. 10.000 Dresdner rufen nach Gorbatschow. Erneut gibt es Festnahmen. Doch alle Versuche des SED-Regimes, der Lage Herr zu werden, scheitern.

Am 6. Oktober 1989 finden erstmals auch Friedensgebete in Görlitz, Lugau und Coswig statt. Der Protest gegen das Regime weitet sich immer mehr aus.

-> [Zum Ereignis Abstruses Schauspiel zum DDR-Geburtstag auf der Webseite](#)

## Jubel und Prügel zum DDR-Jubiläum

7. Oktober 1989: Die DDR wird 40. Beim Festempfang zeigt sich der SED-Staat von seiner besten Seite, auf den Straßen Ostberlins zeigt er sein wahres Gesicht: Prügel und Verhaftungen gegen Demonstranten.

Machtlos ist die Staatsmacht dagegen in Plauen.

### Demonstration gegen das Regime

Am 40. Jahrestag der DDR soll eine Militärparade noch einmal die Stärke des Sozialismus beweisen. Doch viele Menschen wollen dem bestellten Jubel etwas entgegensetzen.

Sie sammeln sich auf dem Berliner Alexanderplatz, um auch an diesem Tag gegen die **gefälschten Kommunalwahl vom 7. Mai 1989** zu protestieren. Binnen kürzester Zeit schließen sich mehrere tausend Menschen an. Es gelingt ihnen, in die Nähe des "Palastes der Republik" zu kommen. "Wir sind das Volk!" und "Gorbi, hilf!", rufen sie.

Nach etwa einer Stunde setzt sich der Demonstrationzug in Richtung Gethsemanekirche in Bewegung. In dieser Kirche am Prenzlauer Berg **halten Menschen seit einigen Tagen eine Mahnwache** für die Inhaftierten in Leipzig. Die Polizei errichtet Sperren, Anti-Terror-Einheiten der Stasi prügeln mit Knüppeln auf Demonstranten ein.

Die Bürgerrechtler hätten das DDR-Jubiläum ganz bewusst für ihre Demonstrationen genutzt, sagt der Bürgerrechtler Arnold Vaatz heute. Sie seien sich sicher gewesen, dass es im "Windschatten" des DDR-Jubiläums wahrscheinlich nicht zur Gewalttaten kommen würde. Diese Tage wollten sie nutzen, "um aus der Präsenz auf der Straße eine permanente Angelegenheit zu machen".

### Über 1.000 Verhaftete

Bis in die späte Nacht dauert die Jagd an. Polizei und Stasi setzen Wasserwerfer, Reizgas und Schlagringe ein, verschaffen sich brutal Zugang zu Wohnungen, in denen sie geflüchtete Demonstranten vermuten. Am 8. Oktober, einem Sonntag, findet die Gewalt ihre Fortsetzung. Unter denen, die die Brutalität der "Sicherheitsorgane" zu spüren bekommen, sind viele Unbeteiligte.

Insgesamt 1.071 "Zuführungen", wie Festnahmen im Stasi-Jargon heißen, gibt es an den beiden Tagen. Die Festgenommenen werden in überfüllte "Zuführungspunkte" gepfercht, teilweise misshandelt, einige müssen ein wahres Spießrutenlaufen über sich ergehen lassen.

Mit dem gewaltsamen Vorgehen gegen die friedlichen Demonstranten wird der Jubiläums-Pomp mit FDJ-Aufmarsch und Militärparade endgültig zur Farce. Kamerateams von ARD und ZDF zeigen Bilder von den Prügel Szenen, auch von Verletzten. Viele Zeitzeugenberichte und umfangreiche Gerichtsakten enthalten Belege für das Vorgehen von Polizei und Stasi. Vorermittlungs- und Ermittlungsakten, die die Staatsanwaltschaft später in diesem Zusammenhang anlegt, umfassen 200 Bände.\*

### **Deutliche Worte von Gorbatschow**

Bei politischen Gesprächen mit der SED-Führung wird der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow deutlich. Er fordert politische und wirtschaftliche Reformen. Kühne Entscheidungen seien nötig. "Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chancen zu vertun", sagt **Gorbatschow**. "Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort." Erfahrungen in Russland, Polen und Ungarn hätten gezeigt, wenn die Partei nicht auf das Leben regiere, sei sie verurteilt. Klar spricht Gorbatschow aus: "Wir haben nur eine Wahl: entschieden voranzugehen."

Honecker geht mit keinem Wort auf die Forderungen Gorbatschows ein. Stattdessen preist er die Erfolge der DDR.

Die Äußerungen Honeckers seien entmutigend gewesen, schätzen die SED-Politbüromitglieder Egon Krenz und Günter Schabowski gegenüber dem Mitglied des sowjetischen Zentralkomitees, Valentin Falin, ein. Doch die sowjetischen Genossen könnten sicher sein, dass in der DDR bald etwas geschehe. Kurz danach kommt es zum **Sturz Honeckers**.

### **Plauen: die erste erfolgreiche Großdemo**

Fast 250 Kilometer südlich von Berlin, in Plauen im sächsischen Vogtland, sind keine Fernsehkameras dabei. Deshalb erfährt die Öffentlichkeit erst sehr viel später, dass den Plauern die **erste Großdemonstration** gelingt, die Polizei und Stasi nicht mehr auflösen können.

Zwei Tage vor der **Kundgebung der 70.000 in Leipzig**, die als erster großer Sieg der Friedlichen Revolution in die Geschichte eingeht, trauen sich in Plauen 15.000 Menschen auf die Straße – und lassen sich nicht mehr vertreiben.

\*Eine ausführliche Schilderung der Ereignisse vom 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin ist im "Deutschland Archiv" Nr. 5/2009 zu finden: Klaus Bästlein: "Der letzte Tag der Republik"

-> [Zum Ereignis Jubel und Prügel zum DDR-Jubiläum auf der Webseite](#)

## **Plauen – ein fast übersehenes Kapitel**

7. Oktober 1989: Die Medien schauen auf die Feiern zum 40. DDR-Geburtstag in Leipzig, Berlin und Dresden. Fast unbemerkt bleiben die 15.000 Demonstranten in Plauen. Bewaffnete Sicherheitskräfte versuchen, die Kundgebung zu beenden. Doch ohne Erfolg.

### **Frankenpost berichtet**

Beinahe hätte die Öffentlichkeit davon nichts erfahren: von der ersten Großdemonstration, die die DDR-Volkspolizei nicht mehr auflösen konnte. Nur eine einzige westdeutsche Zeitung hat darüber berichtet: die "Frankenpost" in Hof. Zwei Augenzeugen hatten mit der Redaktion Kontakt aufgenommen und die Ereignisse geschildert.



## Augenzeugen berichten

"Ein Polizist stürzte sich auf einen Mann in der vordersten Reihe und schlug ihn nieder. Es bekam ihm aber schlecht, die Menge riss ihm den Helm vom Kopf und drosch auf den Bullen (wie sie nur noch beschimpft werden) ein. Wieder mahnten die Pfarrer 'Keine Gewalt', 'Kein neues China', 'Stasi weg, Stasi weg'", so heißt es in dem "Frankenpost"-Artikel, der am 10. Oktober 1989 erscheint.

Detailliert und ergreifend berichten die beiden Zeitzeugen in der "Frankenpost" über den Verlauf der Demonstration, den Mut der Menschen, die Feigheit des Bürgermeisters von Plauen, die Brutalität von Polizei und Kampftruppen und die beruhigenden Worte von Kirchenvertretern.

Damals seien aus 2.000 Demonstranten schnell 15.000 geworden, erzählt **Siegmar Wolf** heute. Mit Gewalt habe die Staatsmacht die spontane Demonstration beenden wollen. Doch vor der Entschlossenheit der Plauer habe die Staatsmacht kapituliert und die erste Großdemonstration in Plauen stattfinden lassen.

Mit dieser Demonstration wird die Friedliche Revolution in der DDR erstmals zu einer Massenbewegung, der die Staatsmacht bald nicht mehr standhalten kann.

-> Zum Ereignis Plauen –ein fastübersehenes Kapitel auf der Webseite

## Sozialdemokratische Partei in der DDR gründet sich

7. Oktober 1989: Ein symbolisches Datum und bewusstes Signal: Am 40. Jahrestag der DDR gründet sich im Pfarrhaus des Dorfes Schwante nordwestlich von Berlin die Sozialdemokratische Partei in der DDR.

### In Schwante wird Geschichte geschrieben

Hauptinitiatoren sind die evangelischen Theologen Martin Gutzeit und Markus Meckel. Als Ziel nennt die **Sozialdemokratische Partei (SDP)** eine "ökologisch orientierte soziale Demokratie" und eine "soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot". Sie fordert Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, parlamentarische Demokratie und Freiheit der Gewerkschaften.

Bereits im Juli 1989 haben Gutzeit und Meckel einen Aufruf verfasst, eine Initiativgruppe zur Gründung der Partei zu bilden. Ende August treten sie mit einem weiteren **Aufruf** an die Öffentlichkeit und wenden sich offen gegen den "absoluten Wahrheits- und Machtanspruch" der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Mitunterzeichner sind auch Arndt Noack und Ibrahim Böhme, der dann erster Geschäftsführer und später Vorsitzender der Partei wird.

### Abgrenzung von der SED

Bei ihrer Gründung im Oktober 1989 kann die SDP bereits auf ein landesweites informelles Verbindungsnetz zurückgreifen. Es lehnt sich zunächst im Wesentlichen an die innerkirchliche Kommunikation an.

Ende November 1989 hat die SDP bereits etwa 10.000 Mitglieder - vor allem in Sachsen und dem Berliner Raum. Strittig ist innerhalb der Partei die Aufnahme ehemaliger SED-Mitglieder. Langjährige Oppositionelle lehnen das strikt ab, andere dagegen meinen, damit die SED schwächen zu können.

Trotz dieses Konflikts grenzt sich die SDP grundsätzlich von der SED und ihren ehemaligen Mitgliedern ab. Die Sozialdemokraten wollen keine ehemaligen SED-Mitglieder aufnehmen. Erst recht kommt keine Fusion infrage.

Am 13. Januar 1990 wird die SDP in SPD umbenannt. Am 27. September 1990 findet der Zusammenschluss mit der westdeutschen SPD statt.

-> Zum Ereignis Sozialdemokratische Partei in der DDR gründet sich auf der Webseite

## Dresden: "Gruppe der 20" entsteht

8. Oktober 1989: Nach Tagen der Gewalt wendet sich in Dresden das Blatt. Demonstranten wählen die "Gruppe der 20" als Sprecher aus ihrer Menge. Nach einer Aussprache legt die Polizei ihre Schutzschilder nieder – der erste Schritt zum friedlichen Dialog.

### Prügel gegen Demonstranten

Polizisten marschieren am Hauptbahnhof, als ein Uniformierter eine Passantin bei der Schulter fasst: "Gehen Sie nach Hause!". Bis heute erinnert sich Friederike Beier an seinen bittenden Blick: Er ist der Freund ihres Sohnes.

Seit die Züge der Prager Botschaftsflüchtlinge durch Dresden fahren, knüppelt die **Polizei den Protest der Ausreisewilligen** nieder. Daneben demonstrieren die Dresdner für Freiheit, darunter Friederike Beiers Freunde. Sie gehen stets gemeinsam. Und gemeinsam suchen sie die Polizeiwachen ab, wenn einer nicht nach Hause kommt: Dieser Tage "verschwinden" Hunderte von der Straße. Prügel und Stunden qualvollen Stehens sind gemeinsame Erinnerung vieler Dresdner.

### Applaus für die Demokratie

Doch die Menge lässt sich nicht einschüchtern: 20.000 demonstrieren am 8. Oktober. Viele werden auf der Prager Straße eingekesselt. Aus der Menge wenden sich zwei Seelsorger, Frank Richter und Andreas Leuschner, an den Einsatzleiter der Polizei: Keine Gewalt. Man könne miteinander reden.

Per Beifall wählt die Menge 23 Männer und Frauen aus ihrer Mitte: die "Gruppe der 20": Handwerker, Studenten, Krankenschwestern.

Die Gruppe der 20 habe damals einen guten Querschnitt der Bevölkerung dargestellt, erinnert sich Herbert Wagner, Mitorganisator der Montagsdemonstrationen in Dresden.

Die Gruppe wird mit dem Oberbürgermeister sprechen – für alle. Vor Ort sammeln sie erste Forderungen: Reise-, Presse-, Wahl- und Demonstrationsfreiheit, Legalisierung des "Neuen Forums", offener und gewaltfreier Dialog, Freilassung der politischen Gefangenen.

Der Oberbürgermeister lässt sich zwar auf das Gespräch ein, akzeptiert aber nicht die Forderung, dass die Ergebnisse öffentlich auf der Prager Straße mitgeteilt werden dürfen. Das könne nur in kirchlichen Räumen passieren.

Am nächsten Tag geht Friederike Beier mit bewegtem Herzen über die Augustusbrücke. Die Gruppe der 20 hat verhandelt. In vier Kirchen konnte sie vor Zehntausenden von Zuhörern mitteilen: Es wird nicht geschossen! "Dieser Tag war für mich der Höhepunkt", sagt Beier. "Ich war stolz, eine Dresdnerin zu sein."

### Eine Mark für die Freiheit

Die Gruppe ist Mittler zwischen Volk und Staat, doch offizielle Anerkennung bleibt ihr versagt. Trotz ihrer Wahl wollen sie ihre Legitimation schwarz auf weiß. Unterschriften-Listen müssten genehmigt werden, also kommt ihnen eine Idee: Als Zeichen seines Einverständnisses soll jeder Bürger eine Mark auf ein bestimmtes Bankkonto überweisen. Zeitweise sperrt der Generalstaatsanwalt das Konto; auch Sammlungen müssen genehmigt sein. Dennoch ergeben die Einzahlungen ein klares Mandat: Mehr als 100.000 Mark für die Gruppe der 20. Das genügt, um Büromaterial zu kaufen, den Rest bekommt ein Altenheim.

Am 30. Oktober wird die Gruppe der 20 im Rathaus anerkannt. Sie erhält das Recht zu demonstrieren, bildet Arbeitskreise für verschiedenste Belange. Später folgen andere Städte dem "Dresdner Modell".

Friederike Beier lebt bis heute in ihrem alten Haus. DDR-Baubehörden hätten das halbe Viertel abgerissen, wäre ihnen nicht die Revolution zuvorgekommen.

-> Zum Ereignis Dresden: "Gruppe der 20" entsteht auf der Webseite

## Erster großer Sieg über die SED-Diktatur

9. Oktober 1989: Dieser Tag gilt zu Recht als der erste Höhepunkt der Friedlichen Revolution. Denn in Leipzig muss die Staatsmacht vor der Menschenmenge kapitulieren. Die Bilder gehen um die Welt – und kündigen das Ende des SED-Regimes an.

### Menschenmenge macht SED ratlos

Seit dem 4. September 1989 haben in Leipzig Woche für Woche Montagsdemonstrationen stattgefunden. Obwohl sie von Mal zu Mal größer geworden sind, haben Volkspolizei und Staatssicherheit die Lage bis Anfang Oktober noch im Griff. Sie kesseln die Demonstranten ein, gehen mit Gewalt gegen sie vor, nehmen etliche von ihnen fest. Doch die Menschen lassen sich nicht mehr einschüchtern.

Die SED-Bezirksleitung weiß, dass am 9. Oktober wieder eine Montagsdemonstration im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche geplant ist. Um "mögliche Provokationen im Keim zu ersticken", lässt die SED 3.000 bewaffnete und 5.000 "gesellschaftliche" Kräfte in Bereitschaft versetzen. 700 treue Genossen werden zur Nikolaikirche beordert, um die Kirchenbänke zu blockieren.

### Aufrufe zur Gewaltlosigkeit

Am Vormittag veröffentlichen drei kirchliche Arbeitskreise einen Aufruf zur Gewaltlosigkeit. Gewandhauskapellmeister Kurt Masur gelingt es, den 1. SED-Bezirkssekretär für Kultur sowie zwei weitere Bezirkssekretäre ebenfalls zu einem gemeinsamen Appell zu bewegen. Beteiligt sind auch der Kabarettist Bernd-Lutz Lange und der Theologe Peter Zimmermann. Im Aufruf der "Leipziger Sechs", verlesen von Masur selbst und per Stadtfunk verbreitet, heißt es: "Wir alle brauchen freien Meinungs-austausch." Man wolle sich gemeinsam für den Dialog einsetzen und bitte dringend um Besonnenheit.

Friedensgebete finden an diesem Montag in mehreren Kirchen statt, erstmals auch in der Thomaskirche, der Kirche Johann Sebastian Bachs. Anschließend versammeln sich mehr und mehr Menschen auf dem Karl-Marx-Platz, der heute wieder Augustusplatz heißt. Volkspolizei und Stasi sehen sich 70.000 Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, die "Wir sind das Volk" und "Keine Gewalt!" rufen. Die Menge setzt sich auf dem Leipziger Stadtring in Bewegung.

### "Nu sind se rum!"

Der amtierende Chef der SED-Bezirksleitung, zugleich oberster Einsatzleiter, ist ratlos und versucht, Egon Krenz in Berlin zu erreichen. Erfolglos. Der Leiter der Volkspolizeidirektion holt sich vom Innenminister der DDR die Genehmigung, sich auf "Eigensicherung" zu beschränken – und den Demonstrationenzug nicht anzugreifen. Erst gegen 19:30 Uhr ruft Krenz zurück. Da hat die Bezirksleitung der SED bereits kapituliert. Um 19:10 Uhr soll der SED-Bezirkschef gesagt haben: "Nu brauchen se nich mehr anzurufen. Nu sind se rum." Übersetzt: Den Demonstranten ist es gelungen, die gesamte Innenstadt zu umrunden, jetzt lohnt es sich nicht mehr einzugreifen.

Gegen 20:30 Uhr löst sich die Demonstration auf. Sie ist friedlich geblieben. Und zum ersten Mal haben Volkspolizei und Stasi keinen Versuch unternommen, sie aufzulösen. Auch 1.500 NVA-Soldaten, die außerhalb der Stadt auf ihren Einsatz gewartet haben, sind nicht eingesetzt worden. Und anders als beim Volksaufstand vom 17. Juni 1953 sind auch die sowjetischen Panzer in ihren Kasernen geblieben. Der "große Bruder" kommt dem SED-Regime nicht mehr zur Hilfe.

### **Sieg der Leipziger macht Mut**

Die westdeutschen Medien verbreiten die Nachricht von der friedlichen und ungestörten Demonstration noch am selben Abend.

Zwei Ostberliner Filmemacher filmen heimlich mit einer aus West-Berlin eingeschmuggelten Video-Kamera die Demonstration in Leipzig. Als die Bilder am darauffolgendem Tag in den Tagesthemen gezeigt wurden, sei das eine sehr große Genugtuung gewesen, sagt **Siegbert Schefke**.

Vielen Menschen in der DDR macht der Sieg der Leipziger über den SED-Machtapparat Mut. In Leipzig selbst sind es am darauffolgenden Montag, dem 16. Oktober, bereits 150.000 Menschen, die auf die Straße gehen.

Wenige Wochen später sieht sich das SED-Regime gezwungen, zunächst seine Macht am "Runden Tisch" zu teilen und dann ganz abzugeben. Ohne den 9. Oktober in Leipzig wäre die Geschichte womöglich anders verlaufen. Im Spätherbst bekommen die Ortsschilder an den Eingangsstraßen Leipzigs den Zusatz "Heldenstadt". Inoffiziell, aber berechtigt.

-> [Zum Ereignis Erster großer Sieg über die SED-Diktatur auf der Webseite](#)

## **Kontroverse in SED über Dialog mit Bürgern**

11. Oktober 1989: Das SED-Politbüro erklärt seine Bereitschaft zu einem Dialog mit der Bevölkerung. Sie gesteht erstmals, dass die Ursachen für die Fluchtbewegung in der DDR selbst zu suchen sind.

### **Dialogangebot an die Bevölkerung**

Zwei Tage hat das Politbüro ungewöhnlich offen über die Lage in der DDR diskutiert. Insbesondere SED-Chef Erich Honecker widersetzt sich der Idee von Egon Krenz, eine Diskussion mit der Bevölkerung führen zu wollen. Doch am Ende setzt sich Krenz durch und die SED-Führung unterbreitet ein Dialogangebot, das die Bürgerrechtler und Demonstranten schon lange einfordern.

„Gemeinsam wollen wir über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind“, heißt es in der Erklärung des SED-Politbüros, die am darauffolgenden Tag im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wird. Alle Meinungsäußerungen und Vorschläge für einen attraktiven Sozialismus in der DDR seien willkommen. „Wir stellen uns der Diskussion“, unterstreicht das Politbüro.

Doch die SED-Führung macht auch deutlich, dass sie von ihrem Weg des Sozialismus in der DDR nicht abrücken wird. „Der Sozialismus auf deutschem Boden steht nicht zur Disposition“, heißt es dazu in der Erklärung. „Großdeutsche Träume, gespeist aus altrevanchistischen und neofaschistischen Quellen, haben keine Chance.“

### **Ursachenforschung für die Fluchtbewegung**

Sorgen bereitet die anhaltende Fluchtbewegung Tausender DDR-Bürger in die Bundesrepublik. Wenn sich viele Menschen „von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben“, lasse das auch das Po-

litbüro nicht gleichgültig, erklärt es. Mögen die Ursachen auch vielfältig sein, „wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam“.

Eine Ursache ist jedoch bereits ausgemacht: Es ist von einer großangelegten Provokation und hasserfüllten Kampagnen der westlichen Massenmedien die Rede. Sie hätten den Sozialismus und seine Perspektiven in Zweifel gezogen und so die Menschen in der DDR verunsichert und zur Flucht bewegt.

### **Inszenierung: Bürgerdialog**

So ganz offen will die DDR-Führung jedoch nicht mit ihrer Bevölkerung diskutieren. Sie versucht die Aussprachen nach ihren Vorstellungen zu inszenieren. Doch sie erreicht nicht ihr Ziel: den SED-Politikern schlägt in den sogenannten Dialogveranstaltungen der ganze Unmut der Menschen entgegen.

-> Zum Ereignis **Kontroverse in SED über Dialog mit Bürgern auf der Webseite**

## **Das Neue Forum nimmt Formen an**

14. Oktober 1989: Gut einem Monat nach der Gründung des Neuen Forums treffen sich in Ostberlin mehrere hundert engagierte Menschen aus der ganzen DDR. Sie wollen auf ihrem Landestreffen die Strukturen des Neuen Forums festlegen.

### **Kommunikation stärken**

Den Initiatoren geht es vor allem darum, Struktur in ihre Organisation zu bekommen. Immerhin zählt die Bewegung von Tag zu Tag mehr Unterstützer. Zu einem legalen Auftritt gehören unweigerlich eine geregelte Organisationsstruktur und klare Kommunikationswege. Sie sind notwendig, wenn sich das Neue Forum als politische Vereinigung anerkennen lassen will.

In den Räumen der evangelischen Gruppierung „Kirche von Unten“ wählen die Bürgerrechtler die sogenannten Sprecherräte auf Bezirks-, Regional- und Republikebene. Außerdem diskutieren sie anstehende Aktionen, wie zum Beispiel das Herausgeben einer überregionalen Zeitung.

### **Diskussionen über Aufbau und Organisation**

Das Neue Forum hat am **19. September 1989** beim DDR-Innenministerium einen Antrag auf Zulassung als „politische Vereinigung“ gestellt. Doch man streitet sich intern noch über eine wichtige Frage: Wird das Neue Forum eine Partei oder bleibt es eine Bürgerbewegung?

Als das Neue Forum am **8. November** endlich seine offizielle Zulassung bekommt, sind diese Diskussionen noch nicht abgeschlossen. 40 Jahre Bevormundung reichen den Menschen jetzt aus, sie wollen selbst bestimmen, in welche Richtung sich das Neue Forum bewegt.

Trotz der Diskussionen schließen sich immer mehr Menschen der Bewegung an. Bis zum Ende des Jahres unterschreiben 200.000 Menschen den Gründungsauf Ruf des Neuen Forums. Rund 10.000 Menschen treten ihm bei. In der DDR entsteht eine neue **Diskussionskultur**.

-> Zum Ereignis **Das Neue Forum nimmt Formen an auf der Webseite**

## Erste Freilassungen

14. Oktober 1989: Eine Woche nach dem 40. Jahrestag der DDR lassen die Machthaber die ersten Demonstranten frei, die das "Volksfest" gestört haben: durch "gesetzwidrige Ansammlungen", wie das in der Sprache der SED-Diktatur heißt. Weitere Entlassungen werden folgen.

### Harte Linie oder Einlenken

Was sich im Nachhinein als Trendwende herausstellt, ist eigentlich als taktisches Manöver gedacht. Durch den Verlauf der Montagsdemonstration am **9. Oktober** in Leipzig hat die SED-Führung eine große Niederlage eingesteckt. Staats- und Parteiführung mussten vor der Menschenmenge kapitulieren. Noch zwei Tage zuvor, am 7. und 8. Oktober, gingen Einheiten der Volkspolizei und der Staatssicherheit mit Gewalt gegen Demonstranten in Ostberlin vor und verhafteten über 1.000 Menschen.

Die SED fragt sich: Was ist in Leipzig schief gelaufen, und wie soll man künftig gegen Demonstranten vorgehen? SED-Generalsekretär Erich Honecker wirbt für ein hartes Vorgehen. Hans Modrow, Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, will eine "weichere Politik". Manfred Gerlach von der Blockpartei LDPD fordert die Einbeziehung der Bürgerbewegungen in die Diskussion. Harte Linie oder Einlenken – die weitere Strategie ist unklar.

### Politik fährt zweigleisig

So oder so: Man will das Ende der Demonstrationen erreichen. Während also im Ministerium für Staatssicherheit die Vorbereitungen für eine mögliche Verhaftungswelle weitergehen, geht das SED-Regime nach außen hin erstmals auf die Forderungen von Kirche und Bürgerbewegung ein. Das Politbüro erklärt in der Tageszeitung Neues Deutschland: "Wir stellen uns der Diskussion." Eine Pressekampagne unter dem Motto "Dialog ist unsere Politik" läuft an.

Bürgerrechtsbewegungen und Kirchenvertreter sind misstrauisch. Sie nehmen das Dialogangebot zwar an, stellen aber Bedingungen. Sie fordern einen echten Dialog und die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die Einstellung der Ermittlungsverfahren.

Deshalb teilt am 13. Oktober 1989 die Generalstaatsanwaltschaft in Ostberlin mit, dass "wegen Störung der Volksfeste am 7. Oktober sowie im Zusammenhang mit gesetzwidrigen Ansammlungen festgenommene Personen aus der Haft entlassen" werden.

-> Zum Ereignis Erste Freilassungen auf der Webseite

## Theatermacher melden sich zu Wort

15. Oktober 1989: Theaterleute und andere Künstler treffen sich im Deutschen Theater in Ostberlin. Doch bei dem Theatertreffen geht es diesmal nicht um Kunst. Die Künstler verurteilen die Verhaftungen rund um den Republik-Geburtstag und planen eine Großdemonstration.

### Deutliche Worte gegen Verhaftungen

Die Kultur rückt in diesen Tagen in den Hintergrund. Viele Künstler sind beunruhigt über die politische Situation in ihrem Land. Insbesondere das brutale Vorgehen gegen friedliche Demonstranten am 7. Oktober und die anschließenden Verhaftungen empören die Theatermacher. In einer Resolution verurteilen sie die Verhaftungen und fordern die Bestrafung der Verantwortlichen.

## Der Plan einer Großkundgebung reift

Die Künstler wollen ein Zeichen setzen. Sie wollen gegen die Polizeiübergriffe und für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit demonstrieren. Es entsteht die Idee, am 4. November eine große Protestkundgebung auf dem Ostberliner Alexanderplatz zu veranstalten. Noch beim Theatertreffen bildet sich die "Initiativgruppe 4.11.", die sich um die Vorbereitung der Kundgebung kümmert.

Bereits einen Tag später stellt die Gruppe einen Antrag auf Genehmigung einer Demonstration. Als acht Tage später immer noch keine Antwort eingegangen ist, beschließt die Initiativgruppe, die Demonstration auch ohne Genehmigung durchzuführen. Doch dazu kommt es nicht.

Am 26. Oktober ist die Antwort da: Die Demonstration ist genehmigt. Die DDR-Führung will jedoch die Kundgebung auch für ihre Zwecke nutzen und lässt einige systemtreue Redner auf die Rednerliste setzen.

## Hektische Vorbereitung

Jetzt ist Eile geboten, denn bis zum 4. November ist noch viel Arbeit zu erledigen. Es gilt nicht nur, den Termin bekannt zu machen, das Programm zu erarbeiten, Plakate und Spruchbänder herzustellen und Ordner zu finden. Weitaus schwieriger sind die Gespräche mit dem Magistrat von Ostberlin und der Polizei über den Ablauf und die Streckenführung der Demonstration. Insbesondere um die Streckenführung wird hart gerungen. Aber die Theaterleute erreichen ihr Ziel: Der Demonstrationzug wird auf dem Alexanderplatz, dem zentralsten Platz in Ostberlin, enden.

Viele Berliner werden am **4. November 1989** dem Aufruf zur Kundgebung folgen.

-> [Zum Ereignis Theatermacher melden sich zu Wort auf der Webseite](#)

## Gefährliches Ständchen zum Abschied

15. Oktober 1989: Tausende Menschen kommen in der Ostberliner Erlöserkirche zum "Konzert gegen Gewalt" zusammen. Es ist ein Zeichen der Solidarität mit verhafteten Demonstranten. Künstler und Publikum fordern die Aufklärung der Übergriffe von Polizei und Stasi.

## Solidaritäts-Konzert für Unbeugsame

Ihr Treffen ist gefährlich, doch alle sind gekommen: Mehr als 30 Künstler und Gruppen – Liedermacher, Sänger mit ihren Bands – spielen auf der rasch hergerichteten Bühne der Erlöserkirche. Die Zuhörer drängen sich im Saal, mal andächtig lauschend, dann wieder laut zustimmend, jubelnd oder ergriffen.

Jeder der Anwesenden begeht ein Wagnis: Das "Konzert gegen Gewalt" ist kein gemütlicher Liederabend. Es richtet sich gegen die Übergriffe bei den **Demonstrationen am 7. und 8. Oktober**, es ist ein Solidaritäts-Konzert für die Inhaftierten und Unbeugsamen. Vor der Tür notieren Spitzel der Staatssicherheit Auto-kennzeichen der Besucher. Drinnen brodeln der Protest.

## Stasi als Dauergast

Noch in der Woche zuvor hatten Polizisten und Stasi-Mitarbeiter die Berliner Gethsemanekirche umstellt. Hatten Besucher beim Verlassen der Kirche in Seitenstraßen zusammengetrieben, festgehalten, fortgekartt. Auch die Besucher der Erlöserkirche wissen um die Gefahr. Seit Jahren ist die Kirche ein Ort der friedlichen Regimekritik.

Das Ministerium für Staatssicherheit ist Dauergast: bei den Friedenswerkstätten gegen Aufrüstung und kalten Krieg, beim Klage-Trommeln gegen das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking.

## Spott-Ständchen als Voraussage

Das "Konzert gegen Gewalt" ist ein neuer Höhepunkt des Aufbegehrens. Kein Murren mehr im kleinen Kreis, kein Randereignis hinter Kirchentüren: Statt braver DDR-"Combos" spielen Bands – die Stars der ostdeutschen Jugend. Tamara Danz und "Silly" sind darunter, Pop-Musiker und Jazz-Künstler. Zwischen den Stücken verlesen Menschen Protestnoten an den Staat. Mit Nachdruck fordern sie die Aufklärung der Übergriffe auf Demonstranten. Eine unabhängige Untersuchungskommission solle die Angriffe in Ost-Berlin, Dresden und anderen Städten aufklären.

Etwas Ahnungsvolles liegt über diesem Abend, manche Vorstellung wird bald schon Wirklichkeit. "So winkt man, wenn der Zug abfährt", intontiert Toni Krahl, Sänger der Gruppe "City", ein Spott-Ständchen auf Erich Honecker. Zwei Tage später wird der greise Staatschef per Beschluss des SED-Politbüros abgesetzt.

-> [Zum Ereignis Gefährliches Ständchen zum Abschied auf der Webseite](#)

## 120.000 demonstrieren in Leipzig

16. Oktober 1989: Seit Beginn der Montagsdemonstrationen fordern immer mehr Frauen und Männer: "Die Mauer muss weg". Reisefreiheit und Pressefreiheit sind das große Ziel, grundlegende Veränderungen hin zu einer wirklichen Demokratie die große Hoffnung.

### "Keine Gewalt"

In Leipzig haben sich 120.000 Menschen aufgemacht, um gegen das SED-Regime zu demonstrieren. Die Stimmung auf dem Karl-Marx-Platz, der heute wieder Augustusplatz heißt, ist aufgeladen. Fast doppelt so viele Menschen sind an diesem Montagabend auf den Beinen wie eine Woche zuvor. Nach Friedensgebeten in fünf zentralen Kirchen umrundet die Menschenmenge den Stadtring. In Dresden gehen zur gleichen Zeit 10.000 auf die Straße, ebenso viele haben sich in Magdeburg rund um den Dom versammelt. Am Vorabend haben in Halle 20.000 demonstriert.

Die Menschen haben Transparente dabei. Stasi-Mitarbeiter haben sich unter die Menge gemischt, aber sie können nicht mehr die Sprechchöre verhindern: "Jetzt oder nie: Demokratie!", oder "Gorbi, Gorbi!". "Keine Gewalt!" – mit diesem Ruf meistern die Demonstranten die Lage. Und besänftigen teils auch die eigene Wut.

### Staatsmacht muss wieder kapitulieren

Wie in der Vorwoche ist die Staatsführung auf eine gewaltsame Beendigung der Demonstrationen eingestellt. 66 Hundertschaften bewaffneter Kräfte sind es allein in Ostberlin und in Leipzig. "Pistole am Mann" hat die Staatssicherheit befohlen. Krankenhäuser, so heißt es, haben sich mit Extra-Betten und Blutkonserven vorbereitet.

Beklemmung liegt in der Luft: Das Massaker auf dem Pekinger Platz des Himmlischen Friedens liegt nur wenige Monate zurück und ist den Menschen noch in guter Erinnerung. Viele befürchten eine "chinesische Lösung" auch für die Demonstrationen in der DDR.

### Chinesische Lösung

Im Frühsommer 1989 forderten Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking Reformen und Freiheit. Doch die chinesische Staatsführung setzte in der Nacht zum 4. Juni Soldaten gegen friedliche Demonstranten ein, Schüsse fielen, Panzer überrollten die Menschen. Dieses Verbrechen ging als die



"chinesische Lösung" in die Geschichte ein.

**Doch auch am 16. Oktober bleibt es friedlich.** Erneut muss die Staatsmacht vor der Menschenmenge kapitulieren.

### **Erstmals berichten DDR-Medien**

Erstmals seit Beginn der Montagsdemonstrationen berichtet die DDR-Nachrichtenagentur ADN über die ungenehmigten Demonstrationen. Darin wird den Sicherheitskräften – nicht den Demonstranten – für ihre Besonnenheit gedankt. Auch in einem Beitrag der DDR-Nachrichtensendung "Aktuellen Kamera" heißt es: "Der Zurückhaltung der Sicherheitskräfte und der eingesetzten Ordnungskräfte ist es zu danken, dass es zu keinen Ausschreitungen kam."

Das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" berichtet am nächsten Morgen: "Überall im Lande ist die Diskussion im Gange... Der Inhalt sind Probleme der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der DDR, die wir selber – ohne unerbetene Ratschläge aus dem Westen – lösen wollen und lösen werden."

Zwischen den Zeilen deutet sich der Zerfall des Regimes an. Bereits am nächsten Tag beschließt das SED-Zentralkomitee einstimmig, Staats- und Parteichef Honecker abzusetzen.

-> **Zum Ereignis 120.000 demonstrieren in Leipzig auf der Webseite**

## **Honecker geht – Krenz kommt**

18. Oktober 1989: Das Zentralkomitee der SED gibt den Rücktritt von Staats- und Parteichef Erich Honecker bekannt. Noch am selben Tag schlägt Honecker Egon Krenz als seinen Nachfolger vor.

### **"Aus gesundheitlichen Gründen..."**

"Das ZK hat der Bitte Erich Honeckers entsprochen, ihn aus gesundheitlichen Gründen von der Funktion des Generalsekretärs, vom Amt des Staatsratsvorsitzenden und von der Funktion des Vorsitzenden des nationalen Verteidigungsrates der DDR zu entbinden." So die offizielle Erklärung zu Honeckers Rücktritt, die das Zentralkomitee am 18. Oktober 1989 bekanntgibt.

### **Unfreiwilliger Abgang**

In Wahrheit geht Erich Honecker nicht freiwillig. Gegen seinen Willen hat das Zentralkomitee tags zuvor einstimmig seine Absetzung beschlossen. Der Druck der gesellschaftlichen Entwicklungen ist zu groß geworden.

Dieter Reinfried, 1989 Sprecher des **Neuen Forums**, sagt heute: Die vielen Ausreisen und der Unwillen der Bevölkerung, so weiter zu leben, habe die SED-Führung reaktionsunfähig gemacht.

Nun will man ein Zeichen setzen und auch einen Sündenbock präsentieren.

"Erich, es geht nicht mehr. Du musst gehen", soll Ministerpräsident Willi Stoph am 17. Oktober im Politbüro gesagt haben. Stoph stellt den Antrag auf Abwahl. Als Honecker trotzdem zur Tagesordnung übergehen will, soll Mielke gedroht haben, falls Honecker nicht zurücktrete, werde er kompromittierende Informationen herausgeben, die er besitze.

### **Alter Saft in alten Schläuchen**

Noch am Abend des 18. Oktober hält Nachfolger Krenz, lange Kronprinz und Vertrauter Honeckers, im DDR-Fernsehen eine einstündige Ansprache. Der Theologe und Mitbegründer des **Demokratischen Aufbruchs**, Ehrhart Neubert, beschreibt diesen Auftritt so: "Schon die ersten Worte der Rede des neuen SED-

Generalsekretärs bestätigten, dass alter Saft in alte Schläuche abgefüllt worden war. Krenz redete die Menschen, die gerade dabei waren, sich ihre Rechte als Bürger zu erkämpfen, mit 'liebe Genossen und Genossinnen' an."

-> Zum Ereignis Honecker geht –Krenz kommt auf der Webseite

## Die Stasi berichtet ungeschminkt

21. Oktober 1989: Die Stasi meldet der SED-Führung, der Rücktritt Honeckers werde in der Bevölkerung "als zu spät erfolgt bewertet". Die Wahl des Genossen Krenz stoße "in beachtlichem Umfang" auf "Ablehnung".

### Neue Töne

Dass die Staatssicherheit die kritische Stimmung so ungeschönt wiedergibt, ist neu. Ebenso neu ist die Aufforderung von SED-Chef Egon Krenz an alle hohen Funktionäre, den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen.

Stasi-Chef Erich Mielke erklärt 73 Spitzenkräften seines Ministeriums, es bestehe die Chance, "eine Wende in der Arbeit der gesamten Partei einzuleiten". Verhaftungen von Bürgerrechtlern seien aktuell auszuschließen, sagt der Stasi-Chef. Doch das müsse nicht so bleiben.

### Zugriffe noch nicht ausgeschlossen

Deshalb sollten die Inoffiziellen Mitarbeiter die Bürgerrechtler weiterhin genau beobachten. Es sei wichtig, so Mielke wörtlich, "dass alles unternommen wird, alle mit solchen Handlungen auftretenden Personen zu erkennen, sie sorgfältig zu erfassen und das zugriffsbereit zu halten". Zugriffsbereit zu halten – das heißt: "Nicht ausgeschlossen, dass wir doch noch einmal Oppositionelle einsperren."

Wie künftig mit oppositionellen Bewegungen umgegangen werde, würde in den nächsten Tagen entschieden, kündigte Mielke an.

DDR-Innenminister Friedrich Dickel wird deutlicher. "Ich würde am liebsten hingehen und diese Halunken zusammenschlagen, dass ihnen keine Jacke mehr passt", sagt Dickel mit Blick auf die Bürgerbewegung.

-> Zum Ereignis Die Stasi berichtet ungeschminkt auf der Webseite

## Protestbewegung gegen SED-Regime wächst

23. Oktober 1989: Die Zahl der Demonstranten steigt explosionsartig. Die Opposition formiert sich, erzwingt die Untersuchung staatlicher Übergriffe und die Anerkennung des "Neuen Forums" als Bürgerrechtsorganisation.

### 300.000 in Leipzig, 50.000 in Schwerin

In Leipzig nehmen an diesem Montag über 300.000 Menschen an der Demonstration teil – die größte Protestkundgebung in der Geschichte der DDR. "Wir spürten, dass wir etwas Bedeutsames erlebten. Es wurden immer mehr, und es wurde immer größer", so Prinzen-Sänger Sebastian Krumbiegel über die Montagsdemos in Leipzig Ende 1989.

Es seien damals vorwiegend junge Menschen gewesen, die sich an den Montagsdemonstrationen beteiligten, erzählt Kathrin Mahler Walther, die sich 1989 als 18-Jährige in der Leipziger Bürgerrechtsbewegung engagierte.

In Schwerin demonstrieren 50.000 für Meinungs- und Reisefreiheit. Aufgerufen hat das **Neue Forum**. Die SED versucht, diese Bewegung umzufunktionieren, und lässt Flugblätter verteilen. Als die Bürgerrechtler die Flugblätter am 23. Oktober 1989 sehen, trauen sie ihren Augen nicht: Auf dem Alten Garten will der "Demokratische Block" der Stadt Schwerin eine Kundgebung abhalten - am selben Ort und zur selben Zeit, zu der das Neue Forum zur Demonstration aufgerufen hat.

Zeitzeugen erinnern sich an eine aggressive Stimmung, als die Demonstrationsgruppen aufeinandertreffen. Als die Bürgerrechtler kein Rederecht erhalten, formieren sie sich zu einem Protestzug durch die Stadt, zum Arsenal und um den Pfaffenteich herum. Vor dem Sitz der SED-Bezirksleitung kommt es zu wütenden Protesten aufgebracht Bürger. In den Friedensgebeten in den Kirchen wird jedoch immer wieder zur Besonnenheit gemahnt. Es bleibt friedlich.

### **Proteste gegen die Wahl von Egon Krenz**

Nachdem Egon Krenz am **18. Oktober** Erich Honecker als SED-Generalsekretär abgelöst hat, soll er ihn nun auch als Staatsratsvorsitzender beerben. Im Vorfeld seiner Wahl am 24. Oktober, protestieren 12.000 Bürger in Berlin.

Die neue SED-Führung will durch eine sehr begrenzte Öffnung die politische Initiative zurückgewinnen. Sie hofft, damit die wachsende Bürgerrechtsbewegung einzugrenzen und möglichst zu integrieren. Krenz hat der SED deshalb einen Kurswechsel verordnet.

Sebastian Pflugbeil vom Neuen Forum sagt in einem Interview am 25. Oktober 1989 auf die Frage, ob die Wahl von Krenz ein erfolgversprechender Neuanfang sei: "Wir halten diese Ämterballung (SED-Chef, Staatsratsvorsitzender und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates – d. Red.) in einer Person für grundsätzlich bedenklich. Wenn so viel Macht in einer Hand vereint ist, sind Korrekturen und gegenseitige Kontrolle nur schwer vorstellbar."

### **Staatliche Übergriffe sollen untersucht werden**

"Wir können nicht sagen, wir hätten von all dem nichts gewusst!" Am 23. Oktober 1989 laden Berliner Oppositionsgruppen zu einer Pressekonferenz ein. Sie übergeben der Öffentlichkeit 150 Gedächtnisprotokolle von Demonstranten, die am 7. und 8. Oktober festgenommen und misshandelt worden waren. Ziel: die Einrichtung einer Untersuchungskommission zu den staatlichen Übergriffen.

"Wir veröffentlichen diese Berichte, weil die Medien unseres Landes diesen Bereich staatlicher Machtausübung noch immer verschleiern, vertuschen oder verharmlosen." Die SED-Führung wagt es nicht, die Veranstaltung in der Berliner Kirchengemeinde Fennpfuhl zu verbieten. Die geforderte Untersuchungskommission wird Anfang November eingerichtet.

### **DDR-Medien berichten über Proteste**

Zur "Wende"-Politik von Egon Krenz gehört, dass jetzt auch die DDR-Medien die Proteste aufgreifen dürfen. Die staatliche Nachrichtenagentur ADN berichtet am 23. Oktober 1989 ausgiebig über die Demonstrationen, die mittlerweile in vielen Großstädten der DDR stattfinden. Dabei transportiert ADN auch die Forderungen wie "Visafreiheit" oder "Reden und handeln – Land verwandeln".

Aus anderen Städten wie Dresden, Rostock, Stralsund und Berlin gibt es Meldungen über Diskussionen. Auch die staatlichen Rundfunksender der DDR senden Interviews und Kommentare über die Dialogforen, in denen unter anderem über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gestritten wird.

Die "Aktuelle Kamera" berichtet über die Demonstrationen in Leipzig: "In der Kirche und ihrer Umgebung hatten sich erneut Zehntausende Bürger der Stadt, aber auch viele Angereiste zusammengefunden." Über Schwerin heißt es: "Ein Treffen von cirka 40.000 Menschen... Gekommen sind sie ... zu einer Kundgebung, die auch Platz für Kritik bot." Auch über die Pressekonferenz im Gemeindehaus Fennpfehl wird berichtet.  
-> Zum Ereignis Protestbewegung gegen SED-Regime wächst auf der Webseite

## Krenz braucht Geld aus Bonn

24. Oktober 1989: Der neue SED-Chef Egon Krenz schickt einen Mann nach Bonn, den man dort schon kennt. Alexander Schalck-Golodkowski, offiziell Staatssekretär im Außenhandelsministerium, hat 1983 einen Milliardenkredit für die DDR ausgehandelt. Jetzt soll er wieder westdeutsche Hilfe beschaffen.

### Schalck-Golodkowskis Titel ist Fassade

Eigentlich ist er Stasi-Mitarbeiter: "Offizier im besonderen Einsatz", zuständig für die "Kommerzielle Koordinierung" (KoKo). In dieser Funktion ist er der oberste Devisenbeschaffer der DDR.

Um an harte Währung zu kommen, verkauft er beispielsweise Kunstwerke in den Westen. Zugleich versorgt er das SED-Politbüro mit Westprodukten. Und er betreibt, wie sich später herausstellt, illegalen Drogen- und Waffenhandel.

### DDR vor dem Bankrott

Jetzt, im Herbst 1989, reist Schalck-Golodkowski nach Bonn, weil die DDR kurz vor dem Bankrott steht und dringend neues Geld braucht. Kaum jemand wüsste das besser als Schalck-Golodkowski selbst. Er hat an einem Papier der staatlichen Plankommission für das SED-Politbüro mitgeschrieben.

Kernaussage dieser "Analyse der ökonomischen Lage der DDR", bekannt geworden als "**Schürer-Bericht**": Die DDR verbraucht viel mehr, als sie erwirtschaftet. Sie ist hoch verschuldet. Wird die Verschuldung nicht gestoppt, muss der Lebensstandard um 30 Prozent sinken. "Das bestehende System der Leitung und Planung", so die Autoren, "hat sich ... nicht bewährt". Die Arbeitsproduktivität liege 40 Prozent unter der westdeutschen, in "bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft" seien die "Ausrüstungen stark verschlissen".

### Angebliche "Mehraufwendungen"

Im Gespräch mit Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und Innenminister Wolfgang Schäuble präsentiert Schalck-Golodkowski am 24. Oktober eine Rechnung. Angeblich verursacht die Deutsche Bundesbahn "Mehraufwendungen" in der DDR. Dafür will Schalck 500 Millionen DM.

Kreative Rechenkünste hat Schalck-Golodkowski schon in seiner Doktorarbeit unter Beweis gestellt. Stasi-Chef Erich Mielke betreut die Dissertation persönlich. Schalck schreibt darin unter anderem, die DDR könne von der Bundesrepublik über 85 Milliarden Mark Schadensersatz verlangen: für die volkswirtschaftlichen Schäden, die durch die Massenflucht vor dem Mauerbau entstanden seien.

### Bonn soll neue Reiseregulierung mitfinanzieren

Kurz vor Schalcks Bonn-Reise hat die Ständige Vertretung der DDR bereits wissen lassen: Komme es zu einer neuen Reiseregulierung, müsse sich Bonn mit 20 Milliarden DM an der Finanzierung beteiligen.

Zwei Tage nach dem Besuch **telefoniert Bundeskanzler Helmut Kohl** mit dem neuen SED-Chef Egon Krenz. Kohl fordert insbesondere eine Neuregelung der Reisefreiheit sowie eine Amnestie für Demonstranten und Republikflüchtlinge.

-> Zum Ereignis Krenz braucht Geld aus Bonn auf der Webseite

## Zweifel an neuer DDR-Führung

24. Oktober 1989: Kanzleramtschef Rudolf Seiters trifft die Botschafter der drei Westmächte zu einem Informationsaustausch. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung in der DDR. Keiner glaubt daran, dass sich die neue DDR-Führung lange hält.

### Krenz ein Übergangskandidat?

Seiters beschreibt den Botschaftern die labile Situation in der DDR und die großen Hoffnungen der DDR-Bevölkerung auf konkrete Schritte der neuen Führung. Doch die gegenwärtige Entwicklung in der DDR habe nicht nur Auswirkungen auf das deutsch-deutsche Verhältnis, sagt der Kanzleramtschef. Deshalb sei eine engere Zusammenarbeit erforderlich.

Der britische Botschafter Sir Christopher Mallaby äußert laut seine Zweifel am neuen DDR-Chef Egon Krenz. Er hält ihn für einen Opportunisten. Der amerikanische Botschafter Vernon Walters bezweifelt, dass sich Krenz lange halten wird, er sieht in ihm einen Übergangskandidaten. Auch Seiters hält weitere personelle Wechsel in der DDR-Staatsführung für möglich. Danach werde es auch konkrete Schritte geben, wie eine Ausreiseregulung und einer Amnestie politischer Gefangener, ist sich der Kanzleramtschef sicher. Der französische Botschafter Serge Boidevaix äußert sich kritisch zu einer neuen Ausreiseregulung. Er glaube nicht, dass das die Lage in der DDR stabilisieren werde.

### Deutsche Frage steht auf der internationalen Agenda

Doch die Botschafter bewegt bei dem Treffen auch, was die Bundesregierung von den ehemaligen Alliierten im Zusammenhang mit der Deutschen Frage erwartet.

Bundeskanzler Helmut Kohl hatte vor der **Bundespressekonferenz** im August deutlich gemacht, die Deutsche Frage stehe "nach wie vor auf der Tagesordnung der internationalen Politik". "Der Wille der Deutschen zur Einheit in Freiheit ist ungebrochen", hatte der Kanzler gesagt. Doch bei der Lösung der Deutschen Frage müsse man auch auf die besondere Verantwortung der drei Westmächte vertrauen.

Seiters macht gegenüber den Botschaftern deutlich, dass durchaus Entwicklungen denkbar seien, in denen ein abgestimmtes Vorgehen notwendig werde. Doch zunächst stehe die Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung aller Deutschen im Vordergrund. Für die Bundesregierung bedeute jeder Schritt zu mehr Freiheit in der DDR auch ein Schritt zur Überwindung der deutschen Teilung, unterstreicht der Kanzleramtschef. Es sei jetzt nicht die Zeit der Pläne, sondern die Zeit der Prozesse und Entwicklungen, die man beobachten und behutsam fördern werde.

-> Zum Ereignis Zweifel an neuer DDR-Führung auf der Webseite

## Erstes Telefonat zwischen Kohl und Krenz

26. Oktober 1989: Genau 14 Minuten dauert das erste Telefonat zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem neuen DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz. Während Krenz die Beziehungen der beiden deutschen Staaten verbessern will, redet Kohl Klartext.

## **Krenz beißt auf Granit**

Der Bundeskanzler sagt seinem Gesprächspartner, welche Themen ihm "besonders wichtig" sind: Reisefreiheit, die festgenommenen Demonstranten, eine Amnestie für verurteilte "Republikflüchtlinge" und das Hab und Gut der Menschen, die über die westdeutschen Botschaften geflüchtet sind.

Krenz reagiert – "hm, hm" – zunächst zögerlich, kündigt aber ein neues Reisegesetz an, das noch "vor Weihnachten" in Kraft treten soll. Im selben Atemzug fordert der neue SED-Chef von der Bundesrepublik allerdings, "dass die Respektierung der Staatsbürgerschaft der DDR deutlicher wird".

Die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft ist eine Forderung, die Krenz-Vorgänger Erich Honecker bereits mehrfach erhoben hat. Die Bundesrepublik hat sich jedoch nie darauf eingelassen, weil das die offizielle Anerkennung der DDR bedeutet hätte. Die deutsche Teilung wäre dadurch festgeschrieben worden.

Entsprechend reagiert Kohl im Telefonat: "Herr Staatsratsvorsitzender! Ich will jetzt in dem Zusammenhang einfach mal wiederholen, was ich damals Ihrem Vorgänger gesagt habe, und das war, glaube ich, eine ganz wichtige Arbeitsgrundlage. Es gibt in unseren Beziehungen eine Reihe von Grundfragen, wo wir aus prinzipiellen Gründen nicht einig sind und nie einig werden." Es gebe zwei Möglichkeiten, so Kohl: sich über diese Themen zu unterhalten und zu keinem Ergebnis zu kommen – oder die gegenseitigen Ansichten zu respektieren und dort die Zusammenarbeit zu suchen, wo man vernünftig zusammenarbeiten könne.

## **Hohe Schule der Diplomatie**

Krenz startet keinen weiteren Versuch in Sachen Staatsbürgerschaft. Stattdessen kündigt er an, "auf der Grundlage vorhandener Gesetze und auf der Grundlage neu zu schaffender Regelungen und Gesetze" Lösung zu finden – Lösungen für die Menschen, "die unser Land auf diese oder jene Weise verlassen haben". Kohl und Krenz verabreden einen Besuch von Kanzleramtsminister Rudolf Seiters in Ostberlin. Und sie verständigen sich auf einen "kurzen Draht" untereinander. Sie wollen künftig "zum Telefonhörer ... greifen und einfach miteinander reden", wenn sie "glauben, es sei vernünftig", wie Kohl es formuliert. Als Beispiel für so einen engen Kontakt nennt Kohl nicht etwa seine Telefonate mit den Präsidenten der USA oder Frankreichs, sondern die mit dem "Generalsekretär in Moskau". Das ist vom deutschen Bundeskanzler nicht nur daher gesagt. Es ist ein Signal an den DDR-Staatsratsvorsitzenden.

-> [Zum Ereignis Erstes Telefonat zwischen Kohl und Krenz auf der Webseite](#)

## **Gefangene kommen frei**

27. Oktober 1989: Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer: Straferlass! Alle inhaftierten "Republikflüchtlinge" sollen freigelassen werden. Das gilt auch für die sogenannten Demonstrations-Straftäter, die auf Kundgebungen festgenommen worden sind.

## **Wachsender Unmut in den Gefängnissen**

Wer will, flüchtet in diesen Tagen über Umwege – über Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei. Viele Ausreisewillige sitzen jedoch hinter Gittern und sind empört. Warum sollen sie noch in Haft bleiben?

Tausende wollten seit dem Mauerbau in den freien Westen und wurden auf der Flucht gestellt – viele auf dem Grenzstreifen, andere versteckt im Kofferraum eines Freundes, paddelnd auf der Ostsee, beim Graben von Flucht-Tunneln. Seit 1961 fanden mehr als 110.000 Strafverfahren statt. Im Herbst 1989 sind noch Hunderte wegen versuchten "ungesetzlichen Grenzübertritts" in Haft. Bis zu zwei Jahren Freiheitsstrafe drohen

dem, der "ohne staatliche Genehmigung das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verlässt". Bis zu acht Jahren sitzt mancher für einen "schweren Fall" – auch noch, während draußen schon Sonderzüge in den Westen fahren.

### **Druck von unten**

In den Gefängnissen wächst Widerstand. Anfang Oktober kreisen Flugblätter, immer mehr Häftlinge verweigern die Arbeit, treten in Streik. Der Groll der Ausreisewilligen springt über auf andere Gefangene, von Zelle zu Zelle, Anstalt zu Anstalt. Während der Druck von unten wächst, lähmt Verwirrung die Justiz: Ist ungesetzlicher Grenzübertritt weiterhin strafbar und wenn ja – wie?

### **SED hofft auf Wohlwollen**

Die Ereignisse überschlagen sich, für eine anfangs geplante Gesetzesänderung bleibt keine Zeit. Am **26. Oktober** hat Bundeskanzler Helmut Kohl von DDR-Staatschef Egon Krenz den Straferlass verlangt. Einen Tag später beschließt der Staatsrat der DDR die Amnestie. Viele Freigelassene bekommen Stillhalte-Verpflichtungen untergeschoben, sollen Erklärungen wie diese unterschreiben: "Ich werde mich dieser großzügigen Entscheidung des Staatsrates würdig erweisen." und "Ich erkläre, dass ich keinerlei Angriffe auf die Staatsgrenze der DDR mehr unternehmen werde."

Amnestie ist nicht Wiedergutmachung. Amnestie bedeutet Schonung. Genau darauf hofft jetzt auch das SED-Regime. Und die Gefängnisse hoffen auf Entlastung. Doch stattdessen erneuert sich das Aufbegehren: Kaum sind die ersten Amnestierten entlassen, fordern weitere Gefangene ihr Recht. Weitere Amnestien werden folgen.

-> Zum Ereignis Gefangene kommen frei auf der Webseite

## **Die erste genehmigte Demonstration**

28. Oktober 1989: In Greiz findet die erste Demonstration gegen das SED-Regime statt, die offiziell genehmigt ist. Ein mutiger Mann hatte die Idee, den Antrag zu stellen, weil er verhindern wollte, dass Stasi und Polizei wieder brutal gegen Demonstranten vorgehen.

### **Ein Mann will den Demonstranten die Angst nehmen**

Greiz, die ehemalige Residenzstadt im thüringischen Vogtland mit gut 20.000 Einwohnern: Der Astronaut Ulf Merbold ist hier geboren, der Schriftsteller Reiner Kunze hat hier vor seiner Ausbürgerung gearbeitet. Auch hier gehen die Menschen in diesem Herbst auf die Straße, um für Meinungs- und Reisefreiheit zu demonstrieren. Und wie in Leipzig und anderen Städten geht das SED-Regime mit brutaler Gewalt gegen die Demonstranten vor.

Dann hat Rudolf Kuhl eine Idee: "Es gab so viele Menschen in Greiz, die wollten demonstrieren. Aber sie hatten Angst. Ich habe diese Angst und die damit einhergehende Frustration gespürt, sodass ich spontan beschlossen habe, ich melde eine Demonstration an", erzählt er im Rückblick. Die Pass- und Meldestelle schickt ihn zum Rat der Stadt, der Stadtverwaltung. Dort gibt er seinen Antrag ab. 14 Tage später erhält er tatsächlich die Genehmigung.

Und so kann an diesem 28. Oktober die erste offiziell genehmigte Demonstration stattfinden. Sie bleibt friedlich.

Greiz ist wegen dieser Demonstration seit Dezember 2013 einer der Orte auf der **Thüringer Straße der Menschenrechte und der Demokratie**.

-> Zum Ereignis **Die erste genehmigte Demonstration auf der Webseite**

## **Bürgerrechtler fordern Ende der Diktatur**

28. Oktober 1989: Die Initiative für Frieden und Menschenrechte veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie die Trennung von Partei, Staat und Gesellschaft und die Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft fordert.

### **Demokratie statt Diktatur**

In ihrem Aufruf wählt die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) klare Formulierungen. Partei, Staat und Gesellschaft sind zu trennen. Denn: "Der Entwicklung von Demokratie steht die Festschreibung der Vormachtstellung einer Klasse, Schicht, Gruppe oder Partei diametral entgegen." Die IFM will das Ende der SED-Diktatur, "Mitbestimmung und öffentliche Kontrolle ... in allen Bereichen", unabhängige Gewerkschaften und eine parlamentarische Demokratie, die durch Elemente der direkten Demokratie – wie Volksbegehren und Volksentscheide – ergänzt ist.

Die IFM ist später mit zwei Mitgliedern am **Runden Tisch** beteiligt. Mit Gerd Poppe stellt sie ab Februar 1990 einen Minister ohne Geschäftsbereich in der Regierung Modrow. Zur ersten freien **Volkskammerwahl am 18. März 1990** geht die IFM mit dem "**Neuen Forum**" und "**Demokratie Jetzt**" ein Wahlbündnis unter dem Namen "Bündnis 90" ein. Die Listenverbindung erhält 2,9 Prozent der Stimmen und zwölf Sitze in der Volkskammer.

### **Erste Bürgerrechtsbewegung der DDR**

Die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) ist seit Anfang 1986 aktiv und gilt als erste Bürgerrechtsbewegung außerhalb der Kirche. Achtung der Menschenrechte, politische Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit – das sind die zentralen Forderungen der IFM. Hervorgegangen ist sie aus einem gescheiterten Menschenrechtsseminar, das Ostberliner Friedenskreise im Herbst 1985 organisieren wollten. Doch auf Druck der Stasi musste es abgesagt werden. Der Vorbereitungskreis beschloss weiterzuarbeiten. Dazu gehörten Wolfgang Templin, Ralf Hirsch, Ulrike und Gerd Poppe sowie Bärbel Bohley.

Am 24. Januar 1986 gründeten sie die IFM, obwohl Bürgerrechtsgruppen in der DDR illegal waren. Die Initiative orientierte sich an der Gruppe "Charta 77" in der Tschechoslowakei. Ab Juni 1986 gab die IFM mit dem "grenzfall" eine eigene Zeitschrift heraus. Auflage: 1.000 Exemplaren, hergestellt mit einfachsten Mitteln. Das Blatt trug dazu bei, die kritische Gegenöffentlichkeit in der DDR zu verstärken. Die Stasi verfolgte die Mitglieder der IFM, 1988 kam es zu Verhaftungen und Ausbürgerungen. Doch die IFM wurde zu einer der wichtigsten Oppositionsgruppen in der DDR.

-> Zum Ereignis **Bürgerrechtler fordern Ende der Diktatur auf der Webseite**



## Die Krisenanalyse des DDR-Chefplaners

30. Oktober 1989: Eine fünfköpfige Expertengruppe unter Leitung von DDR-Chefplaner Gerhard Schürer legt dem SED-Politbüro ein deprimierendes Dokument vor: Das "Schürer-Papier" besagt, dass die DDR so gut wie pleite ist und dringend eine Wirtschaftsreform braucht.

### Eine schonungslose Bilanz

Seit 13 Tagen ist Egon Krenz der neue SED-Generalsekretär, seit einer Woche auch Staatsratsvorsitzender. Nun erhält er von Gerhard Schürer und vier anderen Ökonomen eine schonungslose Analyse der finanziellen und wirtschaftlichen Lage in der DDR. Die "Geheime Verschlussache b5 – 1158/89" zeigt detailliert auf, warum und wie stark die DDR überschuldet ist. "Allein ein Stoppen der Verschuldung", so heißt es, "würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 Prozent erfordern und die DDR unrentierbar machen."

Zu den Ursachen der mangelhaften wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zählt für die Autoren der katastrophale Zustand der Produktionsanlagen. Im Jargon des Papiers: "In bestimmten Bereichen der Volkswirtschaft sind die Ausrüstungen stark verschlissen, woraus sich ein überhöhter und ökonomisch uneffektiver Instandhaltungs- und Reparaturbedarf ergibt. Darin liegt auch eine Ursache, dass der Anteil der Beschäftigten mit manueller Tätigkeit in der Industrie seit 1980 nicht gesunken ist, sondern mit 40 Prozent etwa gleichblieb."

Ernüchternd auch diese Feststellung: "Die Leistungsentwicklung blieb hinter den Planzielstellungen zurück. Demgegenüber wurden die Ziele auf den Gebieten der Konsumtion, des Wohnungsbaus und der Sozialpolitik übererfüllt."

### Forderung nach Reformen

Um die DDR vor dem Untergang zu bewahren, fordern die fünf Fachleute "eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik", verbunden mit einer Wirtschaftsreform. Dazu gehört auch "eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials", um "das Missverhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen". Im Klartext: Es gibt in der DDR viel zu viele Arbeitskräfte, die nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Deshalb fordern Schürer und seine vier Genossen einen "drastischen Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätigen in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen".

### Keine Wiedervereinigung, aber mehr Kredite

Einer Wiedervereinigung oder Konföderation mit der Bundesrepublik erteilen die Autoren eine klare Absage. Stattdessen plädieren sie dafür, "ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und mit anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln".

Aber auch wenn alle Reformvorschläge umgesetzt seien, brauche die DDR zusätzliche Kredite aus dem Westen, müssen die Ökonomen einräumen. Zur "Sicherung der Zahlungsfähigkeit" sei es 1991 unerlässlich, "zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2 - 3 Milliarden VM über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln". (VM steht für Valuta-Mark, im Politdeutsch der SED die Bezeichnung für die D-Mark.)

-> [Zum Ereignis Die Krisenanalyse des DDR-Chefplaners auf der Webseite](#)

## Aus für den "Schwarzen Kanal"

30. Oktober 1989: Das DDR-Fernsehen nimmt den "Schwarzen Kanal" von Karl-Eduard von Schnitzler aus dem Programm. Der Sender reagiert damit auf Forderungen von Demonstranten. Seit dem Herbst fordern sie: "Schnitzler in die Muppet-Show". Oder in den Tagebau.

### "Schwarzer Kanal" kontra Westfernsehen

Das DDR-Fernsehen schickt Schnitzler weder hier - noch dorthin. Aber am 30. Oktober darf er sich vier Minuten lang verabschieden – nach 1.519 Folgen des "Schwarzen Kanals", von denen er rund 1.300 selbst moderiert hat.

Ab 1960 strahlt das Fernsehen der DDR die Sendung "Der Schwarze Kanal" aus. Immer montags gegen 21:30 Uhr, nach beliebten alten Spielfilmen aus UFA-Zeiten. "Eine Sendung von und mit Karl-Eduard v. Schnitzler" heißt es im Untertitel. Der Auftrag: Die angeblichen Lügen des Westfernsehens entlarven. Das ist bei den Menschen beliebter als das DDR-Staatsfernsehen, wie das SED-Regime sehr genau weiß. Also wollen die Machthaber ideologisch gegensteuern. Oder ihren Gefolgsleuten wenigstens Argumentationshilfen geben.

### Agitation kommt nicht an

Und so zeigt von Schnitzler Woche für Woche Ausschnitte aus Nachrichtensendungen und politischen Magazinen des "Westfernsehens", um anschließend heftig darauf zu schimpfen. Die Beliebtheit dieser Agitation hält sich in engen Grenzen. Einschaltquoten liegen nicht vor. Vielsagend ist allerdings ein Witz aus DDR-Zeiten: Von Schnitzler fragt seinen Nachbarn, warum der ihn immer nur mit "Herr Schnitz" anspricht. Antwortet der Nachbar: "Da sehen Sie, wie schnell ich immer abschalte, sobald Ihr Gesicht erscheint."

Für viele Menschen ist von Schnitzler der "Sudel-Ede", andere sehen in ihm "den größten Lügenbaron seit Münchhausen". Denn die Taktik, Zitate aus dem Zusammenhang zu reißen und damit ihren Sinn zu entstellen, ist leicht zu durchschauen. Erst recht für diejenigen, die häufiger "Westfernsehen" schauen.

### Die SED beugt sich dem Druck

Im Herbst 1989 müssen SED und Staatsfernsehen erkennen, dass von Schnitzler nicht länger zu halten ist. Der Dresdener Oberbürgermeister verspricht Demonstranten, sich für die Absetzung der Sendung stark zu machen. Und der Ostberliner SED-Bezirkschef sagt öffentlich: "Ich bin sicher, dass Karl-Eduard diese Stimmungslage nicht verborgen geblieben ist, dass er ein kluger Mann ist und daraus Konsequenzen zieht."

Bis zum Ende bleibt von Schnitzler bei seiner streng kommunistischen Linie. Er werde, sagt **von Schnitzler** in seiner letzten Sendung, seine "Arbeit als Kommunist und Journalist" fortsetzen – "als Waffe im Klassenkampf zur Förderung und Verteidigung meines sozialistischen Vaterlandes". Und noch 1997 erklärt er, es sei "völlig richtig" gewesen, die Mauer zu bauen.

-> Zum Ereignis Aus für den "Schwarzen Kanal" auf der Webseite

## Ministerium macht Rauswurf rückgängig

31. Oktober 1989: Katja, Schülerin der Berlin Ossietzky-Schule, darf wieder zur Schule gehen. Ein volles Schuljahr hat die Abiturientin seit ihrem "Relegation" aus der Schule verloren. Mit ihr dürfen drei weitere Schüler wieder am Unterricht teilnehmen.

### Ende eines Skandals

Katja und ihre Mitschüler haben lange für ihr Abitur gekämpft, trotz Hausverbots an ihrer Schule. Sie waren rausgeworfen, "relegiert". Zu viert hatten sie im September 1988 vor der Pforte gestanden, gedemütigt und verwirrt. Ohne Perspektive. Sie würden nicht mehr lernen, nicht ihre Prüfung ablegen können. Nicht in der DDR.

Viel war nicht nötig gewesen, um so zu fallen. Die vier hatten ihre Meinung gesagt. Auf einer Kundgebung hatten Benjamin und Philipp Plakate hochgehalten. Mit Freunden hatten sie lästige Zettel ans Schwarze Brett ihrer Schule gepinnt. "Speakers Corner" heißt dieses Schwarze Brett der Ostberliner Ossietzky-Schule. So wie der berühmte Debatten-Platz in London soll auch ihre "Speakers Corner" keine gewöhnliche "Wandzeitung" sein. Sie dient als Bühne – für ein wenig Auseinandersetzung im sozialistischen Kollektiv. Rüstungskritik ist nicht vorgesehen. Doch genau das interessiert die Schüler: Sie würdigen die polnische Opposition, beanstanden Rüstung und waffenstarrende Aufmärsche. "Dem Ansehen der DDR würde ein Verzicht auf die Militärparade ... gut tun", äußert Kai. Unterschriften kursieren, auch Katja unterstützt diese Meinung. Sie steht weiter dazu, als Mitschüler ihre Namen aus der Liste streichen. Bald wird die "Speakers Corner" für die aufmüpfigen Schüler zum Pranger.

### Auf die Straße gesetzt

Die "Erweiterte Oberschule Carl von Ossietzky" ist ein heikles Haus: Kinder von DDR-Kritikern lernen hier neben Söhnen und Töchtern der SED-Prominenz. Viele tragen ihre Meinung in die Schule – und stehen mitten im Zwist. Bereits mit zartester Kritik fordern die Jugendlichen einen vernichtenden Apparat heraus: Über Direktor und SED-Bezirksleitung gelangt der Vorgang "Speakers Corner" bis zur Volksbildungsministerin persönlich: Margot Honecker, Frau des SED-Generalsekretärs Erich Honecker.

Am 29. September 1988 folgt die Entlassung aus der "Freien Deutschen Jugend" (FDJ). Mitschüler stimmen über den Rauswurf ab – und über die eigene Zukunft. In Einzelgesprächen wurden sie "auf Kurs" gebracht. Lehrer und Funktionäre eifern, Staatssicherheit, Partei und FDJ, Elternaktiv und Patenbetrieb schalten sich ein. Trotzdem verweigert Benjamins Klasse die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit für seinen Ausschluss. Tags darauf wird ihnen der "Prozess" gemacht: Philipp. Benjamin. Katja. Kai. Sie müssen vor die versammelte Schule treten, doch die Zeremonie missrät: Mitschüler brechen in Tränen aus, setzen sich auf den Boden. Für einen Schulverweis hätte man nicht gestimmt! Beifall, ein Junge hebt die Stimme: Er schäme sich für diese Schule. Der Direktor erteilt Verweise, zwei Schüler werden strafversetzt.

### Breiter Widerstand

Die Ossietzky-Affäre ist der Höhepunkt sozialistischer Bildungswillkür. Unzählige waren relegiert, Zehntausende gar nicht erst zum Abitur zugelassen worden, doch bisher scheiterten die Betroffenen im Stillen. Nun regt sich breiter Widerstand. Kirchen halten Solidaritätsandachten. West-Medien berichten. Eine Welle von Protestbriefen erreicht SED, Ministerrat, Volkskammer. Anfang November 1989 tilgt das Volksbildungsministerium die Schulstrafen. Die Jugendlichen dürfen wieder lernen.

Im Oktober 1989 wäre Carl von Ossietzky, der Namensgeber der Schule, 100 Jahre alt geworden. Der Journalist und Friedensnobelpreisträger war Herausgeber der Zeitschrift "Die Weltbühne", hat gegen Aufrüstung und Krieg geschrieben. Die relegierten Ossietzky-Schülerinnen und -Schüler hatten nichts anderes getan, als sich in seinem Sinne zu engagieren.

-> Zum Ereignis Ministerium macht Rauswurf rückgängig auf der Webseite

## Krenz bittet Gorbatschow um Hilfe

1. November 1989: DDR-Staats- und Parteichef Egon Krenz stattet seinem sowjetischen Amtskollegen Michail Gorbatschow einen Antrittsbesuch ab. Krenz hofft auf Unterstützung – auch auf finanzielle. Doch Gorbatschow gibt ihm keinen Kredit.

### "Die ganze Wahrheit aussprechen"

Krenz und Gorbatschow führen in Moskau ein langes Gespräch über die Lage in der DDR. Im Mittelpunkt: die prekäre finanzielle Lage, die zwei Tag zuvor **DDR-Chefplaner Gerhard Schürer dem SED-Zentralkomitee dargelegt** hat. Da sich aber auch die Sowjetunion in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befindet, kann der Kreml-Chef seinem Gast nicht aus der Misere helfen. Gorbatschow macht Krenz das klar.

Stattdessen rät Gorbatschow, Krenz und die Führung der SED müssten "jetzt in allgemeiner Form einen Weg finden, um der Bevölkerung mitzuteilen, dass man in den letzten Jahren über seine Verhältnisse gelebt habe". "Dies könne Genossen Krenz persönlich jetzt noch nicht angelastet werden. Allmählich sei es jedoch notwendig, die ganze Wahrheit auszusprechen", heißt es in der Niederschrift, die sich später in den Unterlagen der SED findet.

### "Keine Zeit verlieren"

Die beiden unterhalten sich auch über die Demonstrationen in der DDR, vor allem über die Kundgebung, die für den **4. November** geplant ist. Gorbatschow gibt Krenz den Rat mit auf den Weg, keine Zeit zu verlieren. Das Protokoll zitiert den sowjetischen Parteichef so: "Antisozialistische und kriminelle Elemente seien die eine Seite. Aber insgesamt könne man das Volk nicht als Feind betrachten. Wenn es sich gegen die Politik auflehne, müsse man überlegen, was an der Politik zu ändern sei, damit sie den Interessen des Volkes und dem Sozialismus entspricht. Man dürfe den Zeitpunkt nicht verpassen, damit solche Bewegungen nicht auf die andere Seite der Barrikade geraten. Die Partei dürfe solchen Problemen nicht ausweichen, sie müsse mit diesen Kräften arbeiten. In der Sowjetunion tue man das jetzt, aber es sei bereits sehr spät."

Krenz wie Gorbatschow geht es zu diesem Zeitpunkt vor allem um eines: trotz aller Reformen und Zugeständnisse die führende Rolle der kommunistischen Parteien zu erhalten. Dazu will man sich an die Spitze der Bewegung stellen. SED-Chef Krenz sagt, es müsse verhindert werden, dass sich etwas Ähnliches entwickle wie die Solidarno in Polen. (Dieser Satz ist aus der Fassung der Niederschrift gestrichen, die die SED-Führung nach Krenz' Rückkehr dem Zentralkomitee übermittelt.) In Polen hat die unabhängige Gewerkschaftsbewegung Solidarno im Juni 1989 bereits Wahlen gewonnen.

-> Zum Ereignis Krenz bittet Gorbatschow um Hilfe auf der Webseite

## Wahrheit über Verschmutzung der Umwelt

1. November 1989: In der Nacht fällt in Halle ein Kesselwagen mit giftigem Chlor um. Erstmals berichtet das DDR-Fernsehen über eine Umweltverschmutzung. Bisher duften die Medien nichts über verseuchte Seen, ungesicherte Deponien oder Smog melden.

### Verschlusssache Umweltverschmutzung

Zu groß ist inzwischen der Druck der Bevölkerung, endlich die Wahrheit über die Umweltverschmutzung zu erfahren. Zwei Tage zuvor hat sich der Leipziger Oberbürgermeister bereit erklärt, die Luftmessdaten für die Region Leipzig zu veröffentlichen.

1968 hat die DDR den Umweltschutz als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen. Doch die Realität sieht anders aus. Umweltpolitik in der DDR ist vor allem eines: Vertuschung. 1982 erklärt der Ministerrat Umweltdaten weitgehend zur Verschlusssache. Umweltverschmutzung gilt im "real existierenden Sozialismus" als "systemfremd". Verursacher, so das SED-Regime, sei "der Kapitalismus".

Die DDR führt jedoch den Negativ-Rekord in Europa an, was Schadstoffe in der Luft betrifft. Als schmutzigster und meistvergifteter Fluss des Kontinents gilt die östliche Elbe samt ihrer Nebenflüsse.

### Giftige Luft

1989 stößt die DDR 2,2 Millionen Tonnen Staub und 5,2 Millionen Tonnen Schwefeldioxid aus. Zum Vergleich: Die größere Bundesrepublik emittiert im gleichen Jahr nur noch 878.000 Tonnen Schwefeldioxid. In den Industrieregionen der DDR atmen die Menschen Schadstoffe in gesundheitsgefährdender Konzentration ein. Fast jedes zweite Kind leidet dort an Atemwegserkrankungen, jedes dritte hat Ekzeme.

### Verseuchte Flüsse

Die Elbe und ihre Nebenflüsse verkommen zur Industriekloake. Der Fluss nimmt jährlich rund 23 Tonnen Quecksilber, 380 Tonnen Kupfer, 120 Tonnen Blei, 2.000 Tonnen Zink und 3,5 Millionen Tonnen Chlorid auf.

1989 ist das Rohrleitungssystem zur Versorgung mit Trinkwasser völlig marode. Fast die Hälfte aller Ostdeutschen wird mit Trinkwasser versorgt, das verunreinigt ist.

### Energieverschwendung

Beim Verbrauch von Primärenergie hat die DDR eine fragwürdige internationale Führungsposition: Um die gleiche Menge Strom herzustellen wie der europäische Durchschnitt, wendet der SED-Staat 50 Prozent mehr Rohstoffe auf. Die Braunkohlekraftwerke haben einen Wirkungsgrad von 20 Prozent. 80 Prozent der Energie bleiben beim Verfeuern der Braunkohle ungenutzt.

Die dramatische Umweltzerstörung sind ein zentrales Motiv der Opposition in der DDR. In den achtziger Jahren machen vor allem kirchliche Gruppen auf das Thema aufmerksam. Im Herbst 1989 fordern auch die Bürgerrechtsgruppen wie "**Demokratie jetzt**" oder der "**Demokratische Aufbruch**" die ökologische Umgestaltung der Gesellschaft. Die Umweltbewegung wird zu einer tragenden Säule der Friedlichen Revolution.

-> [Zum Ereignis Wahrheit über Verschmutzung der Umwelt auf der Webseite](#)

## Erst europäische, dann deutsche Einheit?

2. November 1989: In Bonn treffen sich Regierungsvertreter aus Frankreich und Deutschland zu ihren regelmäßigen Regierungskonsultationen. Doch diesmal bestimmen weniger die bilateralen Beziehungen als die Veränderungen in Osteuropa und der DDR das Treffen.

### Kohl sieht Lage in der DDR kritisch

Bundeskanzler Helmut Kohl bewertet im Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand die Lage in der DDR als zunehmend kritisch. Er glaube nicht, dass sich SED-Chef Egon Krenz lange an der Spitze des Staates halten werde, da Krenz nur an Wirtschaftsreformen interessiert sei.

Wahrscheinlich werde es bei der nächsten Sitzung des SED-Zentralkomitees am 6. und 8. November zu weitgehenden personellen Veränderungen an der Parteispitze kommen, sagt Kohl. Doch ein solcher Schritt allein werde kaum zu einer Entspannung in der DDR führen. Auch die Situation in der Sowjetunion sei schwierig, gibt Kohl zu bedenken.

Weiter berichtet der Bundeskanzler, dass die DDR die Bundesregierung um sehr viel Geld gebeten habe.

Doch er habe in einem **Telefonat mit Krenz** am 26. Oktober betont, dass die DDR zunächst Reformen umsetzen müsse. Wichtig seien eine neue Reiseregulierung und die Amnestie für Menschen, die wegen Republikflucht verurteilt oder inhaftiert sind.

### Reformprozesse im Osten wichtig für Europa

Kohl und Mitterrand sind sich einig, dass die Reformprozesse in den mittel- und osteuropäischen Staaten wichtig für das Ost-Westverhältnis in Europa insgesamt sind. Daher sei es wichtig, dass die Westeuropäer beim nächsten **Europäischen Rat in Straßburg** eine klare Sprache zu den Reformprozessen und deren Unterstützung fänden.

Kohl macht deutlich, dass für ihn ein Erfolg des Rates in Straßburg wichtig sei, denn ohne einen europäischen Integrationsprozess seien keine Reformen im Osten möglich. Mitterrand stimmt Kohl zu: Der weitere Aufbau Europas werde den Tag näherbringen, an dem die Trennung Europas überwunden werde, an dem Deutschland wieder vereint werden könne, sagt er.

In diesen frühen Novembertagen steht für Frankreichs Staatspräsident die Deutsche Einheit also noch nicht oben auf der Tagesordnung. Erst **Anfang Januar**, beim Treffen mit Kohl in Latché, signalisiert Mitterrand Zustimmung zu einer raschen Wiedervereinigung.

-> Zum Ereignis **Erst europäische, dann deutsche Einheit?** auf der Webseite

## Der Tag der Rücktritte

2. November 1989: Der Tag geht als "Tag der Rücktritte" in die DDR-Geschichte ein: c, Gewerkschaftschef Harry Tisch und die Parteivorsitzenden der Ost-CDU und der NDPD legen ihre Ämter nieder.

### Blockpartei fordert Rücktritt der Regierung

Unterdessen fordert die "Liberaldemokratische Partei Deutschlands" (LDPD) in ihrer Parteizeitung "Der Morgen" den Rücktritt der gesamten Regierung. Ihr Vorsitzender Manfred Gerlach, so verlangt die LDPD,

solle Volkskammerpräsident werden.

Ein mutiger Schritt, denn als DDR-Blockpartei durfte die LDPD jahrzehntlang keinen Zweifel an der führenden Rolle der SED aufkommen lassen. Zwar hat sich die LDPD schon in den Vorwochen immer stärker von der SED distanziert. Sie aber als Blockpartei ausdrücklich und öffentlich gegen die Regierung zu stellen – davor schreckt sie zunächst noch zurück.

Erst als sich die politische Krise zuspitzt, werden die Forderungen der LDPD drängender. Täglich überrascht sie mit neuen Reformvorschlägen. So verlangt sie Rechtstaatlichkeit, eine stärkere Volksvertretung und privatwirtschaftliche Initiativen.

Alle DDR-Parteien gehören zur "Nationalen Front", dem "Bündnis aller patriotischen Kräfte unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei". Ebenso wie alle "Massenorganisationen", etwa die "Freie Deutsche Jugend", der "Freie Deutsche Gewerkschaftsbund", der "Demokratische Frauenbund Deutschlands" oder der "Zentrale Ausschuss für Jugendweihe". Sie alle müssen die führende Rolle der SED respektieren. Die Parteien haben es jahrzehntlang hinzunehmen, dass die "Nationale Front" für alle Wahlen Einheitslisten zusammenstellt, die keine Bewerberauswahl zulassen. Regelmäßig erhalten die Kandidaten deshalb – offiziell – etwa 99 Prozent Zustimmung.

### **Blockparteien entfernen sich von der SED**

Im Herbst 1989 beginnt es jedoch auch in diesen Parteien zu rumoren. Bereits Mitte September schreiben vier CDU-Mitglieder, die im Kirchendienst tätig sind, den "**Brief aus Weimar**". Sie fordern unter anderem Reisefreiheit, ein neues Wahlgesetz und die Veröffentlichung von Umweltdaten.

Mehr und mehr gerät der Parteichef der Ost-CDU, Gerald Götting, seit 23 Jahren an der Spitze seiner Partei, unter Druck. "Ein Christ sagt ja zum Sozialismus" lautet der Titel eines Buches, das er 1960 veröffentlichte. Nie hat er die SED-Diktatur in Frage gestellt. Gut zwei Wochen nach dem Rücktritt Honeckers zieht sich deshalb auch Götting zurück.

Schon 1945 lässt die Sowjetische Militäradministration die Gründung "antifaschistischer Parteien" zu. Allerdings müssen sie sich dem "antifaschistisch-demokratischen Block" anschließen. Die SED lässt sie bestehen, um der DDR einen pluralistischen Anstrich zu geben. Dass sich die "Blockparteien" zu Konkurrenten entwickeln können, wissen die Machthaber jedoch zu verhindern. So sorgt die SED beispielsweise dafür, dass ein ehemaliges KPD-Mitglied Vorsitzender der Bauernpartei wird. Einfluss haben die Parteien deshalb kaum, auf die Sicherheitsorgane – etwa Armee oder Stasi – schon gar nicht. Viele Menschen treten den "Blockparteien" bei, weil sie darin die einzige Chance sehen, dem mitunter drängenden Werben der SED zu entgehen.

-> Zum Ereignis Der Tag der Rücktritte auf der Webseite

## **Gemeinsame Erklärung der Bürgerrechtler**

3. November 1989: In Ostberlin besiegeln Vertreter verschiedener Oppositionsgruppen ihre Zusammenarbeit – sie unterzeichnen eine „Gemeinsame Erklärung“. Darin fordern sie alle DDR-Bürger auf, mit eigenen Händen und Füßen die Demokratisierung im Land voranzutreiben.

### **Verschieden und dennoch einig**

Die Gruppen unterscheiden sich zwar thematisch und in ihren Anschauungen, doch im Prinzip wollen sie alle nur eines: Die DDR demokratisch erneuern und das Machtmonopol der SED beenden.

Ihre gemeinsamen Forderungen reichen von einer grundlegenden Verfassungsreform über freie und geheime Wahlen, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit bis zur Freilassung inhaftierter Oppositioneller. Die Initiatoren der Erklärung kamen aus den Reihen der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, Grünes Netzwerk Arche, Initiative Frieden und Menschenrechte, Vereinigte Linke, Neues Forum und der Sozialdemokratischen Partei der DDR.

### **Aufruf zum Aktivwerden**

Seit Wochen tragen Tausende von Menschen die Friedliche Revolution. In Friedensgebeten und Demonstrationen werden die Rufe nach Freiheit immer lauter.

Die SED-Führung beugt sich dem gesellschaftlichen Druck und ist ab Oktober zum Dialog mit der Bevölkerung bereit. Doch die Bürgerinnen und Bürger geben sich nicht zufrieden. Sie wollen mehr als leere Versprechungen, vorgespülten Veränderungswillen und unehrliche Eingeständnisse. Den Menschen wird immer mehr klar: Eine wirkliche „Wende“ kann nur noch von „unten“ kommen.

Diesen Willen nach Veränderung wollen die Oppositionsbewegungen verstärken. Taten sollen folgen. „Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger der DDR, diese Forderungen mit eigenen Beiträgen und Aktionen zu unterstützen“, heißt es in den Schlussworten der **Gemeinsamen Erklärung**.

-> **Zum Ereignis Gemeinsame Erklärung der Bürgerrechtler auf der Webseite**

## **Prag zieht den Eisernen Vorhang weg**

3. November 1989: Armin Hiller, Stellvertreter des westdeutschen Botschafters in Prag, wird ins Außenministerium gerufen. Man habe sich mit Moskau abgestimmt, heißt es: Die Flüchtlinge dürfen künftig ohne DDR-Genehmigung direkt in die Bundesrepublik ausreisen.

### **Jubel und Begeisterung in Prag**

Am selben Abend verkündet Hiller die Botschaft vom Balkon der Prager Botschaft. Diesmal sind es 5.000 Menschen, die in der Botschaft auf ihre Ausreise warten. Sie nehmen Hillers Worte mit Jubel und Begeisterung auf. Noch am Morgen hat Hiller versucht, eine Turnhallenlösung für die vielen Menschen zu finden. Das ist nun nicht mehr nötig.

Die Tschechoslowakei ruft unerwartet und fast schon lapidar eine Ausreiseregung von historischer Dimension aus. Für Ostdeutsche gibt es seit diesem Abend keinen Eisernen Vorhang mehr. Wer die DDR verlassen will, steigt einfach in einen Zug. Ausweispapiere genügen.

### **Über die Tschechoslowakei in die Freiheit**

Ab jetzt kommen jeden Tag tausende DDR-Bürger in Prag an. Die Mitarbeiter der bundesdeutschen Botschaft sind inzwischen auf die riesigen Flüchtlingsströme vorbereitet. Sie empfangen sie am Bahnhof und geben Hilfestellung zur direkten Weiterreise in die Bundesrepublik.

Der ehemalige Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** spricht in seinen Erinnerungen an die Zeit von dem Flüchtlingsstrom als einem politischen Urstrom, der von Prag aus, der "europäischsten aller europäischen Städte", seinen Ausgang genommen habe.



-> Zum Ereignis Prag zieht den Eisernen Vorhang weg auf der Webseite

## Über die Tschechoslowakei in den Westen

4. November 1989: Die DDR-Regierung gestattet ihren Bürgern die direkte Ausreise über die Grenze der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik. Binnen zwei Tagen flüchten auf diesem Weg rund 23.200 Menschen. Auch über Ungarn hält der Flüchtlingsstrom an.

### Lange Schlangen an der Grenze

Seit Mitternacht können Menschen aus der DDR ohne besondere Formalitäten von der Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ausreisen. Am Grenzübergang Schirnding in Bayern stauen sich kilometerweit Trabi- und Wartburg-Schlangen.

Im bayerischen Marktredwitz trifft der sechste Sonderzug mit DDR-Flüchtlings aus Prag ein. Die Aufnahmelager sind überfüllt, aber der Flüchtlingsstrom reißt nicht ab.

Bis die Mauer am **9. November 1989** fällt, sind **mehr als 220.000 Übersiedler** in der Bundesrepublik angekommen.

-> Zum Ereignis Über die Tschechoslowakei in den Westen auf der Webseite

## 500.000 auf dem Berliner Alexanderplatz

4. November 1989: Auf dem Ostberliner Alexanderplatz versammeln sich 500.000 Menschen zur größten systemkritischen Demonstration in der DDR-Geschichte. Die SED versucht zwar, ihre Macht zu verteidigen, doch ohne Erfolg.

### Demokratisierung der DDR

Viele Demonstranten sind aus anderen Städten angereist. Auf der Tribüne sprechen Künstler und Bürgerrechtler. Die Transparente sprechen eine deutliche Sprache: Es geht um die Demokratisierung der DDR. Die Idee zur Demonstration ist bei einem **Theatertreffen am 15. Oktober** im Deutschen Theater in Ostberlin entstanden. Die Künstler wollen mit der Demonstration ein Zeichen setzen: Sie wollen gegen die Polizeiübergriffe am Republik-Geburtstag und für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit demonstrieren. Die "Initiativgruppe 4.11." bereitet die Demonstration vor und meldet sie an. Und tatsächlich wird die Demonstration am 28. Oktober von der SED genehmigt. Allerdings in der Absicht, diese Veranstaltung für ihre Zwecke zu nutzen.

### SED will Kontrolle behalten – ohne Erfolg

Die SED versucht, alle Vorbereitungen in ihrem Sinne zu kontrollieren. Der Palast der Republik ist gesichert wie eine Festung. Auf allen Etagen sind Angehörige der paramilitärischen Kampfgruppen verteilt. Sie sollen sich für einen Einsatz bereitgehalten, aber darauf achten, dass sie von den Demonstranten draußen nicht zu sehen sind. Die größte Gefahr sieht das Regime in einem möglichen Abweichen des Demonstrationszuges von der vorgesehenen Route. Also lässt das Regime den Weg Richtung Mauer durch bewaffnete Sicherheitskräfte absperren.

## Die Sprache wiedergefunden

Auch Angehörige der sozialistischen Führungselite halten Reden auf dem Alexanderplatz. Doch sie werden von den Demonstranten ausgepiffen. Der Schauspieler Jan Josef Liefers verwahrt sich "gegen mögliche Versuche von Partei- und Staatsfunktionären, jetzt oder zukünftig Demonstrationen und Proteste von Menschen unseres Landes für ihre Selbstdarstellung zu benutzen".

**Hunderttausende fordern demokratische Rechte** und die Abschaffung der Einparteienherrschaft. "Wir haben die Sprache wiedergefunden und die Welt kennt seitdem dieses verschlafene Land nicht wieder", ruft Jens Reich ins Mikrofon. Christa Wolf spitzt es zu: "Dies ist für mich der wichtigste Satz dieser letzten Wochen – der tausendfache Ruf: Wir sind das Volk!"

-> [Zum Ereignis 500.000 auf dem Berliner Alexanderplatz auf der Webseite](#)

## Milliarden-Beträge und ein Angebot

6. November 1989: Einmal mehr treffen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Kanzleramtschef Rudolf Seiters und DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski in Bonn aufeinander. Erneut geht es um Geld, aber Schalck-Golodkowski hat auch etwas zu bieten.

### Reformen für Geld

In erster Linie ist Schalck-Golodkowski wieder nach Bonn gekommen, um Geld für die DDR zu besorgen. Er fordert Milliardenbeträge für die ruinöse DDR-Wirtschaft. Im Gegenzug deutet er die Bereitschaft zu substantiellen politischen Reformen an. Möglich seien freie Wahlen oder weitreichende Veränderungen im Reiseverkehr.

Doch Schäuble und Seiters halten sich mit Zusagen zurück. Seiters deutet lediglich eine neue Regelung für einen sogenannten Reisedevisenfonds an. Er soll es der DDR leichter machen, Westreisende mit Devisen auszustatten. Dafür solle der Zwangsumtausch für die Bundesbürger bei DDR-Besuchen entfallen, fordert die Bundesregierung.

### Geld für Reformen

Am Abend treffen Schäuble und Seiters mit Bundeskanzler Helmut Kohl zusammen. Sie entscheiden, auf das Angebot von Schalck-Golodkowski einzugehen. Die drei Politiker formulieren den bereits fertigen Redetext des Kanzlers zur Lage der Nation im geteilten Deutschland um.

Zwei Tage später wird **Kohl vor dem Deutschen Bundestag** sagen. "Ich erkläre gegenüber der neuen SED-Führung meine Bereitschaft, einen Weg des Wandels zu stützen, wenn sie zur Reformen bereit ist." Kosmetische Korrekturen würden nicht genügen, sagt der Kanzler. "Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird."

-> [Zum Ereignis Milliarden-Beträge und ein Angebot auf der Webseite](#)

## DDR-Führung legt neues Reisegesetz vor

6. November: Das SED-Regime veröffentlicht den Entwurf für ein neues Reisegesetz. Die Bevölkerung soll die Möglichkeit haben, vier Wochen darüber zu diskutieren. Doch der Unmut regt sich sofort.

## **Neues Gesetz soll Bürgern Wind aus den Segeln nehmen**

Bereits am 19. Oktober – einen Tag nach **Honeckers Sturz** – hat Ministerpräsident Willi Stoph Innenminister Friedrich Dickel beauftragt, ein neues Reisegesetz zu erarbeiten. Fünf Tage später lässt das Politbüro verlauten, dass es "in der Zukunft allen DDR-Bürgern erlaubt sein wird, ohne Behinderungen zu reisen".

Der erste Entwurf für das neue Gesetz liegt am 31. Oktober vor und zirkuliert zunächst in der Spitze von Partei und Regierung. Nach dem Entwurf sollen alle Bürger das Recht haben, ohne harte Währung für einen Monat im Jahr ins Ausland zu reisen – vorausgesetzt, dass sie einen gültigen Reisepass und ein Visum besitzen. Das Visum soll die Polizei innerhalb von dreißig Tagen nach Antragstellung erteilen.

## **Neues Reisegesetz stößt auf Widerspruch**

Die SED-Führung lässt am 6. November den Entwurf des neuen Gesetzes im "Neuen Deutschland" veröffentlichen. Sie verbindet damit die Hoffnung, die Forderung der vielen Demonstranten nach "Reisefreiheit" zu erfüllen.

Doch schon am Tag der Veröffentlichung fordern die Montagsdemonstranten in Leipzig "ein Reisegesetz ohne Einschränkungen". Denn von Dezember an sollen gerade mal 30 Tage Auslandsurlaub und 15 Mark Reisedevisen pro Person und Jahr genehmigt werden. "365 Tage Reisefreiheit und nicht 30 Tage Gnade", verlangen dagegen die Demonstranten.

-> Zum Ereignis **DDR-Führung legt neues Reisegesetz vor auf der Webseite**

## **Proteste gegen das SED-Regime halten an**

6. November 1989: In Leipzig demonstrieren rund 300.000 Menschen, in Dresden rund 100.000. In Berlin ziehen täglich Tausende zum Staatsratsgebäude am Marx-Engels-Platz.

## **Neuer Staatschef steht für altes Denken**

Die Demonstranten in Leipzig, Dresden und Berlin rufen in Sprechchören: "Egon Krenz, wir sind die Konkurrenz!". Und sie tragen Transparente wie: "Egon, deine Wahl nicht zählt, weil dich nicht das Volk gewählt!"

Für Millionen von Menschen in der DDR steht der neue Staats- und Parteichef für altes Denken und Bevormundung, für geballte Staatsmacht und handgreifliche Unterdrückung. An einen ernsthaften politischen Neuanfang glauben die meisten nicht: "Ein Krenz macht noch keinen Lenz!"

Gerade so, als wolle sie das unter Beweis stellen, feiert die SED am 6. November in der Berliner Staatsoper den 72. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution.

-> Zum Ereignis **Proteste gegen das SED-Regime halten an auf der Webseite**

## **Eine Regierung verschwindet**

7. November 1989: Der Ministerrat der DDR tritt geschlossen zurück. Unter dem Druck der Straße legen sämtliche Regierungsmitglieder ihre Ämter nieder, am nächsten Tag wird das Politbüro folgen.

## Welle der Rücktritte rollt

In dürren Worten verkündet **Regierungssprecher Wolfgang Meyer** das Ende: "Ich möchte Sie darüber informieren, dass der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik beschlossen hat, zurückzutreten." Mit einem Aufruf wendet sich der Ministerrat ans Volk: Alle sollen ihre Kräfte dafür einsetzen, die lebenswichtigen Funktionen im Land aufrechtzuerhalten.

Eine Regierung tritt geschlossen zurück. Ein dramatisches Ereignis – das allerdings von vielen nur beiläufig zur Kenntnis genommen wird.

Viele der Eliten hätten mittlerweile vollkommen resigniert, sagt der ehemalige Bürgerrechtler und heutige Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz.

Doch in Volkskammer und Politbüro toben seit Wochen Machtkämpfe. Eine Welle von Rücktritten überrollt die DDR, in den eigenen Reihen suchen Genossen nach Verantwortlichen für Misswirtschaft und Volkszorn. Junge Funktionäre machen sich bereit für den Aufstieg, während die alte Garde manchen Versuch unternimmt, sich zu halten: Erich Honecker sei an allem schuld. Mitten im Strudel der Ereignisse tritt nun die Regierung zurück. Die letzte Handlung dieses Ministerrates ist die Abschaffung der Wehrkunde an den Schulen.

Verwalten statt walten: Bereits in "besseren" Zeiten ist der Ministerrat unter seinem Vorsitzendem Willi Stoph keine Regierung, die unbehelligt regieren kann. Tatsächlich ist dieser Rat aus Fachministern, Vorsitzendem und Stellvertretern nie mehr als ein Verwaltungsinstrument der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" (SED). Ihren Weisungen und Wünschen hat der Rat zu folgen. Das sieht auch die Verfassung vor. Die DDR: ein Staat der Arbeiter und Bauern unter Führung der Partei. Der Ministerrat: die Regierung der DDR unter Führung der Partei. Das Politbüro der SED ist es, das politische Entscheidungen trifft – und in Wirklichkeit regiert.

## Politbüro sortiert sich um

Einen Tag später, am 8. November, tritt auch das Politbüro zurück. Beinahe stündlich ändert sich die Lage in der DDR, als auch dieser tonangebende Kreis der SED die Ämter niederlegt. Jedoch: Ein "neues" Politbüro steht schon bereit. Egon Krenz lässt sich als Vorsitzender bestätigen. Sieben Mitglieder des Honecker-Politbüros bleiben, nur eine Handvoll frischer Gesichter schart sich um einen alten Kern. Neu dabei ist auch **Hans Modrow**, künftig Vorsitzender des neuen Ministerrates der DDR.

Für einen jedoch ist kein Platz mehr: Willi Stoph, den bisherigen Ministerratsvorsitzenden. Seit Jahrzehnten gehört er zu den führenden SED-Funktionären, bereits seit 1950 ist er Mitglied des SED-Zentralkomitees. Ab 1992 muss er sich gemeinsam mit Honecker und weiteren Mitgliedern von SED und Politbüro für die Todesschüsse an der Mauer verantworten. Wegen Verhandlungsunfähigkeit wird sein Verfahren am Berliner Landgericht eingestellt.

-> [Zum Ereignis Eine Regierung verschwindet auf der Webseite](#)

## Neue Gesichter und ein Angebot aus Bonn

8. November 1989: Die Ostberliner Politik wird ein wenig bunter: Der Dresdner SED-Bezirkschef Hans Modrow rückt ins Politbüro auf. Das "Neue Forum" wird zugelassen. Und Bundeskanzler Helmut Kohl sagt der neuen DDR-Führung Hilfe nach einer "grundlegenden Reform" zu.

## **Bewährtes erhalten und Erneuerungen schaffen**

Es ist die Hoffnung von Tausenden: gemeinsam mit Gleichgesinnten das Leben gestalten, abseits von SED und Blockparteien. "Neues Forum zulassen!" ist eine der vielen Forderungen auf den Plakaten des Herbstes 1989. Doch lange Zeit gilt die Bewegung dem SED-Staat als "verfassungsfeindlich".

"Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerungen schaffen", heißt es im Gründungsauf-ruf des Forums vom September 1989. Die Gruppe arbeitet ohne die geringsten Mittel: in ihren Wohnungen, teils ohne Telefon, selbst Papier ist knapp. Dennoch erhält das **Neue Forum** großen Zulauf.

## **SED akzeptiert endlich das Neue Forum**

Zunächst scheitert die offizielle Zulassung: Das Innenministerium teilt mit, das Neue Forum sei eine "staatsfeindliche Plattform". Am 8. November bestätigt es endlich die Anmeldung. Eine offizielle Anerkennungs-surkunde bekommt das Neue Forum allerdings erst im Januar 1990, wenige Wochen vor den freien Volkskammerwahlen. Da ist das Neue Forum längst ein gefragter Gesprächspartner der Regierung: Vertreter der Bewegung sitzen mit am "**Zentralen Runden Tisch**", dem Ort des Dialogs zwischen alten und neuen Kräften.

Am Runden Tisch trifft das Neue Forum auf ein bekanntes Gesicht: Hans Modrow. Auch sein Weg ent-scheidet sich am 8. November 1989: Die Genossen holen ihren Dresdner Bezirkspartei- chef ins Politbüro. Fünf Tage später wird **Modrow an die Spitze des Ministerrats** aufsteigen.

Aus SED-Sicht hat sich Modrow bewährt: Nach dem gewaltsamen Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen Ausreisewillige Anfang Oktober hat sich die Lage in Dresden beruhigt. Mit Modrow auf der einen und der "**Gruppe der 20**" auf der anderen sammeln die Dresdner erste Erfahrungen mit dem Dialog.

## **Kohl: Umfassende Hilfe, wenn grundlegende Reform**

Jährlich erteilt der Bundeskanzler dem Deutschen Bundestag einen "Bericht zur Lage der Nation im geteil-ten Deutschland". Dieses Mal geht er ausführlich auf die jüngsten Ereignisse in der DDR ein. Kohl sagt: "Wer von uns ist nicht angerührt und bewegt angesichts der Bilder der vielen Hunderttausenden friedlich versammelten Menschen in Berlin, in Leipzig oder in Dresden, in Schwerin, in Plauen und in anderen Städ-ten der DDR? Sie rufen: 'Wir sind das Volk!', und ich bin sicher, ihre Rufe werden nicht mehr verhallen." Gerade erst war DDR-Devisenbeschaffer Alexander Schalck-Golodkowski wieder in Bonn, weil die DDR dringend Geld braucht. Von Milliardenbeträgen ist die Rede. Als Gegenleistung bietet Schalck an, die DDR sei bereit, dafür einen "politischen, nicht nur einen humanitären Preis" zu zahlen.

In seinem Bericht zur Lage der Nation sagt Kohl deshalb: "Wir wollen nicht unhaltbar gewordene Zustände stabilisieren. Aber wir sind zu umfassender Hilfe bereit, wenn eine grundlegende Reform der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der DDR verbindlich festgelegt wird. Die SED muss auf ihr Machtmo-nopol verzichten, muss unabhängige Parteien zulassen und freie Wahlen verbindlich zusichern. Unter dieser Voraussetzung bin ich auch bereit, über eine völlig neue Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe zu spre-chen."

-> Zum Ereignis Neue Gesichter und ein Angebot aus Bonn auf der Webseite

## Die Mauer ist offen!

9. November 1989: Endlich – nach 28 Jahren ist die Mauer wieder offen. "Wahnsinn!" – bis heute klingt der Freudenschrei der Menschen nach, die am Abend den Berliner Grenzübergang Bornholmer Straße überqueren können. Unvergessen auch die Bilder von den jubelnden Menschen am Brandenburger Tor.

### Eine Pressekonferenz mit Folgen

Es ist der Abend des 9. November 1989. Noch ist die Welt, noch ist Deutschland in Ost und West geteilt. Eine **unüberwindliche Mauer** trennt Berlin in zwei Teile.

Doch der Druck der friedlichen Demonstrationen und der Massenflucht der letzten Monate zeigt Wirkung. Das SED-Politbüro beschließt Regelungen für die freie Ausreise und für Besuchsreisen. Am nächsten Morgen sollen die neuen Bestimmungen über die Nachrichtenagentur ADN verbreitet werden.

Als Politbüro-Mitglied Günter Schabowski gegen 18:45 Uhr vor die Presse tritt, erwarten die Journalisten Näheres zu diesen Beschlüssen. Welche "Reiseerleichterungen" sind konkret geplant? Wen betreffen sie?

### "Ab sofort!"

Auf die Frage eines Korrespondenten, wann die neue Reiseregulung in Kraft tritt, sagt Schabowski: "Sofort - unverzüglich". Da ist es kurz vor 19:00 Uhr. Die Journalisten stürmen in ihre Büros und informieren ihre Redaktionen. Die Sensationsmeldung geht in Minutenschnelle um die Welt: Die Mauer ist offen, die Menschen in der DDR können in den Westen fahren!

In Ostberlin verfolgen viele Menschen die Pressekonferenz im Fernsehen. Als die Nachricht von den westlichen Rundfunk- und Fernsehstationen bestätigt wird, ziehen mehrere Tausend zu den Grenzübergängen und fordern die sofortige Öffnung.

Nur: Die Grenzsoldaten sind noch gar nicht über das neue Reisegesetz informiert. Es hätte an den Grenzübergängen leicht zu Gewaltakten und Blutvergießen kommen können. "Das war eine gefährliche Situation", erinnert sich Günter Schabowski später in einem Interview. "Deswegen sage ich immer: Das eigentliche Wunder des 9. November bestand darin, dass es nicht zu dieser blutigen Eskalation gekommen ist."

### Stempel im Personalausweis

Als erstes öffnen die Grenzer unter dem Ansturm der Massen um 21:20 Uhr den Grenzübergang an der Bornholmer Straße. Noch werden die Ausreisenden kontrolliert und ihre Personalausweise ungültig gestempelt. Nach ersten Reportagen des Radiosenders RIAS über offene Grenzübergänge sammeln sich immer mehr Menschen an den Übergängen. Bis Mitternacht sind schließlich alle Grenzübergänge im Berliner Stadtgebiet geöffnet, Tausende Ostberliner drängen in den Westen und werden dort mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Am Brandenburger Tor und auf dem Kurfürstendamm gibt es einen großen Volksauflauf, die Menschen liegen sich in den Armen. Ganz Berlin feiert tagelang.

Als die Nachricht um 20:30 Uhr im Deutschen Bundestag in Bonn eintrifft, unterbrechen die Abgeordneten ihre Sitzung und stimmen spontan die Nationalhymne an.

**Hasko Weber**, damals Schauspielstudent, spielte an diesem Abend in Karl-Marx-Stadt, heute Chemnitz, Theater. Gemeinsam mit anderen jungen Schauspielern wollte er das System in der DDR verändern.

-> Zum Ereignis **Die Mauer ist offen!** auf der Webseite

## Tag eins nach dem Mauerfall

10. November 1989: Jubel und Freudentränen in der ganzen Stadt. Die ganze Nacht hindurch haben die Berliner den Mauerfall gefeiert, haben auf der Mauer vor dem Brandenburger Tor getanzt und sind über die Grenzübergänge hin und her. Am Kurfürstendamm war kein Durchkommen mehr.

### Tausende strömen über die Grenze

Eigentlich will die DDR-Regierung am nächsten Morgen, dem 10. November, um 8:00 Uhr wieder zu einem kontrollierten Reiseverkehr übergehen. Doch der Versuch scheitert. Stattdessen strömen weiter Tausende von Menschen über die Grenzübergänge. Trabis verstopfen die Straßen.

"Wir können dit jar nich fassen", antwortet ein Mann auf die Frage eines Reporters.

### 100 DM zur Begrüßung

Noch in der Nacht zum 10. November ordnet Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper die Auszahlung eines Begrüßungsgeldes an DDR-Bürger durch Banken und Sparkassen an. Die Regelung wird in den darauffolgenden Tagen in der gesamten Bundesrepublik übernommen. Doch auch, wenn die Geschäftsstellen nachts und teilweise zunächst am Wochenende geöffnet haben, können sie den Andrang der DDR-Bürger kaum bewältigen. In manchen Berliner Bankfilialen stehen bis zu 10.000 DDR-Bürger gleichzeitig vor den Schaltern.

### Erhöhte Gefechtsbereitschaft

Während an den Grenzübergängen gefeiert wird, erteilt DDR-Chef Egon Krenz dem Kommando der NVA-Landstreitkräfte den Befehl, zwei Eliteeinheiten in "erhöhte Gefechtsbereitschaft" zu versetzen. Sie sind im Stadtkampf ausgebildet und mit modernster Kriegstechnik ausgerüstet. Schwere Kampftechnik wie Panzer und Artillerie wird gefechtsbereit gemacht, Munition auf Lkw verladen. Die Schließung der Grenze und ein Einsatz der Armee sei erörtert, dann aber verworfen worden, heißt es später.

### Schewardnadse lobt Maueröffnung

Am späten Nachmittag erklärt der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse vor der internationalen Presse, sein Land betrachte die "Ereignisse in der DDR als eine ureigene Angelegenheit ihrer neuen Führung und ihres Volkes und wünscht ihnen dabei vollen Erfolg". Die "Grenz- und Reiseregulungen" lobt er als eine "richtige und kluge, eine weise Entscheidung".

Am Nachmittag verliest Innenminister Friedrich Dickel im DDR-Fernsehen einen Aufruf des Ministerrates an die DDR-Bevölkerung. Die "lieben Bürgerinnen und Bürger" könnten sich auf die Dauerhaftigkeit der neuen Reisemöglichkeiten verlassen und brauchten "keine übereilten Entschlüsse zu treffen", heißt es darin.

-> Zum Ereignis Tag eins nach dem Mauerfall auf der Webseite

## Kundgebung vorm Schöneberger Rathaus

10. November 1989: Um den Mauerfall zu feiern, veranstaltet der West-Berliner Senat spontan eine Kundgebung. Bundeskanzler Helmut Kohl unterbricht seine Gespräche in Polen und eilt nach Berlin. Begeisterte Menschen aus Ost und West feiern den Fall der Mauer.

## **Kohl fordert Verzicht auf Machtmonopol**

Am Abend kommen über 20.000 Menschen aus Ost und West zum Schöneberger Rathaus. Der West-Berliner Senat hat führende Politiker zu einer Kundgebung eingeladen – auf dem Platz, auf dem der amerikanische Präsident John F. Kennedy 1963 die Solidarität seines Landes mit der Stadt bekundete. Jedem klingen noch die Worte im Ohr: "Ich bin ein Berliner!"

Bundeskanzler Helmut Kohl ist aus Warschau nach Berlin geeilt. Er führte gerade Gespräche mit Polens Staats- und Regierungsspitze, als ihn die Nachricht erreichte. "Herr Bundeskanzler, im Augenblick fällt gerade die Mauer!" - mit diesen Worten soll ihn Eduard Ackermann, einer seiner engsten Vertrauten, unterrichtet haben.

## **"Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört"**

Vor dem Schöneberger Rathaus ruft Kohl die Noch-Machthaber in Ostberlin auf: "Ich appelliere an die Verantwortlichen in der DDR: Verzichten Sie jetzt auf Ihr Machtmonopol!" Und Willy Brandt, früher Regierender Bürgermeister Berlins und Bundeskanzler von 1969 bis 1974, sagt: "Aus dem Krieg und aus der Vereinigung der Siegermächte erwuchs die Spaltung Europas, Deutschlands und Berlins. Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. Jetzt erleben wir, und ich bin dem Herrgott dankbar dafür, dass ich dies miterleben darf: Die Teile Europas wachsen zusammen."

-> [Zum Ereignis Kundgebung vorm Schöneberger Rathaus auf der Webseite](#)

## **Roland Jahn fährt in die Gegenrichtung**

10. November 1989: Bei einer Veranstaltung des Neuen Forums in der Ostberliner Gethsemanekirche sieht die Stasi einen Mann, den die DDR 1983 zwangsausgebürgert hat: Roland Jahn.

## **Sechs Jahre nach der Zwangsausbürgerung**

Während Zehntausende die offene Grenze von Ost nach West überqueren, nutzt Roland Jahn die Gunst der Stunde und besucht seine Freunde in Ostberlin. Sechs Jahre zuvor hatte die DDR dem Bürgerrechtler die Staatsbürgerschaft entzogen und ihn mit Gewalt in die Bundesrepublik abgeschoben. Stasi-Chef Erich Mielke persönlich hat das entsprechende „Maßnahmenpaket“ abgesegnet.

Jahn war ins Visier der Stasi geraten, weil er gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit demonstriert hatte – unter anderem, indem er bei der offiziellen Jenaer Maikundgebung 1977 ein weißes Plakat hochhielt. Als sein Freund Matthias Domaschk 1981 im Geraer Stasi-Gefängnis starb, schaltete Jahn in der Jenaer Lokalzeitung eine Traueranzeige und klebte sie an Wände und Lichtkästen.

## **Jahn bleibt unbeugsam**

Auch sechs Monate Haft konnten Jahns Widerstand gegen das SED-Regime nicht brechen. 1983 gründete er mit seinen Freunden die Friedensgemeinschaft Jena und demonstrierte gegen die zunehmende Militarisierung der DDR. Im selben Jahr bürgerte die DDR ihn aus und belegte ihn mit einem Einreiseverbot.

Doch Jahn ließ sich dadurch nicht zum Schweigen bringen. Er hielt engen Kontakt zu Oppositionsgruppen in der DDR und unterstützte sie durch Fernsehberichte und indem er Druckmaschinen und Video-Kameras zu ihnen schmuggeln ließ.

Jetzt, wenige Stunden nach der Maueröffnung, herrscht an den Grenzübergangsstellen zwischen Ost- und West-Berlin so viel Konfusion, dass es Roland Jahn gelingt, in den Ostteil der Stadt zu fahren – trotz Einrei-



severbot. Als er in der Gethsemanekirche am Prenzlauer Berg an einer Veranstaltung des **Neuen Forums** teilnimmt, entdeckt ihn zwar die Stasi, aber sie wagt es nicht mehr, ihn festzunehmen.

Im **Video** berichtet Jahn, wie er zum „Staatsfeind“ wurde, was ihn bewogen hat, nach seiner Zwangsausbürgerung den Kontakt zu den Bürgerrechtlern in der DDR aufrechtzuhalten, und welche Bedeutung die Westmedien für die DDR-Opposition hatten. Und er erklärt, warum Aufklärung kein Verfallsdatum hat.

Seit März 2011 ist Roland Jahn Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.

-> Zum Ereignis Roland Jahn fährt in die Gegenrichtung auf der Webseite

## **Deutsch-deutsches Telefongespräch nach Mauerfall**

11. November 1989: Die Straßen West-Berlins sind dicht. Unüberschaubar viele Menschen aus Ostberlin und der DDR genießen ihre neue Reisefreiheit, wollen Verwandte und Freunde treffen oder sich einfach mal umsehen. Und den Politikern beider deutscher Staaten steht viel Arbeit bevor.

### **Telefonate zum ersten Meinungsaustausch**

Wichtig sind für Bundeskanzler Helmut Kohl die Meinungen der Regierungschefs der vier Siegermächte. Gleich an den ersten beiden Tagen nach dem Mauerfall telefoniert er mit US-Präsident Georg Bush sen., der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, dem sowjetischen Präsidenten Gorbatschow und dem französischen Präsidenten François Mitterrand.

Am Vormittag des 11. Novembers kommt es dann zu einem Telefonat mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz. Kohl begrüßt die Entscheidung der DDR, die Grenze zu öffnen. Dies werde sehr zur Verbesserung der Atmosphäre beitragen, sagt Kohl. Der Kanzler macht noch einmal deutlich, es sei nicht das Ziel der Bundesregierung, dass möglichst viele Menschen die DDR verlassen. Wichtig sei, dass die Menschen jederzeit reisen dürften.

### **Gemeinsame Themen besprechen**

Jetzt stehe man vor einem wichtigen Zeitabschnitt, so Kohl weiter, der von beiden Seiten viel Vernunft, Besonnenheit, aber auch Gelassenheit erfordere. Deshalb sei ein baldiges Treffen mit dem Staatsratsvorsitzenden wichtig. Dabei müsse erst einmal darum gehen, die wichtigsten gemeinsamen Themen abzusprechen.

Man müsse gemeinsam darüber reden, was jetzt möglich sei und was nicht, sagt der Kanzler.

Krenz weist darauf hin, dass die Entscheidung über den freien Reiseverkehr die "Politik der Erneuerung der DDR" dokumentiere.

### **Deutsche Einheit kein Thema - noch nicht**

Sicherlich sei man sich einig, dass die Grenzen zwar durchlässiger würden, aber bestehen blieben, sagt Krenz weiter. Eine Wiedervereinigung stehe nicht auf der politischen Tagesordnung.

Eine Wiedervereinigung sei derzeit nicht das vorrangige Thema, erwidert Kohl. Doch er habe generell eine andere Auffassung zur Wiedervereinigung als der Staatsratsvorsitzende.

Zum Schluss des Telefonats vereinbaren Kohl und Krenz einen engeren Kontakt. Kohl bietet an, Krenz könne "jederzeit sofort zum Telefon greifen". Für den 20. November verabreden sie ein Treffen von Kanzler-

amtschef Rudolf Seiters mit dem Staatsratsvorsitzenden und dem neuen DDR-Ministerpräsidenten in Ostberlin.

-> Zum Ereignis [Deutsch-deutsches Telefongespräch nach Mauerfall auf der Webseite](#)

## **Kohl fordert Wandel in der DDR**

11. November 1989: Zwei Tage nach dem Mauerfall ruft der Bundeskanzler die Staats- und Parteiführung der DDR auf, nun auch "das Tor für einen grundlegenden Wandel in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zu öffnen". Die Bundesregierung sei bereit, den Wandel in der DDR "umfassend zu unterstützen".

### **Besonnen bleiben!**

Normalerweise tagt das Bundeskabinett mittwochs. Wegen des Mauerfalls hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Regierungsmitglieder an diesem Samstag zu einer Sondersitzung zusammengerufen. Anschließend tritt er vor die **Presse**. Was er tags zuvor in Berlin erlebt habe, sagt Kohl, gehöre für ihn persönlich zu den bewegendsten Erfahrungen seines Lebens. Aber gerade jetzt gelte es, besonnen zu bleiben und mit kühlem Verstand zu handeln.

Der Bundeskanzler berichtet von seinem **Telefonat mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Egon Krenz** und wiederholt sein Unterstützungsangebot. "Wir sind zu einer Hilfe bereit, die den Menschen direkt zugute kommt", erklärt Kohl. Hilfsmaßnahmen hätten allerdings "nur dann einen wirklichen Sinn", wenn das System der staatlichen Planwirtschaft durch eine sozial verpflichtete marktwirtschaftliche Ordnung abgelöst werde. Nur so lasse sich die Wirtschaftskraft der DDR stärken. "Fleiß, Tüchtigkeit und Leistungskraft sind bei den Menschen in der DDR selbstverständlich vorhanden. Sie wollen sich frei entfalten, und das ist - auch aus den Erfahrungen der Geschichte unserer Republik - die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung", sagt der Bundeskanzler.

### **Reisefreiheit reicht nicht**

Wichtig sei jetzt vor allem, betont Kohl, dass das Recht der Menschen, frei zu reisen, auf Dauer anerkannt werde. Doch Reisefreiheit allein genüge nicht. Die Menschen in der DDR hätten ein Recht auf freie Meinungsäußerung, auf eine freie Presse, auf freie Bildung von Gewerkschaften, auf freie Gründung von unabhängigen Parteien, auf freie, gleiche und geheime Wahlen. "Unsere Landsleute sind dabei, sich diese Freiheiten zu erkämpfen. Sie haben dabei selbstverständlich unsere volle Unterstützung."

Der Bundeskanzler spricht auch die deutsche Frage an. "Wir sind noch lange nicht am Ziel", sagt er. Das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung sei noch nicht verwirklicht, der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, nicht erfüllt. "Voraussetzung für die Wiedervereinigung in Freiheit ist immer die freie Ausübung des Selbstbestimmungsrechts", sagt Kohl. "Freiheit war, ist und bleibt der Kern der deutschen Frage. Und das heißt: Unsere Landsleute in der DDR wollen und müssen selbst entscheiden."

-> Zum Ereignis [Kohl fordert Wandel in der DDR auf der Webseite](#)

## Berlin feiert den Mauerfall musikalisch

12. November 1989: Die Berliner Philharmonie platzt aus allen Nähten, die Deutschlandhalle bebt – Berlin feiert mit zwei legendären Konzerten auch musikalisch die Öffnung der Mauer und das großartige Gefühl von Freiheit. Unvergesslich für jeden, der dabei war.

### Sonderkonzerte in Philharmonie und Deutschlandhalle

Die Berliner Philharmoniker organisieren spontan ein Sonderkonzert – kostenlos für alle Ostberliner. Sie wollen ihre Begeisterung über die Maueröffnung ausdrücken und die Menschen mit ihrer Musik begrüßen. Daniel Barenboim ist sofort einverstanden, dieses Konzert nicht nur zu dirigieren, sondern auch als Solist mitzugestalten. Auf dem Programm stehen das erste Klavierkonzert und die siebte Symphonie von Beethoven.

Die Karten sind sofort vergeben, der Konzertsaal mehr als gefüllt. Inspiriert durch die historischen Ereignisse vor den Türen und der emotionalen Hochstimmung im Saal, steigern sich die Musiker in ein denkwürdiges, mitreißendes Konzert. Vor allem im zweiten Teil des Konzerts, während der Symphonie Nr. 7, spielen sich die Philharmoniker in einen regelrechten Rausch.

### Am Abend rockt es in der Deutschlandhalle

Eine ebenso eindrucksvolle musikalische Veranstaltung findet einige Kilometer weiter statt. Der Sender Freies Berlin organisiert spontan das Festival "Konzert für Berlin". Die Organisatoren können sich vor Angeboten von Musikern, die bereit sind aufzutreten, kaum retten. Stars wie Nina Hagen, Udo Lindenberg, Ulla Meinecke, Konstantin Wecker, Joe Cocker, die Toten Hosen, 3 Tornados, Die Zöllner, die Puhdys und BAP begeistern die Zuschauer.

50.000 Besucher aus Ost und West strömen in die Halle. Der Eintritt ist frei. In den Umbaupausen werden Grüße von Künstlern verlesen, die nicht dabei sein können. Das Konzert dauert mehrere Stunden und die Menschen toben.

Es ist selten, dass aktuelle Ereignisse die Musik so unmittelbar beeinflussen. Am 12. November 1989 waren die Glücksmomente unüberhörbar.

-> [Zum Ereignis Berlin feiert den Mauerfall musikalisch auf der Webseite](#)

## Stasi-Chef wird zur Lachnummer

13. November 1989: Nur ein einziges Mal in seiner langen Laufbahn spricht Erich Mielke in der DDR-Volkskammer. Ein denkwürdiger Auftritt. Was der ehemalige Stasi-Chef ins Mikrofon stammelt, gerät zur Lachnummer.

### Die lächerlichste Liebeserklärung der Geschichte

"Ich liebe, ich liebe doch alle, alle Menschen. Ich liebe doch – ich setze mich doch dafür ein", ruft Mielke den Abgeordneten zu. Und erntet nur noch höhnisches Gelächter.

42 Jahre, von 1957 bis zum Rücktritt der Stoph-Regierung am 7. November 1989, steht Mielke an der Spitze der DDR-Geheimpolizei. Zuletzt befiehlt er rund 91.000 hauptamtliche und rund 174.000 Inoffizielle Mitarbeiter (IM). Trotz der Bezeichnung "Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) untersteht die Stasi nicht dem Vorsitzenden des Ministerrats, sondern dem Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates, zugleich

Generalsekretär der SED.

### **"Schild und Schwert der Partei"**

Für die SED ist die Stasi "Schild und Schwert der Partei" und damit ihr wichtigstes Instrument zur Machtsicherung. Weder Parlament noch Justiz haben die Möglichkeit, die Aktivitäten des MfS zu kontrollieren. Im Gegenteil: Die Stasi kontrolliert ihrerseits die anderen Sicherheitsbehörden (Innen- und Verteidigungsministerium) und nimmt Einfluss auf die Einstellung und Beförderung von Staatsanwälten. Alles in einem demokratischen Rechtsstaat unvorstellbar.

Und noch ein Unterschied zum westdeutschen Verfassungsschutz ist bedeutsam: Anders als der muss sich die Stasi nicht aufs Beobachten beschränken, sondern hat Vollzugsgewalt, kann also selbst Verhaftungen vornehmen. Sie hat 17 eigene Untersuchungshaftanstalten, in denen sie "feindlich-negative Kräfte" oft tagelangen Verhören unterzieht und ausgeklügelten Foltermethoden aussetzt.

### **Druck und Zersetzungsmaßnahmen**

Um Menschen gefügig zu machen, schreckt die Stasi weder vor Erpressungen noch anderen "Zersetzungsmaßnahmen" zurück. Auch bei der Anwerbung Inoffizieller Mitarbeiter übt die Stasi oft Druck aus – oder erklärt sich "großzügig" bereit, über vermeintliche Verfehlungen hinwegzusehen, wenn man eine Verpflichtungserklärung unterschreibt.

Dem Griff der Stasi kann sich nur entziehen, wer genügend Mut aufbringt. Wer abends nach dem dritten Glas Bier laut in seiner Kneipe erzählt, er sei am Nachmittag von der Stasi angeheuert worden, gilt sofort als unzuverlässig. Die Stasi-Akten enthalten etliche solcher Geschichten. Und sie zeigen, wie viel Widerstand es gegen die SED-Diktatur gab – und welcher Aufwand erforderlich war, um ihn zu unterdrücken.

Die Beobachtungs- und Ermittlungsergebnisse der Stasi füllen 180 laufende Kilometer Akten. Sie werden heute vom "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" betreut. Seit 1991 sind die Akten insbesondere für die Opfer des MfS zugänglich.

-> Zum Ereignis Stasi-Chef wird zur Lachnummer auf der Webseite

## **Die Modrow-Regierung**

13. November 1989: Die Volkskammer beauftragt Hans Modrow mit der Regierungsbildung. Er wird mit nur einer Gegenstimme zum neuen Vorsitzenden des Ministerrats gewählt.

### **Ein bitteres Bekenntnis**

Zuvor übernimmt der bisherige Vorsitzende des Ministerrats, Willi Stoph, die Verantwortung "für all das, wofür die Regierung unter Kritik steht". Stoph wörtlich: "Ich muss bekennen, dass der Ministerrat und ich als sein Vorsitzender den verfassungsmäßigen Pflichten nicht voll nachgekommen sind. Unsere Kompetenz war bekanntlich wesentlich eingeschränkt." Womit er nicht einmal Unrecht hat: Machtzentrum war das SED-Politbüro.

### **Die neue Regierung**

Vier Tage später, am 17. November, stellt Modrow der Volkskammer insgesamt 28 Ministerinnen und Minister vor, die aus der SED, der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), der Ost-CDU und der

National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) kommen. Neun Minister waren bereits unter Willi Stoph Ministerratsmitglieder.

In seiner Regierungserklärung spricht Modrow von einer "Regierung des Volkes und der Arbeit". Er will die begonnene demokratische Erneuerung fortsetzen, das politische System reformieren.

Mit der **ersten freien Volkskammerwahl** am 18. März 1990 endet die Amtszeit der Modrow-Regierung. Das Volk setzt seine Hoffnungen auf ein Bündnis aus CDU, CSU und Demokratischem Aufbruch – die "Allianz für Deutschland".

### **Einigungsprozess**

Anfangs spricht sich Modrow gegen eine Vereinigung beider deutscher Staaten aus. Am 19. Dezember verabreden **Kohl und Modrow in Dresden** jedoch, eine Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten vorzubereiten. Im Januar 1990 reist Modrow nach Moskau. Nach Gesprächen mit Gorbatschow bekennt er sich auf einer Pressekonferenz am 1. Februar mit seinem Konzept "Für Deutschland einig Vaterland" zur Deutschen Einheit.

Hans Modrow war von 1973 bis 1989 der 1. Sekretär der Dresdener SED-Bezirksleitung und im Oktober 1989 Mitinitiator des Dresdener Dialogs mit der oppositionellen "Gruppe der 20". Von November 1989 bis März 1990 war Modrow Regierungschef der DDR.

-> Zum Ereignis **Die Modrow-Regierung** auf der [Webseite](#)

## **Brandenburger Tor noch immer zu**

15. November 1989: West-Berlin gleicht einem Bienenstock. Zehntausende drängen über die geöffneten Grenzübergänge in den Westteil. Auch wenn ständig neue Übergänge eröffnet werden – die Staus werden nicht kürzer. Und das Brandenburger Tor bleibt noch verschlossen.

### **Zehn neue Grenzübergänge**

Seit knapp einer Woche liegt das Land wie im Taumel. Über Nacht verwandeln sich Schulen, Betriebe und Büros in entvölkerte Kulissen, während draußen die Welt auf den Beinen ist. Schnell daheim noch volltanken, dann in Richtung Westen oder West-Berlin. Der Stau vor West-Berlin reicht bis Magdeburg zurück. Beton und Stacheldraht weichen dem Druck der Massen: In Berlin werden in der ersten Woche nach dem Mauerfall zehn amtliche Übergänge neu geöffnet. Darunter sind große Schauplätze deutscher Geschichte: die Bernauer Straße, die Glienicker Brücke, der Potsdamer Platz.

Am 15. November fragen die Medien: Wann öffnet sich die Mauer am Brandenburger Tor, dem symbolträchtigsten Ort der deutschen Teilung? Zwar haben hier schon in der Nacht vom 9. auf den 10. November Hunderte auf der Mauerkrone getanzt, doch das Tor bleibt in den Tagen und Wochen darauf noch verschlossen.

Erst kurz vor Weihnachten werden hier die Grenzanlagen abgetragen, können Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow das **Tor öffnen**.

### **Mit Axt und Vorschlaghammer**

Mancher schafft sich seinen eigenen Grenzübergang: mit Vorschlaghammer und Seitenschneider. In Berlin hämmern "Mauerspechte" mannshohe Löcher in den Beton. Noch Wochen und Monate bahnen sich die Menschen auf diese Weise ihren Weg: Im Juni 1990 wird ein Bauer im ländlichen Lübars die Mauer mit sei-

nem Traktor durchbrechen.

### **Bonn will Klarheit**

In Bonn verhandelt Kanzleramtsminister Rudolf Seiters an diesem 15. November einmal mehr mit DDR-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski. Seiters fordert eine Liberalisierung des Reiseverkehrs von West nach Ost. Was ist beispielsweise mit Personen, die bislang "Einreiseverbote" haben? Dürfen ehemalige "Republikflüchtlinge" in die DDR reisen? Bislang hat sich Ostberlin dazu noch nicht geäußert.

-> Zum Ereignis Brandenburger Tor noch immer zu auf der Webseite

### **Kohl: Wir stehen am Anfang einer Entwicklung**

16. November 1989: Vor dem Deutschen Bundestag gibt Bundeskanzler Helmut Kohl eine Regierungserklärung zur Lage in der DDR ab. Kohl würdigt den Freiheitswillen der Ostdeutschen, der "die Mauer und die Sperren, die uns voneinander trennten, friedlich überwunden" habe.

#### **Drei Botschaften**

Mit seiner Regierungserklärung vermittelt der Bundeskanzler drei zentrale Botschaften: "Wir stehen erst am Anfang einer Entwicklung. Wir sind noch lange nicht am Ziel: Das Recht aller Deutschen auf Selbstbestimmung ist noch nicht verwirklicht; der Auftrag des Grundgesetzes, die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden, ist noch nicht erfüllt. Wir müssen bei aller Freude – dies will ich betonen – weiter besonnen bleiben und mit kühlem Verstand überlegt handeln."

Der Bundeskanzler bietet der DDR eine umfassende Zusammenarbeit an. Mit der neuen Regierung in Ostberlin müssten "auf der Ebene der Fachressorts" möglichst schnell Kontakte geknüpft werden. Entscheidend bleibe allerdings "ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems der DDR", betont Kohl. "Wenn ein solcher Wandel jetzt verbindlich und unumkehrbar in Gang gesetzt wird, sind wir auch zu einer völlig neuen Dimension der Hilfe und Zusammenarbeit bereit." Reisefreiheit sei ein erster wichtiger Schritt, aber die Menschen in der DDR wollten mehr: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

#### **Kohl: Entscheidungen respektieren**

Die Bundesregierung, so Kohl, halte an ihrem deutschlandpolitischen Kurs fest. Zugleich unterstreicht er: "Freiheit war, ist und bleibt der Kern der deutschen Frage. Das heißt vor allem: Unsere Landsleute in der DDR müssen selbst entscheiden können, welchen Weg in die Zukunft sie gehen wollen. Sie haben dabei keinerlei Belehrungen - von welcher Seite auch immer - nötig. Sie wissen selbst am besten, was sie wollen. Das gilt auch für die Frage der deutschen Einheit, die Frage der Wiedervereinigung. Wer unsere Landsleute nicht bevormunden möchte, der sollte ihnen jetzt auch nicht einreden, das Beste sei die staatliche Teilung unseres Vaterlandes. Wenn Selbstbesinnung, die zur Selbstbestimmung führt, einen Sinn macht, dann gilt es, diese Entscheidung zu respektieren. Wir werden jede Entscheidung, die die Menschen in der DDR in freier Selbstbestimmung treffen, selbstverständlich respektieren."

#### **Unterschiedliche Reaktionen im Ausland**

Am selben Tag sagt der britische Außenminister Douglas Hurd am Brandenburger Tor, das Thema Wiedervereinigung sei nicht aktuell. Er zitiert aus einem Brief seiner Premierministerin Margaret Thatcher an den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow, wonach "geordnete Schritte zur Wahrung der Stabilität"

notwendig seien.

Die britische Haltung wird damit deutlich: Am liebsten wäre es der Regierung in London, wenn es bei zwei deutschen Staaten bliebe. Hingegen gibt der chinesische Premierminister Li Peng bei einem Staatsbesuch in Pakistan zu erkennen, dass sich China nicht in die deutschen Angelegenheiten einmischen wird. Und Spaniens Außenminister Francisco Fernandez Ordonez erklärt in einem Interview, man werde die deutsche Einheit schwerlich verhindern können.

-> [Zum Ereignis Kohl: Wir stehen am Anfang einer Entwicklung auf der Webseite](#)

## **Modrow: "Der Wandel ist unumkehrbar"**

17. November 1989: In einer Regierungserklärung rückt der neue DDR-Ministerpräsident Hans Modrow endgültig vom Staatsverständnis der bisherigen Machthaber ab. Zugleich stellt er seine Überlegungen vor, wie es zwischen den beiden deutschen Staaten weitergehen soll.

### **Kampf um den Machterhalt**

Dem Volk verpflichtet, so will das Kabinett Modrow das Land führen. Der neue Chef des Ministerrates verspricht es persönlich: Eine Regierung als "neuverstandenes, kreatives politisches Bündnis", das den Bürgern Rechenschaft ablegt. Der Wandel in der DDR sei unumkehrbar.

Gleichwohl hält auch der neue Regierungschef an der sozialistischen Ideologie fest. Modrow erklärt: "Der Erneuerungsprozess der sozialistischen Gesellschaft verlangt die Reform des politischen Systems."

Gemeinsam mit vier anderen Parteien bleibt die SED an der Macht. Aber Modrow räumt etliche Fehler ein und muss Zugeständnisse an die neuen Kräfte machen: "Das Volk würde jeden beiseite fegen, der eine Wiederherstellung alter Verhältnisse zu versuchen wagt", sagt Modrow in seiner Erklärung.

### **"Kooperative Koexistenz"**

Modrow gibt klar zu erkennen, dass er die deutsche Frage für beantwortet hält: Er will, dass es weiterhin zwei deutsche Staaten gibt. Aber die Zusammenarbeit lasse sich ausweiten, meint Modrow. Er spricht von "kooperativer Koexistenz" und möchte die "Verantwortungsgemeinschaft", die die Deutschen aufgrund ihrer Geschichte seien, zu einer "Vertragsgemeinschaft" ausbauen.

### **Vorfühlen bei den Amerikanern**

Am selben Tag greift ein Mann im Westen zum Telefon. Eine halbe Stunde berät sich Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. George Bush sen. ermuntert den Bundeskanzler. Selbstbestimmung, so lautet die Linie in der deutschen Frage – aber sachte. Keine großen Reden, keine Zeitpläne gar zum Abriss der Mauer. Noch gilt es, die anderen Mächte für einen Weg zu gewinnen, der zur Wiedervereinigung Deutschlands führen kann.

-> [Zum Ereignis Modrow: "Der Wandel ist unumkehrbar" auf der Webseite](#)

## EG-Sondertreffen in Paris

18. November 1989: Neun Tage nach dem Mauerfall treffen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft in Paris. Der Sondergipfel findet statt, um sich über die jüngsten Entwicklungen der Lage Europas zu unterhalten. Es wird ein denkwürdiges Treffen.

### Hilfe für Osteuropa

Kurz vor einem Treffen des amerikanischen und des sowjetischen Präsidenten will Frankreichs Staatschef François Mitterrand zeigen, dass die Europäische Gemeinschaft handlungsfähig ist. Er hat eingeladen, weil Frankreich gerade die Präsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft (EG) innehat.

Angesichts der politischen Umwälzungen in Osteuropa soll die EG eine gemeinsame Haltung und Strategie entwickeln. Vor allem geht es um Wirtschaftshilfe für Polen, Ungarn und die DDR.

### Wiedervereinigung kein Thema

Während des ganzen Abendessens spricht niemand das Thema Wiedervereinigung an. Auch Kohl nicht, der zu Beginn ausführlich über die Situation in der DDR und den anderen Ostblockstaaten berichtet. Angesichts der drohenden Versorgungsengpässe dort plädiert Kohl für rasche Wirtschaftshilfe. Ansonsten unterstreicht er deutlich die Westbindung der Bundesrepublik durch die Mitgliedschaft in EG und Nato. Damit will er seinen Partnern die Angst vor einem deutschen "Sonderweg" nehmen.

Kohl erklärt außerdem, die Freiheit sei der Kern der deutschen Frage und das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfe nicht eingeschränkt werden. Die Menschen in der DDR müssten sich also frei entscheiden können, ihre Entscheidung sei zu respektieren.

### Thatcher wird laut

Der Bundeskanzler weiß, dass einige am Tisch Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung haben. Beim Dessert, als die offiziellen Reden schon gehalten sind, macht Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher ihrem Ärger Luft. Überliefert ist, dass sie mit "Seht Ihr, seht Ihr!" auf Kohls Hinweis reagiert, auch Großbritannien habe 1970 einer Nato-Erklärung zur deutschen Einheit zugestimmt. Thatcher will davon nichts wissen. Die Erklärung stamme aus einer Zeit, in der man angenommen habe, die deutsche Wiedervereinigung finde gar nicht statt, sagt sie.

Mitterrand teilt auf der anschließenden Pressekonferenz mit: "Wir sind bereit, überall mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln beim Aufbau einer gesünderen Wirtschaft zu helfen, wo eine überprüfbare Rückkehr zur Demokratie stattfindet, die Menschenrechte respektiert und freie und geheime Wahlen angesetzt werden." Auf die Frage eines Journalisten, ob man während des Essens über die Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen habe, antwortet Mitterrand: "Nein."

-> Zum Ereignis EG-Sondertreffen in Paris auf der Webseite

## Protest gegen Riesen-Schweineerei

18. November 1989: Bei Neustadt/Orla demonstrieren Tausende gegen eine Umweltbelastung der besonderen Art: Ohne Rücksicht auf Natur und Anwohner hat das SED-Regime eine riesige Schweinezuchtanstalt gebaut – um Fleisch in den Westen exportieren zu können.



### **3.000 Kubikmeter Gülle täglich**

Fast 280 Fußballfelder groß ist die Anlage, die seit 1978 oberhalb von Neustadt an der Orla steht. In langen Ställen werden bis zu 185.000 Schweine gemästet. Täglich fallen 3.000 Kubikmeter Gülle an. Gülle, die – nur ungenügend von Feststoffen gereinigt – über "Verregnungsanlagen" auf die Felder kommt und bis in die nahe Saale gelangt. Bei Ziegenrück stinkt der Fluss regelmäßig zum Himmel.

Bei der "Verregnung" entweicht zudem Ammoniak. Das giftige Gas schädigt über 2.000 Hektar Wald, fast 800 davon vollständig. Auch das Trinkwasser ist in der Umgebung verseucht – durch Schwermetalle wie Kupfer, Cadmium und Zink. Auf den Bauernhöfen in der Umgebung müssen die Brunnen dichtgemacht werden, junge Mütter bekommen für ihre Babys kostenlos Trinkwasser.

### **Schweine für Devisen**

Und das alles, weil die DDR dringend Devisen braucht. Denn die meisten Schweine werden nicht für den heimischen Markt gezüchtet. Rund 80 Prozent werden exportiert – in die Bundesrepublik und andere EG-Staaten.

In den 1980er Jahren regt sich bei den Einwohnern der umliegenden Dörfer Unmut. In den Kirchengemeinden von Knau und Dittersdorf bilden sich Umweltgruppen, die die Umweltzerstörung durch die Schweinemastanlage dokumentieren. Die Mitglieder halten bei kirchlichen Umweltseminaren und auf Kirchentagen in der ganzen DDR Vorträge. Die Stasi versucht, die Gruppen zu behindern, und verhängt Strafgebühren. Aber sie kann die Menschen nicht zum Schweigen bringen.

Im Herbst 1989 entsteht aus den Gruppen eine Bürgerinitiative. Am 18. November 1989 folgen Tausende ihrem Demonstrationsaufruf. 1990/91 muss die Schweinezuchtanstalt ihren Betrieb einstellen.

Mehr Informationen bietet eine **Broschüre** der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung.

-> **Zum Ereignis Protest gegen Riesen-Schweinerei auf der Webseite**

## **Leipziger rufen: "Wir sind ein Volk!"**

20. November 1989: Auch nach der Maueröffnung demonstrieren die Menschen in der DDR. Auf der Montagsdemonstration in Leipzig wird aus dem Ruf "Wir sind das Volk!" mehr und mehr "Wir sind ein Volk!".

### **Sehnsucht nach Freiheit und Einheit**

An der Spitze von Staat und Partei stehen inzwischen zwar **neue Köpfe**, die den Dialog mit der Bevölkerung suchen. Doch die Menschen wollen endgültig Freiheit und Demokratie. Und immer häufiger fordern sie das Ende der deutschen Teilung.

"Wir sind das Volk – Wir sind ein Volk ..." – in Leipzig sind die beiden Rufe an diesem Montag im Wechsel zu hören. Einige Zeitzeugen wollen ihn bereits einen Montag vorher, am 13. November, vernommen haben, andere am 16. November in Jena. Doch jetzt ist "Wir sind ein Volk!" unüberhörbar.

### **Demonstranten wollen die deutsche Einheit**

Die Leipziger kennen den Spruch bereits. Schon am 9. Oktober war er auf Flugblättern zu lesen. Da hatte er noch eine andere Bedeutung: Es war eine Warnung vor Gewalt, eine Mahnung an Soldaten und Polizisten, nicht auf eigene Landleute loszugehen.

Doch jetzt bringt "Wir sind ein Volk!" die Forderung, die Sehnsucht nach deutscher Einheit zum Ausdruck. Denn zugleich rufen mehr und mehr Menschen: "Deutschland einig Vaterland!". Viele kennen dieses Be-

kenntnis noch aus der Schule, denn es entstammt der DDR-Hymne. Die darf seit Mitte der 1970er Jahre allerdings nicht mehr gesungen werden, weil die Machthaber die deutsche Einheit aus der Verfassung gestrichen haben.

### **Gegenbewegung scheitert**

Immer häufiger sind jetzt schwarz-rot-goldene Fahnen zu sehen. In der Bürgerrechtsbewegung spielt der Wunsch nach einer deutschen Wiedervereinigung allerdings noch keine große Rolle. Vorrangiges Ziel sind Veränderungen im Lande selbst.

Am 26. November erscheint ein Aufruf mit der Überschrift "Für unser Land". Hauptforderung: eine "sozialistische Alternative zur Bundesrepublik". Zu den Unterzeichnern gehören einige namhafte Oppositionelle. Als zwei Tage später ehemalige SED-Funktionäre wie Egon Krenz unterschreiben, ist der Aufruf diskreditiert. Er bewirkt eher das Gegenteil dessen, was die Verfasser wollten: Der Wunsch nach der deutschen Wiedervereinigung nimmt zu.

Der Ruf "Wir sind ein Volk!" wird über Straßen und Plätze getragen, auch in Plakatform: Fotos zeigen eine gesamtdeutsche Landkarte in den Farben Schwarz-Rot-Gold, darüber der Slogan. Nur der Träger selbst weiß wohl, wer schon damals so viel Weitsicht besaß. Irgendwann sieht ein Passant das Schild am Leipziger Neuen Rathaus stehen. Heute ist es im Deutschen Historischen Museum.

-> Zum Ereignis Leipziger rufen: "Wir sind ein Volk!" auf der Webseite

## **Ein Stück Mauer für den US-Präsidenten**

21. November 1989: Außenminister Hans-Dietrich Genscher bringt dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen. ein ganz besonderes Gastgeschenk mit: ein Stück Berliner Mauer – sichtbarer Beweis für die grundlegenden Veränderungen in Deutschland und in ganz Europa.

### **Dank an die USA**

Bei der anschließenden Pressekonferenz betont Genscher die große Dankbarkeit der Deutschen für die Unterstützung und Standfestigkeit Amerikas in den vergangenen Jahrzehnten – in guten wie in schwierigen Zeiten.

Die Forderungen nach Freiheit und Demokratie in der DDR seien Ergebnis der sehr klaren Politik des Westens, so Genscher. Denn der Westen habe sich immer für diese Ziele in ganz Europa eingesetzt.

### **Deutsche Einheit – von Europa her gedacht**

Offiziell stehen Abrüstungsfragen und die Fortsetzung des KSZE-Prozesses im Mittelpunkt der Gespräche, die Genscher in den USA führt. Durch den Abbau von "militärischen Elementen" sollte beispielsweise der Bewegungsraum für Reformen in Mittel- und Osteuropa erhöht werden, so der deutsche Außenminister.

Aber natürlich spielen die Lage in der DDR und die Frage der deutschen Einheit bei allen Begegnungen eine wichtige Rolle. Genscher stellt dabei heraus, die deutsche Vereinigung sei ein Prozess, der sich im Rahmen der allgemeinen Veränderungen in Europa vollziehe. Die Bindungen Deutschlands an EG und Nato sowie das Verhältnis der Nato zu Russland gehörten zu diesem Rahmen, notieren sich die Zuhörer.

### **Frühe Unterstützung für die deutsche Einheit**

Bush spricht das Thema Vereinigung von sich aus an. Er sei für das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, zitiert ein amerikanischer Gesprächsteilnehmer den Präsidenten. Bush fragt, ob die deutsche Einheit schneller vorangehen werde "als wir alle denken".

Unterdessen stellen Mitarbeiter Genschers und seines US-Kollegen Baker bereits erste Überlegungen an, in welcher Form sich Verhandlungen über eine deutsche Wiedervereinigung führen lassen.

Die ersten persönlichen Begegnungen mit dem wichtigsten Verbündeten nach dem Mauerfall ist für Deutschland gerade jetzt sehr wichtig. Denn die Haltung Amerikas ist für die deutsche Vereinigung von entscheidender Bedeutung.

Genscher kann mit der Gewissheit zurückreisen, dass die USA grundsätzlich die deutsche Wiedervereinigung unterstützen würden.

-> Zum Ereignis Ein Stück Mauer für den US-Präsidenten auf der Webseite

## **Zeitung enthüllt "Koko"-Machenschaften**

22. November 1989: Die "Berliner Zeitung" enthüllt die Machenschaften der Abteilung "KoKo" im DDR-Außenhandelsministerium. "KoKo" steht für "Kommerzielle Koordination". Wie viel kriminelle Energie sich dahinter verbirgt, übersteigt die Phantasie vieler Menschen.

### **Geheime Gelder, geheime Konten**

Die "KoKo" ist dem Zentralkomitee der SED unterstellt und wird vom Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert. Das offiziell zuständige Außenhandelsministerium hat keinerlei Einfluss. Aufgabe der "KoKo" ist es, abseits der offiziellen, legalen Möglichkeiten des Außenhandels Devisen zu erwirtschaften. Die Devisen wandern allerdings nicht in den Staatshaushalt, sondern direkt an die SED oder die Stasi: D-Mark und Dollar für geheime Operationen. Teilweise wird damit auch die Zahlungsfähigkeit der DDR gesichert. Die Tätigkeit des Bereichs "Kommerzielle Koordinierung" unterliegt strenger Geheimhaltung. Bis zum Herbst 1989 weiß die DDR-Öffentlichkeit nichts davon.

### **Von Schalck-Golodkowski geleitet**

Hinter "KoKo" verbirgt sich Alexander Schalck-Golodkowski. Als stellvertretender Minister, Staatssekretär, ZK-Mitglied und Leiter der "KoKo" ist Schalck-Golodkowski einer der wichtigsten Männer der DDR-Wirtschaft. Er steuert ein Netz von illegalen SED-Tarnfirmen in Westeuropa, dirigiert geheime Parteifirmen, verschafft den SED-Funktionären Luxusgüter aus dem Westen, fälscht Bilanzen und parkt Devisen auf Konten in der Schweiz und in Liechtenstein.

Schalck operiert mit Luftbuchungen und Scheinlieferungen, bei denen keine Waren bewegt, sondern nur die westlichen Steuerbehörden betrogen werden. Für seine Finanztransaktionen nutzt er die Deutsche Außenhandelsbank AG mit Sitz in Ostberlin. Sie hat in der DDR den rechtlichen Status eines "Devisenausländers" und steht damit außerhalb der Kontrollhoheit des Finanzministers.

### **Geschäfte mit dem Westen**

Zu den Aufgaben der "Kommerziellen Koordinierung" zählen die sogenannten Embargogeschäfte: Dabei geht es um die Beschaffung strategischer Güter aus dem "nicht sozialistischen Westen". Güter, die wegen Embargobestimmungen des Westens nicht in den Ostblock exportiert werden dürfen, wie Computertechnologie und Produktionsanlagen für die Mikroelektronik und militärisch verwendbare Güter.

Durch diesen Zugriff auf Westwaren ist Schalck-Golodkowski innerhalb der DDR-Führung eine gefragte und hofierte Persönlichkeit. Er besorgt begehrte Luxusartikel, aber auch Pornohefte und Drogen. Außerdem verwaltet die "Koko" die beschlagnahmten Waren der DDR-Zollverwaltung. Schalck-Golodkowski macht sich damit zum Liebling der Parteifunktionäre.

Das "KoKo"-Geflecht ist bei der Auflösung der Abteilung im März 1990 undurchschaubar. Kaum jemand hat Einblick in die geheimen Geschäfte. Fest steht: Während ihres Bestehens hat die "KoKo" viele Milliarden D-Mark erwirtschaftet. Die genauen Zahlen bleiben unklar.

-> [Zum Ereignis Zeitung enthüllt "Koko"-Machenschaften auf der Webseite](#)

## Die Privilegien der höchsten Genossen

23. November 1989: Durch einen Fernsehbeitrag erfahren die Menschen in der DDR, welche Privilegien die SED-Spitzenfunktionäre jahrzehntelang genossen haben: Zum ersten Mal ist zu sehen, was es mit der "Waldsiedlung" in Wandlitz auf sich hat.

### Eine eigene Wohnsiedlung im Grünen

Seit 1960 haben die Mitglieder und Kandidaten des SED-Politbüros ihre eigene Wohnsiedlung. Streng abgeschirmt und bestens gesichert: Das Wachregiment Feliks Dzierzynski, das der Stasi untersteht, bewacht den angeblichen "militärischen Sicherheitskomplex" rund um die Uhr.

Jeder der Spitzengenossen bewohnt ein Ein-Familien-Haus mit Garten. Erich Honecker und seine Frau Margot haben es sich beispielsweise in Haus Nr. 11 gemütlich gemacht, Egon Krenz in Haus Nr. 4, Stasi-Chef Erich Mielke in Haus Nr. 14. Insgesamt 23 der höchsten SED-Nomenklaturkader leben hier bis zum Herbst 1989.

Sie verfügen über ein eigenes "Klubhaus", ein eigenes Kino, eine Arztpraxis, ein Schwimmbad mit Sauna und sogar eine eigene Autobahnausfahrt. 60 Hausangestellte, von der Stasi handverlesen, kümmern sich um das Wohl der Waldsiedlungs-Bewohner.

### Die SED-Spitze kennt keine Versorgungsmängel

Während die Versorgungslage in weiten Teilen der DDR immer schlechter geworden ist, haben die Spitzenfunktionäre und ihre Familien alles erhalten, was sie wollten – auch Westprodukte, die selbst in "Intershops" nicht zu haben waren. In der Waldsiedlung gab es eine Sonderverkaufsstelle, genannt "Ladenkombinat". Westliche Konsumgüter, die dort gerade nicht vorrätig waren, ließen sich per Katalog bestellen. Die Produkte beschaffte die Abteilung "Kommerzielle Koordinierung" von **Alexander Schalck-Golodkowski**.

Am 23. November 1989 gelingt es einem Reporter des DDR-Jugendsenders "Elf99" mit seinem Kamerteam, Aufnahmen in der Waldsiedlung zu machen. Der **Fernsehbericht** schlägt hohe Wellen.

-> [Zum Ereignis Die Privilegien der höchsten Genossen auf der Webseite](#)

## Pro und contra Sozialismus

26. November 1989: 31 Wiedervereinigungsgegner rufen dazu auf, die DDR als "sozialistische Alternative zur Bundesrepublik" zu erhalten. Der Schriftsteller Stefan Heym verliest den Text zwei Tage später bei einer Pressekonferenz. Der Gegenaufruf lässt nicht lange auf sich warten.

### "Eigenständigkeit der DDR"

Während in der Bevölkerung langsam, aber sicher der Ruf nach einer Wiedervereinigung Deutschlands lauter wird, wollen sie 31 DDR-Bürger durch einen Aufruf verhindern. In dem Text – die Endfassung stammt von Christa Wolf – heißt es unter anderem: "Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln."

Die Unterzeichner, darunter der Schriftsteller Volker Braun und die Rockmusikerin Tamara Danz, machen sich für die "Eigenständigkeit der DDR" stark – einer reformierten DDR allerdings. Sie rufen dazu auf, "mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind".

### Es gibt keinen "erneuerten Sozialismus"!

Am 28. November 1989 startet die Plauener "Initiative zur demokratischen Umgestaltung" einen Gegenaufruf: "Für die Menschen in unserem Land". Darin heißt es unmissverständlich: "Wer auf Eigenständigkeit der DDR beharrt, verkennt die verheerenden Ausmaße der vom SED-Regime heraufbeschworenen Krise und muss sich fragen lassen, ob er sich damit nicht zum Werkzeug jener immer noch einflussreichen Kräfte machen lässt, die nach wie vor unter dem Deckmantel des Sozialismus das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen und die alten stalinistischen Verhältnisse herbeisehnen."

Es gebe auch keinen sogenannten erneuerten Sozialismus, schreiben die Autoren. "Wir können und wollen nicht noch einmal 40 Jahre lang an einer Vision 'herumbasteln', die sich in der Praxis als nicht lebensfähig erwiesen hat."

Ziel der Plauener Initiative ist eine "deutsche Konföderation", denn: "Wir sind und bleiben e i n Volk!"

-> [Zum Ereignis Pro und contra Sozialismus auf der Webseite](#)

## Kohl wirbt um die Franzosen

27. November 1989: In einem Brief an den französischen Staatschef beschreibt Bundeskanzler Helmut Kohl einen Zeitplan für den europäischen Einigungsprozess, von dem auch Deutschland profitieren soll. Der Brief ist der Auftakt für eine Vielzahl diplomatischer Kontakte.

### Rege internationale Kontakte

"Sehr geehrter Herr Präsident, lieber François", beginnt Kohls Brief an den französischen Präsidenten François Mitterrand. Der Bundeskanzler übermittelt einen stattlichen Arbeitskalender für Europa: Gemeinsame Standpunkte zur Wirtschafts- und Währungsunion, Pläne für den Binnenmarkt. Und er lobt die Franzosen: Die europäische Einigung komme voran. Mit keinem Wort erwähnt Kohl die drängendste Frage dieser Tage: die deutsche Einheit. Und dennoch liegt in den geschäftsmäßigen Worten des Bundeskanzlers eine Werbung für seine Nation.

Die Worte des Bundeskanzlers setzen Zeichen: Trotz des Mauerfalls haben die Deutschen das große Ganze in Europa nicht aus den Augen verloren. Er wirbt beim französischen Präsidenten um Vertrauen, denn Kohl weiß, dass er ihn früher oder später als Verbündeten im Einigungsprozess braucht.

### **Miterrand schreibt an Bush**

Die Zeilen sind Auftakt für rege internationale Kontakte: Am selben Tag schreibt Mitterrand einen Brief an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Bush sen. Wie könne man Ostdeutschland zu mehr Demokratie ermuntern, ohne das strategische Gleichgewicht zulasten der Sowjetunion zu berühren? "Jede unserer Regierungen ist sich der Rolle bewusst, welche die Europäische Gemeinschaft bei der Herausbildung eines neuen europäischen Gleichgewichts spielen kann und muss, sobald sie ihren eigenen Zusammenhalt verstärkt hat", schreibt Mitterrand. Die Botschaft ist klar: Bevor sich Europas Landkarte verändern kann, muss die Europäische Gemeinschaft stärker werden.

Doch diese zeitliche Reihenfolge ist nicht im Sinne der Deutschen. Kohl will, dass die beiden Prozesse – die deutsche und die europäische Einigung – parallel verlaufen können. Nur einen Tag später wird Helmut Kohl im Bundestag seinen **Zehn-Punkte-Plan** vorstellen. Das Ziel: Ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.

-> Zum Ereignis Kohl wirbt um die Franzosen auf der Webseite

## **Kohls Zehn-Punkte-Plan**

28. November 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl stellt im Deutschen Bundestag sein "Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas" vor. Die "Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands" sei das politische Ziel seiner Regierung.

### **Ein Plan für Deutschland und Europa**

"Meine Damen und Herren, es eröffnen sich Chancen für die Überwindung der Teilung Europas und damit auch unseres Vaterlandes. Die Deutschen, die jetzt im Geist der Freiheit wieder zusammenfinden, werden niemals eine Bedrohung sein. Vielmehr werden sie – davon bin ich überzeugt – ein Gewinn für das immer mehr zusammenwachsende Europa sein." Mit diesen Worten stellt Kohl seinen Zehn-Punkte-Plan vor.

Kohl spricht von "konföderativen Strukturen" und dem Ziel, eine "Föderation, das heißt eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland" zu schaffen. Der deutsche Einigungsprozess sei in eine gesamteuropäische Entwicklung einzubetten. Ganz am Schluss seiner Rede betont der Kanzler, die Wiedervereinigung Deutschlands sei das politische Ziel seiner Regierung.

Der Zehn-Punkte-Plan sei eine **Sensation** gewesen, sagte der damalige Kanzleramtschef Rudolf Seiters. Und **erleichtert** sei Bundeskanzler Kohl über die Reaktion des Deutschen Bundestages gewesen, der sich hinter den Plan stellte.

### **Deutschland und Europa**

Der Bundeskanzler entwickelt eine Schrittfolge: Sofortmaßnahmen humanitärer Art, umfassende Wirtschaftshilfe, Ausbau der Zusammenarbeit. Nächster Schritt: eine Vertragsgemeinschaft. Bis dahin handeln zwei Staaten. Das ändert sich mit dem nächsten Schritt, wenn Kohl von "konföderativen Strukturen" spricht, denn die setzen – bei Licht betrachtet – bereits ein gemeinsames staatliches Dach voraus.

Unmissverständlich betont Kohl die Einbettung des deutschen Einheitsprozesses in die gesamteuropäische Entwicklung. Der Bundeskanzler sieht seinen Zehn-Punkte-Plan nicht nur als deutschen, sondern auch als europäischen. Er folgt damit seinem Credo, dass deutsche und europäische Einheit zwei Seiten derselben Medaille sind.

Dementsprechend fasst er auch den Beitritt reformorientierter Ostblockstaaten zur Europäischen Gemeinschaft ins Auge, schlägt er auch eine Forcierung des KSZE-Prozesses sowie Abrüstung und Rüstungskontrolle vor.

### **Kohl ergreift die Initiative**

Der zehnte und letzte Punkt ist die deutsche Einheit. Natürlich ist die Rede, wie Kohls Chef-Redenschreiber knapp 20 Jahre später bestätigt, vom Ende her gedacht. Kohl weiß jedoch im Herbst 1989, dass er behutsam vorgehen muss.

Die Reaktionen auf den Plan sind – auch unter den Freunden und Verbündeten – ganz und gar unterschiedlich: Sie schwanken zwischen begeisterter Zustimmung und völliger Ablehnung. Sie sind damit ebenso unterschiedlich wie die Interessenlagen. Aber schon bald zeigt sich, dass die Bundesregierung mit diesem Programm die Initiative ergriffen hat.

-> [Zum Ereignis Kohls Zehn-Punkte-Plan auf der Webseite](#)

## **Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Plan**

29. November 1989: Der Zehn-Punkte-Plan des Bundeskanzlers vom Vortag ruft im In- und Ausland unterschiedlichste Reaktionen hervor. In der Bundesrepublik stößt er weitgehend auf Zustimmung. Im Ausland reicht die Bandbreite von Ermutigung bis strikter Ablehnung.

### **Viel Zustimmung, aber auch Ablehnung und Bedenken**

Einige sind nur verärgert. Denn Kohl hat sie nicht vorab informiert. Das hat der Bundeskanzler nicht getan, damit der Plan nicht vor seiner Präsentation zerredet werden konnte.

In der Bundesrepublik begrüßen die Parteien Kohls Bekenntnis zur deutschen Einheit – bis auf die Grünen. Sie wollen eine "Politik der Zweistaatlichkeit". Kohls Koalitionspartner FDP ist irritiert, weil der Kanzler nicht einmal seinen Außenminister informiert hat. Inhaltlich erheben die Liberalen jedoch keine Einwände. Auch die oppositionelle SPD reagiert zustimmend: Der Kanzler sei in vielen Punkten auf die Sozialdemokraten zugegangen. "Deshalb stimmen wir in allen zehn Punkten zu", so der SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt unmittelbar nach Vorstellung des Plans. Auch der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt steht auf Kohls Seite: "Dieser Plan ist auch unser Plan", sagt er. SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine spricht hingegen von einem "diplomatischen Fehlschlag".

Auch international löst Kohls Plan unterschiedliche Reaktionen aus. Beim nächsten EG-Treffen in Straßburg am **8. Dezember 1989** habe eine eisige Stimmung geherrscht, berichtet der ehemalige Kanzleramtsminister **Rudolf Seiters** heute.

### **Offen: die Amerikaner**

Der amerikanische Präsident George Bush sen. steht der Wiedervereinigung grundsätzlich offen gegenüber. Die Menschen in Ost- und Westdeutschland sollten selbst entscheiden, ob sie die Einheit wollen und wie sie aussehen soll. Aber die Amerikaner haben Vorstellungen: Auf jeden Fall solle die Wiedervereinigung fried-

lich und allmählich erfolgen. Außerdem müsse ein wiedervereinigtes Deutschland der Nato und der Europäischen Gemeinschaft angehören. Um die europäische Stabilität zu erhalten, sei jede Veränderung der Grenzen in Europa nur auf friedlichem Wege möglich.

Bushs Außenminister James Baker erklärt: "Wir sollten bestimmte Ansichten von einer Wiedervereinigung weder gutheißen noch ausschließen. Einheit kann vieles bedeuten: einen einzigen Bundesstaat etwa, eine Konföderation oder sonst etwas."

### **Dagegen: Margaret Thatcher**

Ganz anders als Bush reagiert die britische Premierministerin Margaret Thatcher auf Kohls Zehn-Punkte-Programm. Sie ist eindeutig dagegen: Die Wiedervereinigung stehe nicht auf der Agenda. Damit erteilt sie dem Konzept des Kanzlers eine glatte Absage. Schon als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fällt, ist Großbritanniens Regierungschefin in ernster Sorge. Charles Powell, der einflussreichste Berater der Premierministerin, warnt vor einem Deutschland, das nun rücksichtslos werde, vor einer Bundesrepublik mit "Tunnelblick".

### **Verärgert: die Franzosen**

Frankreich ist zunächst zurückhaltend bis verärgert. Grund ist weniger der Inhalt des Programms als die Tatsache, dass der Bundeskanzler nicht die Regierung in Paris vorher informiert hat. Außenminister Dumas bezeichnet das Zehn-Punkte-Programm in der Nationalversammlung am 29. November als einen Entwurf, der lediglich eine Diskussionsgrundlage darstelle.

Inhaltlich kritisieren die Franzosen: Das Zehn-Punkte-Programm enthalte keine verbindliche Aussagen zur Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa sowie zu den Zuständigkeiten der Vier Mächte. Im Großen und Ganzen sind die Franzosen aber verhandlungsbereit. Jacques Attali, Mitterrands engster außenpolitischer Berater, signalisiert dem Kanzlerberater Horst Teltschik in einem Telefonat, man könne im Elysée-Palast "damit leben".

### **Misstrauisch: die Sowjetunion**

Moskaus Haltung ist für die Entwicklung der DDR und das Ziel der Wiedervereinigung besonders entscheidend. Ohne Zustimmung der Sowjetunion kann es nicht vorangehen. Und der Kreml ist skeptisch: Der russische Außenminister, Eduard Schewardnadse, wirft Kohl vor, auf die Wiedervereinigung zu drängen und sich einzumischen. Dabei würden die Interessen und die Meinungen der anderen Länder der Region – einschließlich der DDR – ignoriert. Die Menschen in der DDR wollten "ihren Staat, ihre Gesellschaft verändern". Es sei eine "Auseinandersetzung innerhalb einer Gesellschaft".

### **Zurückhaltend: Egon Krenz**

Egon Krenz, Ende November noch Staatsratsvorsitzender der DDR, erklärt in der ARD, eine Konföderation komme für die DDR nur in Frage, wenn von zwei souveränen deutschen Staaten ausgegangen werde. Die Einheit Deutschlands stehe derzeit nicht auf der Tagesordnung. Im Übrigen könne man über alles sprechen, sofern es sich um keine "leeren Worthülsen" handle.

-> [Zum Ereignis Reaktion auf Kohls Zehn-Punkte-Plan auf der Webseite](#)



## Die DDR ändert ihre Verfassung

1. Dezember 1989: Die DDR-Volkskammer streicht den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung. Nur fünf Abgeordnete enthalten sich der Stimme.

### Partei entfällt, Sozialismus bleibt

Seit 1974 lautet die Übersetzung von "Diktatur des Proletariats" ins DDR-Juristendeutsch: "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei." So steht es in Artikel 1 Absatz 1 der DDR-Verfassung. Schon in der Vorgängerversion von 1968 war diese Formulierung zu finden, nur dass sich die DDR damals noch als "sozialistischer Staat deutscher Nation" bezeichnete.

Zwei Wochen, nachdem Ministerpräsident Hans Modrow den Wandel für **unumkehrbar erklärt** hat, zieht die Volkskammer nun verfassungsrechtliche Konsequenzen. Von der "Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei" soll nicht mehr die Rede sein. Allerdings bleibt es bei der Formulierung: "Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat." Wohl deshalb können auch die SED-Vertreter der Verfassungsänderung zustimmen.

-> Zum Ereignis Die DDR ändert ihre Verfassung auf der Webseite

## „Staatsfeind“ Jürgen Fuchs in Leipzig

1. Dezember 1989: In der Leipziger Messehalle tritt Wolf Biermann auf – vor 8.000 Menschen. Die erste Reise Biermanns in die DDR seit seiner Ausbürgerung 1976. Zu Beginn des Konzerts spricht ein Schriftsteller, den das SED-Regime abgrundtief hasst: Jürgen Fuchs.

### „Wir finden Sie überall!“

Biermann? Ja. Fuchs? Nein. Nicht einmal jetzt, nach dem Mauerfall, will die DDR Jürgen Fuchs die Einreise genehmigen. Weil er gegen Wolf Biermanns Ausbürgerung protestiert hatte, verhaftete ihn die Stasi und hielt ihn 281 Tage im Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen gefangen. Begründung: „Staatsfeindliche Hetze“. 1977 zwang das SED-Regime Fuchs zur Ausreise.

„Legen Sie sich später nicht mit uns an. Wir finden Sie überall. Auch im Westen. Autounfälle gibt es überall“, rief ihm sein Stasi-Vernehmer nach. Trotz dieser Drohung unterstützte Fuchs seine Freunde in der DDR, wie er nur konnte. Er schuf ein ganzes Netzwerk und gewann Diplomaten und Journalisten dafür, verbotene Literatur über die Grenze zu schmuggeln. Sogar technische Geräte gelangten so – in Einzelteile zerlegt – zu Bürgerrechtlern in der DDR. Auf dem Rückweg brachten Fuchs' Vertraute Informationen von Friedens-, Umwelt- und anderen Oppositionsgruppen zu ihm nach West-Berlin.

### Die Stasi wollte Fuchs „vernichten“

„ICH SCHWEIGE NICHT“ – so die Überschrift eines Gedichts, das Jürgen Fuchs 1978 schrieb. Er sorgte dafür, dass der Westen von Menschenrechtsverletzungen in der DDR erfuhr – und machte sich dadurch auch in der Bundesrepublik nicht nur Freunde. Vom Unrecht im SED-Staat wollte beispielsweise die westdeutsche „Friedensbewegung“ nichts hören, nichts wissen; hier zogen Moskau- und Ostberlin-treue Funktionäre die Fäden.

Erst recht aber provozierte Fuchs mit seinem Engagement die SED selbst. Für sie war er einer der größten „Staatsfeinde“. Jahre später werden 25 Ordner voller Stasi-Akten belegen: Jürgen Fuchs blieb auch in West-Berlin unter ständiger Beobachtung, bis 1989. Der ostdeutsche Geheimdienst startete immer wieder „Zersetzungsmaßnahmen“ mit dem Ziel der „Vernichtung“. Die Stasi-Aktionen gingen so weit, dass vor dem Haus, in dem er wohnte, sogar ein Auto explodierte – genau an der Stelle, an der er kurz zuvor noch mit seinen Kindern gestanden hatte.

### **„Der Bann ist gebrochen.“**

Am 1. Dezember 1989 gelingt es Fuchs dann doch noch, Biermann zum Konzert in Leipzig zu begleiten. Fuchs eröffnet den Abend mit den Worten: „Ich bin sehr bewegt, hier zu stehen. ... Wolf Biermann singt in Leipzig! Wie lange haben wir auf diesen Tag gewartet. ... Der Bann ist gebrochen. Der Stalinismus hat nicht gewonnen.“ Weiter sagt er: „Über vieles müssen wir lange diskutieren, über Täter und Opfer, über Schuld und Teilung. Jetzt können wir es. Wir sind wieder da. Die Grenze ist auf.“

Auch in den folgenden Monaten und Jahren wird Jürgen Fuchs nicht schweigen. Er wird sich ruhig und bedacht, wie es seine Art ist, an der Aufarbeitung des SED-Unrechts beteiligen. Fuchs wird weiter Klartext reden. Bis zu seinem Tod am 9. Mai 1999. Im Alter von 48 Jahren stirbt er an einer seltenen Art von Blutkrebs. „Vielleicht“, wird der Pfarrer bei der Beerdigung sagen, „war seine tödliche Krankheit nicht gottgewollt, sondern menschengemacht.“ Es gibt Gründe für diese Vermutung: Fuchs selbst greift in „Magdalena“, seinem letzten Roman, eine Stasi-Studie auf. Ein Kapitel darin widmet sich der „Schädigung durch Beibringung radioaktiver Stoffe“.

Jürgen Fuchs stammte aus Reichenbach im Vogtland. In Jena hatte er Psychologie studiert, bis er – kurz vor dem Diplom – die Uni verlassen musste. Heute trägt die Stadtbücherei von Reichenbach seinen Namen, der Thüringer Landtag hat die offizielle Adresse „Jürgen-Fuchs-Straße“, in Berlin-Dahlem ist ihm ein Platz gewidmet.

Mehr Informationen zu Jürgen Fuchs auf den [Internetseiten der Stadt Reichenbach](#) und des [Thüringer Landtags](#).

-> Zum Ereignis „Staatsfeind“ Jürgen Fuchs in Leipzig auf der [Webseite](#)

## **Treffen von Gorbatschow und Bush sen.**

2. Dezember 1989: Auf einem russischen Kreuzfahrtschiff vor Malta treffen sich der amerikanische Präsident George Bush sen. und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow. In intensiven Gesprächen geht es um die Zukunft Europas und Deutschlands nach dem Mauerfall.

### **Auf schwankendem Grund**

Es ist eine Begegnung auf stürmischer See. So stürmisch, dass sich die beiden nicht – wie vorgesehen – auf Marine-Kreuzern treffen können, sondern auf ein Kreuzfahrtschiff ausweichen müssen. Aber auch politisch befinden die beiden Männer auf schwankendem Grund: Mit dem Fall der Mauer sind die Fundamente, auf denen Europa seit 1945 steht, erschüttert. Und niemand weiß, wie das neue Europa aussehen wird.

### **Wird Malta ein zweites Jalta?**

Das zweitägige Treffen der beiden mächtigsten Männer der Welt vor Malta ruft Erinnerungen an die Konferenz von Jalta wach. Dort hatten 1945 die vier Mächte die Aufteilung Deutschlands beschlossen. Würde es

erneut zu einer Festlegung über die Zukunft Deutschlands und damit Europas kommen?

Präsident Gorbatschow bekräftigt auf der Pressekonferenz mit Präsident Bush, die Veränderungen in der Sowjetunion und den Staaten im Osten Europas seien durch eine historische Evolution entstanden. Niemand könne diesen evolutionären Prozess aufhalten. Er glaube, so Gorbatschow, man solle "den Schwung dieser Prozesse begrüßen, denn sie stehen im Zusammenhang mit dem Willen der Menschen, ihre Gesellschaften demokratischer und menschlicher zu machen".

### **Keine Einschränkung für die Selbstbestimmung Deutschland**

Auch hinsichtlich Deutschlands spricht Gorbatschow zunächst von der historischen Entwicklung zu zwei deutschen Staaten. Die Geschichte werde über das Schicksal dieser beiden Staaten entscheiden. Aber keiner sollte diesen Prozess künstlich beschleunigen. Das könnte zu Schwierigkeiten führen, so der sowjetische Präsident.

Auch Bush plädiert für eine vorsichtige Politik. Er habe Präsident Gorbatschow klar gemacht, dass Amerika nichts wolle, was einen Rückschritt für die Menschen bedeuten könne oder in einem militärischen Konflikt ende. Amerika habe deshalb "nicht auf der Berliner Mauer getanzt", begrüße aber natürlich die Veränderungen in Osteuropa. Es sei auch nicht Aufgabe der USA, die Geschwindigkeit der Veränderung in den Ländern zu bestimmen. Dies müsse von den Menschen selbst entschieden werden.

### **Der Kalte Krieg ist aus**

In ihren Gesprächen behandeln die beiden Präsidenten eine Fülle von Themen. Sie verständigen sich darauf, 1990 weitreichende Abrüstungsvereinbarungen zu schließen, und sprechen darüber, wie sie die Wirtschaftsbeziehungen verstärken können. Und sie meiden bei ihren Gesprächen auch nicht strittige Themen wie das sowjetische Engagement in Nicaragua oder Kuba.

Diese intensiven Gespräche und die gute Atmosphäre lassen die Journalisten auf der Pressekonferenz fragen, ob der Kalte Krieg denn nun zu Ende sei. Und Gorbatschow antwortet: "Wir beide haben in den Gesprächen festgestellt, dass die Welt eine Epoche des Kalten Krieges verlässt und in eine andere Epoche eintritt. ... Wir sind am Beginn unseres langen Weges zu einer dauerhaften, friedvollen Periode."

Der Gipfel von Malta war als erste Begegnung der beiden Präsidenten ein wichtiger Schritt, um die direkte und vertrauensvolle Kontakte zwischen den USA und der Sowjetunion herzustellen. Für den Weg zur deutschen Einheit war dieser Schritt von großer Bedeutung.

-> Zum Ereignis Treffen von Gorbatschow und Bush sen. auf der Webseite

## **SED-Politbüro tritt zurück**

3. Dezember 1989: In Ostberlin eröffnet SED-Generalsekretär Egon Krenz die 12. Tagung des Zentralkomitees der SED. Es wird die letzte Sitzung sein. Seit Wochen befindet sich die SED in einem Zerfallsprozess, der immer schneller voranschreitet.

### **Die letzte Sitzung des ZK**

Bereits am Vorabend der Tagung haben Tausende Bürgerinnen und Bürger vor dem Gebäude des Zentralkomitees (ZK) gegen Machtmissbrauch demonstriert. Jetzt, zu Beginn der Tagung, sind viele SED-Mitglieder einem Aufruf der Kreisleitung Prenzlauer Berg gefolgt. Sie fordern den sofortigen Rücktritt des Politbüros. Bis vor kurzem war so etwas völlig undenkbar.

Wegen der gefälschten Kommunalwahlen im Mai sprechen viele Menschen dem ZK die Legitimation ab: "Ohne reinen Tisch keine Erneuerung!" steht auf den Transparenten.

Drinnen fordern SED-Funktionäre, den Amtsmissbrauch ehemaliger Mitglieder der Partei- und Staatsführung, Gesetzesverletzungen, Korruption und ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Privilegien, rücksichtslos aufzuklären. Der Parteiveteran und Widerstandskämpfer Bernhard Quandt klagt in einer fulminanten, sehr emotionalen Rede die Schuldigen an und fordert härteste Bestrafung.

### **SED schließt Honecker aus**

Politbüro-Mitglied Günter Schabowski räumt unumwunden Versäumnisse ein. Das Politbüro und die Zentrale Parteikontrollkommission hätten den Auftrag, rückhaltlos aufzuklären, nur unvollkommen erfüllt, erklärt er. Einigkeit herrscht darüber, dass die Existenz der Partei unbedingt gesichert werden soll. Deshalb schließt das ZK Genossen, die bis vor kurzem führende Machträger waren, aus der Partei aus. Darunter Erich Honecker, Willi Stoph und Erich Mielke.

Das Politbüro erklärt geschlossen seinen Rücktritt. Ein Arbeitsausschuss wird gebildet. Er soll für den 15. bis **17. Dezember einen Sonderparteitag** vorbereiten. Ausschussmitglieder sind unter anderen Lothar Bisky, Gregor Gysi und Markus Wolf.

Nach der Sitzung teilt **Schabowski** den Beschluss des Zentralkomitees Presse und Bürgern mit: Im Beschluss heißt es:

"1. Hans Albrecht, Erich Honecker, Werner Krolikowski, Günther Kleiber, Erich Mielke, Gerhard Müller, Alexander Schalck-Golodkowski, Horst Sindermann, Willi Stoph, Harry Tisch, Herbert Ziegenhahn und Dieter Müller werden aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.

Auf Grund der Schwere ihrer Verstöße gegen das Statut der SED und in Anbetracht zahlreicher Forderungen und Anträge von Kreisdelegiertenkonferenzen werden sie zugleich aus der SED ausgeschlossen.

2. Das Zentralkomitee erklärt seinen Rücktritt.

3. Das bisherige Zentralkomitee betrachtet es als seine Pflicht, vor dem einberufenen außerordentlichen Parteitag Rechenschaft über die Ursachen für die Krise in der SED und in der Gesellschaft abzulegen. Dazu wird eine Kommission gebildet."

Das "Neue Deutschland" wie auch alle anderen DDR-Medien berichten über die Vorgänge. Sie alle zitieren den Beschluss des Politbüros des ZK der SED im Wortlaut: "Das Politbüro akzeptiert die Kritik von großen Teilen der Mitgliedschaft, dass die derzeitige Führung der Partei nicht imstande war, entsprechend dem Auftrag der 9. und 10. Tagung des ZK das ganze Ausmaß und die Schwere der Verfehlungen von Mitgliedern des ehemaligen Politbüros aufzudecken und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen."

### **Knast für führende Funktionäre**

In der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember 1989 ist der "oberste Devisenbeschaffer" der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (Koko), nach West-Berlin geflohen. Dort wird er festgenommen.

Die Koko, offiziell beim Außenhandelsministerium angesiedelt, war in Wirklichkeit von der Stasi kontrolliert und dem ZK der SED direkt unterstellt: ein weitverzweigtes, international agierendes Wirtschaftsunternehmen. Zu seinen Aufgaben gehörte es, SED-Funktionären alle Arten von Westprodukten zu besorgen.

Verhaftet – allerdings in Ostberlin – werden auch der Chef des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Harry Tisch, und Politbüro-Mitglied Günter Mittag. Der Vorwurf: Hochverrat. Am 7. und 8. Dezember wan-

dern auch Erich Mielke und Willi Stoph hinter Gitter. Für die Bürgerrechtler ist das der Versuch der SED, die Schuld auf einige namhafte Sündenböcke abzuwälzen.

-> Zum Ereignis SED-Politbüro tritt zurück auf der Webseite

## SED-Führung sucht Schuldige

3. Dezember 1989: Bei einem geheimen Treffen mit einigen Funktionären gibt DDR-Regierungschef Hans Modrow diese Devise aus: "Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige." Seine Idee: Die Stasi ist an allem schuld.

### "Schild und Schwert der Partei"

Bekannt wird dieses Treffen im Umfeld der letzten Sitzung des SED-Zentralkomitees erst 18 Jahre später – durch ein Interview, das der Ex-Oberbürgermeister von Dresden, Wolfgang Berghofer, dem Wissenschaftler Manfred Wilke für das "Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung" gibt. Berghofer ist dabei, als Modrow seine Idee vorträgt, wie die SED zu retten ist.

Der ehemalige Chef der Auslandsspionage, Markus "Mischa" Wolf, reagiert mit dem Einwand: "Hans, wir – Schild und Schwert der Partei – wir haben doch nie etwas ohne Befehle von Euch gemacht." Modrow darauf: "Ja, Mischa, bleib ruhig. Die Aufklärung des MfS halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus." Daraufhin erklärt sich Wolf mit Modrows Idee einverstanden.

### Hauptschuldiger: Schalck-Golodkowski

Berghofer zufolge geht der Regierungschef noch einen Schritt weiter: "Wir brauchen natürlich auch eine hauptverantwortliche Person für die Misere. Das kann nicht Honecker sein, denn er steht für die Partei." Als Hauptverantwortlichen schlägt Modrow Alexander Schalck-Golodkowski vor, den Devisenbeschaffer der DDR, inzwischen Krenz' Beauftragter für die Beziehungen zur Bundesrepublik. Am selben Tag wird der ehemalige Stasi-Offizier "im besonderen Einsatz" aus der SED ausgeschlossen. Tags darauf flieht er nach West-Berlin.

Als das Interview erscheint, behauptet Modrow, seine Äußerungen seien "komplett frei erfunden". Er behaltete sich rechtliche Schritte vor, sagt er. Bis heute hat der Verlag des "Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung 2007" allerdings keine Korrekturen an dem Berghofer-Interview vornehmen müssen.

-> Zum Ereignis SED-Führung sucht Schuldige auf der Webseite

## Die erste Stasi-Besetzung

4. Dezember 1989: In einem Radiointerview erzählt ein Stasi-Mitarbeiter, dass die Staatssicherheit Unterlagen vernichtet. DDR-Bürgerrechtler wollen das nicht hinnehmen. Noch am selben Tag besetzt ein Bürgerkomitee die erste Stasi-Außenstelle.

### Erfurterinnen machen den Anfang

Am Morgen des 4. Dezember: Der "Berliner Rundfunk" interviewt den Stasi-Mitarbeiter Frank L. Er hat sich selbst bei dem Ostberliner Sender gemeldet. "Es geht mir darum, dass Akten oder Unterlagen oder Papiere verbrannt werden, vernichtet werden, durch den Ofen gehen", sagt er. Damit bestätigt Frank L. Ge-

rüchte, die seit mehreren Tagen kursieren: dass die Stasi systematisch Akten vernichtet, um ihre Machenschaften zu verschleiern.

Mitte November hat die DDR-Regierung dem Ministerium für Staatssicherheit ein neues Etikett verpasst. Aber auch als "Amt für Nationale Sicherheit" ist die Behörde für die Demokratiebewegung nicht akzeptabel. Nach wie vor sehen die Bürgerrechtler in der Stasi eine große Gefahr. Zu Recht, wie sich später zeigt. Die Stasi-Unterlagen enthalten frische Richtlinien "zur Operativen Arbeit in Sammlungsbewegungen". Sie tragen das Datum 2. Dezember 1989.

### **Mit Unterlagen ins Heizhaus**

Einerseits macht die Stasi also weiter wie bisher, andererseits scheint sie zu ahnen, dass ihre Zeit abläuft. Deshalb hat sie begonnen, Beweismaterial zu beseitigen. Frank L. sagt im Hörfunk, sein Dienstvorgesetzter sei mit Unterlagen ins Heizhaus gegangen. In der Umgebung seien dann verbrannte Papierschnitzel zu sehen gewesen.

Die Bürgerrechtler sind alarmiert. Sie wollen, dass die Beweise für die Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Regimes erhalten bleiben. Mutige Frauen der Bürgerinitiative "Frauen für Veränderung" machen in Erfurt den Anfang und initiieren die Besetzung die Stasi-Bezirksverwaltung.

"Der 4. Dezember war der Anfang vom Ende der Staatssicherheit in der DDR", sagt **Barbara Sengewald**. Es sei der erste Schritt gewesen, danach folgte ein langer Kampf bis zur Auflösung der Stasi.

### **Die städtischen Verkehrsbetriebe helfen mit**

Andere Oppositionelle schließen sich den Frauen an. Sogar die Verkehrsbetriebe Erfurts unterstützen sie: Mit einem Lkw blockieren sie den Zugang zum Gebäudekomplex.

Mit zwei angeforderten Militärstaatsanwälte versiegeln die Bürgerrechtler die Archivbestände und sichern somit Unterlagen, die die Stasi "verkollern" will.

Verkollerungsanlagen sind Apparate, in denen Papier zu Klumpen wird.

### **Erfurt ist nur der Anfang**

Die Aktion in Erfurt zeigt Wirkung: Sofort befiehlt der neue Stasi-Chef, Generalleutnant Wolfgang Schwannitz, allen Bezirks- und Kreisdienststellen, die Aktenvernichtung einzustellen. Die Ämter sollen den Bürgerrechtlern entgegengehen, ihnen aber sensible Akten vorenthalten. Sollte er gehofft haben, dadurch weitere Besetzungen wie in Erfurt zu verhindern, sieht er sich sehr bald enttäuscht.

Noch am selben Tag besetzen Oppositionelle die Stasi-Bezirksverwaltungen in Suhl, Leipzig und Rostock. Am 5. Dezember folgen die Stasi-Verwaltungen in den meisten anderen Bezirkshauptstädten. Auch in den Kreisdienststellen gelingt es nach und nach, Akten zu versiegeln und damit vor der Vernichtung zu retten. Ende Dezember 1989 arbeiten von den 15 Bezirksverwaltungen sieben gar nicht mehr, acht nur noch eingeschränkt.

Nur die Stasi-Zentrale in Berlin ist noch funktionsfähig. Erst **Mitte Januar** gelingt es, sie zu besetzen und damit die Geheimpolizei zu entmachten.

-> **Zum Ereignis Die erste Stasi-Besetzung auf der Webseite**

## US-Unterstützung auf Nato-Gipfel in Brüssel

4. Dezember 1989: Die Staats- und Regierungschefs der Nato kommen in Brüssel zu einem Sonder-Gipfel zusammen. US-Präsident George Bush sen. erweist sich als stärkster Unterstützer der deutschen Wiedervereinigung und stellt dazu vier Prinzipien heraus.

### Das neue Europa gestalten

Der amerikanische Präsident berichtet den Gipfelteilnehmern zunächst über sein **Gespräch mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow** am 2. und 3. Dezember an Bord des sowjetischen Kreuzfahrtschiffes „Maxim Gorki“ vor der Küste Maltas. Bush hat Bundeskanzler **Helmut Kohl vorab informiert**

In einer umfassenden Erklärung über die „zukünftige Gestaltung des neuen Europa“ begrüßt Bush im Nato-Hauptquartier die friedliche Revolution in Mittel- und Osteuropa. Das wichtigste Prinzip für die Zukunft Europas müsse die Überwindung der Teilung Europas durch Freiheit sein. Bush betont, die USA hätten die Teilung nie akzeptiert. Jedes Volk habe das Recht, seinen eigenen Weg für ein Leben in Freiheit zu bestimmen. Über vier Jahrzehnte habe man im Bündnis gemeinsam die deutsche Wiedervereinigung unterstützt.

### Bushs vier Prinzipien

**Bush nennt vier Prinzipien**, auf denen das Ziel der deutschen Einigung beruhen soll:

- Erstens müsse Selbstbestimmung angestrebt werden, ohne das Ergebnis zu präjudizieren.
- Zweitens solle sich die Einigung im Kontext der fortwährenden Verpflichtungen Deutschlands gegenüber der Nato und der sich weiter integrierenden Europäischen Gemeinschaft vollziehen und die Rechte und Verantwortlichkeiten der alliierten Mächte in angemessener Weise berücksichtigen.
- Im Interesse der allgemeinen Stabilität in Europa sollten sich drittens Schritte in Richtung Einigung friedlich, allmählich und als Teil eines stufenweisen Prozesses vollziehen.
- Viertens sollten Grenzfragen nach den Prinzipien der Schlussakte von Helsinki behandelt werden, die Veränderungen nur im Einvernehmen aller Beteiligten vorsehen.

**Kohl** freut sich, dass sich Bush nur eine Woche nach der **Verkündung des Zehn-Punkte-Plans** im Bundestag gegenüber den Nato-Partnern so für die deutsche Wiedervereinigung stark macht. Er bekräftigt auf dem Nato-Gipfel, dass es „heute und morgen“ keinen deutschen Sonderweg geben werde. „Wir wollen im Gegenteil eine organische Entwicklung, die den Interessen aller Beteiligten, natürlich auch der Deutschen, Rechnung trägt und ein friedliches Zusammenleben in Europa garantiert.“

### Weg in Richtung deutsche Einheit geebnet

Deutschland, so Kohl, wüsste sehr wohl, dass ohne die feste Solidarität und ohne die zukunftssträchtige Politik des Nato-Bündnisses diese historische Stunde nicht möglich gewesen wäre. Kohl: „Nur mit Rückhalt aller Freunde und Verbündeten können wir unser politisches Ziel verwirklichen: eine europäische Friedensordnung, in der alle Europäer und darin eingeschlossen alle Deutschen in gemeinsamer Freiheit zusammenkommen.“

Der Bundeskanzler ist überzeugt, dass der Auftritt des amerikanischen Präsidenten auf dem Nato-Gipfel dazu beigetragen hat, auf westlicher Seite den Weg in Richtung deutsche Einheit ein wichtiges Stück zu ebnet.

Denn der heftige **Wortwechsel** auf dem Nato-Gipfel zwischen Kohl und dem italienischen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti – unterstützt durch die britische Premierministerin Margaret Thatcher – über die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, zeigt, dass manche Europäer an einer Verlangsamung des Prozesses interessiert sind.

Das **Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantik-Rates** vom 15. Dezember 1989 in Brüssel unterstützt die deutsche Wiedervereinigung. Dort heißt es unter anderem:

„... Wir sind Zeuge schnellen Fortschritts in Richtung auf Demokratie und Freiheit in der DDR und im Ostsektor von Berlin. Die Wiederherstellung der Freizügigkeit war ein besonders bewegendes Ereignis. Die Mauer, die Berlin fast drei Jahrzehnte getrennt hat, ist durchlässig geworden. Es bestehen neue Möglichkeiten, die Trennung Europas und damit Deutschlands und insbesondere auch Berlins zu überwinden. Diese neue Lage öffnet den Weg zu einer immer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten.

Wir streben die Festigung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozess muss sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der einschlägigen Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs und der West-Ost-Zusammenarbeit vollziehen. Er muss auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein.“

-> Zum Ereignis **US-Unterstützung auf Nato-Gipfel in Brüssel auf der Webseite**

## **Genscher verteidigt in Moskau Kohls Zehn-Punkte-Plan**

5. Dezember 1989: Staatspräsident Michail Gorbatschow reagiert im Gespräch mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher in Moskau verärgert auf den Zehn-Punkte-Plan von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Sowjets lehnen eine "künstlich forcierte Wiedervereinigung" ab.

### **Prinzipielle sowjetische Position**

Bereits am Vorabend kommt Genscher mit seinem Amtskollegen Eduard Schewardnadse zusammen. Der teilt ihm nach einem Bericht der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur TASS mit, Kohls **Zehn-Punkte-Plan** komme der Erteilung von Anweisungen an die DDR gleich. Es sei nicht akzeptabel, der DDR zu diktieren, wie sie ihre Beziehungen zum anderen deutschen Staat gestalten solle.

Die Reaktion lässt sich erklären: Denn unmittelbar vorher verlassen der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz, Ministerpräsident Hans Modrow und andere Mitglieder der DDR-Führung Moskau nach ihren Gesprächen mit der sowjetischen Spitze. Die Pkw-Kolonnen der beiden deutschen Delegationen begegnen sich sogar in der Nähe des Flughafens.

**Genscher** erinnert sich später an diesen Tag als seine „unerfreulichste Begegnung“ mit Generalsekretär Gorbatschow. Die sowjetische Seite habe ihre prinzipielle Einstellung zur deutschen Frage dargelegt. Gorbatschows Erwartungen hätte es entsprochen, so Genscher, wenn man die zehn Punkte erst nach einem Meinungsaustausch formuliert hätte.

### **Schicksal der Deutschen eingebettet in Schicksal Europas**

Vor der Presse in Moskau erklärt Genscher, er habe Gorbatschow "die Regierungserklärung" des Kanzlers erläutert. Der Außenminister versichert Gorbatschow, dass die Bundesrepublik sich ihrer besonderen Verantwortung für die Stabilität in Europa voll bewusst sei. Sie plane keinen Alleingang, sondern sehe das



Schicksal der Deutschen eingebettet in das Schicksal Europas.

Genscher betonte, die Politik der Bundesregierung in dieser Zeit der Veränderung beruhe auf dem Moskauer Vertrag, auf den Verträgen mit Warschau und Prag, dem Grundlagenvertrag mit der DDR sowie auf der KSZE-Schlussakte von Helsinki. Zur polnischen Westgrenze gelte, was er vor den Vereinten Nationen gesagt und was der Bundestag in einer Resolution aufgegriffen habe.

### **Positive Botschaft aus Moskau**

Beim Abschied lässt Genscher eine Bemerkung des Generalsekretärs aufhorchen: „Wenn der gesamteuropäische Prozess und die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesregierung sich gut entwickelten, dann wird es auch in der deutschen Frage neue Entwicklungen geben können.“ Für Genscher eine klare Botschaft: Das Tor zur deutschen Einheit hat sich bereits geöffnet. Alles würde jetzt davon abhängen, den Weg dorthin als ein Element gesamteuropäischer Entwicklungen zu gestalten.

Genscher verlässt Moskau in der Gewissheit, dass die sowjetische Führung sich im Grunde schon auf die deutsche Vereinigung eingestellt hat. Sie möchte den Weg dorthin allerdings mitbestimmen.

-> **Zum Ereignis Genscher verteidigt in Moskau Kohls Zehn-Punkte-Plan auf der Webseite**

## **Seiters und Modrow streichen Zwangsumtausch**

5. Dezember 1989: Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow einigen sich auf Schritte, die das Reisen zwischen den beiden deutschen Staaten leichter machen. Für die Westdeutschen sollen zum Jahresende Zwangsumtausch und Visagebühren entfallen.

### **Eine Devisenquelle der DDR**

Seit 1964 müssen Bundesbürger bei DDR-Besuchen und Besuchen in Ostberlin D-Mark in DDR-Mark umtauschen – und zwar eins zu eins. Erst sind es pro Reisetag fünf beziehungsweise drei D-Mark (Ostberlin), ab 1973 zwanzig beziehungsweise zehn Mark, ab 1980 immer 25 D-Mark. Nur Kinder unter sechs Jahren sind davon befreit, bis zum 15. Lebensjahr sind 7,50 D-Mark fällig. Für alle Reisenden über 16 kommen Visagebühren hinzu, zuletzt 15-D-Mark. Allein durch den Zwangsumtausch – offiziell „Mindestumtausch“ – nimmt die DDR rund 4,5 Milliarden D-Mark ein.

Visa und Zwangsumtausch passen nicht mehr zu den offenen Grenzen zwischen den beiden deutschen Staaten. Deshalb sollen sie zum 31. Dezember 1989 entfallen. Später wird dieser Termin um eine Woche vorverlegt: Schon **Heiligabend** verlangt die DDR keinen Mindestumtausch und keine Sichtvermerke mehr.

### **Fonds für Reisezahlungsmittel**

Seiters und Modrow verständigen sich auch darauf, wie **DDR-Bürger an Geld für Westreisen** kommen sollen: Ab Januar 1990 sollen Erwachsene pro Person 200 DDR-Mark in D-Mark umtauschen können, 100 davon im Verhältnis 1:1, weitere 100 im Verhältnis 5:1. (Der Schwarzkurs liegt zu dieser Zeit bei 10:1 bis 15:1.) Dazu schaffen Bundesrepublik und DDR einen gemeinsamen Fonds, in den jede Seite 750 Millionen D-Mark einzahlen sollen. Dafür entfällt das bisherige „Begrüßungsgeld“, das DDR-Bürger bei ihren ersten Besuchen im Westen bekommen konnten.

Ende 1990 soll eine Überprüfung dieser Regelung stattfinden. Das ist dann allerdings nicht mehr notwendig, denn da ist Deutschland schon wiedervereinigt.

## Das Reiseziel des Bundeskanzlers

Und auch in diesem Punkt werden sich Seiders und Modrow einig: Ziel der geplanten DDR-Reise von Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember soll Dresden sein. Nach Ostberlin will Kohl nicht fahren, in Leipzig will ihn die DDR-Regierung nicht haben. Und die Wartburg erscheint beiden Seiten zu symbolträchtig, wie Modrow später schreibt. Immerhin akzeptiert er im Gespräch mit Seiders, dass **Kohl in Dresden** auf einer öffentlichen Veranstaltung spricht. Welche Folgen das haben wird, kann Modrow am 5. Dezember 1989 noch nicht ahnen.

Für das Treffen in Dresden ist auch eine gemeinsame Willenserklärung zur Bildung einer Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten geplant, wie sie Kohl in seinem **Zehn-Punkte-Programm** am 28. November 1989 vorgeschlagen hatte. Der sowjetische Präsident habe die DDR-Führung „ausdrücklich“ zu einer Vertragsgemeinschaft ermutigt, sich aber gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen, berichtet Modrow von einem **Gespräch mit Michail Gorbatschow**. Vielmehr gehe es um die Existenz zweier unabhängiger deutscher Staaten.

-> Zum Ereignis Seiders und Modrow streichen Zwangsumtausch auf der Webseite

## Aus für Krenz

6. Dezember 1989: Egon Krenz legt sein Amt als Staatsoberhaupt nieder. Das Amt des SED-Generalsekretärs war er schon drei Tage zuvor losgeworden. Krenz zieht damit die Konsequenzen aus der offenen Ablehnung in der Bevölkerung.

### "Egon allein, das darf nicht sein!"

"Im Interesse der Stabilität der DDR und der notwendigen revolutionären Erneuerung unseres Landes trete ich von meiner Funktion als Vorsitzender des Staatsrates und Vorsitzender des nationalen Verteidigungsrates der DDR zurück." Mit diesen Worten tritt Egon Krenz von seinen Ämtern zurück.

Sofort nach seiner Wahl zum Staatsratsvorsitzenden sind Tausende auf die Straße gegangen, um zu demonstrieren: "Wir sind keine Fans von Krenz!" und "Egon allein, das darf nicht sein!". Die Menschen lehnen Krenz als Nachfolger Honeckers ab. Sie wollen nicht den Kronprinzen, von dem keine Reformen zu erwarten sind. Zumal er im Mai 1989 als oberster Wahlleiter die systematischen Wahlfälschungen bei der DDR-Kommunalwahl gedeckt hat.

### Die Macht der SED sichern

Während seiner kurzen Amtszeit bringt Krenz nichts auf den Weg, was seine Glaubwürdigkeit stärken könnte. In seiner Antrittsrede hat Krenz zwar von "Wende" gesprochen, aber er hat nur geringfügige Änderungen des bestehenden Systems gemeint. Auch nach der Maueröffnung am 9. November hat sich an seinen Absichten wenig geändert: Seine Reformbestrebungen zielen darauf ab, die Revolution im Lande einzudämmen – und die Macht der SED zu erhalten. Er will retten, was im Grunde nicht mehr zu retten ist.

### Krenz bleibt uneinsichtig

Acht Jahre später, im August 1997, verurteilt das Berliner Landgericht Egon Krenz als einen der Hauptverantwortlichen für die tödlichen Schüsse an der innerdeutschen Grenze zu sechs Jahren und sechs Monaten Gefängnis. Gegen seine Verurteilung erhebt Krenz Verfassungsbeschwerde. Er bezeichnet das Urteil als "Kalten Krieg im Gerichtssaal". Ohne Erfolg. Er muss seine Haftstrafe am 13. Januar 2000 in der Justizvoll-

zugsanstalt Berlin-Hakenfelde antreten. Am 22. März 2001 verwirft der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Menschenrechtsbeschwerde, die Krenz eingelegt hat.

Am 18. Dezember 2003 wird er nach knapp vier Jahren vorzeitig aus der Haft entlassen. Der Rest der Strafe wird zur Bewährung ausgesetzt.

-> [Zum Ereignis Aus für Krenz auf der Webseite](#)

## Premiere für den "Runden Tisch"

7. Dezember 1989: Zum ersten Mal tagt der "Zentrale Runde Tisch". Damit ist eine Forderung der neuen Parteien und Oppositionsgruppen erfüllt. Jetzt sehen sich die Machthaber gezwungen, ihre Macht zu teilen. Die Friedliche Revolution hat eine neue Stufe erreicht.

### "Bestandteil der öffentlichen Kontrolle"

Der "Runde Tisch" ist zwar nicht rund, sondern viereckig, aber das ändert nichts am Charakter dieses Forums. Man tagt auf neutralem Boden – im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in der Nähe des Friedrichstadtpalasts – und man bestimmt drei Geistliche als Moderatoren: einen Katholiken, einen Protestanten und einen Methodisten. Eigentlich sollen sie nur die erste Sitzung leiten, doch dann sollen sie weitermachen.

Die Idee, Vertreter der Macht und der Opposition gleichberechtigt an einen Tisch zu bringen, stammt aus Polen, aus der Phase des Übergangs vom Sozialismus zur Demokratie.

### Alte und neue Kräfte gleich stark

Die SED und die vier Blockparteien haben je drei Vertreter, also insgesamt 15. Dieselbe Zahl an Vertretern stellen Neues Forum (drei Stimmen) sowie die anderen neuen Gruppen (je zwei Stimmen). Später kommen noch für jede Seite vier Vertreter weiterer Organisationen hinzu.

Im "Selbstverständnis", dass der Runde Tisch in seiner ersten Sitzung beschließt, heißt es, er verstehe sich "als Bestandteil der öffentlichen Kontrolle". Und noch am selben Tag fordert er die Regierung auf, das "Amt für Nationale Sicherheit", wie die Stasi inzwischen heißt, aufzulösen. Tatsächlich wird der neue Regierungschef Hans Modrow das am folgenden Tag veranlassen – und wenige Tage später zwei neue Geheimdienste gründen lassen.

### 16 lange Sitzungen

Bis März 1990 tagt der Runde Tisch 16-mal. Jedes Mal mehrere Stunden. Er beschließt rund hundert Gesetzentwürfe und am Ende sogar einen neuen Verfassungsentwurf für die DDR. Dieser Verfassungstext findet jedoch kaum Resonanz – weder in der ersten frei gewählten Volkskammer, noch in der Bevölkerung. Denn die Autorinnen und Autoren haben hohe Hürden für eine Wiedervereinigung Deutschlands errichtet.

Das [Wahlergebnis vom 18. März 1990](#) wird dagegen zeigen: Die große Mehrheit der Menschen wünscht sich, dass die Einheit zügig kommt.

### Parteien und Gruppen gewinnen Profil

Gleichwohl hat der Runde Tisch mindestens zwei große Verdienste: Zum einen findet er in der ganzen DDR Nachahmer, sodass auch auf kommunaler und regionaler Ebene immer mehr "SED-Fürsten" ihre Macht abtreten müssen. Zum anderen gibt er den beteiligten Parteien und Gruppen die Chance, in der Öffentlichkeit Profil zu gewinnen.

Ab Januar 1990 überträgt das DDR-Fernsehen die Sitzungen live, sodass das Fernsehpublikum beobachten kann, wer für welche Politik steht. Die Blockparteien beweisen dabei immer mehr Unabhängigkeit von der SED.

-> Zum Ereignis Premiere für den "Runden Tisch" auf der Webseite

## **EG-Gipfel: Tauwetter in Straßburg**

8. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher sehen sich in Straßburg elf europäischen Staats- und Regierungschefs gegenüber, die teilweise noch immer vom Mauerfall und einer möglichen deutschen Wiedervereinigung geschockt sind.

### **Anfangs eisige Stimmung**

Eine derart eisige Atmosphäre habe er bei einem europäischen Gipfeltreffen noch nie erlebt, schreibt Altkanzler Kohl später in seinen Erinnerungen.

Angesichts dieser Ablehnung drängt sich die Frage auf: Haben manche europäische Politiker das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nur mitgetragen, solange es sich nicht verwirklichen ließ?

### **Unterschiedliche Haltungen zur deutschen Einheit**

Unter den elf Staats- und Regierungschefs sind die Positionen zur deutschen Frage unterschiedlich. Neben ungeteilter Zustimmung zur deutschen Einheit (Spanien, Irland) gibt es gerade bei Briten, Italienern und Franzosen große Sorgen vor einem wiedererstarkten Deutschland in der Mitte Europas, das möglicherweise wieder eigene Wege gehen könnte. Auch befürchtet man, ein wiedervereinigtes Deutschland könne die europäischen Grenzen wieder in Frage stellen. Konkret bezieht sich das auf die Oder-Neiße-Grenze zu Polen. Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher versichern den europäischen Partnern immer wieder, Deutschland bleibe selbstverständlich ein engagiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Daran könne es keinen Zweifel geben. Einen deutschen Sonderweg werde es nicht geben.

Um die Einbindung Deutschlands in Europa noch zu verstärken, strebt Frankreichs Präsident François Mitterrand als amtierender EG-Ratspräsident für 1990 eine Regierungskonferenz an. Sie soll die Integration Europas vorantreiben. Insbesondere will er die Bundesregierung dazu bewegen, den Weg zu einer einheitlichen europäischen Währung mitzugehen.

### **Deutsche und europäische Einigung parallel**

Am Ende des Gipfeltreffens von Straßburg ist der Durchbruch geschafft: Die Partner erkennen das Recht Deutschlands auf staatliche Einheit an. Gleichzeitig gibt der Gipfel einen neuen Impuls für die europäische Integration. Für Kohl und Mitterrand ist klar, dass die deutsche und die europäische Einigung parallel verlaufen sollen.

Tatsächlich nimmt 1990 eine Regierungskonferenz die Beratungen zu einem neuen Vertrag auf. 1993 tritt er als "Vertrag von Maastricht" in Kraft. Die "Europäische Gemeinschaft" wird dadurch zur "Europäischen Union". Der Grundstein für die gemeinsame europäische Währung, den Euro, ist gelegt.

### **EG unterstützt mittel- und osteuropäische Länder**

Vom Straßburger Gipfel geht auch ein Signal der Solidarität mit den Ländern Mittelost- und Osteuropas aus. Es folgen Handels- und Kooperationsabkommen, aber auch konkrete Hilfen – zum Beispiel Agrarlieferun-

gen an Polen. Um den Reformstaaten zu helfen, beschließt der Europäische Rat außerdem die Gründung einer "Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung".

-> Zum Ereignis EG-Gipfel: [Tauwetter in Straßburg auf der Webseite](#)

## **Deutsch-deutsches Naturschutzprojekt**

9. Dezember 1989: 400 Naturschützer aus Ost und West präsentieren ihre Idee für die innerdeutsche Grenze, die seit dem Mauerfall ihren Zweck verloren hat, Menschen an der Flucht zu hindern: Aus dem Todesstreifen soll ein "Grünes Band" werden.

### **1.400 Kilometer lang, 500 Meter breit**

Fast 1.400 Kilometer lang, an den meisten Stellen rund 500 Meter breit und 28 Jahre lang so gut gesichert wie keine andere Grenze der Welt: die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland. Gebaut, um die Menschen an der Flucht in den Westen zu hindern, ist sie jetzt nutzlos geworden. Doch was soll aus der riesigen Fläche werden?

### **"Grünes Band" soll bedrohte Arten schützen**

Wo jahrelang Deutsche auf Deutsche schießen und fast 1.000 Menschen ihr Leben lassen müssen, kann sich die Natur ungebremst entfalten. Stacheldraht und Tretminen schützen Tiere und Pflanzen. Nach dem Mauerfall findet man hier 600 bedrohte Tier- und Pflanzenarten.

Heute sind die Grenzanlagen weitestgehend verschwunden, aber der lange "Grünstreifen" ist geblieben. Dass dieses Rückzugsgebiet für die Natur noch existiert, ist einer gemeinsamen Initiative ost- und westdeutscher Naturschützer zu verdanken. Der Anstoß für das "Grüne Band" stammt von Kai Frobels, heute Leiter des Projekts.

Frobels wächst auf der Westseite der Grenze auf. Mit 14 beginnt er, Vögel zu erfassen. Seltene Arten findet er im Grenzstreifen. Schon als die Mauer noch steht, nimmt er Kontakt zu jungen Vogelschützern im Osten auf. "Blockübergreifende Aktivitäten" nennt das die Staatsicherheit der DDR. Sie protokolliert alle seine Schritte. Denn die Umweltbewegung, die Anfang der 80er Jahre im Westen entsteht, macht der SED Angst. Die Machthaber wollen verhindern, dass die Diskussion auf die DDR übergreift – was ihnen allerdings nicht gelingt.

### **Eins der größten Naturschutzprojekte Deutschlands**

Ein Monat nach dem Fall der Mauer, am 9. Dezember 1989, kommt es tatsächlich zu "blockübergreifenden Aktivitäten". Erstmals treffen sich die Umweltbewegungen aus beiden Teilen Deutschlands. Kai Frobels und der "Bund für Umwelt und Naturschutz" haben ost- und westdeutsche Umweltschützer eingeladen.

Aus der DDR kennen die Veranstalter nur 27 Adressen, aber der Termin spricht sich herum. Es kommen 400 Teilnehmer. "Das war der Startschuss für eines der größten Naturschutzprojekte, die es in Deutschland gibt", sagt Frobels.

### **Nationales Naturerbe und Erinnerungsort**

Das "Grüne Band" ist der größte zusammenhängende Biotopverbund Deutschlands. 2003 hat der ehemalige sowjetische Präsident Michail Gorbatschow die Schirmherrschaft übernommen. Seit 2005 ist das "Grüne Band" als "Nationales Naturerbe" anerkannt.

Wie schutzbedürftig es ist, zeigt, dass heute 15 Prozent der Fläche schon wieder für die Natur verloren sind: durch neue Verkehrswege, hier und da durch Privathäuser und Gewerbebetriebe.

Neben Biotopen und seltenen Tierarten ist im "Grünen Band" heute eine ganze Reihe von Erinnerungsstätten und Grenz Museen zu finden. Sie erinnern an die Jahre, in denen hier für Menschen höchste Lebensgefahr herrschte. Die "Erlebnisstraße der deutschen Einheit" verbindet die 80 Grenzdenkmale und 25 Grenz Museen.

-> [Zum Ereignis Deutsch-deutsches Naturschutzprojekt auf der Webseite](#)

## Treffen der Alliierten in Berlin

11. Dezember 1989: Seit 18 Jahren ist das Alliierte Kontrollratsgebäude am Berliner Kleistpark nahezu ungenutzt. Nun erwacht es plötzlich zu neuem Leben. Die Siegermächte sprechen über die Entwicklung in Deutschland.

### Erstmals seit 18 Jahren

Zuletzt haben sich die USA, die Sowjetunion, England und Frankreich hier 1971 getroffen: um das Viermächteabkommen über Berlin zu besiegeln. Auch zuvor stand das Gebäude weitgehend leer, denn die Sowjetunion hatte den Kontrollrat 1948 verlassen. 1945 hatten die ehemaligen Kriegsalliierten im Potsdamer Abkommen ihre "Gesamtverantwortung für ganz Deutschland" unterstrichen. Doch drei Jahre später konnten sie sich nicht mehr darüber einigen.

Die Flugüberwachung für West-Berlin und die Bewachung des letzten Kriegsverbrechers Rudolf Heß im Gefängnis Berlin-Spandau – das waren im Kalten Krieg die einzigen konkreten Aufgaben des Alliierten Kontrollrats. Sollte sich das nun, mit dem Treffen der vier Botschafter der USA, Frankreichs, Großbritanniens und der Sowjetunion, ändern?

### Ein Treffen ohne Ergebnis

Das Treffen leitet der amerikanische Botschafter Vernon Walters, der turnusgemäß den Vorsitz hat. Ausgegangen ist die Initiative vom sowjetischen Botschafter in der DDR, Wjatscheslaw Iwanowitsch Kotschemasow. Er hat in seiner Einladung vorgeschlagen, über die Entwicklungen in der DDR zu sprechen. Formal steht auf der Tagesordnung aber die "Berlin-Initiative" des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan von 1987. Sie hat das Ziel, den Luftverkehr von und nach Berlin auszubauen.

Der sowjetische Botschafter erweitert die Diskussion, so erinnern sich Teilnehmer, schnell auf die Entwicklung in Deutschland nach dem Fall der Mauer. Die vier Mächte hätten, gerade aufgrund der Geschichte des Zweiten Weltkrieges eine besondere Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Stabilität in Europa. Kotschemasow schlägt weitere Treffen und die Bildung von Arbeitsgruppen vor. Sie sollten "gemeinsame Positionen der vier Staaten hinsichtlich ihrer Verantwortlichkeiten" erarbeiten.

Die gemeinsame Pressemitteilung, die alle vier Botschafter am Ende verfassen, bezieht sich jedoch ausdrücklich nur auf das Berliner Viermächteabkommen von 1971. In der Mitteilung heißt es: "Der russische Botschafter machte einige Bemerkungen allgemeiner Natur, die von den westlichen Botschaftern an ihre Regierungen übermittelt werden." Ein weiteres Treffen wird nicht konkret vereinbart. Es wird, so wird später klar, auch kein weiteres Treffen geben.

## **Sorgen in Bonn**

Bei Bundeskanzler Helmut Kohl hat das Treffen der Alliierten Besorgnis ausgelöst. Aus deutscher Sicht ist zu befürchten, dass die vier Siegermächte ihre Kontrollmacht, die formal immer noch besteht, nutzen könnten, um auf den Vereinigungsprozess in Deutschland Einfluss zu nehmen. Die USA, Frankreich und England sind unterschiedlicher Meinung über den Sinn dieses Treffens. Aber ablehnen wollen alle westlichen Mächte die Initiative der Sowjetunion nicht. Zu groß ist die Sorge, dass sich Moskau den Veränderungen in Deutschland und Europa entgegenstellen könnte.

Erstmals in der Geschichte des Alliierten Kontrollrates verschicken die USA ihren Brief zur Tagesordnung nicht nur an die drei anderen Alliierten, sondern auch an die Bundesregierung. Und es gibt ein Vorbereitungstreffen der westlichen Alliierten mit Vertretern der Bundesregierung. Schließlich schlagen die USA vor, über Berlin, nicht aber über ganz Deutschland reden. Ein Zeichen dafür, dass Fragen über die deutsche Vereinigung nicht ohne die Deutschen behandelt werden sollen.

## **Keine Verhandlungen mehr ohne Deutschland**

Drei Tage später kommt es zum Treffen der Nato-Außenminister in Brüssel, auf dem Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Treffen des Alliierten Kontrollrates nach seinen Erinnerungen deutlich kritisiert.

Das Kommuniqué der Nato-Ministertagung stellt dann fest: "Wir streben die Festigung des Zustands des Friedens in Europa an, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Dieser Prozess muss sich auf friedliche und demokratische Weise, unter Wahrung der einschlägigen Abkommen und Verträge sowie sämtlicher in der Schlussakte von Helsinki niedergelegten Prinzipien im Kontext des Dialogs und der West-Ost-Zusammenarbeit vollziehen. Er muss auch in die Perspektive der europäischen Integration eingebettet sein."

Mit dieser Erklärung bestätigen die Nato und damit auch die drei westlichen Alliierten, dass Deutschland selbst über den Weg zu seiner Einheit bestimmen kann. Eine Entscheidung durch die Siegermächte über den Kopf der Deutschen hinweg kann es nicht mehr geben.

-> [Zum Ereignis Treffen der Alliierten in Berlin auf der Webseite](#)

## **Amnestie: Freilassung der ersten politischen Häftlinge**

12. Dezember 1989: Knapp 17.000 politische Häftlinge werden begnadigt und können die DDR-Gefängnisse verlassen. Durch die weitreichende Amnestie kommt die ideologisch motivierte Strafjustiz der DDR an ihr Ende.

### **Die Gefangenen fordern ihre Freilassung**

Bereits am 27. Oktober 1989 hatte der Staatsrat der DDR eine Amnestie für inhaftierte „Republikflüchtlinge“ erlassen.

Den übrigen Gefangenen und gerade den politischen Häftlingen erscheint diese Begnadigung willkürlich. Sie fühlen sich benachteiligt und reagieren mit Protest. Viele der Inhaftierten weigern sich zu arbeiten und treten in den Hungerstreik.

Aus ihrer Sicht haben führende Partei- und Staatsfunktionäre weitaus schwerere Straftaten begangen als die Delikte, für die sie einsitzen. Korrupte Beamte sollten gleichermaßen verurteilt werden. Die Häftlinge wollen eine umfassende Generalamnestie erzwingen.

Die Lage in den maßlos überfüllten Gefängnissen ist angespannt und droht zu eskalieren. Die Forderungen einer Generalamnestie für alle Gefangenen kann das DDR-Justizministerium nicht ohne Weiteres erfüllen. Eine differenzierte Amnestie, insbesondere für politische Straftäter, ist jedoch möglich. Schwerverbrecher bleiben weiter in Haft.

### **Amnestiebeschluss am 6. Dezember**

Der Staatsrat der DDR beschließt am 6. Dezember 1989 die Amnestie für Straftäter, die vor diesem Datum wegen vorsätzlicher und fahrlässiger Vergehen zu Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren verurteilt worden sind. Die Freilassung dieser Inhaftierten stelle keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung dar.

Bei einer Pressekonferenz nennt die Leiterin der Hauptabteilung Gerichte im Justizministerium, Karin Schüller, als Grundsatz der Amnestie, fortan politische Aktivitäten auf der Grundlage der Verfassung nicht mehr zu kriminalisieren. Das Strafrecht solle nur zur Anwendung kommen, wenn jemand politische Ziele mit Terror, Gewalt und Drohung durchsetzen wolle.

Am 12. Dezember kommen die ersten Gefangenen frei. Bis Weihnachten wird bereits mehr als die Hälfte aller Häftlinge freigelassen, die von der Begnadigung betroffen sind. Mitte Februar 1990 ist die Amnestie abgeschlossen.

Erst da wird offiziell bekannt, dass die pauschale Dreijahresgrenze auch durch die Befürchtungen begründet war, die Lage in den Gefängnissen könne außer Kontrolle geraten. Der Amnestiebeschluss ist daher ein politisches Zeichen und soll gleichzeitig eine Eskalation verhindern.

-> [Zum Ereignis Amnestie: Freilassung der ersten politischen Häftlinge auf der Webseite](#)

## **Die Stasi soll sich weiter wandeln**

14. Dezember 1989: Der DDR-Ministerrat beschließt die Auflösung des "Amtes für Nationale Sicherheit". Aus der Nachfolge-Organisation der "Stasi" soll ein neues "Amt für Verfassungsschutz" werden. Doch die sanfte Wandlung scheidet am Widerstand der Straße.

### **Mit Umbenennung nicht getan**

Nur widerwillig löst sich das Regime von der Macht. Es ist die Macht, die das Regime verlässt: Begleitet von Namenswechseln und Kursmanövern kämpft im Herbst 1989 auch das Ministerium für Staatssicherheit ums Überleben. Erst im November 1989 war die "Stasi" umbenannt worden: in "Amt für nationale Sicherheit". Unter neuem Namen hofft mancher nun auf ein Fortbestehen des alten Gefüges. Doch der alte DDR-Geheimdienst, einst "Schild und Schwert der Partei", der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, steckt in der Krise.

Während sich immer mehr Stasi-Mitarbeiter im Stillen zurückziehen, ist die SED zu schwach, um noch einmal "Schild und Schwert" zu heben: Das DDR-Parlament, die "Volkskammer", hat den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung gestrichen. Nun sind die Genossen Teil einer Koalitionsregierung. Sie können ihre alten Beschützer nicht mehr schützen. Gleichwohl: Viele versuchen es.

### **Bürger besetzen Stasi-Zentralen**

Zumindest den Niedergang wollen viele ein wenig bremsen. Aus dem Ministerium für Staatssicherheit ist zunächst das "Amt für Nationale Sicherheit" geworden. Aus dem soll jetzt ein "Amt für Verfassungsschutz" entstehen. Doch es regt sich Unmut in der Bevölkerung.



Vielen sei klar gewesen, dass der Apparat weiterarbeiten würde wie zuvor, sagt **Hannelore Köhler**. "Das wollten wir nicht."

Es ist denn auch der Widerstand der Bürger, der die Kette trügerischer Wandlungen unterbricht: Zuerst sind da die Forderungen der Montagsdemonstranten: "Stasi in die Produktion".

Aufgerüttelt durch Gerüchte um Aktenvernichtungen, greifen die Bürger schließlich zum Äußersten. Sie stürmen die Kommandozentralen der Stasi. In **Erfurt**, Rostock und Leipzig verschaffen sie sich Zugang zu den Quartieren ihrer alten Peiniger. Es geht um ein kostbares Gut: Wissen. Endlich Freund und Feind erkennen. Wer hat mitgemacht?

In den Archiven der Stasi lagern Akten und die Hoffnung auf Wahrheit. Im Rausch der Ereignisse nutzt auch mancher abtrünnige Spitzel die Gunst der Stunde, um Schriften zu vernichten. Spuren werden verwischt.

### **Der Runde Tisch drängt auf Entscheidung**

Die Ereignisse bestimmen auch das Geschehen am **Runden Tisch**. Die SED gerät unter Druck, stimmt schließlich der "Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit" zu. Doch nicht nur die SED hadert: Sogar auf Seiten der Opposition sitzen vereinzelte Stasi-Spitzel mit am Runden Tisch. Stimmen sie der Auflösung des Geheimdienstes zu, müssen sie um ihre Enttarnung fürchten: Offene Stasi-Archive könnten auch ihre Taten preisgeben. Stimmen sie jedoch gegen die Schließung, geraten sie erst recht in Erklärungsnot.

Manche politischen Akteure dieser Tage entgehen ihrer Enttarnung nicht. Und das von der Regierung Modrow angestrebte "Amt für Verfassungsschutz" kommt nicht mehr zustande.

-> Zum Ereignis Die Stasi soll sich weiter wandeln auf der Webseite

## **Gründungsparteitag des "Demokratischen Aufbruch"**

16. Dezember 1989: In Leipzig gründet sich an diesem Wochenende der "Demokratische Aufbruch" als Partei. In seinem Programm bekennt er sich zu den Menschenrechten, zu einer ökologischen Marktwirtschaft und zum Recht aller Deutschen, "in einem einheitlichen Staat leben zu können".

### **Weichenstellung vollzogen**

Mit seinem Leipziger Parteitag stellt der "Demokratische Aufbruch" (DA) nach wochenlangem Hin und Her die Weichen: Aus der Bewegung wird endgültig eine Partei. Und auch der politische Richtungskampf ist jetzt entschieden. Im Programm, das der Parteitag beschließt, ist von Sozialismus nicht mehr die Rede.

In der "Vorläufigen Grundsatzerklärung" des DA vom **Oktober 1989** stand noch zu lesen: "Die kritische Haltung ... zum real-existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung: Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus."

Zu den wichtigsten Punkten des neuen Programms gehören die Absage an zentralistische und autoritäre Strukturen, ein deutliches Ja zu freien Wahlen und zur Parteiendemokratie, die Forderung nach Wiedereinführung der Länder und nach einer Überwindung der deutschen Spaltung.

"Wir waren zum ersten Mal dabei, ein eigenes politisches Programm zu entwickeln", sagt Mitbegründer und Bürgerrechtler Rainer Eppelmann. "Nicht mehr Diktatur, sondern Demokratie."

### **Bündnis mit Ost-CDU und DSU**

Die Mitbegründer des DA – darunter Daniela Dahn, Ehrhart und Hildigund Neubert, Günter Nooke, Edelbert Richter, Wolfgang Schnur und Friedrich Schorlemmer – haben teilweise sehr unterschiedliche Ansich-

ten. So wollen Richter und Schorlemmer ein Bündnis mit der **SDP**, können sich damit Ende Dezember 1989/Anfang Januar 1990 aber nicht durchsetzen. Der DA verliert Mitglieder, darunter auch prominente, kann aber insgesamt mehr Zu- als Abgänge verzeichnen. Unter denen, die sich dem DA anschließen, ist auch die Physikerin Angela Merkel.

Am 5. Februar 1990 schließt sich der DA mit der Ost-CDU und der Deutschen Sozialen Union zusammen: Als "**Allianz für Deutschland**" treten die drei Parteien gemeinsam bei der **ersten freien Volkskammerwahl** an.

Zum Vorsitzenden wählt der Parteitag den Rechtsanwalt Wolfgang Schnur. Kurz vor der Volkskammerwahl muss er zurücktreten – er wird als langjähriger Stasi-Spitzel enttarnt.

-> Zum Ereignis Gründungsparteitag des "**Demokratischen Aufbruch**" auf der Webseite

## Von der SED zur PDS

16. Dezember 1989: Die Bürgerrechtsbewegung hatte es geschafft, die politische Führung im Herbst 1989 zu entmachten. Nun stand die SED vor der Frage: Wie weiter? Am Wochenende 16./17. Dezember 1989 trifft sich die SED in Ostberlin zu einem großen Sonderparteitag.

### Sorge um die "Hauptamtlichen"

Der Sonderparteitag ist nötig geworden, weil der Zerfallsprozess der SED als staatstragende Partei immer schneller vorangeschritten ist: Kurz nach den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 war **Erich Honecker als Staats- und Parteichef gestürzt** worden. **Nachfolger Egon Krenz** hat alle Ämter nach anhaltender Kritik wieder niedergelegt.

Verzweifelt suchen die Parteistrategen nach einer Möglichkeit, den Zerfall aufzuhalten. Junge, unverbrauchte Parteimitglieder, die sich durch kritische Positionen ausgezeichnet haben, sollen die innerparteiliche Reform voranbringen. Deshalb hat die SED am 9. Dezember Gregor Gysi auf einem außerordentlichen Parteitag zum neuen Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter sind die Mitinitiatoren der innerparteilichen Reformen Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden, und Hans Modrow, früherer Erster Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden und seit November **DDR-Ministerpräsident**.

### Auflösung oder Reform?

Jetzt will die Partei eine erste Bilanz ziehen. Die erste Phase der Umgestaltung scheint abgeschlossen. Alte, festgefahrene Verhältnisse sind aufgebrochen, der Boden für grundlegende Veränderungen ist bereitet. Die Frage ist, ob sich die SED auflösen muss, oder ob sie sich von innen heraus grundlegend verändern und erneuern lässt. Viele plädieren für einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit. Redner sprechen über das Unrecht der SED, nennen es "Stalinismus in der DDR". Man distanziert sich von den führenden Hauptpersonen, von Leuten wie Erich Honecker und Egon Krenz.

Doch die Mehrheit kann sich nicht zu einer Selbstaflösung und einem eindeutigen Neuanfang durchringen. Der neue Parteichef Gysi appelliert an die Mitglieder: "Die Auflösung der Partei und ihre Neugründung wäre meines Erachtens eine Katastrophe für die Partei."

### Besitzstandswahrung und programmatische Reform

Schließlich entscheidet sich die breite Mehrheit der Delegierten für den pragmatischen Weg: Die Partei soll bestehen bleiben, sich aber von innen heraus erneuern. Vor allem soll die Abkehr vom zentralistischen Herr-

schaftsanspruch des Stalinismus überzeugend in neuen Programmen verankert werden. Aber auch die Sorge um das Parteivermögen und um die Zukunft hauptamtlichen Mitarbeiter spielt eine Rolle. Immerhin geht es um 44.500 Genossen.

Der Parteitag folgt mehrheitlich Gysi, der für eine inhaltliche Neuausrichtung an der Idee des "demokratischen Sozialismus" plädiert. Die Programmatik soll auch in der Namensgebung zum Ausdruck kommen: Die SED erweitert deshalb ihren Namen und heißt nun: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des demokratischen Sozialismus (SED-PDS).

Erst im Vorfeld der **ersten freien Wahl** in der DDR wird die Partei im Februar 1990 die belastende Bezeichnung SED aufgeben. Sie erinnert an die Zeit der "Diktatur des Proletariats". Und damit möchte sich die umbenannte Partei nicht mehr in Verbindung gebracht sehen.

-> [Zum Ereignis Von der SED zur PDS auf der Webseite](#)

## **Kohl dankt den Ungarn**

16. Dezember 1989: Ungarns Entscheidung, seine Westgrenze für DDR-Flüchtlinge zu öffnen, hat die Entwicklung in der DDR erheblich beschleunigt. Bundeskanzler Helmut Kohl reist deshalb nach Budapest, um den Ungarn zu danken und ihnen Unterstützung zuzusagen: Unterstützung auf ihrem Weg in das vereinte Europa.

### **Ein aufschlussreiches Gespräch**

"Der 10. September 1989, der Tag der Öffnung der ungarischen Grenze auch für die Deutschen aus der DDR, wird ein Markstein in der Geschichte unserer beiden Staaten und Völker bleiben. Ungarn hat damals den ersten Stein aus der Mauer geschlagen", sagt Kohl in Budapest. Am 16. Dezember 1989 verleiht ihm die Lorand-Eötvös-Universität die Ehrendoktorwürde, zwei Tage später hält der Kanzler eine Rede vor dem ungarischen Parlament.

Kohls Botschaft lautet: "Die gemeinsame Kultur ist das stärkste Band, das Europa zusammenschließt. Es vereint – über alle trennenden Grenzen hinweg, die auch heute noch bestehen und die es zu überwinden gilt – das Europa der Europäischen Gemeinschaft mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südeuropas." Der Bundeskanzler würdigt die Entwicklung Ungarns zu einem freiheitlichen Rechtsstaat. Deutschland unterstütze Ungarns Antrag auf Vollmitgliedschaft im Europarat.

### **"Bauen Sie mit an der Zukunft Europas!"**

Ziel, so Kohl, sei ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa. "Wir können und wollen diesen Weg nicht allein gehen. Wir wollen ihn gehen mit allen unseren Nachbarn", ruft der Bundeskanzler den Studentinnen und Studenten in der Budapester Universität zu. Sein Appell: "Bauen Sie mit an der Zukunft Europas!"

Im Gespräch mit Ungarns Ministerpräsidenten Miklos Németh erläutert Kohl ausführlich seinen **Zehn-Punkte-Plan**. Németh berichtet daraufhin vom Treffen der Warschauer Pakt-Staaten am 4. Dezember in Moskau. Die Sowjetunion habe dort auf den Zehn-Punkte-Plan ablehnend reagiert, sagt der ungarische Regierungschef. Hingegen habe DDR-Ministerpräsident Hans Modrow zu erkennen gegeben, dass er die ersten vier Punkte des Plans "sofort annehmen" könne. Sie reichen von humanitärer Soforthilfe bis zur Vertragsgemeinschaft. Bei den anderen Verbündeten, so Németh, hätten Modrows Äußerungen "interessante Reaktionen" ausgelöst.

## Polens Westgrenze steht nicht in Frage

Ausführlich legt Kohl seinem Gesprächspartner die völkerrechtliche Seite sowie die westdeutsche Haltung zur Grenzfrage dar. Wenn es zu einer Föderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR komme, werde "mit Ausnahme einiger Randfiguren" kein Mensch die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze in Frage stellen. Németh sagt zu, die Argumente des Kanzlers weiterzugeben.

Die Unterredung mit seinem ungarischen Gastgeber ist für den Kanzler aufschlussreich. Mit den Erkenntnissen und Eindrücken, die er in Budapest gesammelt hat, reist er am **19. Dezember 1989 nach Dresden**. Dort wird er mit DDR-Ministerpräsident Modrow zusammentreffen und eine Rede halten, von der er noch nicht wissen kann, dass sie in die Geschichte eingehen wird.

-> Zum Ereignis Kohl dankt den Ungarn auf der Webseite

## EG-Abkommen mit der Sowjetunion

18. Dezember 1989: In Brüssel unterzeichnet die Europäische Gemeinschaft das erste Handels- und Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion. Die EG räumt dem Land damit offiziell im Handel die sogenannte Meistbegünstigungsklausel ein.

### Unterstützung für sowjetische Reformpolitik

Für die sowjetische Seite setzt Außenminister Eduard Schewardnadse seine Unterschrift unter das Abkommen. Es sieht vor, dass beide Seiten den Warenaustausch so weit wie möglich liberalisieren. Die EG soll schrittweise bis 1995 alle Einfuhrbeschränkungen für sowjetische Waren abschaffen.

In der Sowjetunion soll ein günstigeres Klima für westliche Unternehmen und deren Investitionen geschaffen werden. Die EG betrachtet das Abkommen auch als einen Beitrag zur Unterstützung der Reformpolitik des Moskauer Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow.

Das Abkommen hat eine Laufzeit von zehn Jahren und erstreckt sich auch auf die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Sicherheit von Atomkraftwerken.

### Wirtschaftspolitischer Erfolg

Ein bahnbrechender Erfolg: Denn die EG und die Sowjetunion hatten erst 16 Monate vorher überhaupt diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Nach Ungarn, Polen und der SSR ist die Sowjetunion der vierte osteuropäische Staat, mit dem die EG ein Handelsabkommen schließt.

Mit der DDR will Brüssel in Kürze ebenfalls Verhandlungen aufnehmen, um so ein Abkommen auf den Weg zu bringen.

### Besuche bei Europäischem Parlament und Nato

Schewardnadse setzt seine Brüssel-Reise am 19. Dezember mit einer **Rede vor dem Politischen Ausschuss** des Europäischen Parlaments fort. Zudem ist er der erste sowjetische Außenminister, der das Hauptquartier der Nato besucht.

Schewardnadse betont den Wunsch der Sowjetunion, mit den Staaten des Westens eine Partnerschaft einzugehen. Mit der Politik der Perestrojka strebe die Sowjetunion ihre Integration in die Weltwirtschaft an.

Er befürwortet die Einigung Europas und sagt zur Frage der deutschen Einheit: Grundsätzlich sei es erforderlich, "von den nach dem Krieg entstandenen Realitäten zweier souveräner deutscher Staaten, die Mitglie-

der der Uno sind", auszugehen. Ein Abweichen davon drohe, "die Situation in Europa zu destabilisieren". Natürlich hätten die Deutschen ebenso wie jedes andere Volk der Welt das Recht auf Selbstbestimmung; sie müssten aber bei der Ausübung dieses Rechts den "Kontext mit den anderen Normen und Prinzipien des internationalen Rechts" anwenden. Deutschland müsse zugleich "die besondere Lage der beiden Staaten und ihre Verantwortung vor den Völkern Europas" berücksichtigen.

Schewardnadse plädiert für die von Gorbartschow vorgebrachte Idee, **1990 einen KSZE-Gipfel** einzuberufen. Nun, da der Kalte Krieg vorbei sei, müsse mit dem Frieden begonnen werden: "Im Grunde genommen haben wir ihn schon begonnen, und unsere Hauptsorge ist jetzt, ihm Raum und Entwicklung auf unserem Kontinent und dann überall in der Welt zu verschaffen."

-> Zum Ereignis **EG-Abkommen mit der Sowjetunion auf der Webseite**

## **"Mein Ziel bleibt die Einheit der Nation"**

19. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht in Dresden mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow über eine "Vertragsgemeinschaft" der beiden deutschen Staaten. In einer bewegenden Rede lässt Kohl keinen Zweifel an seinem Ziel: der Wiedervereinigung Deutschlands.

### **Umfangreiche Vereinbarungen**

Die beiden Regierungschefs treffen sich am 19. Dezember 1989 zum ersten Mal. Sie verabreden, mit aller Kraft eine Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten vorzubereiten. Sie soll schon im Frühjahr 1990 geschlossen werden. Beide Regierungschefs wollen "...eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten: auf dem Felde der Wirtschaft, des Verkehrs, zum Schutz der Umwelt, auf dem Gebiet der Sozialpolitik und der Kultur. Wir wollen vor allem auf dem Felde der Wirtschaft eine möglichst enge Zusammenarbeit mit dem klaren Ziel, dass die Lebensverhältnisse hier in der DDR so schnell wie möglich verbessert werden. Wir wollen, dass die Menschen sich hier wohl fühlen. Wir wollen, dass sie in ihrer Heimat bleiben und hier ihr Glück finden können. Entscheidend für die Zukunft ist, dass die Menschen in Deutschland zueinanderkommen können, dass der freie Reiseverkehr in beiden Richtungen dauerhaft garantiert ist. Wir wollen, dass sich die Menschen in Deutschland überall, wo sie dies wollen, treffen können."

Um dies zu unterstreichen, vereinbaren Kohl und Modrow zudem, ein Zeichen mit hoher Symbolkraft zu setzen: Noch vor Weihnachten soll das Brandenburger Tor geöffnet werden.

### **Freie Wahlen im kommenden Jahr**

Modrow und Kohl sprechen auch darüber, dass im Frühjahr 1990 endlich ordentliche Wahlen stattfinden sollen, bei denen das Volk frei entscheiden kann, wer im Parlament sitzt. Endlich soll es eine Regierung geben, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießt.

Mit der neuen, demokratisch legitimierten Regierung möchte die Bundesrepublik "konföderative Strukturen" aufbauen. Geplant sind gemeinsame Regierungsausschüsse und gemeinsame Parlamentsausschüsse.

### **"Haus Deutschland" unter europäischem Dach bauen**

Beide Regierungschefs wollen, dass 1990 eine KSZE-Gipfelkonferenz stattfindet, auf der sich die internationalen Belange der aktuellen deutschen Frage erörtern lassen. Kohl weist eindringlich darauf hin, dass die Veränderungen in Deutschland durch die Friedliche Revolution, die Wünsche nach Wiedervereinigung bei den europäischen Nachbarn nicht nur Freude, sondern auch Sorgen und bei manchen auch Ängste hervorru-

fen.

Kohl sagt: "Wir müssen als Deutsche unseren Nachbarn sagen: Angesichts der Geschichte dieses Jahrhunderts haben wir Verständnis für manche dieser Ängste. Wir werden sie ernst nehmen." Wenn die Deutschen ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen wollten, dürften die Sicherheitsbedürfnisse der Völker, die durch den deutschen Faschismus gelitten hätten, nicht außer Acht gelassen werden.

### **Kohls Rede vor der Ruine der Frauenkirche**

Die Menschen in Dresden knüpfen große Hoffnungen an den Besuch von Helmut Kohl. Bereits auf dem Flughafen wird der Bundesskanzler von einer großen Menschenmenge begrüßt. Am Abend spricht er vor der Ruine der Frauenkirche vor zehntausenden Zuhörern. In dieser sehr bewegenden Rede informiert er die Menschen über die guten Ergebnisse des Gesprächs mit Modrow. Vor allem aber trifft er die Herzen der Menschen, indem er den Wunsch nach einer endgültigen Überwindung der deutschen Teilung klar ausspricht: "Mein Ziel bleibt - wenn die geschichtliche Stunde es zulässt - die Einheit unserer Nation."

Darauf habe es einen unbeschreiblichen Jubel gegeben, erzählt der ehemalige Bürgerrechtler und heutige Bundestagsabgeordnete Arnold Vaatz. In diesem Moment habe sich gezeigt, auf welcher Seite die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung gestanden habe.

Ebenso deutlich erinnert Kohl an die historische Verantwortung der Deutschen gegenüber den Völkern Europas: "Hier vor der Ruine der Frauenkirche in Dresden, am Mahnmahl für die Toten von Dresden, habe ich gerade ein Blumengebinde niedergelegt - auch in der Erinnerung an das Leid und an die Toten dieser wunderschönen alten deutschen Stadt. ... Ich gehöre zu jener jungen Generation, die nach dem Krieg geschworen hat: "Nie wieder Krieg, nie wieder Gewalt!" Ich möchte hier vor Ihnen diesen Schwur erweitern, indem ich Ihnen zurufe: Von deutschem Boden muss in Zukunft immer Frieden ausgehen - das ist das Ziel unserer Gemeinsamkeit!"

-> Zum Ereignis "Mein Ziel bleibt die Einheit der Nation" auf der Webseite

## **DDR hebt endgültig Schießbefehl auf**

21. Dezember 1989: Sechs Wochen nach dem Mauerfall hebt DDR-Verteidigungsminister Theodor Hoffmann einen Befehl auf, den es offiziell nie gegeben hat: den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze.

### **Der geleugnete Befehl**

Jahrzehntelang hat sich die DDR-Führung geweigert, die Existenz des Schießbefehls zuzugeben. Erst im Frühjahr 1989 hat **Honecker informell angeordnet**, nicht auf flüchtende Menschen zu schießen. Er ließ mitteilen: "Es gilt, zu beachten: Lieber einen Menschen abhauen lassen, als in der jetzigen politischen Situation die Schusswaffe anzuwenden." Die DDR-Grenztruppen haben diese Anordnung nur mündlich erhalten. Sie soll geheim bleiben.

### **Befehl 101/89**

Erst jetzt, nach der Maueröffnung, wird der Schießbefehl auch offiziell aufgehoben – mit dem Befehl 101/89. Die Anwendung der Schusswaffe sei nur noch zur Abwehr von Angriffen auf das Leben der Grenzsoldaten oder anderer Bürger anzuwenden, heißt es. Doch wer soll das Leben der DDR-Grenzsoldaten noch bedrohen, jetzt, da alle DDR-Bürger jederzeit das Land verlassen können?

## Traurige Bilanz der innerdeutschen Grenze

28 Jahre lang trennten die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze die Menschen in Ost und West. Unzählige Grenzsoldaten mussten in dieser Zeit die Grenze bewachen und bis zur Aufhebung des Schießbefehls ihre Waffen gegen "Republikflüchtlinge" einsetzen.

Bislang liegen nur zu den Toten an der Berliner Mauer wissenschaftlich ermittelte Zahlen vor: Die Gedenkstätte Berliner Mauer und das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam sprechen in ihrem **Forschungsbericht** von "mindestens 138".

Wie viele Menschen an der innerdeutschen Grenze gestorben sind, ist noch nicht abschließend erforscht. Bislang reichen die Angaben bis zu 1.065 Opfern (Museum Haus am Checkpoint Charlie, Berlin, 13. August 2004). Genaue Zahlen soll ein **Forschungsprojekt** ermitteln, das bis 2015 abgeschlossen sein soll. Ab 2016 sollen die Opfer an der innerdeutschen Grenze mit einem Totenbuch gewürdigt werden.

-> Zum Ereignis DDR hebt endgültig Schießbefehl auf auf der [Webseite](#)

## Brandenburger Tor endlich wieder offen

22. Dezember 1989: Bundeskanzler Helmut Kohl und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow öffnen gemeinsam das Brandenburger Tor. Mehr als 100.000 Menschen feiern den historischen Moment.

### Symbol der Teilung und der Einheit

Es ist das Zeichen der deutschen Einheit schlechthin: das Brandenburger Tor. Schon am Abend des Mauerfalls, am 9. November 1989, hatten hier tausende Menschen getanzt, die Mauer jedoch steht an dieser Stelle unbeschadet weiter. Am 22. Dezember 1989 sind es die Regierungschefs persönlich, die das Tor öffnen: Unter dem Jubel von mehr als 100.000 Menschen öffnet Kohl gemeinsam mit Modrow den neuen Grenzübergang Brandenburger Tor.

Der Moment ist historisch, der Zeitpunkt günstig, auch für internationale Zeichen: "Von diesem Platz aus geht die Botschaft aus der DDR und aus der Bundesrepublik Deutschland: Wir wollen Frieden, wir wollen Freiheit, wir wollen unseren Beitrag zum Frieden in Europa und in der Welt leisten", sagt Bundeskanzler Kohl in seiner Rede.

### Wechselhafte Geschichte

Jahrzehnte war das Brandenburger Tor unzugänglich gewesen, ein verbotener Fleck im eigenen Land. Und doch stand das Tor jedem vor Augen. Im Westen trug fast jedermann eine Ansicht in der Jackentasche herum: Briefmarken und Banknoten zeigten den Bau, der eigentlich ein gewöhnliches preußisches Stadttor war, bevor er zum Sehnsuchtsort der Deutschen wurde.

König Friedrich Wilhelm II. hatte 1788-91 einen würdigen Abschluss für die Prachtstraße "Unter den Linden" erbauen lassen. Ein Prunkbau an der Straße nach Brandenburg, ohne nähere politische Bedeutung. Nationalen Rang gewinnt das Tor erst im Lauf der Jahrhunderte. Im preußisch-französischen Krieg ab 1806 verschleppt Napoleon die krönende Figurengruppe nach Paris, doch Preußen holt seine "Quadriga" zurück. Während seiner wechselhaften Geschichte wird das Tor zum Schauplatz nationalsozialistischer Aufzüge, später im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt.

### Vom Symbol der Teilung zum Symbol der Einheit

In den letzten Kriegstagen hisst die Rote Armee die Rote Fahne. Am 17. Juni 1953 reißen Aufständische das Sowjetsymbol herab und hissen eine schwarz-rot-goldene Flagge. Bis zum Mauerbau ist das Brandenburger Tor noch Kontrollpunkt zwischen dem britischen und dem sowjetischen Stadtsektor. Am 13. August 1961 lässt das SED-Regime auch hier eine Mauer errichten – aus optischen Gründen nicht ganz so hoch wie an anderen Stellen, aber genau so unüberwindbar.

In den folgenden Jahren gilt das Tor als das Mahnmal der deutschen und europäischen Teilung schlechthin. 1987 spricht hier US-Präsident Ronald Reagan seinen historischen Satz: "Mr. Gorbachev, tear down this wall! (Herr Gorbatschow, reißen sie diese Mauer nieder!)"

Zwei Jahre später fällt die Mauer. Und gut 200 Jahre nach seiner Erbauung laufen die Deutschen wieder ungehindert durch das Brandenburger Tor.

-> [Zum Ereignis Brandenburger Tor endlich wieder offen auf der Webseite](#)

## Visazwang für Bundesbürger entfällt

24. Dezember 1989: Ab Heiligabend 1989 sind Reisen von West nach Ost ohne bürokratische Hürden möglich. Auch der Zwangsumtausch entfällt für Bundesbürger bei Einreisen in die DDR.

### Einreise in die DDR nie leicht

Jährlich einmal oder mehrmals, bis zu einer Dauer von höchstens 30 Tagen, war die Einreise für Bürger aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR möglich. Und zwar auf Einladung. Hierzu musste der Gastgeber spätestens vier Wochen vor dem Reiseternin einen "Berechtigungsschein" bei seinen zuständigen Behörden beantragen.

Gegen Vorlage des Reisepasses und des Berechtigungsscheines wurde an der Grenze das Visum erteilt. Zusätzlich musste der Einreisende in einem Formular Auskunft über sämtliche mitgeführten Gegenstände, eventuelle Geschenke und westliche Zahlungsmittel geben.

### Visagebühr und Umtauschgeld

Für das Visum verlangte die DDR 15,00 DM. Zusätzlich mussten pro Person und Aufenthaltstag 25,00 DM in 25,00 Ost-Mark umgetauscht werden. Das Geld ließ sich bei der Ausreise nicht wieder zurücktauschen.

### **Auszüge aus der "Anordnung über die Ordnung in den Grenzgebieten und den Seegewässern der Deutschen Demokratischen Republik" vom 25. März 1982**

#### II. Abschnitt

##### § 9

"Bürger, denen nach § 3 der Grenzverordnung die Zuzugsgenehmigung erteilt wurde; erhalten bei der polizeilichen Anmeldung in ihren Personalausweis eine Erlaubnis eingetragen, die zum Aufenthalt im Schutzstreifen bzw. in der Sperrzone berechtigt. Die Erlaubnis wird örtlich begrenzt und zeitlich befristet..."

##### § 11, Abs. 3

"Passierscheine zur Einreise in das Grenzgebiet aus persönlichen Gründen sind von den im Grenzgebiet wohnhaften Bürgern bei der für ihren Wohnsitz zuständigen Dienststelle der Deutschen Volkspolizei für die zu ihnen einreisenden Personen schriftlich zu beantragen..."

##### § 12



"(1) Bürger, die in das Grenzgebiet einreisen, sind verpflichtet, sich

a) bei einem Aufenthalt im Schutzstreifen von mehr als 12 Stunden unverzüglich nach der Einreise,

b) in der Sperrzone innerhalb von 12 Stunden nach Einreise, soweit der Aufenthalt 12 Stunden übersteigt, bei der zuständigen Meldestelle bzw. dem zuständigen Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei anzumelden und vor der Abreise abzumelden.

(2) Die Eintragung in das Hausbuch hat unverzüglich, unabhängig von der Aufenthaltsdauer, zu erfolgen.

Bei der Eintragung ist die für den Aufenthalt im Grenzgebiet erforderliche Erlaubnis vorzulegen.

(3) Der Wohnungsgeber hat für Bürger, die sich bei ihm aufhalten und nach Abs. 1 meldepflichtig sind, die Nebenmeldepflicht gemäß den Bestimmungen der Meldeordnung zu erfüllen..."

### **Visapflicht aufgehoben**

Am 24. Dezember 1989 tritt die neue "Verordnung über Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland und Personen mit ständigem Wohnsitz in Berlin (West) in und durch die Deutsche Demokratische Republik" in Kraft. Bundesbürger können nun ohne Visum und ohne Zwangsumtausch in die DDR einreisen.

-> [Zum Ereignis Visazwang für Bundesbürger entfällt auf der Webseite](#)

## **Der erste Heiligabend ohne Grenze**

24. Dezember 1989: Im thüringischen Heinersdorf findet der alljährliche Heiligabendgottesdienst statt. Doch dieses Mal ist alles anders als sonst in der evangelischen St. Marien-Kirche. Es wird ein für die Teilnehmer ein ganz und gar unvergesslicher Gottesdienst.

### **Besuch aus der bayerischen Nachbarschaft**

Heinersdorf liegt ganz im Süden des Thüringer Landkreises Sonneberg, in Sichtweite der deutsch-deutschen Grenze – im 500 Meter breiten "Schutzstreifen", der nur mit Sondergenehmigung zu erreichen ist. Seit dem Mauerfall vor gut sechs Wochen können die Heinersdorfer endlich wieder ihre Nachbarschaft zu den bayerischen Gemeinden Welitsch und Neukenroth pflegen.

Was lange Jahre undenkbar war, ist heute möglich: Die Welitscher und Neukenrother kommen zu Besuch, um mit den Heinersdorfer Heiligabend zu feiern. Ruth Spitzenpfeil, 1989 Studentin in München, ist unter ihnen und wird Zeugin der tiefen Bewegtheit, die die Menschen bei diesem ersten gemeinsamen Heiligabendgottesdienst erfasst.

### **Weihnachtslied bekommt anderen Sinn**

Alle hätten ihre Sänger mitgebracht, berichtet Spitzenpfeil in einem [Artikel](#) für die "Neue Zürcher Zeitung", für die sie seit 1990 arbeitet. "Die vereinten Chöre mussten zwei Mal beginnen, weil vor Rührung der erste Ton nicht kommen wollte: 'Macht hoch die Tür, die Tor macht weit...' Was hatte das alte Lied jetzt plötzlich für eine Bedeutung."

Der Heinersdorfer Pfarrer, so erinnert sich Ruth Spitzenpfeil, beschließt seine Predigt mit dem Satz: "Dem Stern von Bethlehem lasst uns folgen und nie mehr einem anderen Stern." Jeder weiß sofort, welcher andere Stern gemeint ist.

-> [Zum Ereignis Der erste Heiligabend ohne Grenze auf der Webseite](#)

## Freiheit, schöner Götterfunken

25. Dezember 1989: Der amerikanische Dirigent und Komponist Leonard Bernstein setzt der Friedlichen Revolution und dem Mauerfall ein musikalisches Denkmal. In Beethovens "Ode an die Freude" lässt er das Wort "Freude" jedes Mal durch "Freiheit" ersetzen.

### Musiker aus Ost und West

In über 20 Länder wird die Aufführung von Beethovens neunter Symphonie im Berliner Schauspielhaus (heute Konzerthaus) am Gendarmenmarkt übertragen. Bernstein dirigiert ein internationales Ensemble: das Symphonie-Orchester des Bayerischen Rundfunks ist durch Musiker aus Dresden, Leningrad (heute St. Petersburg), London, New York und Paris verstärkt. Es singen der Chor des Bayerischen Rundfunks sowie Mitglieder des (Ost-)Berliner Rundfunkchores und des Kinderchores der Dresdener Philharmonie.

### "Es lebe die Freiheit"

Schon diese grenzüberschreitende Versammlung von Musikern trägt hohen Symbolcharakter. Das entscheidende Tüpfelchen auf dem "i" ist allerdings Bernsteins Idee, aus der "Ode an die Freude" dieses Mal eine "Ode an die Freiheit" zu machen.

"Ich glaube, dies ist ein Augenblick, den der Himmel gesandt hat, um das Wort "Freiheit" immer dort zu singen, wo in der Partitur von "Freude" die Rede ist", schreibt der große Dirigent. "Ich bin sicher, dass Beethoven uns seinen Segen gegeben hätte. Es lebe die Freiheit!" Und so heißt es statt "Freude, schöner Götterfunken": "Freiheit, schöner Götterfunken".

### Bernstein als "Mauerspecht"

Leonard Bernstein hat eine besondere Beziehung zum Schauspielhaus. Sieben Mal ist er hier zwischen 1984 und 1989 zu Gast gewesen – unter anderen mit den Wiener Philharmonikern.

Jetzt hat der Pianist Justus Frantz den Dirigenten und die Musiker aus Ost und West eingeladen, das "Berlin Celebration Concert" aufzuführen.

Bernstein kommt gerne. Kaum in der Stadt, betätigt er sich als "Mauerspecht", schlägt als Andenken ein Stück aus der Mauer, und zündet in der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße Kerzen an.

-> [Zum Ereignis Freiheit, schöner Götterfunken auf der Webseite](#)

## Aufstand bei der NVA

28. Dezember 1989: Während draußen die Friedliche Revolution in vollem Gange ist, tut sich in den Kasernen der Nationalen Volksarmee der DDR zunächst nichts. Einige, wie Söhnke Streckel, proben den Aufstand.

### Das Feindbild geht verloren

Durch gezielte Abschottung machen die politischen Veränderungen an den Toren der Kaserne Halt. Nur über das Radio bekommen die Soldaten mit, wie sich der Wandel vollzieht.

Seit dem 9. November 1989 sind die Grenzen zwischen West und Ost offen. Theoretisch können die Soldaten die Gebiete des ehemaligen „Klassenfeindes“ besuchen. Doch sie dürfen die Kasernen wochenlang nicht verlassen. Die Hasserziehung der Nationalen Volksarmee (NVA) bricht in sich zusammen, die Zeit- und Berufssoldaten verlieren nach und nach ihr bisheriges Weltbild. Nur die Offiziere versuchen weiterhin, das Feindbild Westdeutschland aufrecht zu erhalten. Ohne Erfolg.

Beteiligungsrechte und die Mitsprache der Soldaten, wie es sie bei der Bundeswehr im Westen schon lange gibt, sind den Soldaten der NVA bisher vorbehalten. Die Unzufriedenheit wächst spürbar.

### **Aufstände in Hagenow und Beelitz**

Soldaten schreiben Brandbriefe an das DDR-Verteidigungsministerium. Sie fordern unter anderem eine Verkürzung des Grundwehrdienstes, die Möglichkeit des Zivildienstes und mehr Mitbestimmung statt sinnlosem Drill.

Söhnke Streckel will mit drei Kameraden am 28. Dezember 1989 einen Aufstand in der NVA-Kaserne "Ernst Moritz Arndt" im mecklenburgischen Hagenow organisieren. Er trifft bei den anderen Soldaten auf offene Ohren. Doch auch die Offiziere bekommen Wind von der geplanten Aktion. Am Morgen unterbinden sie jeglichen Demonstrationsversuch.

Die Soldaten lenken ein, die Eskalation der Situation ist abgewendet. Streckel und drei „Mittäter“ werden sofort verhaftet. Die Anklage: gemeinschaftlich begangener „Aufruf“ und versuchte Meuterei in schwerem Fall, Befehlsverweigerung, Verstoß gegen die Wachvorschriften. Die jungen Männer befürchten eine mehrjährige Haftstrafe.

Wenig später revoltieren auch die Soldaten in der Kaserne im brandenburgischen Beelitz. In der Silvesternacht und den Tagen darauf machen sie ihrem Unmut Luft. Der Funke springt schnell auf andere NVA-Kasernen über. Die Soldaten verweigern den Gehorsam und wählen eigene Räte.

### **Verteidigungsminister Hoffmann leitet Reformen ein**

Der DDR-Verteidigungsminister, Admiral Theodor Hoffmann, nimmt sich der Sache an und leitet Veränderungen ein. Künftig sollen nur noch 50 statt 85 Prozent der Soldaten ständig einsatzbereit sein. Die Soldaten dürfen von nun an ihren Personalausweis und Reisepass bei sich tragen und erhalten so die Möglichkeit, ohne Hindernisse in den Westen zu reisen. Es soll nun nicht mehr „Genosse Soldat“ und „Genosse Hauptmann“, sondern „Herr Soldat“ und „Herr Hauptmann“ heißen.

Weitere Reformen folgen auf dem Fuß - die Verkürzung der Wehrpflicht von 18 auf zwölf Monate und die Einführung des Zivildienstes.

Die Hoffnungen und Forderungen der Soldaten erfüllen sich. Söhnke Streckel übrigens macht ohne großes Zögern von den neuen Freiheiten Gebrauch – er tritt im Mai 1990 seinen Zivildienst als Bademeister an.

-> [Zum Ereignis Aufstand bei der NVA auf der Webseite](#)

### **Erfolg für Hoffnungsträger im Nachbarland**

28. Dezember 1989: Jahrelang gelten sie vielen Oppositionellen in der DDR als Vorbilder, jetzt übernehmen sie in ihrem Land die Verantwortung: Das tschechoslowakische Parlament wählt Alexander Dubek zu seinem Präsidenten, tags darauf den Schriftsteller Václav Havel zum Staatspräsidenten.

## **21 Jahre nach dem "Prager Frühling"**

Dubek will 1968 einen "Sozialismus mit menschlichem Antlitz" durchsetzen. Die Sowjetunion schlägt diese Reformbewegung – bekannt geworden als "Prager Frühling" – mit Panzern und Soldaten nieder. In der DDR -Bevölkerung stößt das brutale Vorgehen Moskaus auf Protest. Doch das SED-Regime steht treu an der Seite der Sowjetunion.

## **Protest gegen Niederschlagung des "Prager Frühlings"**

Der Schriftsteller Rainer Kunze tritt deshalb aus der SED aus. Ab sofort lässt sie ihn von der Stasi beobachten. Seit 1962 ist Kunze mit einer tschechischen Ärztin verheiratet. Über sie lernt er tschechische Autoren kennen, deren Werke er übersetzt. Seine Wut auf die Invasion der Warschauer Pakt-Truppen 1968 verarbeitet Kunze 1976 in seinem Buch "Die wunderbaren Jahre", später auch in dem gleichnamigen Spielfilm. Der Prosaband kann jedoch nur im Westen erscheinen. Der DDR-Schriftstellerverband schließt Kunze aus, im folgenden Jahr entgeht er einer mehrjährigen Haftstrafe, indem er für seine Frau und sich einen Ausreiseantrag stellt. Die SED lässt den unbequemen Schriftsteller in den Westen umziehen.

Václav Havel gehört 1977 zu den Autoren der "Charta 77", einer Petition, die sich gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Tschechoslowakei wendet. Berufungsgrundlage ist die Schlussakte der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (KSZE). Das Dokument trägt auch die Unterschrift des tschechoslowakischen Außenministers, doch das kommunistische Regime denkt nicht daran, die Rechte zu gewähren, die im sogenannten Korb III der Schlussakte aufgeführt sind.

## **Die "Charta 77"**

Die "Charta" trägt 242 Unterschriften von KP-Mitgliedern, Oppositionellen, Kirchenvertretern und Wissenschaftlern. Sie erregt internationales Aufsehen und macht auch die Menschen in der DDR noch einmal darauf aufmerksam, welche Rechte die kommunistischen Regierungen in der KSZE-Schlussakte zugestanden haben.

Im Zuge der "samtenen Revolution" in der Tschechoslowakei gewinnen die Bürgerrechtler endlich die Oberhand. Ende 1989 stehen die beiden Hoffnungsträger Dubek und Havel an der Spitze ihres Staates. Für die Entwicklung dieser Monate hat das einen Symbolwert, der weit über Prag hinausreicht.

-> [Zum Ereignis Erfolg für Hoffnungsträger im Nachbarland auf der Webseite](#)

## **Kein Geld mehr aus Ostberlin**

29. Dezember 1989: Ein Freitag. Der letzte Arbeitstag des Jahres. Und der letzte für fast alle 500 hauptamtlichen Mitarbeiter der Deutschen Kommunistischen Partei. Denn die DDR hat die Zahlungen eingestellt. Das bekommen auch andere Organisationen zu spüren.

## **Bei Wahlen erfolglos, aber nicht ohne Einfluss**

1956 hatte das Bundesverfassungsgericht die KPD, die "Kommunistische Partei Deutschlands", verboten, weil sie das Ziel verfolgte, die freiheitlich-demokratische Ordnung der Bundesrepublik zu beseitigen. Zwölf Jahre später haben ehemalige KPD-Mitglieder und andere Linksradikale die Nachfolgepartei DKP gegründet, die "Deutsche Kommunistische Partei". Bei ihren Parteitag waren regelmäßig hochrangige SED-Funktionäre zu Gast.

Weder bei Bundestags- noch bei Landtagswahlen ist es der DKP je gelungen, über den Status einer Splitterpartei hinauszukommen. Nur in einigen Kommunalparlamenten war sie zeitweise vertreten. Ihr politischer Einfluss war jedoch größer: Ihre Studentenorganisation, der Marxistische Studentenbund Spartakus (MSB Spartakus), schaffte es an mehreren Hochschulen, die Politik der "Allgemeinen Studenten-Ausschüsse" mitzubestimmen. Im Vorstand des Dachverbandes "Verband Deutscher Studentenschaften" war der MSB Spartakus ebenfalls vertreten.

Ihre größte Wirkung erzielte die DKP Anfang der 1980er Jahre: Die westdeutsche "Friedensbewegung" war maßgeblich von ihr gesteuert. Eines der wirksamsten Bücher – "Die Bedrohungslüge" – war von einem westdeutschen Professor geschrieben, der in den Diensten der Stasi stand; angeblich stellte die sowjetische Aufrüstung mit atomaren Mittelstreckenwaffen keine Bedrohung für den Westen dar. Den "Krefelder Appell" gegen den **Nato-Doppelbeschluss** und die Nachrüstung hatte im Wesentlichen ein Funktionär der DKP-nahen "Deutschen Friedens-Union" (DFU) formuliert. Ein DKP-naher Verlag stellte kostenlos Räume für das "Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KOFAZ) zur Verfügung, eine DDR-eigene Druckerei in Neuss druckte kostengünstig Schriften und Plakate.

### **Millionen vom Devisenbeschaffer**

Nach der Friedlichen Revolution zeigt sich, weshalb die DKP und befreundete Organisationen wie die DFU so umfangreich agieren konnten: Jahr für Jahr flossen Gelder aus Ostberlin. Die DKP hat in den Jahren 1987 bis 1989 jährlich 69.366.000 D-Mark (fast 35,5 Millionen Euro) erhalten – und zwar von der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED. Die Mittel stammten vom "Bereich Kommerzielle Koordinierung" unter Leitung des obersten DDR-Devisenbeschaffers **Alexander Schalck-Golodkowskis**.

Sogar eine geheime **Militärorganisation** konnte die DKP damit in der Bundesrepublik aufbauen. Mehrere hundert Mitglieder sollten im Krisenfall als "Partisanenarmee" Sabotageakte verüben.

### **Kündigungen und Schließungen**

Jetzt, nach der Friedlichen Revolution, müssen DKP, DFU, MSB Spartakus und die "Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend" ohne die Subventionen aus Ostberlin auskommen. Fast alle DKP-Mitarbeiter haben zum Jahresende 1989 die Kündigung erhalten, die DFU muss ihre Geschäftsstellen schließen. Auch die "Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten" (VVN), so zeigt sich jetzt, war von der SED abhängig und muss nun ihre Geschäftsstelle aufgeben.

Die Beziehungsgeflechte zwischen SED, Tarnfirmen und DKP sind im **Bericht des Bundestags-Untersuchungsausschusses** zur Rolle des "Bereichs Kommerzielle Koordinierung" ausführlich dargestellt.

-> Zum Ereignis **Kein Geld mehr aus Ostberlin** auf der [Webseite](#)

## **Partisanenausbildung am Springsee**

30. Dezember 1989: Heute erfährt die Öffentlichkeit zum ersten Mal davon, dass die westdeutsche DKP jahrelang eine geheime Militärorganisation unterhalten hat. Streng konspirativ hatte die DDR-Armee die Partisanengruppe auf einem Übungsgelände am brandenburgischen Springsee ausgebildet.

### **Attentate und Sabotage**

Heute liegt die Nr. 1/1990 des Nachrichtenmagazins "Der Spiegel" an den Kiosken. In einem ausführlichen Artikel enthüllt das Blatt, dass es seit den 1970er Jahren eine "Militärorganisation" (MO) der DKP gab. Sie war darauf vorbereitet, in der Bundesrepublik Sabotageakte und Anschläge zu verüben. Die Ausbildung der besonders zuverlässigen Genossen habe in einem Camp am Springsee stattgefunden, berichtet ein Aussteiger. Von "militärischem Drill" ist die Rede, der in Teilen weit über den für die paramilitärischen SED-Betriebskampfgruppen hinausgegangen sei.

Erst Jahre später finden sich schriftliche Belege. Der Stasi-Unterlagenbehörde gelingt es, zerrissene Akten wieder zusammenzufügen, die Dokumente zu rekonstruieren. Die Chefin der Behörde, Marianne Birthler, legt sie am 17. Mai 2004 der Presse vor. Sie bestätigen, was der Aussteiger über 14 Jahre zuvor dem "Spiegel" berichtet hat, und liefern eine Fülle weiterer Details.

### **Tarnname "Gruppe Ralf Forster"**

Danach trug die MO in den Akten den Tarnnamen "Gruppe Ralf Forster", benannt nach einem westdeutschen Kommunisten, der in Wirklichkeit Harry Schmidt hieß; "Ralf Forster" war sein Tarnname. Nur ganz wenige SED- und DKP-Funktionäre wussten von der Existenz der Gruppe. Ihre Betreuung oblag dem "Büro der Leitung II" im Ministerium für Staatssicherheit.

Hunderte DKP-Mitglieder sollen auf ihre Eignung überprüft worden sein, am Ende waren es knapp 300, die von der DDR zu Partisanen ausgebildet wurden. Im Frühjahr 1989 erklärte der DKP-Vorsitzende, Herbert Mies, die MO für aufgelöst. Es fanden sich nicht mehr genügend geeignete Parteigenossen.

Das SED-Regime stellte der MO alles zur Verfügung, was sie für die Übungen am Springsee und für mögliche Einsätze in der Bundesrepublik brauchte – neben Uniformen auch Waffen und Munition. Auch für Verpflegung und ärztliche Betreuung war gesorgt.

### **Ausbildung zum Partisanenkampf**

Zu den Ausbildungszielen gehörte – den Stasi-Akten zufolge – die Herstellung von Sprengstoffen, die Sprengung von Strommasten und Eisenbahnlinien, die Erstürmung von Gebäuden, das Legen von Hinterhalten, der Umgang mit verschiedenen Waffen, das Handgranatenwerfen, die Befreiung von Gefangenen und der Nahkampf. Auch die Fähigkeit, den Gegner "lautlos zu beseitigen", also gezielt zu töten, sollten sich die DKP-Kader aneignen.

1993 muss die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main Ermittlungsverfahren gegen 18 Personen wegen Verjährung oder mangelnden Tatverdachts einstellen. Auch in 14 weiteren Fällen kommt es zur Einstellung der Verfahren – in sechs davon allerdings nur unter der Auflage einer Geldbuße. Die Beschuldigten haben ihre militärische Ausbildung in der DDR schriftlich zugegeben.

-> [Zum Ereignis Partisanenausbildung am Springsee auf der Webseite](#)

## **Kohl: Grund zur Zuversicht**

31. Dezember 1989: "Das vor uns liegende Jahrzehnt kann für unser Volk das glücklichste dieses Jahrhunderts werden", sagt Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Neujahrsansprache. Es biete die Chance auf ein freies und geeintes Deutschland in einem freien und geeinten Europa.

### **Bundeskanzler würdigt den Freiheitskampf**

"Liebe Landsleute, wir haben allen Grund, am heutigen Silvesterabend mit Zuversicht das neue Jahrzehnt zu erwarten. Wir nähern uns dem Ende eines Jahrhunderts, das so viel Leid und Elend sah", ruft der Bundeskanzler in seiner Fernsehansprache den Deutschen in Ost und West zu.

1989 sei das Jahr eines großen Umbruchs in der Geschichte Europas gewesen. "Die Menschen in der DDR und in anderen Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas erkämpfen sich nach über 40 Jahren Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung." Die Verwirklichung dieser Grundwerte sei Voraussetzung für den Aufbau des gemeinsamen Hauses Europa.

"Das vergangene Jahr hat uns der Einheit unseres Vaterlandes ein gutes Stück nähergebracht", sagt der Bundeskanzler. Auch nach Jahrzehnten der Teilung sei das Bewusstsein für die Einheit der Nation lebendig. Kohl dankt den Westdeutschen für die Unterstützung, "die Sie unseren Landsleuten aus der DDR erwiesen haben."

### **Unabhängige Parteien und freie Wahlen**

Mit seinem **Zehn-Punkte-Programm** habe er "den Weg aufgezeigt, wie das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann". Wichtige Schritte auf diesem Weg seien die Zulassung unabhängiger Parteien und freie Wahlen in der DDR. Und er sagt zu: "Wir wollen alles tun, um die wirtschaftliche Lage für die Menschen in der DDR rasch und spürbar zu verbessern. Sie sollen sich in ihrer Heimat - in Mecklenburg und Thüringen, in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt - wohlfühlen können."

### **"Europa ist unsere Zukunft!"**

Kohl erinnert auch an die äußeren Umstände, die zur Entwicklung in der DDR beigetragen haben: "Ohne die grundlegenden Veränderungen in der Sowjetunion, in Ungarn und in Polen wäre die friedliche Revolution in der DDR nicht möglich gewesen. Dies wollen wir in Dankbarkeit anerkennen." Der Bundeskanzler würdigt insbesondere die Ungarn: Sie hätten Zehntausenden den Weg in die Freiheit geöffnet und damit den ersten Stein aus der Mauer geschlagen.

Gleich mehrfach unterstreicht der Kohl den Zusammenhang zwischen deutscher Wiedervereinigung und europäischer Einigung. "Europa unsere Zukunft! Die Europäische Gemeinschaft darf nicht an der Elbe enden", lautet sein Credo. Man dürfe allen Grund zur Hoffnung auf ein Ende des Ost-West-Konflikts haben. Auch die "Chancen für zügige und weitreichende Fortschritte bei der Abrüstung und Rüstungskontrolle" seien 1990 günstiger denn je.

-> Zum Ereignis Kohl: Grund zur Zuversicht auf der Webseite

## **Silvesterparty am Brandenburger Tor**

31. Dezember 1989: Ein bewegendes Jahr endet mit der größten Silvesterparty, die Deutschland je gesehen hat: Hunderttausende feiern den Jahreswechsel rund ums Brandenburger Tor. Die Bilder gehen um die Welt.

### **Eine ganz und gar unvergessliche Nacht**

Die Bilder nehmen vorweg, was erst ein Dreivierteljahr später offiziell stattfindet. Die ausgelassene Stimmung in der Silvesternacht zeigt, wie sehr sich die Deutschen über das Ende der Teilung ihres Landes freuen. Denn inzwischen zweifeln nur noch wenige daran, dass die Wiedervereinigung Deutschlands bevorsteht. Schon am Nachmittag des Tages ist die Stadt voller Menschen. Darunter sind viele, die seit dem Mauerfall noch keine Gelegenheit hatten, nach Berlin zu reisen. Züge, Flüge und Hotels sind restlos ausgebucht. Links

und rechts vom Brandenburger Tor ist tausendfaches Hämmern zu hören: "Mauerspechte" versuchen, Erinnerungstücke aus der Mauer herauszumeißeln – oft mit ungeeignetem Werkzeug, denn der Beton ist viel härter als gedacht. Die meisten Souvenirjäger müssen sich mit kleinen Stücken zufriedengeben.

### **Unter den Augen der DDR-Grenzer**

Die DDR-Grenzer schauen diesem Treiben bereits seit mehreren Tagen tatenlos zu. Selbst diejenigen unter ihnen, die bislang noch bemüht waren, wenigstens die wichtigsten Pflichten zu erfüllen, sind jetzt überfordert. Der Menschenmassen, die am Silvesterabend auf die Ostseite des Brandenburger Tores wollen, werden sie nicht mehr Herr. Seit dem **22. Dezember** ist hier ein Grenzkontrollpunkt. Die Kontrolleure schaffen es jedoch nicht mehr, jeden einzelnen Ausweis zu prüfen. Wer irgendein Dokument in die Luft hält, wird durchgewunken.

Um Mitternacht zünden die Feiernden Tausende von mitgebrachten Feuerwerkskörpern. Kein professioneller Pyrotechniker hätte ein beeindruckenderes Feuerwerk inszenieren können. Menschen aus allen Teilen Deutschlands liegen sich in den Armen und stoßen hoffnungsfroh auf das neue Jahr an. Niemand, der in dieser Nacht am Brandenburger Tor dabei war, wird das je vergessen.

### **Selbst Grenzer in Sektlaune**

Noch weit nach Mitternacht herrscht an den Grenzübergängen Partystimmung.

Auf der Glienicker Brücke zwischen Berlin und Potsdam stehen zwei DDR-Grenzoffiziere, die ihren Alkoholpegel nicht mehr verbergen können. Den vielen Sektgläser, die ihnen angeboten worden sind, haben sie offenbar nicht widerstehen können. Nun stempeln sie alles ab, was die Menschen ihnen entgegenhalten:

"Wo wollnse den 'n hinhaben?" Bizarre Bilder an einem Ort, der jahrzehntelang Symbol des Kalten Krieges war.

-> [Zum Ereignis Silvesterparty am Brandenburger Tor auf der Webseite](#)

## **Reisedevisenfonds ersetzt Begrüßungsgeld**

1. Januar 1990: DDR-Bürger erhalten bei ihrem Besuch in der Bundesrepublik oder in West-Berlin ab heute kein Begrüßungsgeld mehr. Jetzt werden die wechselseitigen Reisezahlungsmittel aus einem deutsch-deutschen Devisenfonds finanziert.

### **Erleichterungen im Reiseverkehr**

Mit der Maueröffnung hatte ein immenses Verkehrsaufkommen über die Grenze eingesetzt. Allein im November 1989 haben die DDR-Bürger die neue Reisefreiheit für rund 18 Millionen Besuche im Westen genutzt.

Die Bundesrepublik zahlt bis Ende 1989 jedem Besucher aus der DDR das sogenannte Begrüßungsgeld von 100 D-Mark. Für den großen Besucherstrom ist das Begrüßungsgeld jedoch nicht ausgelegt. Zudem verschlingt es innerhalb kürzester Zeit rund zwei Milliarden D-Mark. Die neue Lage verlangt neue, geeignetere Regelungen.

### **Gemeinsamer Devisenfonds**

Am 5. Dezember 1989 vereinbarten Kanzleramtsminister Rudolf Seiters und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow bei einem **Treffen in Ostberlin**, das Begrüßungsgeld zum Jahreswechsel einzustellen und durch einen gemeinsamen Devisenfonds zur Finanzierung von Reisezahlungsmitteln zu ersetzen. Aus diesem Fond



kann jeder Reisende aus der DDR pro Jahr DDR-Mark in maximal 200 D-Mark umtauschen: die ersten 100 D-Mark im Verhältnis 1:1, der Rest zum Wechselkurs von 1:5 – und damit erheblich günstiger als der Schwarzmarktkurs.

Die Bundesrepublik zahlt einen Betrag in den Fonds ein, der sich an der Höhe des bisher gezahlten Begrüßungsgeldes orientiert. Beide Seiten steuern darüber hinaus jeweils 750 Millionen Mark bei. Der Fonds ist auf eine Übergangszeit von zwei Jahren angelegt.

Mit der **Währungsunion am 1. Juli 1990** wird der Devisenfonds jedoch viel früher hinfällig. Ein Umtausch von DDR-Mark in D-Mark ist von da an nicht mehr nötig – der Währungs dualismus passé.

-> Zum Ereignis Reisedevisenfonds ersetzt Begrüßungsgeld auf der Webseite

## **Kraftprobe am Verhandlungstisch und auf der Straße**

3. Januar 1990: Der „Runde Tisch“ kommt zum fünften Mal zusammen. Im Mittelpunkt stehen die desolade wirtschaftliche Lage und die Entmachtung des Staatssicherheitsapparates. Am Abend versammeln sich Anhänger des SED-Regimes im Treptower Park zu einer Großdemonstration.

### **Horrende Staatsverschuldung**

Bis dahin ist sie ein streng gehütetes Staatsgeheimnis: die Auslandsverschuldung der DDR. Wirtschaftsministerin Christa Luft (SED-PDS) gesteht vor den Vertretern des Runden Tisches Schulden „gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ von 20,6 Milliarden US-Dollar ein. Die Deviseneinnahmen würden 1989 mit 9,3 Milliarden aller Voraussicht nach unter den Ausgaben in Höhe von 11,7 Milliarden Dollar bleiben.

Luft beschreibt die angespannte Lage im Land, verschweigt jedoch das Ausmaß des Desasters, das sich anbahnt. Die Regierung Modrow wolle zwar auch andere Eigentumsformen fördern, erklärt Luft, wolle aber grundsätzlich am "Volkseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln" festhalten.

Der **Runde Tisch** verständigt sich daraufhin „im Interesse der Bewahrung der wirtschaftlichen Situation vor einer weiteren krisenhaften Zuspitzung“ auf eine „Große Koalition der Vernunft“. Mit dem Ziel, „alle die Wirtschaft im Interesse der Bürger unseres Landes stabilisierenden Sofortmaßnahmen unter Wahrung sozialer Sicherheit und ökologischer Erfordernisse zu unterstützen sowie an Regelungen zur Einleitung von Wirtschaftsreformen mitzuwirken“.

### **Entmachtung der Staatssicherheit**

Staatssekretär Walter Halbritter berichtet dem Runden Tisch über den Stand der Auflösung des Amtes für nationale Sicherheit (AfNS). Dabei stellt sich heraus, dass Modrow den Auflösungsprozess verzögert und die Entwaffnung des AfNS stockt. Bekannt wird, dass die Regierung Modrow insgeheim sogar am Umbau zu einem neuen Verfassungsschutz weiterarbeitet.

Vertreter der Oppositionsgruppen fordern daraufhin auf der Sitzung die Regierung ultimativ auf, bis zum 8. Januar alle Sicherheitskräfte zu entwaffnen und auf den Aufbau neuer Geheimdienste zu verzichten. Sie drohen ansonsten, den Runden Tisch zu verlassen. Die Regierung versucht, auf Zeit zu spielen. Die Stimmung bei den Teilnehmern ist gereizt, die Zukunft des Runden Tisches hängt am seidenen Faden.

### **Restauration statt Revolution**

Derweil findet nach Anbruch der Dunkelheit am sowjetischen Ehrenmal im Berliner Stadtbezirk Treptow eine Kundgebung mit rund 200.000 Teilnehmern gegen „Neofaschismus und Antisowjetismus“ statt. Teile des

Ehrenhains waren eine Woche zuvor von Unbekannten mit rechtsradikalen und antisowjetischen Parolen beschmiert worden.

Die SED-PDS nutzt dies, um zusammen mit ihren Massenorganisationen - dem Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft – zu einer „Kampfdemonstration“ und einer „Einheitsfront gegen rechts“ aufzurufen. Auf der Kundgebung sprechen unter anderem der SED/PDS-Parteivorsitzende Gregor Gysi und der Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach. Sie fordern einen starken Verfassungsschutz und wollen sich die „Chance auf einen demokratischen Sozialismus nicht zerstören lassen“.

Der Versuch der Restauration des DDR-Systems, verbreitet auch über die bekannten SED-Medien, geht aber nach hinten los. Die demokratische Opposition ist durch die bisherigen Versuche, die alte Staatsordnung unter der Führung der SED/PDS zu konservieren, alarmiert. Noch im Laufe des Januars kommt es zu einer **neuen großen Protestwelle**. Hunderttausende gehen in allen Teilen des Landes wieder auf die Straßen – für eine demokratische Erneuerung und für die Wiedervereinigung.

-> Zum Ereignis Kraftprobe am Verhandlungstisch und auf der Straße auf der Webseite

## **Kohl erhält Unterstützung von Mitterrand**

4. Januar 1990: Bundeskanzler Helmut Kohl besucht Frankreichs Präsidenten François Mitterrand an der Atlantikküste. Kohl möchte Mitterrands Unterstützung für den deutschen Vereinigungsprozess – und bekommt sie.

### **Mitterrand akzeptiert deutschen Vereinigungswillen**

Wie die französische Staatsführung auf die Entwicklung in Deutschland reagiert, ist schwer einzuschätzen. Gerade erst hat der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement vor einem "sehr großen Deutschland" gewarnt. Die Europäer wollten "nicht abermals durch ein großes Deutschland ihr Gleichgewicht verlieren", dafür müssten die Deutschen Verständnis haben.

In Latché, wo François Mitterrand seinen Landsitz hat, führen Kohl und er ein ausführliches Gespräch über die Lage in Europa und die jüngsten Ereignisse in Deutschland. Mitterrand sagt, "das Problem der Wiedervereinigung in der einen oder anderen Form" sei angelaufen. Die Lösung, räumt er ein, müsse "vom Willen der Deutschen in den beiden Staaten abhängen".

Der französische Präsident zeigt Verständnis. Wäre er Deutscher, wäre er für die Wiedervereinigung so schnell wie möglich, sagt er. Für ihn sei es – anders als etwa für Großbritannien oder die Niederlande – kein Argument, dass es 80 Millionen Deutsche gebe. Dies sei eine geschichtliche Realität, und man könne "nicht gegen den Strom der Geschichte schwimmen". Die Vertragsgemeinschaft, die Kohl in seinem **Zehn-Punkte-Plan** vorgeschlagen hat, bezeichnet Mitterrand als eine "gute Idee".

### **Europäische Integration Deutschlands**

Mitterrand betont mehrfach, wie wichtig ihm die Integration Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft (EG) ist. Zudem appelliert er an Kohl, die Gefahr eines Umschwungs in Moskau nicht zu übersehen. Die Einigung Deutschlands dürfe nicht so erfolgen, dass sich die Russen "verhärteten".

Kohl versichert seinem Gastgeber, es sei wichtig, dass in den 1990er Jahren ein Prozess stattfindet, bei dem die EG "entscheidend vorankomme". Die feste Verankerung Deutschlands in der EG sei die Voraussetzung

für die "spätere Entwicklung".

Der Bundeskanzler gibt Mitterrand zu verstehen, für das deutsch-französische Verhältnis sei es ganz wichtig, dass die Deutschen sähen, "dass sie Freunde haben". Im Laufe des Gesprächs unterstreicht Kohl wiederholt die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen.

### **Kohl ist erleichtert**

Gegenüber der Presse bezeichnet Kohl seine Begegnung mit Mitterrand – sichtlich erleichtert – als "sehr freundschaftlich". Angesichts der dramatischen Veränderung sei es für ihn, Kohl, entscheidend, dass der Weg mit unseren Nachbarn und Freunden gemeinsam fortgesetzt werde – vor allem mit Frankreich.

Der Bundeskanzler zitiert Konrad Adenauer: Schon der habe gesagt, das deutsche Problem könne nur unter einem europäischen Dach gelöst werden. Es sei "jetzt wichtig, auf dem Weg der europäischen Gemeinschaft voranzugehen und Perspektiven für die Länder Mittel- und Osteuropas zu finden". Darin stimme er mit Mitterrand überein, sagt Kohl.

-> [Zum Ereignis Kohl erhält Unterstützung von Mitterrand auf der Webseite](#)

## **Lindenberg startet DDR-Tournee**

6. Januar 1990: Für Rocksänger Udo Lindenberg geht sein "größter Traum" in Erfüllung. Das jahrelange Auftrittsverbot gegen ihn hat sich erledigt. Mit "Hallo Suhl" begrüßt er seine Fans im Süden der DDR.

### **Der Sonderzug nach Pankow**

1983 hatte Lindenberg sein Lied "Sonderzug nach Pankow" veröffentlicht – eine ironisch verpackte Aufforderung an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker, ihn in der DDR auftreten zu lassen. Tatsächlich bekommt er noch im selben Jahr eine Einladung zu einem FDJ-Festival. Allerdings nur, weil der westdeutsche Konzertveranstalter, der Harry Belafonte verpflichten sollte, darauf bestanden hatte.

Eine Viertelstunde lang darf Lindenberg am 25. Oktober 1983 im Ostberliner "Palast der Republik" auftreten – vor einem sehr ausgewählten, linientreuen Publikum. Lindenberg hat viele Fans in der DDR, doch für die Stasi ist er "feindlich-dekadent". Eine erhoffte Tournee kommt deshalb 1984 nicht mehr zustande. Erst nach dem Fall der Mauer kann Udo Lindenberg endlich die DDR-Tournee nachholen.

### **"Mein größter Traum"**

"Für mich geht durch die DDR-Tournee mein größter Traum in Erfüllung", bekennt der Sänger.

38 Mark kostet ein Ticket. Fans haben stundenlang angestanden, um eine Karte für das Konzert zu ergattern. Groß ist der Jubel, als Udo Lindenberg die Bühne betritt: "Das ist ein großer Tag auch für mich als Privatmensch, nach all den Klemmigkeiten mit eurem Oberfuzzi Honecker."

In Suhl spielt er den "Sonderzug nach Pankow" im Original und in einer leicht veränderten Version: "Der Whisky, der ist sehr lecker, den trinken wir jetzt ohne den Erich Honecker." Wunderkerzen begleiten die Songs "Mädchen aus Ostberlin" und "Horizont". Leipzig, Halle, Rostock und Schwerin sind weitere Stationen.

-> [Zum Ereignis Lindenberg startet DDR-Tournee auf der Webseite](#)

## Auftakt zu neuen Montagsdemos in Leipzig

8. Januar 1990: Ein neues Jahr, doch die Unzufriedenheit hält an. In Leipzig versammeln sich über 100.000 Menschen auf dem Karl-Marx-Platz zur ersten Montagsdemonstration des Jahres. Sie fordern ein vereintes Deutschland und dass die SED verschwindet.

### Die Mauer ist weg - Zeit für die Einheit

Mit der ersten **Montagsdemo in Leipzig** am 4. September 1989 – im Anschluss an das Friedensgebet in der Nikolaikirche – hat eine regelrechte Demonstrationswelle in der DDR eingesetzt. In den folgenden Wochen gingen auch in anderen Städten der DDR regelmäßig immer mehr Menschen auf die Straßen, um gegen das SED-Regime zu protestieren.

Zunächst haben die Bürger vor allem Reise- und Pressefreiheit sowie demokratische Grundrechte und generelle politische Reformen gefordert. Nach dem Mauerfall wird auch die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands laut: Aus „Wir sind das Volk“ wird „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland einig Vaterland“.

Am 8. Januar 1990 schwenken die Protestteilnehmer in Leipzig schwarz-rot-goldene Fahnen.

### „Nieder mit der SED“

Den Demonstranten reicht eine „Wende“ – davon hatte Egon Krenz gesprochen – nicht aus. Sie wollen nicht nur einige Reformen am sozialistischen System. Zwar ist seit Anfang Dezember 1989 der Führungsanspruch der SED **aus der DDR-Verfassung gestrichen**, aber die Menschen bezweifeln, dass die Partei bereit ist, ihre Macht ganz aus den Händen zu geben. Deshalb skandieren die Demonstrationsteilnehmer am 8. Januar in Leipzig: „Nieder mit der SED!“. Die Wut richtet sich auch gegen einzelne SED-Funktionäre: „Weg mit Gysi!“ und „Weg mit Modrow!“.

An den **„Runden Tischen“**, die seit Ende 1989 entstanden sind, formulieren die neuen Parteien und Oppositionsgruppen ihre Vorstellungen und Forderungen. Die Machthaber sehen sich gezwungen, ihre Macht zu teilen. Aber noch hat die SED, die sich inzwischen den **Zusatz „Partei des demokratischen Sozialismus“** gegeben hat, maßgeblichen Einfluss; noch stellt sie die höchsten Repräsentanten des Staates. Das wird sich erst durch die ersten freien **Volkskammerwahlen am 18. März 1990** ändern.

-> Zum Ereignis Auftakt zu neuen Montagsdemos in Leipzig auf der Webseite

## "Häuser der Demokratie" entstehen

9. Januar 1990: Die SED muss Parteizentralen und Bezirksleitungen räumen. Neue Mieter sind Bürgerrechtsorganisationen, neugegründete Parteien und andere Gruppen. Endlich können sie die Gesellschaft mitgestalten. Allerorten entstehen "Häuser der Demokratie".

### Endlich gute Arbeitsbedingungen

Ostberlin, Friedrichstraße 165: Vertreter der oppositionellen Gruppen besichtigen ihre neuen Arbeitsräume. Bisher saß in diesem Gebäude die SED-Stadtbezirksleitung. Im Dezember 1989 hat der **Zentrale Runde Tisch** das Gebäude aus dem SED-Parteivermögen an die ostdeutschen Bürgerbewegungen übergeben. Jetzt bekommen die Bürgerrechtler 54 Zimmer und 31 Telefone. Fast alle unabhängigen Gruppen und Bewegun-

gen haben dort ihre Büros.

### **Leipzig: Opposition ertrotzt das Haus der Demokratie**

Bereits am 2. Januar wurde in Leipzig ein "Haus der Demokratie" in der Bernhard-Göring-Straße 152 eröffnet. Seit 1986 hat die SED-Stadtleitung das Gebäude genutzt. Eine der ersten Forderungen des Runden Tisches – zumutbare Arbeitsbedingungen für die jungen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen – ist erfüllt.

Christian Scheibler vom Bürgerkomitee, Erika Bächer und Ines-Maria Köllner von "**Demokratie Jetzt**" nehmen den Schlüssel entgegen.

Die ersten drei Hauptmieter sind das **Neue Forum**, der **Demokratische Aufbruch** und die SPD. Bald ziehen weitere Gruppen ein, zum Beispiel der Behindertenverband, der Schwulenverband und der "Ökolöwe". Im April gründet sich hier auch der Forum Verlag Leipzig, der den Bestseller "Jetzt oder nie – Demokratie!" veröffentlicht.

-> Zum Ereignis "**Häuser der Demokratie**" entstehen auf der Webseite

### **Kohl: Polens Westgrenze gilt**

10. Januar 1990: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht vor der Bundespressekonferenz: Die tiefgreifenden Veränderungen in Europa böten Perspektiven für eine dauerhafte Stabilität. Gleichzeitig macht Kohl deutlich: Es gibt keine Debatte über die polnische Westgrenze.

#### **Es geht um die "deutschen Ostgebiete"**

Ein kalter Wintertag in Bonn am Rhein. Um 12.35 Uhr beginnt die Bundespressekonferenz. Kohl erklärt: Die künftige Architektur Deutschlands müsse sich in die künftige Architektur Gesamteuropas einfügen. Die Pressevertreter sprechen auch die Ängste an, die eine Wiedervereinigung Deutschlands im östlichen wie im westlichen Ausland auslösen könnte.

Ein Journalist stellt die sehr konkrete Frage, ob nicht ein noch deutlicheres Wort zur polnischen Westgrenze dazugehöre, um wieder neues Vertrauen erwachsen zu lassen. Ein anderer will wissen, ob der Kanzler es denn für möglich halte, auf dem Weg zur staatlichen Einheit weiter voranzukommen, ohne vorher im Prinzip eine Bestandserklärung zur polnischen Westgrenze abzugeben.

#### **Polens Westgrenze: die "Oder-Neiße-Linie"**

Die Fragen führen auf innenpolitisch sensibles Terrain. Die polnische Westgrenze, auch "Oder-Neiße-Linie" genannt, legten die Siegermächte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg fest – vorbehaltlich einer endgültigen Friedensregelung. Das besiegte Deutschland büßte damit einen erheblichen Teil seines bisherigen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937 ein. Millionen Deutsche mussten ihre angestammte Heimat verlassen.

Die DDR erkannte bereits kurz nach ihrer Gründung am 7. Oktober 1949 diese Grenze an. Die Bundesrepublik Deutschland bezog vertraglich 1970 Stellung. In den "Ostverträgen", unterzeichnet am 12. August in Moskau und am 7. Dezember in Warschau, vereinbarten die Vertragspartner einen umfassenden Gewaltverzicht und erklärten, die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich zu betrachten – einschließlich der Westgrenze Polens.

#### **Absage an Ambitionen auf ehemalige deutsche Gebiete**

Vor diesem Hintergrund positioniert sich Kanzler Kohl: "Der deutsche Bundeskanzler ist an die Verfassungsordnung, an Gesetz und Verträge gebunden." Und er fügt hinzu: "Die DDR hat im Blick auf die Gren-

ze mit der Volksrepublik Polen vor vielen Jahren schon Verträge abgeschlossen, und wir haben das gleiche doch auch getan."

Bei den Vertriebenenorganisationen lösen diese Worte Schluckbeschwerden aus. Sie hatten insgeheim gehofft, im Falle einer Neuordnung der Mitte Europa ließe sich auch über die ehemaligen Staatsgebiete östlich von Oder und Neiße verhandeln. Der Bundeskanzler erteilt solchen Ambitionen an diesem Januartag eine klare Absage.

-> [Zum Ereignis Kohl: Polens Westgrenze gilt auf der Webseite](#)

## Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung

11. Januar 1990: In einer Regierungserklärung vor der Volkskammer nennt DDR-Ministerpräsident Hans Modrow eine Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland nachrangig. Zunächst gelte es, die wirtschaftliche Krise zu überwinden.

### Die Regierungserklärung

Acht Wochen nach Amtsantritt zieht der Regierungschef in seiner **Regierungserklärung** eine erste Bilanz. Die Zweifel an der Legitimität seiner Regierung weist Modrow entschieden zurück: „Ich kann mich nicht entsinnen, durch einen Staatsstreich Ministerpräsident geworden zu sein!“

Angesichts der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise sagt Modrow: „Ich habe ein übles Erbe angetreten und nicht aus Übermut, sondern weil ich mich vor allem den Menschen dieses Landes verpflichtet fühle.“ Zu diesem Zeitpunkt ist die DDR mit mehr als fünfzig Milliarden D-Mark verschuldet.

Für die weitere Entwicklung der DDR seien die finanzielle Unterstützung von außen und eine enge Zusammenarbeit mit der „BRD“ unerlässlich. Dennoch müsse die DDR die eigenen Möglichkeiten optimal nutzen, um der neuen wirtschaftlichen Situation nach der Grenzöffnung zu begegnen. Es müsse das entschiedene Ziel sein, die DDR in die internationale Arbeitsteilung zu integrieren und die weitere demokratische Erneuerung fortzuführen.

Richtig spannend wird es gegen Ende der Regierungserklärung: „Die Regierung der DDR, und nicht sie allein, ist der Auffassung, dass eine Vereinigung von DDR und BRD nicht auf der Tagesordnung steht“, so Modrow. Die Perspektive des Verhältnisses der deutschen Staaten zueinander sei eine Frage der Zukunft. Sie könne nur im gesamteuropäischen Zusammenhang geklärt werden. Modrow hält weiter an der „kooperativen Koexistenz“ beider Staaten fest. Eine solche Lösung hatte er bereits in seiner **Regierungserklärung am 17. November 1989** befürwortet.

### Kritische Reaktionen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat keinen Zweifel, dass Modrow ernsthaft Reformen anstrebt. Später schreibt er in seinen Erinnerungen: „Ob diese von ihm angekündigten Schritte ausreichen würden, daran hatte ich allerdings erhebliche Zweifel.“ Kohl sieht dringenden Handlungsbedarf. Er will sich daher möglichst schnell mit Modrow treffen, um ganz konkret über die nächsten Schritte bei den Wirtschaftsreformen zu verhandeln.

Kohls Berater im Kanzleramt, Horst Teltschik, urteilt direkt, Modrows Regierungserklärung enthalte keine neuen Perspektiven für die Menschen in der DDR. Er stellt beim DDR-Ministerpräsidenten eine „zunehmende Ratlosigkeit“ fest.

Auch oppositionelle Gruppen in der DDR reagieren zurückhaltend. Sie wollen Modrows Einladung zur Einbindung in die Regierungsarbeit nicht annehmen. Sie haben kein Interesse, eine Krise zu verwalten, für die aus ihrer Sicht allein die SED verantwortlich ist. Stattdessen fordern sie, „schleunigst Abschied von allen Übeln der alten Ordnung“ zu nehmen. Notwendig sei ein gänzlich neues Wirtschaftssystem, keine Neuauflage der sozialistischen Strukturen und der Planwirtschaft.

-> [Zum Ereignis Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung auf der Webseite](#)

## **Volkskammer verabschiedet neues Reisegesetz**

11. Januar.1990: Die Volkskammer verabschiedet das seit Monaten diskutierte Reisegesetz. Es gibt jedem DDR-Bürger das Recht, jederzeit ins Ausland zu reisen. Was seit dem Mauerfall am 9. November 1989 gelebte Wirklichkeit ist, soll nun auch per Gesetz geregelt werden.

### **Reisefreiheit für alle**

Seit der Maueröffnung nutzen unzählige DDR-Bürger die neu gewonnene Freiheit für einen Besuch in Westdeutschland oder Westberlin. Die neuen Bestimmungen regeln nun auch formal, wonach sich die Menschen so lange gesehnt haben: Alle Bürger erhalten die **uneingeschränkte Reisefreiheit**.

Im Paragraph 2 heißt es: „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, jederzeit in das Ausland zu reisen und zu diesem Zweck einen Reisepass der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten. Er hat das Recht, jederzeit in die Deutsche Demokratische Republik einzureisen.“

Erst jetzt soll für die Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge also offiziell das Menschenrecht gelten, das die DDR durch ihren Uno-Beitritt und in der KSZE-Schlussakte anerkannt hatte – und gegen das sie jahrzehntelang verstoßen hatte. Am 1. Februar tritt das „Gesetz über Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik in das Ausland“ – kurz „Reisegesetz“ – in Kraft.

### **Wort des Jahres**

1989 wählte die „Gesellschaft für deutsche Sprache“ den Begriff „Reisefreiheit“ zum „Wort des Jahres“. Auf den folgenden Plätzen landeten „BRDDR“, „Montagsdemonstrationen“ und „chinesische Lösung“. Mit der Wahl zum „Wort des Jahres“ greift die Gesellschaft seit 1972 Themen und Ausdrücke auf, die die öffentliche Diskussion des jeweiligen Jahres besonders bestimmt haben.

-> [Zum Ereignis Volkskammer verabschiedet neues Reisegesetz auf der Webseite](#)

## **Niederlage für Modrow-Regierung**

12. Januar 1990: Die Bürgerrechtsbewegung wird ungeduldig. Die Stasi ist zwar umbenannt, und in den Bezirkshauptstädten der DDR sind die Stasi-Zentralen besetzt, aber die Geheimpolizei existiert noch. Zudem gehen die Blockparteien auf Distanz zur SED-PDS.

### **Opposition will keinen Geheimdienst mehr**

Tags zuvor hat Ministerpräsident Hans Modrow in einer Regierungserklärung für einen Geheimdienst plädiert, um die Bevölkerung vor "Terrorismus, Neofaschismus, Rauschgift- und Umweltkriminalität" zu schützen. Doch die Bürgerrechtler wollen keinen Geheimdienst mehr.

Sie halten am 12. Januar den Regierungschef am Eingang zur Volkskammer auf und verlangen, das "**Amt für nationale Sicherheit**", wie die Stasi inzwischen heißt, ersatzlos aufzulösen. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, erklären sie Modrow, ganze Regionen in der DDR seien bereit zum Streik.

### **Koalitionspartner gehen auf Distanz**

Auch die ehemaligen Blockparteien, die mit der **SED-PDS** eine Koalitionsregierung bilden, gehen jetzt auf Distanz. In der Aussprache über die Regierungserklärung drohen Sprecher der LDPD, der NDPD und der CDU, die Koalition zu verlassen, wenn sich die SED-PDS nicht endgültig von ihrem alten Machtanspruch und den überkommenen Strukturen trenne.

Vor allem der neue SED-PDS-Chef Gregor Gysi hatte sich öffentlich für einen neuen Nachrichtendienst stark gemacht. Doch Modrow bekommt dafür keine Mehrheit. Am 13. Januar beschließt der Ministerrat offiziell die Auflösung der Geheimpolizei, ohne eine Nachfolgeorganisation ins Leben zu rufen.

Eine Niederlage für Modrow – und es bleibt nicht die letzte. In seiner **Regierungserklärung** vom Vortag hatte er auch gesagt: "Die Regierung der DDR, und nicht sie allein, ist der Auffassung, dass eine Vereinigung von DDR und BRD nicht auf der Tagesordnung steht." Modrow will, dass die DDR "eigenständig" bleibt, wie er es nennt. Doch damit stehen seine Partei und er inzwischen ziemlich allein.

-> **Zum Ereignis Niederlage für Modrow-Regierung auf der Webseite**

## **Stasi-Besetzung in Berlin**

15. Januar 1990: Demonstranten nehmen in der Normannenstraße die Berliner Zentrale des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in Besitz. Der Höhepunkt einer ganzen Serie von Besetzungen ist der erste Schritt zur Aufarbeitung der Vergangenheit.

### **Beweise vor der Vernichtung retten**

Es ist ein atemloser Wettlauf gegen die Zeit: Seit Wochen und Monaten rattern Reißwölfe in der ganzen DDR. Fleißige Hände füttern sie mit Akten, Bildern, Dokumenten, während auf den Straßen die Demonstranten stehen. Die Wahrheit soll im Schredder sterben, getilgt aus der Geschichte. Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit persönlich, hatte bereits am 6. November 1989 befohlen, die Archive gezielt zu säubern.

Mit bloßen Händen gehen die Stasi-Mitarbeiter zu Werke, als mancher Reißwolf versagt. Während die SED am **Runden Tisch** noch ihren alten Geheimdienst schützt, enden tausende Tonnen Wahrheit in Fetzen. Doch das Volk schaut nicht länger zu: Bis "die Partei" widerstrebend der Auflösung aller Nachrichtendienste zustimmt, haben die Bürger die Dinge längst selbst in die Hand genommen. **Erfurt** und Rathenow stehen am Beginn einer regelrechten Welle von Gebäude-Besetzungen. Leipzig, Rostock und weitere Bezirksstädte folgen.

### **Stasi vernichtet ihr Spitzelwissen**

Teils erreicht schon eine Handvoll Bürgervertreter die geordnete Übergabe ganzer Liegenschaften, teils übt die Staatssicherheit noch manche List. Sie nennt sich nunmehr "**Amt für nationale Sicherheit**" und nutzt manche politische Panne. So erhält beispielsweise die ehemalige "Hauptverwaltung Aufklärung" die Erlaubnis, sich "selbst aufzulösen" – einschließlich ihrer Aktenbestände. Auch Dateien auf Magnetbändern werden systematisch zerstört, geschichtliches Wissen geht verloren.



Es ist einer der heikelsten Momente der Friedlichen Revolution, der Kampf um die Erkenntnis. Einige wollen Aufarbeitung, die anderen fordern einen "Schlussstrich". Im Gewirr einiger Besetzungen geschieht beides – Akten werden aufgefunden oder verschwinden für immer.

### **Demonstranten retten Akten**

Das **Neue Forum** ruft für den 15. Januar 1990 zu einer Demonstration vor dem Stasi-Hauptquartier in Berlin-Lichtenberg auf.

Tausende versammeln sich. Als die Menge am Nachmittag einzelne Menschen zu erdrücken droht, öffnen sich die Tore. Die Männer und Frauen gelangen in verschiedene Gebäude und retteten Tausende zerrissener Akten.

"Wir hatten das Gefühl, nun muss endlich in Berlin, der Hauptstadt, was passieren", sagt Hannelore Köhler, die damals dabei war.

-> [Zum Ereignis Stasi-Besetzung in Berlin auf der Webseite](#)

## **Symbolträchtige Wanderung im Eichsfeld**

21. Januar 1990: Es ist ein eindrucksvolles Bild: Rund 50.000 Bewohner des Eichsfelds versammeln sich mit Koffern und Umzugskartons. Gemeinsam wollen sie hinüber nach Westdeutschland. Geschlossen ziehen sie über den Grenzübergang Duderstadt-Worbis nach Gerblingsrode in Niedersachsen.

### **Die Geduld ist zu Ende**

Mit dieser "Kofferdemo", wie sie später genannt wird, protestieren die Eichsfelder gegen die Politik der SED. Sie wollen auf die Angst der Menschen aufmerksam machen, die täglich zu Tausenden flüchten, weil sie der SED keinen Reformwillen zutrauen: Menschen, die dringend gebraucht werden, wenn es einen Neuanfang geben soll. "Heute kommen wir noch einmal wieder" und "Wenn die SED-Regierung bleibt, geben wir die Heimat auf!", steht auf Spruchbändern und Gepäckstücken.

### **Zusammenhalt macht widerstandsfähig**

Das Eichsfeld im Nordwesten Thüringens ist eine ganz besondere Region. Die Bevölkerungsmehrheit ist katholisch, der Zusammenhalt sehr ausgeprägt. Jahrzehntlang hat sich das SED-Regime bemüht, die Eichsfelder gefügig zu machen. Es ist ihm nie wirklich gelungen.

In Gerblingsrode verlangen die Demonstranten auf einer Kundgebung ein geeintes Deutschland. "Dies war ein Appell an all diejenigen, die in höherer politischer Verantwortung standen: Bitte sorgt auf euren Ebenen dafür, dass dem deutschen Volk die Einheit gestattet wird. Bis nach Moskau sollte unser Appell gehen", so der Zeitzeuge und Mitorganisator Friedrich Kaufhold später.

Alle kehren nach der Demonstration in ihre Thüringer Heimat zurück. Aber sie haben unmissverständlich klar gemacht: Wir machen ernst, wenn sich nicht mehr bewegt als bisher.

-> [Zum Ereignis Symbolträchtige Wanderung im Eichsfeld auf der Webseite](#)

## Hurd: Deutschland muss in der Nato bleiben

22. Januar 1990: Der britische Außenminister Douglas Hurd kommt für drei Tage zu einem offiziellen Besuch in die DDR. Er bekennt sich zum Recht der Deutschen auf freie Selbstbestimmung, stellt aber die ausdrückliche Bedingung, ein vereintes Deutschland müsse Mitglied der Nato sein.

### Abwartende Haltung Großbritanniens

Hurd kommt als Gast von Außenminister Oskar Fischer nach Ostberlin. Er trifft die gesamte DDR-Führungsspitze. Es geht Hurd vor allem darum, sich ein eigenes Bild von der inneren Lage zu machen und die demokratischen Umwälzungen zu würdigen.

Trotz der freundlichen Gespräche ist nicht zu übersehen, dass Großbritannien beim Einigungsprozess noch eine abwartende Haltung an den Tag legt.

Vor der Presse sagt Hurd, die westlichen Staaten unterstützten die staatliche Einheit Deutschlands - wenn dabei die Interessen der Nato und der Europäischen Gemeinschaft (EG) gewahrt blieben.

Hurd würdigt den spürbaren Willen der DDR-Führung zur demokratischen Erneuerung. Er rechne mit einer "schrittweisen Beschleunigung der Kooperation nicht nur mit Großbritannien, sondern auch zwischen der EG und der DDR", sagt der britische Außenminister.

Ein erster Schritt seien Verhandlungen zwischen der DDR und der EG über ein Handels- und Kooperationsabkommen. Hurd stellt der DDR weiter finanzielle Hilfe für neue Projekte in Aussicht.

### Demokratische Entwicklung unumkehrbar

DDR-Außenminister Fischer bekräftigt die Unumkehrbarkeit der demokratischen Entwicklung in der DDR. Man sei sich der Tatsache bewusst, dass beide deutschen Staaten, ihre Grenzen sowie ihr Verhältnis zueinander in die europäische und die Weltpolitik eingebettet seien.

Deutsche Alleingänge werde es nicht geben, im Gegenteil: "Eine deutsch-deutsche Vertragsgemeinschaft, wie wir sie verstehen, wird nicht die Interessen und Erfahrungen anderer Staaten negieren oder gar verletzen."

Fischer zeigte sich mit dem Stand der Beziehungen zwischen der DDR und Großbritannien zufrieden. Er verweist zugleich darauf, dass die Kooperationsmöglichkeiten bei weitem nicht ausgeschöpft seien, sondern sich durch die veränderte Lage in der DDR völlig neue Möglichkeiten ergäben.

-> Zum Ereignis Hurd: Deutschland muss in der Nato bleiben auf der Webseite

## Runder Tisch stellt unangenehme Fragen

22. Januar 1990: Am Runden Tisch weist der ehemalige SED-Generalsekretär Egon Krenz die Verantwortung der SED für die Machenschaften der Staatssicherheit zurück. Regierungschef Hans Modrow sucht sein Glück in einer Koalition mit der Opposition.

### Krenz will Verantwortung abschieben

Für die alten SED-Kräfte wird der **Runde Tisch** zunehmend unangenehm: Nun bestellt die Runde manchen der ehemals Mächtigen zur Anhörung ein. Egon Krenz muss den Mitgliedern zum Thema "Staatssicherheit" Rede und Antwort stehen.

Der ehemalige SED-Generalsekretär ist um Antworten nicht verlegen. Einen Großteil an politischer Verantwortung schiebt er dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit zu: "In Wirklichkeit entwickelte sich das Ministerium für Staatssicherheit zunehmend zu einem nach außen hin abgeschirmten Staat im Staate", trägt der einstige Parteichef aus einer Erklärung vor.

### **Massenaustritte schwächen die Partei**

Krenz' Worte können den Niedergang der Partei nicht aufhalten. Vielen gilt ihr Ruf endgültig als verloren; selbst in den eigenen Reihen sind viele ihrer Partei überdrüssig: Von einst mehr als zwei Millionen Mitgliedern hat bereits Ende 1989 gut jedes vierte die Partei verlassen.

Die Umbenennung in "**Partei des demokratischen Sozialismus**" (SED-PDS) ist ebenso beschlossene Sache, wie der Ausschluss von Krenz aus der Partei. Noch im Januar 1990 schließen ihn die Genossen aus.

### **Opposition soll die Regierung stärken**

Die Partei sucht nun neuen Zuspruch und neue politische Partner. Mit Vertretern des Runden Tisches berät DDR-Regierungschef Hans Modrow am 22. Januar 1990 über eine mögliche Regierungskoalition. Bald sollen auch Mitglieder der Opposition Minister werden.

Ein Schritt, der die Reformbereitschaft und die demokratische Öffnung der ehemaligen Staatspartei unterstreichen soll. Denn bald sollen die ersten freien Volkskammerwahlen stattfinden. Also gilt es, für einen besseren Ruf zu arbeiten.

-> **Zum Ereignis Runder Tisch stellt unangenehme Fragen auf der Webseite**

## **Deutsch-deutsche Wirtschaftskommission konstituiert sich**

23. Januar 1990: In Ostberlin konstituiert sich die deutsch-deutsche Wirtschaftskommission. Die Bundesregierung bietet zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in der DDR zinsgünstige Kredite an.

### **„Fünf Weise“ legen Sondergutachten vor**

Kurz vor dem ersten Zusammentritt der Wirtschaftskommission übergibt der Sachverständigenrat der Bundesregierung – die sogenannten „Fünf Weisen“ – in Bonn ein **Sondergutachten** zur Lage in der DDR an Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann. Die klare Botschaft der Wirtschaftsforscher: Die Abwanderung aus der DDR ist nur durch eine rasche Umwandlung der Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft zu stoppen.

Haussmann hebt hervor, er werde heute, beim ersten Treffen der deutsch-deutschen Wirtschaftskommission, die DDR erneut auf eine Einführung der Marktwirtschaft drängen.

### **Hilfe für Kleinbetriebe**

Unter Vorsitz von Haussmann und DDR-Wirtschaftsminister Gerhard Beil setzt die erste Tagung der deutsch-deutschen Wirtschaftskommission sofort Akzente – zugunsten kleiner und mittlerer Unternehmen. Bei der Modrow-Regierung setzt sich die Erkenntnis durch: Eine rasche Belebung der DDR-Wirtschaft und damit Hoffnungssignale für die eigene Bevölkerung sind weniger durch Großunternehmen, sondern nur mit Hilfe kleiner und mittlerer Unternehmen zu erreichen.

Die DDR sagt zu, bei der Umsetzung ein zügiges Tempo vorzulegen. So soll schnell die gesetzliche Grundlage geschaffen werden, damit verstaatlichte Betriebe wieder zurück zu erwerben oder zu privatisieren sind.

Die Bundesregierung bietet der DDR zinsgünstige Kredite in Höhe von sechs Milliarden D-Mark an. Die DDR-Seite nimmt dieses Angebot als Chance für eine Initialzündung für den Mittelstand bereitwillig an.

### **Reformprozess in der DDR unterstützen**

In der Bundestagsdebatte am 26. Januar 1990 zum Jahreswirtschaftsbericht sieht Wirtschaftsminister Haussmann den Erfolg der Marktwirtschaft als Möglichkeit, „den notwendigen Reformprozess in der DDR wirkungsvoll zu unterstützen“. „Es ist dieser Erfolg, der die Reformkräfte in der DDR anspornt, den Ausweg aus der sozialistischen Mangelwirtschaft in der Sozialen Marktwirtschaft zu suchen“, so Haussmann.

Entscheidend für die weitere Entwicklung in der DDR sei die schnelle gesetzliche Umsetzung der Vereinbarungen. Haussmann: „Unser beständiges Drängen, aber auch der Druck der Opposition in der DDR für schnelle Wirtschaftsreformen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Aber die Nagelprobe an Hand konkreter Gesetzestexte kommt erst jetzt.“

Die DDR hat die Marktwirtschaft zwar noch nicht ganz eingeführt, aber die Tore für neue mittlere Betriebe, für neue Arbeitsplätze in der DDR stehen offen. Vertreter der Bundesregierung appellieren in dem Zusammenhang an die Bürger in der DDR, in ihrer Heimat zu bleiben und beim wirtschaftlichen Aufbau mit anzupacken.

-> Zum Ereignis **Deutsch-deutsche Wirtschaftskommission konstituiert sich auf der Webseite**

## **Häftlingsfreikauf: letztes Kapitel**

23. Januar 1990: Das letzte Kapitel ganz besonderer innerdeutscher Beziehungen beginnt. Der Präsident des Diakonischen Werks bestätigt eine große Warenlieferung in die DDR. Es ist die letzte Gegenleistung für die Freilassung politischer Gefangener im Rahmen des sogenannten Häftlingsfreikaufs.

### **Die Bundesrepublik verhält sich vertragstreu**

Von 1963 bis 1989 hat die Bundesrepublik Deutschland insgesamt 33.755 politische Häftlinge aus den Gefängnissen der DDR freigekauft. Der Preis: fast 3,5 Milliarden D-Mark. Jetzt, im Januar 1990, sitzen in den Haftanstalten zwar keine „Politischen“ mehr ein, aber die Bundesrepublik ist vertragstreu. Für die letzten Gefangenen, die nach Westdeutschland ausreisen konnten, sind noch Waren im Wert von 65 Millionen D-Mark fällig. Sie erreichen die DDR wenige Tage vor der Wiedervereinigung, am 24. September 1990: 3,7 Tonnen Kupfer, 57 Kilotonnen Erdöl und 1.034 Kleintransporter.

Dass Karl-Heinz-Neumann, der Präsident des Diakonischen Werks, diese Liefervereinbarung bestätigt, hat eine besondere Bewandnis: Der Häftlingsfreikauf hat von Anfang an über einen Umweg stattgefunden – über den Umweg evangelische Kirche. Denn auf sie gingen die allerersten Bemühungen um die Freilassung politischer Gefangener zurück.

### **Anfang in den 1960er-Jahren**

Zunächst war es der Berliner Präses Kurt Scharf, der sich in Gesprächen mit den DDR-Sicherheitsorganen für politische Häftlinge einsetzte. Sein Referent, Oberkonsistorialrat Reymer von Wedel, knüpfte 1962 Verhandlungsfäden nach Ostberlin – zu dem Rechtsanwalt Wolfgang Vogel, einem „Geheimen Mitarbeiter“ der Stasi.

Die DDR war zwar bereit, Inhaftierte in den Westen ausreisen zu lassen, verlangte aber Gegenleistungen: für die ersten 15 Gefangenen drei Waggons Kalisalz. Die Abwicklung dieses Geschäfts übernahm das Dia-

konische Werk. Das Geld für die geforderten Waren besorgte der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche bei der Bundesregierung, Hermann Kunst.

### **„Besondere Bemühungen“**

1963 wurde der Bundesminister für gesamtdeutsche Aufgaben, Rainer Barzel, auf diese Möglichkeit aufmerksam, politische DDR-Häftlinge freizubekommen. Fortan fanden die Verhandlungen zwar zwischen Regierungsbevollmächtigten statt; auf westdeutscher Seite unter dem Stichwort „Besondere Bemühungen“. Die Gegenleistungen an die DDR organisierte jedoch weiterhin das Diakonische Werk. Es blieb bei Warenlieferungen: Kadmium, Naturkautschuk, Speiseöl, Kaffee, Südfrüchte und vieles mehr.

Empfängerin der Waren war die Stasi-Firma „Intrac Handelsgesellschaft gmbH“, die Koordination war Sache des „Bereichs kommerzielle Koordinierung“ unter **Alexander Schalck-Golodkowski**. Ab 1968 verkaufte die „KoKo“ die Produkte auf dem internationalen Markt, um an harte Devisen zu kommen. Stasi-Chef Erich Mielke hatte dafür ein Sonderkonto bei der Staatsbank. Ab 1974 flossen die Gelder auf das „Generalsekretärskonto“ Erich Honeckers.

### **95.847 D-Mark pro Häftling**

Anfangs stellte die DDR 40.000 D-Mark pro Häftling in Rechnung, 1977 stieg der Betrag auf 95.847 D-Mark. 1985 kamen die meisten politischen Gefangenen in die Bundesrepublik: 2.669. 1989 waren es bis zur Friedlichen Revolution im Herbst 1.840. Oft handelte es sich um Menschen, die wegen „versuchter Republikflucht“ verurteilt waren.

Die „freigekauften“ Häftlinge wurden zunächst ins Chemnitzer Kaßberg-Gefängnis und dann mit westdeutschen Bussen über den Grenzübergang Herleshausen/Wartha in den Westen gebracht. Um nicht aufzufallen, fuhren die Busse auf DDR-Gebiet mit DDR-Kennzeichen, in der Bundesrepublik mit westdeutschen. Der Busfahrer brauchte nur einen Knopf am Armaturenbrett zu drücken, um die Nummernschilder umzudrehen.

-> [Zum Ereignis Häftlingsfreikauf: letztes Kapitel auf der Webseite](#)

## **Der Autor der "wunderbaren Jahre" wieder in Greiz**

26. Januar 1990: Zum ersten Mal nach seiner Übersiedlung in den Westen ist der Schriftsteller Reiner Kunze wieder in Greiz. In der vollbesetzten Stadtkirche liest er aus seinem Buch "Die wunderbaren Jahre" und dankt den Greizern für ihren Beitrag zur Friedlichen Revolution.

### **Im Visier der Stasi**

Reiner Kunze, Bergarbeitersohn aus Oelsnitz im Erzgebirge, hat in Leipzig Philosophie und Journalistik studiert und bereits als Zwanzigjähriger erste Gedichte veröffentlicht. Vor Abschluss seiner Promotion muss er die Uni verlassen, weil man ihm vorwirft, "konterrevolutionäre Verbindungen" zu unterhalten. Kunze arbeitet zwei Jahre als Hilfsschlosser und lässt sich 1962 als freischaffender Schriftsteller in Greiz nieder.

Nach der gewaltsamen Niederschlagung des "Prager Frühlings" tritt Kunze aus der SED aus und gerät ins Visier der Stasi. Seine Bücher können – mit einer Ausnahme – nur noch in der Bundesrepublik erscheinen. So auch sein bekanntestes Werk, "Die wunderbaren Jahre", in dem er sich 1976 mit der Indoktrination junger Menschen in der DDR und den Ereignissen in der Tschechoslowakei auseinandersetzt.

### **Zur Ausreise genötigt**

Der DDR-Schriftstellerverband schließt Kunze aus, was einem Berufsverbot gleichkommt, und die Stasi verschärft ihre Maßnahmen gegen ihn. Einer seiner engsten Vertrauten wirkt fleißig daran mit: **Manfred "Ibrahim" Böhme**, hauptamtlicher Kreissekretär des Kulturbundes in Greiz – und Stasi-Spitzel. Als Kunze Hinweise erhält, dass er inhaftiert werden soll, beantragt er für seine Familie und sich die Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft. Schon eine Woche später, am 13. April 1977, können die Kunzes ausreisen. Das Foto von der Ausreise über die Grenzkontrollstelle Rudolphstein ist das letzte in den Stasi-Akten zum "Operativ-Vorgang Lyrik". Doch auch im Westen verfolgt die Stasi Kunze weiter: mit "politisch-operativen Maßnahmen zur Verunsicherung". Das SED-Regime will Kunzes Glaubwürdigkeit herabsetzen, weil es weiß, wie groß der Einfluss der "wunderbaren Jahre" ist; in der ganzen DDR kursieren Abschriften. Ein Satz verrät wie kein anderer, wie nervös man in Ostberlin ist: "Kommt Zeit, vergeht Unrat", sagt der Präsident des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, als Kunze den Georg-Büchner-Preis erhält.

### **"Wir bewundern Sie für Ihren Mut"**

Nun also sind Reiner Kunze und seine Frau zum ersten Mal seit fast 13 Jahren wieder in Greiz. "Dass ich heute vor Ihnen stehe, ist für mich ein Lebenswunder", sagt er vor rund tausend Zuhörern. "Ich danke Ihnen für Ihre Einladung und für alles, was Sie getan haben, damit wir ihr folgen konnten. Ich weiß nicht, ob Sie bei den ersten Demonstrationen hier in Greiz Angst gehabt haben. Wir, meine Frau, unsere Tochter und ich, haben Angst um Sie gehabt. Wir bewundern Sie für Ihren Mut."

Im **Interview** äußert sich Reiner Kunze zu seinen Empfindungen am 26. Januar 1990 in Greiz, zur Wirkung seiner "wunderbaren Jahre" und zu Stasi-Spitzel Böhme.

Seit 1995 ist Kunze Ehrenbürger der Stadt Greiz. Seine Werke sind in 30 Sprachen übersetzt, und er hat über 30 Auszeichnungen erhalten.

-> **Zum Ereignis Der Autor der "wunderbaren Jahre" wieder in Greiz auf der Webseite**

## **Runder Tisch für vorgezogene Wahlen**

28. Januar 1990: Der zentrale Runde Tisch in Ostberlin entscheidet, die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März 1990 vorzuverlegen. Tags darauf unterbreitet Regierungschef Hans Modrow diesen Vorschlag offiziell der DDR-Volkskammer.

### **Zum ersten Mal wirklich auswählen können**

Die politische und wirtschaftliche Situation in der DDR verschlechtert sich rasant. Vielen erscheint es fraglich, ob die DDR am ursprünglich geplanten Wahltag, am 6. Mai, überhaupt noch existieren würde. Und so entscheiden sich die Vertreter von Regierung und Opposition, die Volkskammerwahl vorzuverlegen.

Es ist der Anfang vom offiziellen Ende der DDR: Mit nüchternen Worten unterbreitet DDR-Ministerpräsident Modrow einen Tag später den Volkskammer-Delegierten den Vorschlag: Neuwahlen schon am 18. März. An der Wahlurne sollen die Bürger dazu beitragen "...die Situation zu bessern, zu beruhigen, zu stabilisieren."

"Die gegenwärtige Regierungskoalition erweist sich zunehmend als zerbrechlich", sagt Modrow. "Die ökonomischen und sozialen Spannungen in der Gesellschaft haben zugenommen und berühren bereits das tägliche Leben vieler Menschen."

## Ein Land am Abgrund

Im Volk schwelt es, die Wirtschaft ist zerrüttet. Überall in der DDR werden Forderungen nach höheren Löhnen, Renten, Urlaubsansprüchen laut, während die Volkswirtschaft lahmt. Streiks und eine ungebrochene Ausreisewelle schwächen das Land.

"Alle Maßnahmen und Appelle der Regierungen haben es bisher nicht vermocht, diesen Aderlass aufzuhalten", sagt Modrow in Hinblick auf die Ausreisenden. Auch auf höchster politischer Ebene ist nun die Sorge zur Einsicht gereift: Es geht nicht mehr. Die Volkskammer nimmt Modrows Vorschlag an.

## Wahlkampf zur Wiedervereinigung

Was bei manchem Abgeordneten pure Bestürzung weckt, lässt andere Menschen hoffen: Neuwahlen, jetzt werden die Karten neu gemischt. Um Kandidaten zu bestimmen, Plakate zu kleben, Programme aufzustellen, bleiben keine 50 Tage mehr. Doch das bestimmende Thema des bevorstehenden Wahlkampfes ist im Januar ohnehin schon allgegenwärtig: die Wiedervereinigung Deutschlands.

Um den Einzug in die Volkskammer bewerben sich 24 Parteien, politische Vereinigungen und Bündnisse. Anders als bei allen Volkskammerwahlen zuvor treten die Bewerber nicht mehr auf einer gemeinsamen Liste, sondern gegeneinander an. Zum ersten Mal sollen die Wählerinnen und Wähler wirklich auswählen können.

Neben Politikern und Oppositionellen aus der DDR treten auch viele bundesdeutsche Spitzenpolitiker bei den Wahlkampfveranstaltungen auf. So spricht Bundeskanzler Helmut Kohl in Erfurt und fünf weiteren Städten. Auch der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt kommt nach Erfurt, wo er sich bereits 1970 mit dem damaligen DDR-Ministerpräsidenten Willy Stoph getroffen hatte.

-> [Zum Ereignis Runder Tisch für vorgezogene Wahlen auf der Webseite](#)

## Honecker in Untersuchungshaft

29. Januar 1990: Der frühere SED-Parteichef und DDR-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker kommt aus dem Berliner Krankenhaus Charité und wird sofort verhaftet. Nach einem Tag Untersuchungshaft wird er als „haftunfähig“ entlassen.

Als Honecker nach einer Krebsoperation aus der Charité entlassen wird, wartet auf ihn ein Aufenthalt in der Untersuchungshaftanstalt Berlin-Rummelsburg. Zwar hatte die Charité mitgeteilt, es sei aus ärztlicher Sicht nicht zu verantworten, den frischoperierten Honecker zu verhaften. Doch die DDR-Justiz hört nicht auf das ärztliche Urteil.

Bereits Anfang Januar hat die Volkskammer ein schärferes Vorgehen gegen Honecker und die alte SED-Führung gefordert. Der neue DDR-Generalstaatsanwalt Hans-Jürgen Joseph will Honecker wegen „Hochverrats“ anklagen. Der ehemalige SED-Chef habe grundlegende Menschenrechte verletzt, die Medienfreiheit schwerwiegend eingeschränkt, Wahlen manipuliert, die Volkswirtschaft desorganisiert sowie Volksvermögen vergeudet.

Und so wird Honecker am frühen Morgen des 29. Januars direkt aus seinem Krankenzimmer zum Verhör in die Untersuchungshaftanstalt gebracht. Doch das Verhör dauert nicht lange. Etwa nach einer Stunde verlangt Honecker seine Anwälte zu sehen: Die Vernehmung solle unterbrochen werden, da es ihm gesundheitlich schlechter gehe.

## Kein Haftbefehl

Am Abend des Tages lehnt der zuständige Haftrichter einen Haftbefehl gegen Honecker ab. Eine Beschwerde des Generalstaatsanwaltes gegen diese Entscheidung verlängert zwar Honeckers Aufenthalt in Rumelsburg um 24 Stunden, bleibt ansonsten aber wirkungslos. Das zuständige Stadtbezirksgericht weist die Beschwerde des Generalstaatsanwalts ab und bestätigt die Entscheidung des Haftrichters. In der Begründung heißt es: Selbst unter Berücksichtigung der Schwere des gegen Honecker erhobenen Schuldvorwurfes stehe dessen Gesundheitszustand einer Inhaftierung entgegen.

Bereits am Abend des 30. Januars wird Honecker entlassen. Auch die Unterbringung in einem Haftkrankenhaus lehnt das zuständige Stadtbezirksgericht ab. Honecker bleibt auf freiem Fuß.

## Anklage und Einstellung des Verfahrens

Ein Haftbefehl des Amtsgerichts Tiergarten im November 1990 wegen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze kann nicht vollstreckt werden. Honecker und seine Frau Margot befinden sich unter dem Schutz des sowjetischen Militärs in Beelitz bei Berlin.

Am 13. März 1991 lassen sich die Honeckers mit einer sowjetischen Militärmaschine nach Moskau ausfliegen. Zwar protestiert die Bundesregierung. Doch der Haftbefehl lässt sich nicht vollstrecken, da der 2+4-Vertrag, der Deutschland die volle Souveränität sichert, erst zwei Tage später von Moskau ratifiziert wird. Erst im Sommer 1992 wird Honecker nach Deutschland ausgeliefert, verhaftet und unter Anklage wegen Totschlags gestellt. Ein Jahr später wird das Verfahren eingestellt. Honeckers Gesundheitszustand hat sich rapide verschlechtert. Er fliegt zu seiner Tochter nach Chile. Dort stirbt er im Mai 1994.

-> [Zum Ereignis Honecker in Untersuchungshaft auf der Webseite](#)

## "Modrows Plan" für die Einheit

1. Februar 1990: Ministerpräsident Hans Modrow präsentiert seinen Plan zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow nennt die Überlegungen "Modrows Plan" und lässt damit erkennen, dass sie der Kreml akzeptiert.

### In drei Stufen zur Einheit

Kaum ein Politiker in West wie Ost hatte geglaubt, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten würde so rasch auf die Tagesordnung kommen. Aber da stand sie plötzlich. Die Menschen hatten sie zum Thema gemacht – unüberhörbar. Zum Beispiel am 15. Januar in Leipzig, wo 150.000 mit dem Ruf "Deutschland einig Vaterland!" für die Wiedervereinigung Deutschlands demonstrierten. Die Führung der DDR muss reagieren. Modrow will die Lösung der deutschen Frage in drei Stufen.

**Erste Stufe:** eine nachbarschaftliche Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen sowie eine Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion.

**Zweite Stufe:** eine Konföderation der beiden deutschen Staaten mit gemeinsamen Organen und Institutionen, zum Beispiel einem parlamentarischen Ausschuss, einer Länderkammer und gemeinsamen Exekutivorganen.

**Dritte Stufe:** ein einheitlicher deutscher Staat in Form einer Föderation oder eines Bundes – mit gemeinsamem Parlament und gemeinsamer Regierung.



Doch bevor Modrows seine Ideen der Öffentlichkeit kundtut, stellt er sie erst in Moskau vor. Kreml-Chef Gorbatschow signalisiert Zustimmung.

### **"Annäherung keine Bedrohung"**

In seiner Pressekonferenz sagt der DDR-Regierungschef: "Es ist die Stunde gekommen, einen Schlusstrich unter den Zweiten Weltkrieg zu ziehen, einen deutschen Friedensvertrag abzuschließen. Eine endgültige Lösung der deutschen Frage kann nur in freier Selbstbestimmung der Deutschen in beiden Staaten erreicht werden, in Zusammenarbeit mit den vier Mächten und unter Berücksichtigung der Interessen aller europäischen Staaten. Die Annäherung beider deutscher Staaten und ihre nachfolgende Vereinigung darf durch niemanden als Bedrohung betrachtet werden."

Das Medienecho ist beträchtlich – und nicht unfreundlich. Auf weitgehende Ablehnung stößt allerdings Modrows Idee einer militärischen Neutralität.

-> Zum Ereignis "Modrows Plan" für die Einheit auf der Webseite

## **Startschuss für 2+4-Verhandlungen**

2. Februar 1990: Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher wirbt in Washington für die deutsche Wiedervereinigung. Denn dafür benötigt Deutschland die Zustimmung der Siegermächte USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion.

### **Wiedervereinigung nicht mehr zu stoppen**

Die Verhandlungen über die endgültige völkerrechtliche Souveränität Deutschlands sind als 2+4-Verhandlungen in die Geschichte eingegangen. Der Besuch Genschers in den USA bildet den Startschuss für die Verhandlungen.

Der **Zentrale Runde Tisch** in Ostberlin hat am 28. Januar 1990 entschieden, die Volkskammerwahlen vom 6. Mai auf den 18. März vorzuverlegen. Bei den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich, aber auch in Moskau wächst die Einsicht, dass die deutsche Wiedervereinigung kaum noch zu vermeiden ist.

### **Viermächte-Verantwortung**

Am 2. Februar kommt Bundesaußenminister Genscher mit seinem amerikanischen Amtskollegen James Baker in Washington zusammen. Es geht darum, den Rahmen zu definieren, in dem man über die außenpolitischen Aspekte einer deutschen Wiedervereinigung sprechen will. Denn die beiden deutschen Staaten sind dabei nicht frei.

Auf der **Potsdamer Konferenz von 1945** hatten die vier Alliierten einen "Außenministerrat" eingerichtet, um über Deutschland zu beraten. Einen Friedensvertrag schlossen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges mit Deutschland nicht. Der Rat tagte mehrfach, wurde dann aber durch den Kalten Krieg gegenstandslos.

Wenn über die Zukunft Deutschlands zu reden ist, dann geht es aufgrund der Geschichte nicht ohne die Beteiligung der vier Siegermächte. Und die außenpolitischen Aspekte wie die Garantie der Grenzen, der Umfang der deutschen Armee oder die Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands in der Nato betreffen natürlich auch die Interessen Amerikas, Englands, Frankreich und der Sowjetunion.

### **Vier Mächte und zwei deutsche Staaten sprechen über Zukunft Deutschlands**

Anders als 1945 oder bei den Verhandlungen über Berlin 1970 ist der Impuls, der die deutsche Frage erneut auf die Weltbühne trug, diesmal aber von den beiden deutschen Staaten ausgegangen: von der Friedlichen Revolution in der DDR und den ersten **Vorschlägen von Bundeskanzler Helmut Kohl** für die schrittweise Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Es ist selbstverständlich, dass die Deutschen die Fragen der wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Einheit selbst regeln sollen. Aber auch die außenpolitischen Fragen lassen sich nun nicht – wie nach dem verlorenen Krieg – über die Köpfe der Deutschen hinweg entscheiden. Wie lautet also die Formel für die Gespräche über die Zukunft Deutschlands?

### **Die Geburtsstunde von "2+4"**

Als Außenminister Genscher in Washington eintrifft, haben seine Berater bereits mit den Kollegen im amerikanischen Außenministerium über diese Frage beraten. Die USA unterstützen die Idee, die beiden deutschen Staaten an den Verhandlungen zu beteiligen, also eine Sechserkonferenz abzuhalten. Da alle Beteiligten von der Geschichte, also von der Verantwortung der Vier Mächte seit 1945 her denken, kommen sie schnell auf den Begriff der "4+2"-Verhandlungen.

Wer genau der geistige Vater dieser Formel ist, ist bis heute nicht ganz klar. Vieles spricht dafür, dass Mitarbeiter des amerikanischen Außenministeriums die Formel ersonnen haben und am 1. Februar erstmals dem britischen Außenminister Douglas Hurd bei seinem Besuch in Washington vorgestellt haben. Außenminister Genscher jedenfalls betont in seinem Gespräch mit Außenminister Baker am Tag darauf, dass man von "2+4" und nicht "4+2" sprechen sollte. Denn die Deutschen müssten bei den Entscheidungen über ihr Schicksal den ersten Platz einnehmen. Außenminister Baker stimmt zu.

Nun müssen die anderen drei Mächte noch einverstanden sein. Am schwierigsten ist es, Moskau von dieser Formel zu überzeugen. Beim Treffen der Außenminister von Nato und Warschauer Pakts am **13. Februar in Ottawa** vereinbaren dann aber die Außenminister beider deutscher Staaten und der Vier Mächte, sich in Kürze im Zwei-plus-Vier-Rahmen zu treffen, "um die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit, einschließlich die Fragen der Sicherheit der Nachbarstaaten, zu besprechen". "2+4" ist geboren.

-> [Zum Ereignis Startschuss für 2+4-Verhandlungen auf der Webseite](#)

### **Die "Allianz für Deutschland" entsteht**

5. Februar 1990: In Berlin schließen sich die (Ost-) CDU, der "Demokratische Aufbruch" und die "Deutsche Soziale Union" zur "Allianz für Deutschland" zusammen. Das Bündnis will gemeinsam bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 antreten.

### **Für eine rasche Wiedervereinigung**

Dem CDU-Vorsitzenden und Bundeskanzler Helmut Kohl gelingt es, das Wahlbündnis zusammenzubringen. Eigentlich sollte auch eine weitere Partei, die "Deutsche Forumpartei" beitreten, doch die entscheidet sich für eine gemeinsame Liste mit dem "Bund Freier Demokraten".

Die "Allianz für Deutschland" spricht sich für eine rasche Wiedervereinigung Deutschlands aus. Im "Sofortprogramm" der Allianz heißt es: "Wir streben die Einheit Deutschlands auf der Grundlage des Grundgesetzes an. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es ist weltweit als vorbildliche demokratische Verfassung anerkannt und war die Grundlage der friedlichsten und freiheitlichsten politischen Ordnung, die es je auf deutschem Boden gab."

## Keine sozialistischen Experimente

Als Vorstufe strebt das Bündnis eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion an. Es tritt auch dafür ein, wieder die Länder zu bilden, die das SED-Regime 1952 aufgelöst hat. "Neue sozialistische Experimente" lehnt die Allianz ab. Die Menschen hätten einen Anspruch darauf, dass ihre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft nicht wieder dadurch betrogen würden.

Wenige Wochen nach Gründung der Allianz muss sich der Vorsitzende des "**Demokratischen Aufbruch**", Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, zurückziehen. Er wird als ehemaliger Inoffizieller Stasi-Mitarbeiter (IM) enttarnt. Bis zum Herbst 1989 hat er Kirchenleute und Oppositionelle bespitzelt.

Bei der **Volkskammerwahl** wird die Allianz 48,15 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten – und kann damit 192 von 400 Volkskammerabgeordneten stellen.

-> Zum Ereignis Die "Allianz für Deutschland" entsteht auf der Webseite

## Acht zusätzliche Mitglieder für den Ministerrat

5. Februar 1990: Die Volkskammer wählt achte neue Minister aus den Oppositionsgruppen in die „Regierung der nationalen Verantwortung“. Sie sollen mithelfen, die „Stabilität der inneren Entwicklung zu fördern“.

### Regierung der nationalen Verantwortung

Am 28. Januar 1990 hat der Runde Tisch bekanntgegeben, dass die oppositionellen Parteien bereit seien, mit je einem Minister in die Regierung einzutreten. Vorausgegangen waren zähe Verhandlungen und Diskussionen.

Keine leichte Entscheidung, denn sie wussten, dass sie fortan als Teil der Regierung für die Politik der alten Kräfte mithafteten würden. Schließlich sahen viele Oppositionelle eine Regierungsbeteiligung aber als unumgänglich an, um eine handlungsfähige Regierung sicherzustellen.

Am 5. Februar wählt die Volkskammer die acht von den oppositionellen Gruppen benannten Kandidaten zu Mitgliedern des Ministerrates – als Minister ohne Geschäftsbereich. Es entsteht die "Regierung der Nationalen Verantwortung".

Von den neun Oppositionsgruppen und -parteien, die am Runden Tisch vertreten sind, lehnt nur die "Vereinigte Linke" die Beteiligung an der Regierung ab. Sie ist gegen den „Deutschlandplan“ von Ministerpräsident Modrow.

### Koalition aus 13 Parteien und Gruppen

Zu Minister ohne Geschäftsbereich werden ernannt: Tatjana Böhm (Unabhängiger Frauenverband), Reiner Eppelmann (Demokratischer Aufbruch), Sebastian Pflugbeil (Neues Forum), Matthias Platzeck (Grüne Partei), Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte), Walter Romberg (SPD), Klaus Schlüter (Grüne Liga) und Wolfgang Ullmann (Demokratie Jetzt).

Modrow bestimmt seinen Stellvertreter Peter Moreth (LDPD) zu seinem ständigen Vertreter am Runden Tisch. Zusammen mit dem neuen Minister Ullmann soll er für eine enge Verbindung und Abstimmung zwischen Regierung und Runden Tisch sorgen.

Das Hauptziel der Regierung, so Modrow in einer Regierungserklärung, solle darin bestehen, bis zur Bestätigung einer neuen Regierung durch die neue Volkskammer die dringend notwendige Stabilität der inneren

Entwicklung zu fördern, zu wahren sowie weitere Schritte zur Reform einzuleiten.

Die Koalition des letzten sozialistischen Ministerpräsidenten besteht fortan aus 13 unterschiedlichen Parteien und Gruppen. Die neuen Minister reisen am 13. Februar mit nach Bonn und nehmen am **Arbeitstreffen mit der Regierung der Bundesrepublik** teil.

-> Zum Ereignis **Acht zusätzliche Mitglieder für den Ministerrat auf der Webseite**

## **Kohl bietet Währungsunion an**

6. Februar 1990: Bundeskanzler Helmut Kohl kündigt an, der DDR eine Währungsunion anzubieten – verbunden mit Wirtschaftsreformen. In weniger als fünf Monaten sollte sie Wirklichkeit werden.

### **Umsetzung innerhalb weniger Monate**

"Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!", so ein häufig skandierter Ruf dieser Tage. Bundeskanzler Kohl ist überzeugt, dass die Bundesregierung die massenhafte Abwanderung der Menschen aus der DDR nur durch ein radikalen Schritt verhindern kann: mit der Einführung der D-Mark in der DDR.

Im Mittelpunkt der Überlegungen steht der wirtschaftliche Neuaufbau der DDR – und damit eine rasche und anhaltende Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist zudem ein erster Schritt zur Entwicklung konföderativer Strukturen mit der Perspektive der deutschen Einheit.

Bereits wenige Tage vor seinem Treffen mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow in Dresden hatte Kohl mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, Kanzleramtschef Rudolf Seiters und einigen anderen Mitarbeitern des Kanzleramts erstmals eine Wirtschafts- und Währungsunion erörtert.

### **Kabinettsausschuss Deutsche Einheit**

Am 7. Februar 1990 konstituiert sich der Kabinettsausschuss Deutsche Einheit. Er bespricht in Anwesenheit der Partei- und Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU und FDP sowie Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl das Angebot einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR und die Bereitstellung benötigter Finanzmittel.

Schnell wird klar: Der einzig gangbare Weg ist die Einführung der D-Mark als gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR. Das setzt einen teilweisen Souveränitätsverzicht der DDR voraus. Auch ein Umtauschkurs ist festzulegen. Allerdings ist eine Entscheidung darüber erst ratsam, wenn alle Wirtschaftsdaten der DDR bekannt sind. Zu diesem Zeitpunkt ist das noch nicht der Fall.

Klar ist hingegen: Die Währungsunion ist nur mit einer grundlegenden Wirtschaftsreform zu bewerkstelligen – also einem direkten Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft.

### **Aufnahme der Verhandlungen**

Am **13. Februar** vereinbaren Kohl und Modrow in Bonn eine gemeinsame Kommission, um eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft vorzubereiten.

Unmittelbar nach dem Besuch Modrows nehmen Finanzstaatssekretär Horst Köhler und der Bundesbank-Vizepräsident Helmut Schlesinger mit DDR-Finanzminister Walter Romberg Expertengespräche über die Wirtschaftslage der DDR auf.

Ernüchterung macht sich auf Seiten der Bundesregierung breit, als nach und nach das tatsächliche Potential der angeblich achtstärksten Volkswirtschaft der Welt zu Tage kommt. Die Wirtschaftsdaten der DDR sind

weit ungünstiger, als die Bundesregierung zuvor angenommen hat. Auf absehbare Zeit besteht höherer Finanzbedarf. Ursache dafür sind die niedrige Produktivität von Industrie und Landwirtschaft, die hohe Verschuldung von Staatsbetrieben und Wohnungswesen und die weit größere Verschuldung im Ausland als erwartet.

### **Bekanntnis im Zwischenbericht**

Am 13. März 1990 verabschieden die Experten einvernehmlich einen **Zwischenbericht**. Darin bekennen sie sich dazu, eine "Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft" zu schaffen. Sie soll durch einen Sozialverbund gestützt sein. Die Experten sehen darin einen "entscheidenden Schritt zur deutschen Einheit". Die zügige Realisierung werde machbar sein, wenn auf beiden Seiten der politische Wille vorhanden sei.

Nachdem am **18. März 1990** die "Allianz für Deutschland" die einzigen freien Wahlen zur DDR-Volkskammer mit 48 Prozent der abgegebenen Stimmen gewonnen hat, werden die Vorbereitungen intensiviert. Bundeskanzler Kohl möchte eine rasche Währungsunion. Noch vor dem Beginn der Urlaubszeit am 1. Juli solle die D-Mark in der DDR eingeführt werden, sagt er in einem Interview. Am **27. April 1990** unterrichtet Kanzleramtschef Rudolf Seiters den Bundestag über den Stand der Verhandlungen zur Währungsunion. Bereits am **18. Mai 1990** setzten die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg ihre Unterschriften unter den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Kohl erreicht sein Ziel: Die **D-Mark ist ab 1. Juli 1990 Zahlungsmittel in der DDR**.

-> Zum Ereignis Kohl bietet Währungsunion an auf der Webseite

### **Oppositionsbündnis schließt sich zusammen**

7. Februar 1990: Die Oppositionsgruppen „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“ und „Initiative Frieden und Menschenrechte“ schließen sich zum "Bündnis 90" zusammen. Sie erhoffen sich so für die Volkskammerwahl bessere Chancen.

### **Listenverbindung für Volkskammerwahl**

Mit der Listenvereinigung wollen die drei Gruppen schlagkräftiger in den Wahlkampf ziehen. Das Bündnis tritt für eine stufenweise Annäherung der beiden deutschen Staaten ein; möchte aber aus dem Volk heraus ein neues, humanes und sozialistisches Ostdeutschland schaffen.

Bärbel Bohley, führende Vertreterin des Neuen Forums, sagt in den Fernsehnachrichten der „**Aktuellen Kamera**“, Ziele des Wahlbündnisses seien die Weiterführung der Demokratisierung sowie eine bessere ökologische und soziale Absicherung in der DDR.

Bohley weiter: „Dann sind wir sehr dafür, dass die Selbstbestimmung und auch die Eigenverantwortlichkeit der DDR-Bevölkerung nicht aufgesogen wird vom Westen, sondern dass wir unseren Weg selbst mitbestimmen wollen, und das gehört ganz wesentlich mit zur Demokratisierung.“

In der Bevölkerung hat sich aber bereits ein Stimmungswandel vollzogen. In Meinungsumfragen Anfang Februar 1990 sprechen sich bereits drei Viertel der Menschen in der DDR für eine zügige Wiedervereinigung aus. Das Angebot Helmut Kohls für eine Währungsunion und die Einführung der D-Mark am 6. Februar 1990 entfaltet Sogwirkung.

### **Enttäuschendes Ergebnis**

Die Ergebnisse der ersten und einzigen freien **Volkskammerwahlen** am 18. März 1990 fallen für die Bürgerbewegungen denn auch enttäuschend aus: Das „Bündnis 90“ erhält lediglich 2,9 Prozent der Stimmen

und damit zwölf Mandate. Das Wahlbündnis bildet mit den acht Abgeordneten der Grünen Partei in der DDR die Fraktion „Bündnis 90/Grüne“.

Das **Neue Forum** hatte sich am 10. September 1989 gegründet. Im Herbst 1989 war es die mitgliederstärkste DDR-Bürgerbewegung. In ihrem Gründungsappell „Aufbruch 89 – Neues Forum“ beschreibt sich die Gruppe als „eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung notwendiger lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen.“ Zu den Erstunterzeichner des Gründungsappells gehörten unter anderem Bärbel Bohley, Katja Havemann, Rolf Henrich, Jens Reich und Sebastian Pflugbeil.

### **„Die Grünen/Bündnis 90 BürgerInnenbewegung“**

Um ihren politischen Einfluss zu vergrößern, gehen die Bürgerbewegungen nach und nach breitere Bündnisse ein. Am 5. August 1990 wird unter dem Namen „Die Grünen/Bündnis 90 BürgerInnenbewegung“ eine Listenverbindung ins Leben gerufen. Beteiligt sind neben „Bündnis 90“ auch die ostdeutschen Grünen, der Unabhängige Frauenverband sowie Einzelkandidaten der Vereinigten Linken.

Dieses Wahlbündnis tritt bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 gemeinsam an und gewinnt im Osten 6,1 Prozent der Stimmen. Es zieht mit acht ostdeutschen Abgeordneten in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein.

-> Zum Ereignis **Oppositionsbündnis** schließt sich zusammen auf der Webseite

## **Staatliches Komitee zur Stasi-Auflösung gebildet**

8. Februar 1990: Auf Druck des „Runden Tisches“ beschließt der DDR-Ministerrat, ein „Staatliches Komitee zur Auflösung des ehemaligen MfS/AfNS“ zu bilden. Das Komitee wird zugleich ziviler Kontrolle unterstellt.

### **Bürgerkomitees entstehen**

Es gab gute Gründe für die zahlreichen Besetzungen von Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) ab Anfang Dezember 1989: die unkontrollierte Vernichtung der Aktenbestände des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS).

Wochenlang hatte die Modrow-Regierung versucht, Strukturen des Staatssicherheitsdienstes zu erhalten. Als Gegenstrategie entstanden im ganzen Lande Bürgerkomitees. Sie gingen "Sicherheitspartnerschaften" mit der Staatsanwaltschaft und der Polizei ein, um die MfS-Gebäude zu kontrollieren, Aktenvernichtungen möglichst zu verhindern und Selbstjustiz vorzubeugen.

### **Zivile Kontrolle über Stasi-Behörde**

Der Ministerrat ernennt am 8. Februar drei Beauftragte für die zivile Kontrolle zur Auflösung der ehemaligen Staatssicherheit und stattet sie für diese Aufgabe mit "Regierungsvollmacht" aus. Es sind Werner Fischer von der Initiative Frieden und Menschenrechte, Georg Böhm von der Demokratischen Bauernpartei und – als Vertreter von Bischof Gottfried Forck – der Oberkonsistorialrat Ulrich Schröter.

Zugleich wird ein "**Komitee zur Auflösung des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit**" als "Zentrales Staatsorgan" gebildet. Sein Leiter wird Günter Eichhorn, ein ehemaliger Abteilungsleiter im DDR-Finanzministerium. Später stellt sich heraus, dass er über mehrere Jahre inoffizieller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) war. Das Komitee hat die "Abwicklung von Forderungen und Verbindlichkeiten" des ehemaligen AfNS zu übernehmen. Insgesamt hat das Komitee 261 Mitarbeiter, ein

gutes Viertel davon sind ehemalige hauptamtliche MfS-Angehörige.

Die staatlichen Stellen, durchdrungen von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern des Geheimdienstes, zeigen wenig Bereitschaft, eine geordnete Nutzung der Unterlagen zu gewährleisten. Statt dessen werden Akten vernichtet, beiseitegeschafft, kopiert oder gefälscht.

### **Vernichtung oder Offenlegung der Akten**

Nachdem die **Auflösung der Staatssicherheit** im **Januar 1990** entschieden ist, rückt die Frage in den Mittelpunkt: Soll das geheime Material vollständig vernichtet oder bedingungslos offengelegt werden?

Auch in Teilen der Bürgerbewegung dreht der Wind. Verunsicherung entsteht durch gezielt geschürte Bedenken, westliche wie östliche Nachrichtendienste könnten Zugriff auf die Daten erhalten und sie für ihre eigenen Zwecke nutzen. Hier treffen sich plötzlich Interessen der alten Systemkräfte mit denen der Opposition.

Die Idee einer endgültigen Aktenentsorgung erhält daher erheblichen Auftrieb. So stimmt am 12. Februar der Zentrale Runde Tisch aus Sorge vor Missbrauch der Vernichtung von elektronischen Datenträgern der Staatssicherheit zu.

Etwa sechs Millionen Datensätze werden vernichtet. Auch die Magnetbänder mit den Namen der Mitarbeiter der Hauptverwaltung Aufklärung sowie der inoffiziellen Mitarbeiter des MfS werden endgültig zerstört. Nach den Volkskammerwahlen im März 1990 wird das Komitee dem neu gewählten Innenminister Peter-Michael Diestel unterstellt. Am 7. Juni 1990 setzt die Volkskammer zusätzlich einen parlamentarischen **Sonderausschuss** unter Vorsitz von Joachim Gauck ein. Fortan hat er die Aufgabe, die Auflösung des MfS zu kontrollieren.

-> [Zum Ereignis Staatliches Komitee zur Stasi-Auflösung gebildet auf der Webseite](#)

## **Gorbatschow stimmt Deutscher Einheit zu**

10. Februar 1990: Bundeskanzler Helmut Kohl erhält bei seinem Besuch in Moskau die prinzipielle Zustimmung des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur Wiedervereinigung Deutschlands. Die Frage der Bündniszugehörigkeit bleibt allerdings noch offen.

### **Recht des deutschen Volkes, alleine zu entscheiden**

Bei einer Pressekonferenz übermittelt Kohl als Botschaft an alle Deutschen: "Generalsekretär Gorbatschow und ich stimmen darin überein, dass es das alleinige Recht des deutschen Volkes ist, die Entscheidung zu treffen, ob es in einem Staat zusammenleben will."

Der Bundeskanzler ist in die sowjetische Hauptstadt gereist, um mit dem sowjetischen Präsidenten die dramatische Lage in der DDR und die Deutsche Frage insgesamt zu besprechen.

Bereits Ende Januar hatte Gorbatschow eine radikale Kehrtwendung in der sowjetischen Deutschlandpolitik vollzogen. Gegenüber dem Ministerpräsidenten der DDR, Hans Modrow, hatte er am 30. Januar 1990 erklärt, die UdSSR ziehe die Vereinigung Deutschlands nicht in Zweifel. Die beiden deutschen Staaten sollten ihre Beziehungen zueinander zielstrebig ausbauen.

Auch die USA unterstützen Deutschland. In einem Brief unmittelbar vor Kohls Abreise nach Moskau schreibt der amerikanische Präsident George Bush sen., die USA respektierten den Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung. Die Stabilität der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland könne von niemandem mehr bezweifelt werden. Er erwarte, dass auch das vereinte Deutschland Mitglied der Nato

bleibe. Allerdings könne das Gebiet der DDR einen besonderen militärischen Status erhalten.

### **Bündnisfrage bei 2+4-Verhandlungen klären**

An den Verhandlungen zwischen Kohl und Gorbatschow sind auch die beiden Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Eduard Schewardnadse beteiligt. Kohl erläutert seinem sowjetischen Gastgeber, die Entwicklung in der DDR steuere seit der Maueröffnung unaufhaltsam auf die Wiedervereinigung zu. In der Frage der Bündniszugehörigkeit betont Kohl, dass ein neutrales Deutschland für ihn unannehmbar sei. Die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion müssten natürlich berücksichtigt werden.

Gorbatschow befürwortet eine Blockfreiheit des wiedervereinigten Deutschlands. Er schlägt vor, die Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands mit den übrigen Siegermächten und den beiden deutschen Staaten zu besprechen. Über die Einrichtung von solchen "**Zwei-plus-Vier-Gespächen**" hatte sich Gorbatschow bereits mit US-Außenminister James Baker verständigt, der unmittelbar vorher am 9. und 10. Februar 1990 zu Besuch in Moskau war.

Über das Ergebnis seiner Besprechung mit Gorbatschow ist Kohl hochzufrieden: Moskau hat das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung erstmals seit 1945 anerkannt. Das Gespräch ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Wiedervereinigung.

Ein sichtlich gutgelaunter Helmut Kohl stellt am Ende seines Pressestatements fest: "Dies ist ein guter Tag für Deutschland, und ein glücklicher Tag für mich persönlich."

-> [Zum Ereignis Gorbatschow stimmt Deutscher Einheit zu auf der Webseite](#)

## **DDR-Regierung zu Gast in Bonn**

13. Februar 1990: DDR-Ministerpräsident Hans Modrow kommt mit siebzehn Ministern zu Konsultationen ins Bonner Kanzleramt. Auf Protokollarisches verzichtet man. Es geht um wirtschaftliche Unterstützung für die DDR und um die internationalen Vereinbarungen zur Regelung der deutschen Frage.

### **Dramatische Übersiedlerzahlen**

Gleich zu Beginn der **Beratungen** erinnert Bundeskanzler Helmut Kohl an die Bedeutung des Datums, den 45. Jahrestag des Bombardements auf Dresden. Er verbindet das mit der Feststellung, dass die Deutschen eine besondere Verantwortung hätten: Von deutschem Boden müsse Frieden ausgehen.

International, so Kohl, müsse man unverzüglich beginnen, mit den Partnern zu sprechen, um zu den notwendigen Vereinbarungen zu kommen. Die Bundesregierung sei gegen eine Viermächte-Konferenz, vielmehr für eine **Konferenz "2+4"**. Auf diese Weise könne die deutsche Frage mit dem internationalen Prozess verbunden werden. Dabei sei klar, dass die Sicherheitsinteressen der Nachbarn zu berücksichtigen seien.

Kohl erinnert an die dramatische Zahl der Menschen, die der DDR den Rücken gekehrt haben. 1989 seien 340.000 Menschen in den Westen gegangen. Und allein für Januar und Februar 1990 müsse man schon von einer Gesamtzahl von 100.000 Übersiedlern ausgehen. Das entspreche der Einwohnerzahl von Dessau, so Kohl. Die Menschen kämen nicht wegen der sozialen Leistungen, sondern weil sie von der Entwicklung in der DDR nichts Positives erwarteten.

### **Angebot einer Wirtschafts- und Währungsunion**

Das Klima bei den Verhandlungen ist frostig. Vertreter der DDR-Regierung verlangen erneut eine zweistellige Milliardenhilfe von Bonn, die an keine Auflagen gebunden sein soll. Doch das lehnt die Bundesregie-



rung ab – mit der Begründung, dass dieses Geld nicht weiterhelfen, sondern vielmehr sinnlos versickern würde.

Stattdessen unterbreitet der Bundeskanzler offiziell das Angebot, eine **Währungs- und Wirtschaftsunion** zu schaffen. Er schlägt vor, unverzüglich eine innerdeutsche Expertengruppe hierzu einzusetzen. Modrow nimmt das Angebot an.

Den Vorsitz der Expertengruppe übernehmen Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg. (Romberg ist da noch Minister ohne Geschäftsbereich, nach der **Volkammerwahl im März 1990** wird er DDR-Finanzminister.)

Zu einem noch zu bestimmenden Stichtag soll die D-Mark als einziges gesetzliches Zahlungsmittel in der DDR eingeführt werden. Zeitgleich hätte die DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für Wirtschaftsreformen und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zu schaffen.

### **35 Milliarden aus dem Bundeshaushalt**

Finanzminister Theo Waigel erklärt bei den Konsultationen, dass allein im Bundeshaushalt 1990 dreißig Milliarden D-Mark an Ausgaben vorgesehen seien, die mit der deutschen Teilung zusammenhängen. Für schnelle Hilfen, beispielsweise für medizinische Geräte, Umweltschutz und Verbesserungen der Verkehrswege, seien im Nachtragshaushalt noch einmal mehr als fünf Milliarden D-Mark vorgesehen.

**Kohl** betont, dass noch eine schwierige Wegstrecke zu gehen sei: „Es geht um ein großes gemeinsames Werk, mit dem wir unserem bislang geteilten Vaterland eine glückliche Zukunft in einem freien und geeinten Europa sichern.“

-> **Zum Ereignis DDR-Regierung zu Gast in Bonn auf der Webseite**

## **Beschluss von Ottawa über 2+4-Gespräche**

13. Februar 1990: Die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA beschließen bei einem KSZE-Treffen in Ottawa die Aufnahme von Gesprächen über die „äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit“.

### **2+4 statt Viermächte-Konferenz**

Drei Tage, nachdem Generalsekretär Michail Gorbatschow beim Besuch von Helmut **Kohl in Moskau** seine Zustimmung zur Deutschen Einheit gegeben hat, einigen sich die Außenminister der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, der Bundesrepublik und der DDR auf den Verhandlungsrahmen: Statt einer Viermächte-Konferenz sollen die Gespräche zur Herstellung der deutschen Einheit auf Augenhöhe stattfinden: im „**Zwei-plus-Vier-Format**“. Das ist ganz im Sinne der Bundesregierung, wie Außenminister Hans-Dietrich Genscher bereits am 2. Februar bei seinem **Besuch in Washington** deutlich gemacht hat..

In Ottawa erklärt Genscher vor den KSZE-Außenministern: „Wir wollen unsere Vereinigung in europäischer Friedensverantwortung, und wir wollen sie als Beitrag zur Stabilität in Europa. Wir wollen den deutschen Vereinigungsprozess in der Perspektive der Integration in der Europäischen Gemeinschaft, des KSZE-Prozesses, der West-Ost-Stabilitätspartnerschaft, des Baus des gemeinsamen europäischen Hauses und der Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung. Wir sagen allen unseren Nachbarn, was wir vereinigen wollen: die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik und das ganze Berlin, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Wir haben keine Gebietsansprüche gegen einen unserer Nachbarn.“

## Genscher berichtet im Kabinett

Am 14. Februar berichtet **Genscher im Bundeskabinett**: Seiner Auffassung nach erhebe die Sowjetunion keinen Einspruch mehr gegen die deutsche Einigung, sondern bestehe lediglich auf einem ordentlichen Verfahren, das den Viermächterechten entspreche, die Sicherheitsfrage (Bündnis und Grenzen) regele und die Einbettung in den europäischen Prozess (KSZE) sichere.

In Ottawa habe Einigkeit bestanden, dass eine Entscheidung über die Köpfe der Deutschen hinweg nicht in Frage komme, so Genscher. Es werde deshalb keine Viermächtekonferenz über Deutschland und keine Lösung geben, bei der die Deutschen am „Katzentisch“ Platz nehmen müssten.

Das Ergebnis der Zwei-plus-Vier-Gespräche solle einem KSZE-Gipfel vorgelegt werden. Das Resultat von Ottawa bezeichnet Genscher als „optimal“. Alle Teilnehmer seien sich darüber im Klaren gewesen, dass eine Fortdauer der deutschen Teilung destabilisierend wirken würde.

-> Zum Ereignis **Beschluss von Ottawa über 2+4-Gespräche auf der Webseite**

## Kohl berichtet dem Bundestag

15. Februar 1990: Nach seinen Gesprächen mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow und der DDR-Regierung gibt Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Bundestag eine Regierungserklärung ab. Noch nie sei man dem Ziel der Wiedervereinigung so nahe gekommen, sagt Kohl.

### Lage durch drei wichtige neue Elemente gekennzeichnet

Nach der grundsätzlichen **Zustimmung** des sowjetischen Präsidenten zur Wiedervereinigung fünf Tage zuvor kann sich der Bundeskanzler optimistisch zeigen. Wörtlich sagt er in seiner Regierungserklärung: „Noch nie, seit unser Land geteilt, noch nie, seit unser Grundgesetz geschrieben wurde, sind wir unserem Ziel, der Einheit aller Deutschen in Freiheit, so nahe gekommen wie heute.“

Die Lage in Deutschland habe sich qualitativ verändert, sie sei durch „drei wichtige neue Elemente gekennzeichnet“, so Kohl: die Ergebnisse seiner Moskau-Reise, die **Vereinbarung über die 2+4-Gespräche** und das **Angebot für eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft**.

### Dank an die, die Entwicklung ermöglicht haben

Der Bundeskanzler lässt keinen Zweifel daran, wem die Entwicklung bis zu diesem Punkt zu verdanken ist: in erster Linie „unseren Freunden und Verbündeten im Westen“. „Sie haben zu uns gehalten in den gefährlichen Zeiten, als Blockade, Mauer und Stacheldraht die Teilung unseres Landes und seiner Hauptstadt verewigen sollten“, sagt Kohl. Danach nennt er Michail Gorbatschow, der „auch die sowjetische Außenpolitik in eine neue Richtung“ gelenkt habe. Der Bundeskanzler dankt aber auch „den Polen und den Ungarn, den Tschechen und den Slowaken, die mit tiefgreifenden Reformen in Politik, in Wirtschaft und Gesellschaft vorangegangen sind“.

Mehr als alle anderen hätten jedoch die Menschen in der DDR getan. Mit ihren Parolen „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“ hätten sie "diese Chance für Deutschland" errungen, betont der Bundeskanzler. Den Menschen „in Berlin, in Leipzig, in Dresden, in Halle, in Chemnitz und in Plauen“ gälten „in dieser Stunde unser herzlicher Gruß und unser Dank!“, so Kohl.

### Streitpunkt Bündniszugehörigkeit

Auch nach Gorbatschows grundsätzlichem Ja zur deutschen Wiedervereinigung bleibt noch ein wichtiger Streitpunkt: die Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands. Kohl sagt deshalb vor dem Deutschen Bundestag: „Nichts ist der Stabilität Europas abträglicher als ein zwischen zwei Welten, zwischen West und Ost, schwankendes Deutschland.“ Auch bei „vernünftiger Würdigung der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion“ dürfe Deutschland nicht neutralisiert oder demilitarisiert werden. Deutschland wolle „im westlichen Bündnis eingebunden bleiben“.

### **Währungs- und Wirtschaftsunion**

Für das Angebot an die DDR, eine Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden, gebe es „kein vergleichbares Beispiel“, betont der Bundeskanzler. Die Bundesrepublik Deutschland bringe damit ihren „stärksten wirtschaftlichen Aktivposten“ ein: die Deutsche Mark. „Wir beteiligen so die Landsleute in der DDR ganz unmittelbar und direkt an dem, was die Bürger der Bundesrepublik Deutschland in jahrzehntelanger beharrlicher Arbeit aufgebaut und erreicht haben.“

Im **Gespräch mit der DDR-Regierung** hat Kohl zwei Tage vorher eine zweistellige Milliardenhilfe abgelehnt. Aber er hat, wie er jetzt berichtet, seine Bereitschaft erklärt, „kurzfristig dort zu helfen, wo dies insbesondere aus humanitären Gründen dringlich und notwendig ist“. Die Bundesrepublik stellt fünf Milliarden D-Mark bereit – etwa für den Umweltschutz, die Verbesserung der Verkehrswege und für medizinische Ausrüstung. Um das Telefonnetz der DDR auszubauen, will Bonn die sogenannte Postpauschale auf 300 Millionen D-Mark erhöhen.

-> **Zum Ereignis Kohl berichtet dem Bundestag auf der Webseite**

### **Abbau der Mauer im Herzen Berlins**

19.02.1990: Grenztruppen der DDR tragen die Mauer zwischen Brandenburger Tor und Checkpoint Charlie ab. Zwar trennt noch ein Maschendrahtzaun Ost und West, dennoch wird deutlich: Berlin wächst zusammen.

#### **Maschendraht ersetzt Mauer**

Obwohl die Mauer bereits vor knapp drei Monaten symbolisch gefallen ist, steht sie physisch – soweit nicht von Mauerspechten bearbeitet – noch immer an Ort und Stelle. Doch nun ist es soweit: DDR-Grenzeinheiten ersetzen das zwei Kilometer lange Teilstück der Mauer jenseits des Brandenburger Tors durch einen etwa zwei Meter hohen grünen Maschendrahtzaun.

Als Mauerspechte bezeichnete man Menschen, die auf eigene Faust Grenzanlagen und Mauern nach dem Mauerfall bearbeiteten. Mit Axt und Vorschlaghammer ergriffen sie die Initiative und zerstückelten das Mauerwerk. Aus vielen Mauerstücken wurden Souvenirs, die in die ganze Welt getragen wurden. Auch der amerikanische Präsident George Bush sen. hat im November 1989 ein Stück Berliner Mauer erhalten – ein **Gastgeschenk** von Außenminister Hans-Dietrich Genscher.

Das Brandenburger Tor steht besonders seit dem Mauerfall im Auge der Weltöffentlichkeit: Das Tor zwischen West und Ost, ist als Ort des Mauerfalls in die Köpfe eingegangen. Das Bild mit jubelnden Menschen auf der Mauer am Brandenburger Tor wird keiner so schnell vergessen. Auch an diesem Abend sind zahlreiche Schaulustige gekommen, um sich das Spektakel anzuschauen.

#### **Ein gutes Stück Arbeit**

Obwohl Pioniereinheiten der DDR-Armee bereits seit Ende November kontinuierlich die Grenzanlagen abbauen, der offizielle und systematische Abbau der gesamten Grenzanlagen startet erst im Juni 1990 zwischen den Bezirken Wedding und Berlin-Mitte.

Das Ausmaß von Mauer und Grenzanlagen ist immens: Allein die 45.000 Mauersegmente ergeben eine Länge von 184 Kilometer in und um Berlin. Zudem sichern zahlreiche elektronische Signalanlagen, Wachtürme und Gräben die Grenze.

Der innerstädtische Abbau verläuft dennoch zügig. Bis November 1990 werden alle Überreste der Mauer beseitigt.

Was geschah mit den Mauerresten?

Die Ideen waren vielseitig: Einerseits wurden kunstvolle Teilstücke der Mauer ins Ausland verkauft, kleine Mauer-Stücke dienen bis heute als Souvenirs. Andere Einzelteile wurden unter Denkmalschutz gestellt. Der Großteil jedoch wurde eingerissen und zerkleinert. Der Bauschutt war ideal für die Bauwirtschaft: Heute noch ist er unter manchem Belag Berliner Straßen wiederzufinden.

-> [Zum Ereignis Abbau der Mauer im Herzen Berlins auf der Webseite](#)

## **Einheit statt Almosen für die DDR**

19. Februar 1990: DDR-Regierungschef Hans Modrow berichtet am Runden Tisch von seinem Besuch in Bonn. Die erhofften Milliarden für den maroden sozialistischen Staat bleiben aus, denn die Bundesregierung bietet mehr. Sie will eine gemeinsame deutsche Währung.

### **Der Plan für eine Wirtschafts- und Währungsunion**

Modrow zieht eine Bilanz seines Gesprächs mit Bundeskanzler Kohl: Wirtschaft, Währung, der Auftritt der beiden deutschen Staaten auf dem internationalen Parkett – bei ihrem **Bonner Treffen am 13. Februar** hatten beide Regierungschefs Vieles zu besprechen.

### **Volkskammer soll über D-Mark entscheiden**

Nach seiner Rückkehr gibt sich Modrow zerknirscht. Ihm habe daran gelegen, "die gemeinsame nationale Verantwortung" zu betonen, und "solidarische Hilfe für die DDR anzumahnen". Es geht um 10 bis 15 Milliarden Mark für einen zerrütteten Staat. Allein, die gewünschte Zusage kommt nicht.

Dennoch kehrt Modrow nicht mit leeren Händen zurück: Die Bundesregierung bietet mehr. Statt einen bankrotten Staat mit Spenden zu nähren, sieht Bonn sein Geld lieber bei den Bürgern. Wirtschafts- und Währungsunion, die D-Mark für alle Deutschen – so das **Ziel der Bundesregierung**.

Auch Modrow kündigt nun Vorbereitungen an, damit ein künftiges Parlament bald über eine gemeinsame Währung befinden kann. Am **18. März 1990 sind Volkskammerwahlen**.

### **Lebensmittel werden teurer**

Ungeachtet der angestrebten "Verbesserung der Lebensbedingungen" muss die DDR weiter sparen. Der **Runde Tisch** spricht sich dafür aus, die üblichen Staatshilfen für Lebensmittel zu streichen.

Trotz der Existenzängste vieler Bürger fällt die Entscheidung einstimmig: Ausufernde Lebensmittelsubventionen hatten in der DDR dazu geführt, dass tonnenweise frisches Brot an Tiere verfüttert wurde.

-> [Zum Ereignis Einheit statt Almosen für die DDR auf der Webseite](#)

## **Volkskammer beschließt neues Wahlgesetz**

20. Februar 1990: Die Volkskammer beschließt ein neues Wahlgesetz. Das Parlament wird von 500 auf 400 Mitglieder verkleinert; die Wahlen sollen frei, allgemein, gleich, direkt und geheim sein.

### **Wahltermin wird vorgezogen**

Die innenpolitische Situation in der DDR ist prekär. Daher haben sich die Vertreter des „Runden Tisches“ am 28. Januar 1990 mit DDR-Ministerpräsident Hans Modrow darauf verständigt, die **Volkskammerwahl** auf den 18. März vorzuverlegen. Ursprünglich war der 6. Mai als Wahltermin vorgesehen. An diesem Tag soll nun die **Kommunalwahl** stattfinden.

Drei Wochen danach, am 20. Februar, beschließt die DDR-Volkskammer das neue **Wahlgesetz** und die Wahlordnung, die dafür notwendig sind: Im künftigen Parlament sollen statt 500 nur noch 400 Abgeordnete sitzen. Ihre Wahl soll erstmals frei, allgemein, gleich, direkt und geheim erfolgen.

### **Erste und einzige freie Volkskammerwahl**

Jeder Wähler hat eine Stimme, die er der Liste einer Partei, aber auch einer politischen Vereinigung oder Listenverbindung geben kann. Eine Sperrklausel, wie die Fünf-Prozent-Hürde in der Bundesrepublik Deutschland, gibt es nicht. Das Wahlgesetz sieht zudem keine Direktmandate vor. Die DDR wird in 15 Wahlkreise eingeteilt, und die Sitze im Parlament sollen zentral nach dem Wahlsystem der Verhältniswahl für die gesamte DDR errechnet werden.

Am 23. Februar ruft die Wahlkommission die Parteien und politischen Gruppierungen auf, bis zum 28. Februar ihre Vorschläge in den Wahlkreisen einzureichen. Insgesamt erhalten 24 Parteien, politische Vereinigungen und Listenvereinigungen die Zulassung zur Volkskammerwahl.

Das Wahlgesetz sieht eine Wahl der Abgeordneten für die Dauer von vier Jahren vor. Aber schon nach knapp sieben Monaten beendet die Volkskammer ihre Arbeit. Auf ihrer **Sitzung am 23. August 1990** beschließt sie den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit Wirkung vom 3. Oktober 1990 und damit auch ihre Auflösung.

-> [Zum Ereignis Volkskammer beschließt neues Wahlgesetz auf der Webseite](#)

## **Schulterschluss in Camp David**

24. Februar 1990: Bei einem zweitägigen Besuch auf dem Landsitz von US-Präsident George Bush sen. in Camp David versichert sich Bundeskanzler Helmut Kohl der amerikanischen Unterstützung im "Zwei-plus-Vier-Prozess".

### **Internationale Diplomatie notwendig**

Die Menschen in Deutschland können nicht alleine über die Wiedervereinigung ihres Landes entscheiden: Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs haben ein entscheidendes Wort mitzureden. Deshalb muss die Bundesregierung eine geschickte internationale Diplomatie betreiben.

Die USA sind der wichtigste Verbündete auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Denn sowohl die Sowjetunion als auch Frankreich und Großbritannien stehen einer Wiedervereinigung noch skeptisch gegenüber. Seitdem er am 28. November 1989 seinen **Zehn-Punkte-Plan** vorgestellt hat, kann sich Kohl im Prinzip der amerikanischen Unterstützung sicher sein. Der Empfang für Kohl und seine Frau Hannelore durch das Ehepaar Bush ist herzlich.

## **Nato-Mitgliedschaft im Mittelpunkt**

Zentrales Thema des Treffens im Camp David ist der zukünftige militärische Status eines wiedervereinigten Deutschlands.

Bush sen. habe in dem Gespräch deutlich gemacht, dass ein vereintes Deutschland in der Nato eingebunden sein müsse, sagt der Mitbegründer des Demokratischen Aufbruchs, **Rainer Eppelmann**, in einem Interview.

Auch der Bundeskanzler tritt dafür ein. Bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Bush sagt Kohl: "Das Bündnis der freiheitlichen Demokratien Europas und Nordamerikas und, darin eingeschlossen, die deutsch-amerikanische Partnerschaft sind von grundlegender Bedeutung für Frieden und Sicherheit."

Der US-Präsident kündigt an, dass amerikanische Streitkräfte auf deutschem Boden und in anderen Teilen Europas als Garanten der Stabilität bleiben würden.

Kohl bekräftigt seine Absicht, neben der transatlantischen Partnerschaft die europäische Einigung und die umfassende Zusammenarbeit zwischen West und Ost weiter voranzutreiben.

Kohl: "Wir respektieren die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Staaten und achten die Gefühle der Menschen, insbesondere unserer Nachbarn. Dies gilt gerade für die Polen." Erneut sagt der Bundeskanzler, dass niemand die Frage der Deutschen Einheit mit der Verschiebung bestehender Grenzen verbinden wolle.

Bereits am 10. Januar 1990 hatte Kohl deutlich vor Journalisten gesagt: **Polens Westgrenze gilt.**

-> Zum Ereignis **Schulterschluss in Camp David** auf der [Webseite](#)

## **Vorläufer der Treuhandanstalt entsteht**

1. März 1990: Der DDR-Ministerrat beschließt, alle Kombinate und volkseigenen Betriebe in Kapitalgesellschaften umzuwandeln und eine „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum“ einzurichten.

### **Entflechtung von Kombinat**

Damit entsteht der Vorläufer der Treuhandanstalt. Wirtschaftsleitende Funktionen soll sie nicht ausüben. Vielmehr soll die Haupttätigkeit dieser "Ur-Treuhand" in der Entflechtung von Kombinat und der Umwandlung der Nachfolgeunternehmen in Kapitalgesellschaften bestehen.

Die Modrow-Regierung strebt zwar eine Sanierung der staatlichen Industriebetriebe an. Sie sollen aber als Volkseigentum der Allgemeinheit erhalten bleiben – durch treuhänderische Verwaltung. Zugleich gibt es aus den Reihen der Oppositionsgruppe „Demokratie jetzt“ Vorschläge, die dem Runden Tisch präsentiert werden. Sie sehen vor, DDR-Bürgern Anteilsrechte am Volkseigentum zu geben, sei es in Form von Optionsrechten oder von Gutscheinen für Investitionen.

Nach der freien Volkskammerwahl vom 18. März 1990 erhält die Privatisierung dann höhere Priorität in der "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung von Volkseigentum".

### **Regierung de Maizière beginnt mit Privatisierung**

Die Regierung de Maizière beginnt nach ihrem Antritt Mitte April mit der Rückübertragung von überwiegend kleineren Unternehmen, deren Eigentümer 1972 enteignet worden waren. Bis Juni 1990 kann diese Aufgabe erst zum kleinen Teil abgeschlossen werden.

Die eigentliche Treuhandanstalt entsteht durch das **Treuhandgesetz**, das die Volkskammer am 17. Juni 1990 beschließt und das Gesetz vom 1. März aufhebt.

Das "Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens", wie es offiziell heißt, tritt am 1. Juli 1990 in Kraft. Drei Ziele sind mit dem Gesetz verbunden:

- Die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen;
- die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen;
- Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke bereitzustellen.

Am 1. Juli 1990 sind der Treuhandanstalt etwa 8.500 Betriebe mit über vier Millionen Beschäftigten unterstellt. Durch Entflechtung steigt die Zahl der Betriebe auf über 12.000 an.

-> [Zum Ereignis Vorläufer der Treuhandanstalt entsteht auf der Webseite](#)

## **Volkskammer verabschiedet Sozialcharta**

7. März 1990: Zum letzten Mal vor der ersten freien Wahl tagt die DDR-Volkskammer in alter Besetzung. Sie verabschiedet eine sogenannte Sozialcharta, mit der sie unter anderem das Recht auf Arbeit und Wohnen festschreiben will. Aber auch die Gründung privater Unternehmen soll jetzt per Gesetz erlaubt sein.

### **Recht auf Arbeit, Wohnen und Bildung**

Bei ihrer letzten Sitzung verabschiedet die Abgeordneten noch eine ganze Reihe von Gesetzen, darunter mit großer Mehrheit auch eine sogenannte Sozialcharta. Sie soll als Grundlage für die Verhandlungen über die deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion dienen. Diese Union möchte man um eine Sozialunion erweitert sehen. Das Recht auf Arbeit, Wohnen, Bildung und die Gleichstellung von Mann und Frau sollen als soziale Sicherheiten festgeschrieben werden.

Der „Runde Tisch“ hatte zwei Tage zuvor die Sozialcharta auf seiner 15. Sitzung gebilligt.

In der Präambel der Sozialcharta heißt es: "Die deutsche Einheit ist auf dem Wege eines wechselseitigen Reformprozesses beider deutscher sozialer Sicherungssysteme in ihren positiven Grundzügen zu vollziehen."

Historisch gewachsene soziale Standards in der DDR und in der Bundesrepublik seien zu erhalten, weiterzuentwickeln und zu einem höheren sozialen Sicherungsniveau zu führen.

### **Gründung privater Unternehmen erlaubt**

Neben der Sozialcharta verabschiedet die Volkskammer wichtige Wirtschaftsgesetze. So stimmen die Abgeordneten einer Verordnung der Regierung zur Bildung einer **Treuhandanstalt** zu, die die volkseigenen Betriebe (VEB) in Kapitalgesellschaften umwandeln soll.

Mit einem **Gesetz zur Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und über Unternehmensbeteiligungen** will die Volkskammer die Privatinitiative fördern. Der Staat hat dabei vor allem die mittelständische Industrie, das Bauwesen sowie die Bereiche Handel, Transport, Dienstleistungen und Tourismus im Blick.

Nach diesem Gesetz können ehemalige Betriebe mit staatlicher Beteiligung und private Betriebe, die nach 1972 verstaatlicht worden sind, auf Antrag wieder in private Unternehmen umgewandelt werden. Anträge können die ehemaligen Besitzer - auch aus der Bundesrepublik - stellen. Auch das Nutzungsrecht von DDR-Bürgern an volkseigenem Boden und Gebäuden wird gesetzlich geregelt. Bürgern soll es künftig erlaubt

sein, die Grundstücke von Ein- und Zweifamilienhäusern zu kaufen.

Faktisch aufgehoben wird das Gesetz durch den **Einigungsvertrag** vom 31. August 1990.

-> Zum Ereignis **Volkstammer verabschiedet Sozialcharta auf der Webseite**

## **Bundestag will Oder-Neiße-Grenze anerkennen**

8. März 1990: Der Bundestag stimmt einem Entschließungsantrag der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und FDP zur polnischen Westgrenze zu. Darin wird das Recht des polnischen Volkes unterstrichen, in sicheren Grenzen leben zu können.

### **Keine Gebietsansprüche an Polen**

Jetzt komme es nicht nur darauf an, die Zukunft Deutschlands zu gestalten, sondern auch den Partnern, den Nachbarn und den Freunden im Ausland, eine Antwort zu geben, sagt Bundeskanzler Helmut Kohl in der Debatte im Bundestag. Insbesondere die Polen erwarteten eine Antwort.

Der vorgelegte Entschließungsantrag schafft dazu Klarheit: „Das polnische Volk soll wissen, dass sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt oder in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“

### **Grundlage für ein friedliches Zusammenleben**

Die Unverletzlichkeit der Grenzen gegenüber Polen sei eine unverzichtbare Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Europa, so Kohl weiter. Deshalb sei es wichtig, dass beide frei gewählten deutschen Parlamente nach den Wahlen in der DDR am **18. März** eine gleichlautende Erklärung abgeben.

Für den Bundeskanzler sei es völlig klar gewesen, dass eine Anerkennung der deutsch-polnischen Grenze nur durch ein gesamtdeutsches freigewähltes Parlament kommen könne, sagt der frühere Kanzleramtschef **Rudolf Seiters**.

Abschließend sollen die Grenzfragen zwischen einer gesamtdeutschen Regierung und der polnischen Regierung vertraglich geregelt werden, schlägt der Kanzler vor. „Mein Ziel – und ich hoffe, unser gemeinsames Ziel ist es, die Aussöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk auf eine dauerhafte und feste Grundlage zu stellen.“

Die Mehrheit des Bundestages stimmt dem Entschließungsantrag zu. In den folgenden Wochen erarbeitet die Bundesregierung unter Federführung des Auswärtigen Amtes den Entwurf einer Erklärung, der die beiden deutschen Parlamente am **21. Juni** zustimmen werden. Der Deutsch-Polnische Grenzvertrag wird am 14. November 1990 unterzeichnet.

### **Entschließungsantrag:**

Der Bundestag bringt in Entschließungen seine Auffassung zu politischen Fragen zum Ausdruck. Er fordert damit die Bundesregierung zu einem bestimmten Verhalten auf. Entschließungen sind nicht rechtsverbindlich. Ein Entschließungsantrag bezieht sich auf eine bereits vorliegende Initiative, zum Beispiel auf einen Gesetzentwurf. Dieser muss von einer Fraktion oder mindestens fünf Prozent der Abgeordneten unterzeichnet sein. Nach der Schlussabstimmung oder Ende der Aussprache wird über einen Entschließungsantrag abgestimmt. (Quelle: Deutscher Bundestag)



-> Zum Ereignis Bundestag will Oder-Neiße-Grenze anerkennen auf der Webseite

## **Erster Direktflug von Frankfurt/Main nach Leipzig**

10. März 1990: Zum ersten Mal seit dem Kriegsende fliegt eine Lufthansa-Maschine wieder direkt von Frankfurt am Main nach Leipzig. Bereits kurz vor dem Mauerfall waren innerdeutsche Linienverbindungen wieder eröffnet worden. Die Flieger mussten allerdings einen Umweg machen.

### **Innerdeutsche Flüge nur mit Umweg**

Eigentlich ist es per Flugzeug von Frankfurt am Main nach Leipzig/Halle nur ein Katzensprung. Die 310 Kilometer sind in 35 bis 40 Minuten zu schaffen. Allerdings nicht, wenn die Route über Bamberg, Bayreuth, Pilsen, Prag und Dresden führt. Denn das Überfliegen der deutsch-deutschen Grenze war ausgerechnet deutschen Flugzeugen verboten.

Mit der Landung der Boeing 737-300 "Reutlingen" (D-ABXT) der Lufthansa am 10. August 1989 in Leipzig-Schkeuditz begann dennoch ein neues Kapitel im innerdeutschen Flugverkehr. Die Lufthansa nutzte von da an für ihre Linienflüge von Frankfurt/Main in die sächsische Messemetropole Leipzig den Umweg über die damalige Tschechoslowakei. Die Gesamtstrecke betrug 700 Kilometer, wodurch für jeden Flug 1.400 Liter Treibstoff nötig waren.

Wirtschaftlichkeit stand auf dieser symbolträchtigen Strecke zu der Zeit nicht im Vordergrund. Die Verbindung war ein Zeichen für die Annäherung beider deutscher Staaten. Am 9. März 1990 haben die Alliierten endlich einen Luftkorridor zwischen Erlangen und Leipzig freigegeben. Jetzt entfällt der Umweg über die Tschechoslowakei, und schon einen Tag später, am 10. März startet der erste wirkliche Direktflug.

Vor dem Mauerfall durfte keine deutsche Airline die damalige innerdeutsche Grenze überfliegen. Es gab zwar drei Luftkorridore, aber die waren insbesondere den Fluglinien der Alliierten vorbehalten.

Der Luftverkehr von und nach Berlin bleibt sogar bis zum 2. Oktober 1990 ein Sonderfall: Auf den Flughäfen Tegel und Tempelhof dominieren alliierte Fluggesellschaften wie PanAm, TWA, British Airways und Air France das Bild. Deutsche Fluggesellschaften dürfen aufgrund des Sonderstatus ' West-Berlins keinen der dortigen Flughäfen anfliegen.

In der DDR betreibt die staatliche Fluggesellschaft Interflug von Schönefeld aus ein globales Streckennetz – vor allem ins sogenannte „befreundete sozialistische Ausland“.

### **Verständigung zwischen Lufthansa und Interflug**

Einen ersten Versuch zu einem Flug zwischen den Messestädten Düsseldorf und Leipzig hatte es bereits 1986 gegeben. Die Alliierten lehnten die Einigung der beiden deutschen Airlines Lufthansa und Interflug auf einen Linienflug aber ab.

1989 folgte dann der zweite und erfolgreiche Versuch: Lufthansa und Interflug einigten sich auf gegenseitige Linienflüge von Ost nach West. Offizielle Begründung: Unterstützung des Messeverkehrs. Die Strecke von Frankfurt/Main nach Leipzig bediente die Lufthansa ab dem 10. August 1989. Einen Tag später nahm Interflug die Verbindung Leipzig-Düsseldorf auf - mit einer Maschine aus russischer Produktion vom Typ Iljuschin 62 M. Der Flug führte über Prag. Direkt hätte die Strecke 390 Kilometer betragen, so waren es

knapp 900.

### **Sonderfall Berliner Flugverkehr**

Unmittelbar nach dem Fall der Mauer am 9. November 1989 forderten die deutschen Airlines dann, auch Berlin direkt anfliegen zu dürfen.

Aber erst nach mehr als 45 Jahren Abstinenz ist es am 5. August 1990 soweit: Eine Boeing 747 der Lufthansa landet auf einem Berliner Flughafen – allerdings in Schönefeld. An Bord sind Kinder aus der Region Tschernobyl, die ihre Ferien in der DDR verbracht hatten und nun wieder nach Hause fliegen.

Bis zur Erstlandung auf einem Flughafen in West-Berlin vergehen weitere knapp zwei Monate. Am Vortag der Wiedervereinigung, am 2. Oktober 1990, landet schließlich eine Maschine der Lufthansa auf dem Flughafen Tegel.

-> Zum Ereignis Erster Direktflug von Frankfurt/Main nach Leipzig auf der Webseite

### **Der „Runde Tisch“ tagt zum letzten Mal**

12. März 1990: Der „Zentrale Runde Tisch“ in Berlin tagt zum sechzehnten und zugleich letzten Mal. Am selben Abend, sechs Tage vor der ersten freien Volkskammerwahl, enden auch die Montagsdemos in Leipzig.

### **Treibende Kraft für demokratische Entwicklung**

Seit der **ersten Sitzung** am 7. Dezember 1989 hat der Runde Tisch die Arbeit der Regierung von Ministerpräsident Hans Modrow begleitet und beeinflusst. Neben den Vertretern der Kirchen und der Regierung haben am Tisch auch Vertreter von Parteien und Organisationen der Opposition diskutiert.

Die ersten drei Mal tagt der **Zentrale Runde Tisch** im beengten Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin-Mitte, dann, ab der 4. Sitzung, im Schloss Niederschönhausen in Berlin-Pankow, dem Gästehaus der DDR-Regierung. Die Sitzungen werden ab dem 3. Januar im Rundfunk und ab dem 9. Januar im Fernsehen übertragen.

In der kurzen Zeit zwischen Mauerfall und der ersten freien Wahl in der DDR etabliert sich der Runde Tisch als treibende Kraft für eine freiheitlich-demokratische Entwicklung der zerfallenden DDR.

Aber schnell stellt sich heraus, dass der Zug in Richtung Wiedervereinigung bereits Fahrt aufgenommen hat: Nicht zuletzt dadurch, dass immer weitere Details bekannt werden, wie desaströs die wirtschaftliche Lage ist. Der Ruf nach der deutschen Einheit übertönt bald den nach einer neuen DDR. Die abschließende Erklärung des Runden Tisches am 12. März liest sich denn auch wie ein Vermächtnis.

### **Verfassungsentwurf vorgelegt**

In der letzten Sitzung des Runden Tisches sprechen die Vertreter auch über einen **Verfassungsentwurf**. Gerd Poppe von "Demokratie Jetzt" fordert, die bestehende Arbeitsgruppe auch künftig mit der Fertigstellung der Verfassung zu betrauen. Im April soll dann das Papier der Bevölkerung vorgestellt werden.

Dieser Vorschlag findet große Zustimmung. Doch SPD, Demokratischer Aufbruch, CDU und LDPD stimmen dagegen, also die Parteien, die nach der Volkskammerwahl die **Große Koalition** unter Lothar de Maizière bilden werden. Sie argumentieren, dass nach der Wahl auch die Verfassungsbefugnis an die Volkskammer übergehen müsse.

Am 4. April stellen Vertreter des Runden Tisches den fertigen Verfassungsentwurf vor - mit einer Präambel, die die Schriftstellerin Christa Wolf geschrieben hat, und einem Vorschlag für eine neue DDR-Fahne, in de-

ren Mitte statt Hammer, Zirkel und Ährenkranz künftig das Emblem für "Schwerter zu Pflugscharen" zu sehen sein soll. Am 17. Juni, dem Jahrestag des Volksaufstandes, sollte über den Entwurf abgestimmt werden. Doch die neugewählte Volkskammer, der der Entwurf übergeben wird, behandelt ihn nicht weiter.

### **Letzte Montagsdemo in Leipzig**

Während in Berlin der Runde Tisch sein Domizil am Pankower Schloss Niederschönhausen räumt, beginnt in Leipzig die letzte Montagsdemonstration. Zum 23. Mal versammeln sich gegen 18 Uhr mehrere zehntausend Demonstranten – diesmal jedoch, um sich von dem Ereignis zu verabschieden, das weltweit zum Symbol der Friedlichen Revolution geworden ist.

Seit September 1989 haben sich die DDR-Bürger in Leipzig und vielen anderen Orten allwöchentlich Gehör verschafft. Zeitweise waren es Hunderttausende DDR-Bürger, die mit neuem Selbstbewusstsein "Wir sind das Volk!" und „Wir sind ein Volk!“ riefen – und so das Ende der SED-Herrschaft erzwangen.

Mit den **ersten freien Wahlen vom 18. März 1990** haben sich die Montagsdemonstrationen ebenso wie der Runde Tisch überlebt.

-> Zum Ereignis Der „Runde Tisch“ tagt zum letzten Mal auf der Webseite

## **Vorbereitungen für 2+4-Gespräche beginnen**

14. März 1990: Vertreter der beiden deutschen Außenministerien und der vier Siegermächte treffen sich in Bonn. Bei ihrem ersten Koordinierungstreffen legen sie den Verlauf und erste inhaltliche Fragen der 2+4-Gespräche fest.

### **Das Grundgerüst steht**

Den Beschluss zu den 2+4-Gesprächen haben gut einen Monat zuvor die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, Frankreichs, Großbritanniens, der UdSSR und der USA in **Ottawa** gefasst. Gemeinsam will man über die „äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit“ beraten.

In Bonn beschließen nun hochrangige Beamte die grundsätzlichen Rahmenbedingungen für die Außenministertreffen, die im Mai beginnen sollen: Einerseits geht es um technische Fragen wie Ablauf und Tagesordnung der Verhandlungen. Andererseits besprechen die Vertreter der sechs Staaten bereits die mögliche Struktur einer abschließenden völkerrechtlichen Regelung.

### **Festlegung der inhaltlichen Frage**

In den meisten Punkten herrscht Einigkeit. Doch über andere diskutieren die Anwesenden kräftig: beispielsweise über die Beteiligung weiterer Länder, insbesondere Polens, oder über die inhaltlichen Themen der künftigen Gespräche.

Für die 2+4-Gespräche legen die Beamten folgende Agenda-Punkte fest:

1. Grenzen
2. Politisch-militärische Fragen
3. Berlin
4. Rechte und Pflichten der Vier Mächte

Beim vierten Punkt lehnen die Vertreter der Siegermächte den Zusatz „und deren Ablösung“ ab. Die Sowjetunion plädiert hartnäckig für eine „friedensvertragliche Regelung“. Sie akzeptiert zunächst auch keine weniger bindenden Formulierungen.

Kritische Punkte, die sich nicht klären lassen, vertagt man auf das nächste Treffen Ende April. Bis zum **ersten 2+4-Gespräch** Anfang Mai 1990 ist noch einiges zu tun. Insgesamt finden sechs Beamtentreffen abwechselnd in Bonn und Ost-Berlin statt.

### **„2+4-Gespräche“**

Ein Alleingang der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu einer deutschen Wiedervereinigung war unmöglich. Den vier Siegermächten standen seit Ende des Zweiten Weltkriegs Vorbehaltsrechte zu. Doch durch ein **Treffen** des deutschen und des amerikanischen Außenministers sowie durch den Beschluss von **Ottawa** war klar: Wenn es um die Deutsche Einheit geht, müssen neben den vier Siegermächten auch die beiden deutschen Staaten am Tisch sitzen. Und so lautete die Formel denn zunächst auch „4+2“. Außenminister Hans-Dietrich Genscher machte sich jedoch für „2+4“ stark, denn schließlich ging es um die Zukunft Deutschlands.

-> Zum Ereignis Vorbereitungen für 2+4-Gespräche beginnen auf der Webseite

## **Außenministertreffen des Ostblocks in Prag**

17. März 1990: Bei einem Sondertreffen erkennen die Außenminister des Warschauer Paktes das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung und Selbstbestimmung an.

### **Schicksal selbst bestimmen**

Die Außenminister aus Bulgarien, Polen, Ungarn, Rumänien, der DDR, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion stehen auf der Konferenz in Prag vor Problemen, die wichtig für die europäische Sicherheit und deutsche Einheit sind.

Schnell zeigt sich ein Auseinanderdriften der politischen Zielsetzungen innerhalb des Warschauer Paktes. Zu einer möglichen Nato-Mitgliedschaft eines vereinigten Deutschlands finden die Außenminister keinen einheitlichen Standpunkt. Die Tschechoslowakei, Ungarn und Polen sprechen sich für eine deutsche Mitgliedschaft in der Nato aus. „Wir halten dies für unmöglich, aber dies ist eine Frage, die weiterer Diskussionen und Klärungen bedarf“, sagt dagegen der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse. Die sowjetische Führung ist darauf bedacht, die Machtbalance mit den USA in Europa zu wahren.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten kommen die Außenminister am Ende der Konferenz in einem Punkt zu einem Ergebnis: Das Recht der Deutschen auf staatliche Einheit wird anerkannt. Deutschland darf sein Schicksal ab sofort selbst bestimmen.

### **Bedingungen für die Wiedervereinigung**

Die Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik sei das Recht des deutschen Volkes, solange sie in den europäischen Integrationsprozess eingebettet sei, erklärt der tschechoslowakische Außenminister Jí Dienstbier. „Je mehr ein Staat integriert ist, desto besser kann er kontrolliert werden“, sagt er zur Begründung. Versuche, Druck auf diese große Nation auszuüben, könnten zu einer Stärkung extremistischer politischer Strömungen und Gruppierungen führen.

Als Sicherheitsgarantie für die Verbündeten des Warschauer Paktes soll Deutschland auf Vernichtungswaffen verzichten und die Oder-Neiße-Grenze zu Polen endgültig anerkennen.

-> Zum Ereignis Außenministertreffen des Ostblocks in Prag auf der Webseite

## Erste freie Wahlen in der DDR

18. März 1990: Zum ersten Mal können die Menschen in der DDR ihre Parlamentarier in freier und geheimer Wahl selbst wählen. Das Datum steht für den endgültigen Sieg der Friedlichen Revolution, den endgültigen Sieg über die Diktatur in der DDR.

### Der endgültige Sieg der Friedlichen Revolution

Bis 1990 waren alle Wahlen in der ehemaligen DDR eine pure Farce. Es gab Einheitslisten der "Nationalen Front", die man nur als Ganzes akzeptieren konnte. Und von der SED waren die Anteile der sogenannten Blockparteien von vornherein festgelegt. Nur ein einziges Mal vor 1990 – nämlich 1946, bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin – fanden im sowjetischen Besatzungsgebiet freie Wahlen statt. Damals erlebte die SED eine herbe Niederlage. Die Folge: Solange die SED herrschte, gab es nie wieder freie Wahlen.

Die Empörung der Bürgerinnen und Bürger über die "Scheinwahlen" machte sich 1989 Luft: Zu offensichtlich waren die Ergebnisse der **Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 gefälscht**. Die Bürgerrechtsbewegung hatte dafür handfeste Beweise. Der Unmut, der daraus entstand, war Ausgangspunkt für die wachsende Protestbewegung – und damit auch für die Montagsdemonstrationen, die ab September 1989 stattfanden.

### Erstmals standen konkurrierende Parteien und Wählerbündnisse zur Wahl

Für die Volkskammerwahl am 18. März 1990 sind 24 Listen registriert: 19 Parteien und fünf Listenverbindungen. Im Laufe der Friedlichen Revolution hatte sich das Parteiensystem in der DDR radikal verändert. Die bestehenden Parteien hatten ihr Führungspersonal ausgetauscht und ihre Programme geändert.

Die SED benannte sich in "**Partei des Demokratischen Sozialismus**" (PDS) um. Die bisherigen Blockparteien – darunter auch die CDU und die LDPD (Liberal Demokratische Partei Deutschlands) – lösten sich aus der Vormundschaft der SED. Zahlreiche neue Parteien entstanden aus der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung.

### "Allianz für Deutschland"

Am 4. Februar 1990 bildete sich im Beisein von Bundeskanzler Kohl die **Allianz für Deutschland** – ein Bündnis von CDU, dem **Demokratischen Aufbruch** und der Deutschen Sozialen Union. Die aus der Oppositionsbewegung stammende **Sozialdemokratische Partei** der DDR kandidierte als Einzelliste. Die LDPD ging mit der neu gegründeten Deutschen Forumpartei und der Freien Demokratischen Partei die Listenverbindung "Bund Freier Demokraten" ein. Aus den Reihen der Bürgerrechtsbewegung schlossen sich im Februar die Initiative für Frieden und Menschenrechte, das **Neue Forum** sowie **Demokratie Jetzt** zum "Bündnis 90" zusammen.

Jeder der 12,5 Millionen Wahlberechtigten hat an diesem 18. März eine Stimme. Die Wahlbeteiligung beträgt 93,4 Prozent. Auf die Allianz für Deutschland entfallen 48, auf die SPD 22 Prozent, auf die PDS 16, auf den Bund Freier Demokraten fünf und auf das Bündnis 90 drei Prozent.

Weit über 80 Prozent der Menschen, die sich an der Wahl beteiligten, hätten für die Deutsche Einheit gestimmt, sagt der ehemalige Bürgerrechtler **Rainer Eppelmann**.

Und Lothar de Maizière sagt heute: Als der überzeugende Sieg der Allianz für Deutschland verkündet worden sei, habe er gespürt, "da rollt ein Amt auf dich zu". Am 12. April 1990 wählt die neue Volkskammer de Maizière, den Spitzenkandidaten der CDU in der Allianz für Deutschland, zum Ministerpräsidenten.

## Die neue Volkskammer: Christlich, jung, akademisch

In die Volkskammer werden 400 Abgeordnete gewählt. Sie sind jung – das Durchschnittsalter beträgt nur knapp 42 Jahre. Sie sind gebildet – 86 Prozent haben ein Hochschulstudium absolviert, mehr als ein Drittel ist promoviert. Rund die Hälfte der Abgeordneten kommen beruflich aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Angehörige dieser Berufsgruppen gelten politisch als weniger belastet, im Gegensatz zu Juristen, Pädagogen, Wirtschafts- oder Geisteswissenschaftlern. Und zwei Drittel der Abgeordneten bekennen sich zur evangelischen oder katholischen Kirche, obwohl sieben von zehn Menschen in der DDR ohne Kirchenbindung sind.

Nahezu alle Abgeordneten sitzen zum ersten Mal in der neuen, der 10. Volkskammer. Nur drei Prozent gehörten auch schon der 9. Volkskammer an. Aber viele von ihnen waren zuvor auf kommunaler Ebene oder auch parteipolitisch aktiv. Mehr als die Hälfte war vor der Friedlichen Revolution Mitglieder einer Blockpartei oder der SED.

## Die größte Herausforderung: Herstellung der Deutschen Einheit

Das Votum der übergroßen Mehrheit am 18. März 1990 ist eindeutig: Die Aufgabe der neuen Regierung unter Lothar de Maizière besteht vor allem darin, die Wiedervereinigung Deutschlands zu organisieren. Das soll nach dem Willen der Abgeordneten zügig vonstatten gehen. In ihrer nur sechsmonatigen Legislaturperiode verabschiedet die Volkskammer mehr als 150 Gesetze.

Zusammen mit der bundesdeutschen Regierung gilt es, die rechtlichen Voraussetzungen für die Einigung zu schaffen: Am 1. Juli tritt die **Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion in Kraft**, am 20. September das Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesregierung Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands, auch **Einigungsvertrag** genannt. Er regelt auf rund 1.000 Seiten die Modalitäten des Beitritts der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

-> Zum Ereignis Erste freie Wahlen in der DDR auf der Webseite

## Ziel: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

20. März 1990: Das Bundeskabinett beschließt, der DDR eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion anzubieten. Sie soll am 1. Juli in Kraft treten. Die Vorbereitungen laufen mit Hochdruck.

### Handlungsbedarf

„Kohl hat keine Wahl“, titeln die Tageszeitungen an diesem Tag. Der Slogan „Kommt die D-Mark nicht nach hier, gehen wir zu ihr“ ist schon lange keine leere Drohung mehr. Die Zahl der DDR-Bürger, die abwandern, wächst von Monat zu Monat. Allein im Januar sind mehr als 70.000 Menschen in die Bundesrepublik gezogen. Auch deshalb wirbt Bundeskanzler Helmut Kohl für die Währungsunion. Für ihn geht es bei der Frage nach dem wirtschaftlichen Neuaufbau der DDR um „die selbstverständliche Hilfe zur Selbsthilfe“.

### Die Verhandlungen beginnen

Zwei Tage nach den **ersten freien Wahlen in der DDR** beschließt das Bundeskabinett in Bonn nun, der DDR die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion anzubieten. Der Kanzler drückt bei den Verhandlungen aufs Tempo: Noch vor den DDR-Kommunalwahlen am 7. Mai – genau ein Jahr nach der **gefälschten Kommunalwahl** – soll die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion im Grundsatz beschlossen sein.

Mit Erfolg: Bereits am **18. Mai** können die beiden Finanzminister Walter Romberg und Theo Waigel den Staatsvertrag unterzeichnen. Und nach weniger als zwei Monaten tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am **1. Juli** tatsächlich in Kraft – ein wichtiger Schritt für den weiteren Einigungsprozess und für die Menschen der DDR. Die D-Mark wird zu ihrem Zahlungsmittel.

### **Zeichen genug, um die Massenabwanderung zu bremsen?**

In der Sitzung am 20. März beschließt das Kabinett zugleich, dass es ab 1. Juli keine Notaufnahmeverfahren mehr für DDR-Bürger in die Bundesrepublik geben soll. Regelte das Notaufnahmegesetz bis dato die Aufnahme von Flüchtlingen aus der DDR und Ost-Berlin, müssen sich DDR-Bürger von da an vor einem Umzug eigenverantwortlich um Wohnung und Arbeit kümmern. Sie erhalten auch kein Eingliederungsgeld und keine Fremdrente mehr. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble: „Bei den Ländern und Kommunen werden Entlastungen eintreten, weil sich die Zahl der Übersiedler verringern wird.“

-> Zum Ereignis Ziel: Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion auf der Webseite

## **Annäherung bei deutsch-britischen Konsultationen**

29. März 1990: Bei den Feiern zum 40-jährigen Bestehen der Königswinter-Konferenz in Cambridge und den regulären deutsch-britischen Konsultationen in London schwenkt Premierministerin Margaret Thatcher im deutschen Einigungsprozess um.

### **Königswinter-Konferenz in Cambridge**

Thatcher ist sichtlich bemüht, Verstimmungen in Deutschland über ihre anfänglich bremsende Haltung im deutsch-deutschen Einigungsprozess auszuräumen. Bei einem gemeinsamen Abendessen zum 40. Jahrestag der Königswinter-Konferenz begrüßt Thatcher das entschlossene Eintreten Helmut Kohls für die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands in der Nato und für die Fortdauer der Truppenpräsenz der Alliierten. Der Kanzler sei immer ein überzeugter und zuverlässiger Fürsprecher des Atlantischen Bündnisses gewesen. Königswinter-Konferenz: Seit 1950 treffen sich jährlich Politiker, Unternehmer und Medienvertreter aus Deutschland und Großbritannien zu zentralen Themen aus Politik und Gesellschaft.

Thatcher versucht nachzuweisen, dass Großbritannien für die Deutsche Einheit genauso viel getan habe wie andere Länder. Sie stellt sicherheitspolitische Aspekte in den Mittelpunkt. Thatcher nennt drei britische Bedingungen für ein geeintes Deutschland: die Nato-Mitgliedschaft, die Beibehaltung von Nato-Atomwaffen auf deutschem Boden und die weitere Stationierung amerikanischer und britischer Truppen. Sie erklärt zugleich, dass Großbritannien nach der deutschen Vereinigung einen Teil der 55.000 Mann starken britischen Rheinarmee abziehen werde.

Auch der Bundeskanzler betont, er sei nicht bereit, jeden Preis für die Einheit Deutschlands zu zahlen, insbesondere nicht den der Neutralität. Zurückhaltend gibt sich Kohl in der Frage der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden. Zudem sieht er die Möglichkeit für große und dramatische Schritte im Bereich der Truppenreduzierungen von Nato und Warschauer Pakt.

### **Dank für „offene Gespräche“**

Kohl hebt in seiner **Rede in Cambridge** hervor, dass Deutschland allen Dank schulde, die zu dieser geschichtlichen Wende in Deutschland und Europa beigetragen hätten - „in erster Linie unseren Freunden und Verbündeten im Westen, insbesondere den Amerikanern, Briten und Franzosen. Sie haben zu uns gehalten

in den gefährvollen Zeiten, als Blockade, Mauer und Stacheldraht die Teilung unseres Landes verewigen sollten.“

Bei den anschließenden **deutsch-britischen Regierungskonsultationen** dankt Kohl Thatcher für die "offenen Gespräche“. Kohl betont vor allem die Bedeutung der Einigung Europas, die er mit der Frage der Vereinigung der beiden deutschen Staaten verbindet: "Wer wünscht, dass das vereinte Deutschland fest in europäischen Strukturen eingebunden ist, der muss sich konsequenterweise auch für weitere Fortschritte beim europäischen Vereinigungswerk einsetzen."

Dennoch hat die Premierministerin weiterhin Vorbehalte gegenüber einem Beitritt der Briten zum europäischen Währungssystem und einem raschen Voranschreiten der europäischen Integration.

Die Begegnung von Kohl und Thatcher trägt zur allmählichen Entspannung des deutsch-britischen Verhältnisses bei.

-> [Zum Ereignis Annäherung bei deutsch-britischen Konsultationen auf der Webseite](#)

## **Point Alpha: Letzte Grenzpatrouille**

31. März 1990: Die US-Flagge wird eingeholt, US-Soldaten absolvieren die letzte Grenzpatrouille. Point Alpha, der „heißeste Punkt im Kalten Krieg“, wird geschlossen.

### **Brennpunkt im Kalten Krieg**

Mit der Friedlichen Revolution und der Öffnung der innerdeutschen Grenze verliert Point Alpha seine Funktion als Beobachtungsposten im sogenannten „Fulda Gap“, an der Grenze zwischen Hessen und der DDR. Bereits Mitte März 1990 verlassen die amerikanischen Streitkräfte den Ort. Am letzten Märztag führt eine Einheit des 11th Armored Cavalry Regiments von Bad Hersfeld aus die letzte Grenzpatrouille durch.

In der Zeit des Kalten Krieges standen sich hier die Vorposten von Nato und Warschauer Pakt fast Auge in Auge gegenüber. Die Nato hatte bereits in den 1960er-Jahren entschieden, Point Alpha als Stützpunkt auszubauen. Das Militärbündnis ging davon aus, dass die Truppen des Warschauer Paktes an diesem Grenzabschnitt in die Bundesrepublik einmarschieren könnten. Denn von hier aus war der strategisch wichtige Frankfurter Flughafen besonders leicht zu erobern. Point Alpha lag auf einem 411 Meter hohen Berg. Die US-Armee konnte von hier weit in die DDR schauen.

Heute ist Point Alpha ein Lernort der Geschichte. Anhand authentischer Ausstellungsstücke und ehemaliger Grenzanlagen können sich die Besucher selbst ein Bild von der Zeit machen, in der Point Alpha einer der Brennpunkte im Kalten Krieg war. Im „Haus auf der Grenze“ findet man zudem eine Dauerausstellung zum Grenzregime der DDR.

-> [Zum Ereignis Point Alpha: Letzte Grenzpatrouille auf der Webseite](#)

## **Die Auswirkungen sozialistischer Erziehung**

1. April 1990: Die Bürgerrechtlerin Freya Klier veröffentlicht ihr Buch "Lüg Vaterland". 1988 hat das SED-Regime die Regisseurin und Schriftstellerin ausgebürgert. Jetzt beschreibt sie, warum die Verständigung zwischen Deutschen und Deutschen schwierig werden kann.



## "Geschichtslücken schließen"

"Mag der Schlüssel zum Verständnis des westlichen Teils Deutschlands im alles beherrschenden Spiel seiner Wirtschaft zu finden sein - der Schlüssel zum Verständnis seines östlichen Teils liegt in der Erziehung", schreibt Klier. Kein anderer Bereich der DDR-Gesellschaft habe den abgeschotteten "Sozialismus-Zögling" intensiver geprägt als das Erziehungs- und Bildungswesen.

Ausführlich beschreibt die Bürgerrechtlerin Erfolge und auch Misserfolge der sozialistischen Indoktrination. Sie macht sich dafür stark, bei den Jugendlichen in der DDR die Geschichtslücken zu schließen, "welche die Partei durch ihr Erziehungs- und Bildungsprogramm in so verhängnisvoller Weise gerissen hatte". Klier plädiert für eine "Generationenbegegnung" – vor allem zwischen DDR-Jugendlichen und ehemals verfolgten Sozialdemokraten, Christen und Kommunisten.

Die Stasi habe damals im Osten, als sie an dem Buch gearbeitet habe, zweimal die Wohnung durchsucht, um alles zu beschlagnahmen, erzählt Klier im Interview. Aber die Befragungsergebnisse von 1.600 Jugendlichen, die sie für ihr Buch gesammelt hatte, seien gut versteckt gewesen.

Warum ausgebürgert?

Die DDR hat Freya Klier und ihren damaligen Ehemann, den Liedermacher Stephan Krawczyk, 1988 in den Westen zwangsausgebürgert. Beide hatten sich mit den Oppositionellen solidarisiert, die am Rande der jährlichen **Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung** verhaftet worden waren.

-> Zum Ereignis Die Auswirkungen sozialistischer Erziehung auf der Webseite

## Frei gewählte Volkskammer konstituiert sich

5. April 1990: Im Ostberliner "Palast der Republik" konstituiert sich die 10. Volkskammer. Die Abgeordneten wählen Sabine Bergmann-Pohl zur Parlamentspräsidentin. Sie ist damit zugleich amtierendes Staatsoberhaupt der DDR und beauftragt Lothar de Maizière mit der Regierungsbildung.

### Bergmann-Pohl wird Volkskammerpräsidentin

Das älteste Volkskammermitglied Lothar Piche begrüßt als Alterspräsident die Abgeordneten und eröffnet die Tagung mit bewegenden Worten: "Über die Bedeutung dieses historischen Ereignisses sind wir uns alle bewusst. In dieser Stunde schauen nicht nur die Menschen unseres Landes auf uns, sondern auch unsere Nachbarvölker und die gesamte Welt. 40 Jahre eines schweren Weges gehen in diesem Augenblick zu Ende."

Drei Wochen sind seit der ersten und einzigen freien **Volkskammerwahl** am 18. März vergangen. 400 Abgeordnete gehören der **10. Volkskammer** an. Sie setzt sich aus Fraktionen der Christlich Demokratischen Union/Demokratischer Aufbruch, Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Partei des demokratischen Sozialismus, Liberalen, Demokratischer Bauernpartei Deutschlands, Demokratischem Frauenbund Deutschlands, Deutschen Sozialen Union und Bündnis 90/Grüne zusammen.

Bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten erhält die CDU-Kandidatin Sabine Bergmann-Pohl in einer Stichwahl 214 Stimmen. 172 Abgeordnete votieren für den Kandidaten der SPD, Reinhard Höppner. Fünf Stimmen sind ungültig, zehn der 400 Abgeordneten fehlen.

### Regierungsauftrag an Lothar de Maizière

Die Volkskammerpräsidentin dankt in einer kurzen Ansprache nach ihrer Wahl dem Runden Tisch für die geleistete Arbeit und fordert, schnell Beziehungen zum Bundestag in Bonn aufzunehmen. Bergmann-Pohl

erinnert an den Zusammenbruch des stalinistischen Regimes: "Wir mussten erfahren, dass nichts zu erneuern war, keine Zeit für Reformen blieb." Das Vermächtnis der Opfer des Stalinismus sei Verpflichtung, für die Einheit in Freiheit tätig zu werden.

Die Parlamentarier beschließen zugleich Änderungen der DDR-Verfassung. Mit dem neu eingefügten Artikel 75a erhält das Präsidium der Volkskammer die Befugnisse des vormaligen Staatsrates. Bergmann-Pohl wird dadurch formal auch letztes Staatsoberhaupt der DDR.

Sie beauftragt de Maizière mit der Regierungsbildung. Er strebt - mit ausdrücklicher Unterstützung Helmut Kohls - eine große Koalition an.

Während die Parteien noch die Möglichkeiten zur Regierungsbildung ausloten, wird die Stasi-Verstrickung des Vorsitzenden der Ost-SPD, **Ibrahim Böhme**, publik. Auch andere Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft geraten in Verdacht, als informelle Mitarbeiter für die DDR-Staatssicherheitsdienst gearbeitet zu haben.

### **Umfangreiches Arbeitsprogramm**

38 Mal tagt die Volkskammer in ihrer nur sechsmonatigen Legislaturperiode. Sie verabschiedet dabei mehr als 150 Gesetze und fasst rund 100 Beschlüsse. Zu ihnen gehören am 17. Juni 1990 die neuen **Verfassungsgrundsätze** der DDR, mit denen die sozialistischen Elemente der alten Verfassung außer Kraft gesetzt werden; am 21. Juni 1990 das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland und am 20. September 1990 das Gesetz zum **Vertrag** zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands, der die Modalitäten des Beitritts der DDR regelt.

In einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 beschließt die Volkskammer mit 294 Stimmen bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen den **Beitritt der DDR** zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990 – und damit seine eigene Auflösung.

-> Zum Ereignis Frei gewählte Volkskammer konstituiert sich auf der Webseite

## **KSZE-Treffen mit historischem Abschlussdokument**

11. April 1990: Zum Abschluss dreiwöchiger Beratungen verabschiedet die Bonner KSZE-Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa ein Schlussdokument, in dem sich auch die osteuropäischen Staaten klar zur Marktwirtschaft bekennen.

### **Bekanntnis zu Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem**

Es ist eine historische Zäsur, die die Delegierten der 35 KSZE-Staaten mit ihrem Abschlussdokument ziehen: Erstmals sprechen sich auch die osteuropäischen Staaten für ein freies Unternehmertum und ein Mehrparteiensystem aus. Das Dokument befürwortet marktgestützte Volkswirtschaften mit Gewerbefreiheit und Privateigentum – und es bekennt sich zum demokratischen Pluralismus mit den Attributen Mehrparteiensystem, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

An der KSZE-Tagung nehmen zwischen dem 19. März und dem 11. April mehr als 600 Minister, hohe Regierungsbeamte und namhafte Wirtschaftsvertreter aus allen europäischen Ländern (bis auf Albanien) teil. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte eine solche KSZE-Wirtschaftskonferenz bereits 1986 vorgeschlagen. Die Bundesregierung sieht in dem Treffen einen Meilenstein auf dem Weg zu einem gesamteuropäischen Wirt-

schaftsraum. Zwischen insgesamt fünf Plenarsitzungen zu Beginn und zum Abschluss der Konferenz beraten vier Arbeitsgruppen über die Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen, über die Voraussetzungen für Investitionen und Kooperationsmöglichkeiten, über Probleme des Währungssumtausches sowie über Fragen der Preisbildung.

Während der KSZE-Wirtschaftskonferenz lässt sich Kohl ständig über den Verlauf informieren. Das Ergebnis ist für ihn eine große Befriedigung.

### **Kohl erneuert Bekenntnis für vereintes Deutschland**

Kohl sieht in dem Abschlussdokument einen großen Erfolg für die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Es werde weitreichende, langfristig gültige Auswirkungen zur Hebung der Wirtschaftskraft und des Wohlstandes nicht nur in Europa haben. Für Kohl ist es der Beginn einer neuen Phase wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Kooperation. Sie gebe auch den politischen Veränderungen in Osteuropa eine solide marktwirtschaftliche Basis. Kohl erklärt die Bereitschaft der Bundesregierung, die neue Qualität der Zusammenarbeit nach Kräften weiter zu unterstützen.

Der Konferenzbeginn am 19. März ist gut gewählt: Einen Tag nach den ersten freien Wahlen in der DDR hat Kohl in seiner **Eröffnungsrede** die Gelegenheit genutzt, ein erneutes Bekenntnis für ein vereintes Deutschland in einem zusammenwachsenden Europa abzulegen. Das geeinte Deutschland werde dann ohne eine Änderung der EG-Verträge der Europäischen Gemeinschaft angehören, so Kohl. Es werde damit einen Wachstumsimpuls auslösen, der ganz Europa zugute komme.

Kohl betonte, der deutsche Einigungsprozess werde sich in engem Zusammenwirken mit den Alliierten und mit den Nachbarstaaten Deutschlands vollziehen. Noch vor einer abschließenden vertraglichen Regelung solle insbesondere den polnischen Nachbarn die Unverletzlichkeit ihrer Westgrenze zugesichert werden. Die Resonanz auf seine Rede war außerordentlich positiv, gerade auch bei den Vertretern des Ostens, einschließlich der Sowjetunion.

### **Perspektiven für Mittel- und Osteuropa**

Für Außenminister Hans-Dietrich Genscher hat die Bonner KSZE-Wirtschaftskonferenz dadurch ihren historischen Stellenwert für den KSZE-Prozess erhalten, dass sie Perspektiven für den Umbruch in Mittel- und Osteuropa eröffnet hat.

In seiner Ansprache am 11. April sagt **Genscher**: „Zu den Kernaussagen gehört der untrennbare Zusammenhang zwischen der Achtung der Menschenrechte, der Nichtdiskriminierung, dem politischen Pluralismus, freien Wahlen, Demokratie, der Herrschaft des Rechts und der auf privater Initiative beruhenden Marktwirtschaft. Diese Marktwirtschaft hat eine soziale und umweltpolitische Dimension, sie ist soziale und ökologische Marktwirtschaft.“

Genscher verweist auf die langfristigen Perspektiven und Möglichkeiten dieser Entwicklung - hin zu einer Überwindung der wirtschaftlichen Teilung Europas. Für ihn ist klar, dass diese gesamteuropäischen Aktivitäten den deutschen Vereinigungsprozess auch außerhalb des Zwei-plus-Vier-Prozesses politisch abstützen können.

-> Zum Ereignis KSZE-Treffen mit historischem Abschlussdokument auf der Webseite

## Lothar de Maizière wird Ministerpräsident

12. April 1990: Nachdem sich die Parteien in der DDR auf die Bildung einer Großen Koalition geeinigt haben, wählen die Volkskammer-Abgeordneten Lothar de Maizière zum Ministerpräsidenten. In einer Erklärung bekennt sich die Volkskammer zu Verantwortung und Mitschuld für Vergangenheit und Zukunft.

### Bekennnis zu Verantwortung und Mitschuld

Die zweite Volkskammersitzung beginnt mit einer **wegweisenden Erklärung**: Parlamentspräsidentin Sabine Bergmann-Pohl verliest das Dokument, das alle Fraktionen ohne Gegenstimmen bei 21 Enthaltungen angenommen haben. Darin heißt es, "die ersten frei gewählten Parlamentarier der DDR" bekennen sich "zur Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft".

Durch Deutsche sei während der Zeit des Nationalsozialismus den Völkern der Welt unermessliches Leid zugefügt worden. Nationalismus und Rassenwahn hätten zum Völkermord an den Juden aus allen europäischen Ländern, an den Völkern der Sowjetunion, am polnischen Volk und am Volk der Sinti und Roma geführt. Diese Schuld dürfe niemals vergessen werden.

Erstmals hätten die Ostdeutschen sich dazu bekannt, Teil eines Volkes zu sein, das Verantwortung für den Holocaust trage, sagt de Maizière heute.

Die Volkskammer der DDR bekennt sich zur Mitschuld der DDR an der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968 durch die Truppen des Warschauer Paktes: Mit der unrechtmäßigen militärischen Intervention sei den Menschen in der Tschechoslowakei großes Leid zugefügt und der Prozess der Demokratisierung in Osteuropa um 20 Jahre verzögert worden.

Die Friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989 habe die trennende Wirkung der "menschenverachtenden innerdeutschen Grenze" beseitigt. Beide Teile Deutschlands sollten nun zusammenwachsen und dabei die Herausbildung einer gesamtdeutschen Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses fördern. Die Abgeordneten "bekräftigen die Unverletzbarkeit der Oder-Neiße-Grenze zur Republik Polen als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens unserer Völker in einem gemeinsamen europäischen Haus."

### De Maizière dankt Rundem Tisch

Mit 265 gegen 108 Stimmen und neun Stimmenthaltungen wählt die Volkskammer de Maizière zum Ministerpräsidenten.

Über das Kabinett stimmen die Abgeordneten als Ganzes ab: 247 stimmen mit Ja, 109 mit Nein, 23 Abgeordnete enthalten sich, eine Stimme ist ungültig. 23 Ministerinnen und Minister gehören dem Kabinett an. Der neue Ministerpräsident dankt nach der Vereidigung für das Vertrauen. Dank spricht de Maizière unter dem Beifall der Volkskammer auch der Übergangsregierung unter ihrem **Ministerpräsidenten Hans Modrow** sowie dem **Runden Tisch** als einem Wegbereiter der Demokratie aus. Einen besonderen Dank richtete er an die Kirchen.

Die Volkskammer setzt auch 26 ständigen Ausschüsse ein, darunter den Ausschuss zur deutschen Einheit.

### Große Koalition für Deutsche Einheit

Nach dem überwältigenden Wahlsieg der "Allianz für Deutschland" bei den ersten freien **Volkskammerwahlen vom 18. März** schließen die Allianzparteien CDU, DSU und DA mit der SPD und den Liberalen am 12. April den Koalitionsvertrag ab. Kern des Vertrages dieser Großen Koalition ist der zügige Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes.

In der Präambel des Koalitionsvertrages heißt es: "Die besondere Lage in der DDR seit dem 9. November 1989 macht es zur Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben im Prozess der Vereinigung beider Teile Deutschlands erforderlich, parteitaktische Interessen zurückzustellen und eine große Koalition für die Zeit des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten zu bilden." Hauptziel der Großen Koalition ist die „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ zum 1. Juli 1990.

-> Zum Ereignis Lothar de Maizière wird Ministerpräsident auf der Webseite

## **Inoffizielle Note der Sowjetunion an DDR-Regierung**

16. April 1990: Die sowjetische Führung übermittelt dem neuen DDR-Ministerpräsidenten in einem informellen Papier ihre Bedenken und Erwartungen im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung – drei Tage vor der Regierungserklärung Lothar de Maizières.

### **Prinzipielle Zustimmung zur deutschen Einheit**

Die sowjetische Führung wünscht de Maizière und seiner Regierung in der **inoffiziellen Note** zunächst Erfolg "beim Wirken für das Wohl der Bevölkerung der Republik im Interesse der internationalen Sicherheit, guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Verständnisses".

Die Sowjetunion stehe positiv zu den Vereinigungsprozessen zwischen den beiden deutschen Staaten, heißt es in dem Schreiben. Die Frage, in welcher Form das deutsche Volk sein Recht auf staatliche Einheit realisiere, müssten die Deutschen selbst beantworten.

Gleichwohl gehe die sowjetische Regierung davon aus, dass die zwischen ihr und der DDR abgeschlossenen Verträge und Abkommen eingehalten würden. Es geht um die Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen. Das Prinzip "pacta sunt servanda" dürfe nicht verletzt oder umgangen werden. Elf Punkte umfasst das Papier, das zugleich die sowjetischen Positionen vor Beginn der **2+4-Verhandlungen** Anfang Mai beschreibt.

### **Ablehnung der Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands**

Für die sowjetische Führung ist zentrales Anliegen, dass der innere und äußere Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten miteinander verbunden und synchron gelöst werden muss. Die DDR wie auch die Bundesrepublik müssten ihre Verpflichtungen erfüllen und die Rechte und Interessen der Sowjetunion beachten.

Eine Eingliederung des vereinigten Deutschlands in die Nato nennt die Sowjetführung "unannehmbar". Daran ändere auch eine zeitweilige oder ständige Ausklammerung des gegenwärtigen Territoriums der DDR aus der Einflussosphäre der Nato nichts.

Als Ausweg schlägt die Moskauer Führung ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem vor – mit einem "Übergang vom gegenwärtigen System zweier Bündnisse zu einer kollektiven Sicherheitsstruktur".

### **Kein Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes**

Unter einer Vereinigung Deutschlands versteht die Sowjetunion zugleich das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten zu einem einheitlichen neuen Staat – "und nicht die Einverleibung des anderen, kleineren Staates durch den größeren".

Die sowjetische Führung lehnt daher die Anwendung des Artikels 23 (Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes) barsch ab. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: "Vom Standpunkt des Rechts aus

gesehen ist das nichts anderes, als ein Versuch eines Nato-Landes, die souveränen Rechte eines Landes des Warschauer Vertrages zu usurpieren als ein Anschlag des Nato-Blocks auf die ureigensten Rechte und die Verantwortung der UdSSR gegenüber Deutschlands die Teil des geltenden Völkerrechts und in der Uno-Charta fixiert sind."

Zugleich stellt sich die Sowjetunion auf den Standpunkt, dass der Zweite Weltkrieg durch den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Rahmen der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen abgeschlossen werden müsse.

Auch die Bundesregierung erhält am 19. April über die sowjetische Botschaft in Bonn ein Non-Paper ähnlichen Inhalts. Die sowjetische Regierung hat ihre Position für die Zwei-plus-Vier-Gespräche abgesteckt, die am 5. Mai in Bonn beginnen sollen.

In Bonn nimmt die Bundesregierung den barschen Ton beider sowjetischer Texte zur Kenntnis. Sowohl das Kanzleramt als auch das Auswärtige Amt sind sich aber sicher, dass dies keinesfalls das letzte Wort der sowjetischen Führung ist.

-> [Zum Ereignis Inoffizielle Note der Sowjetunion an DDR-Regierung auf der Webseite](#)

## **Aus Karl-Marx-Stadt wird wieder Chemnitz**

17. April 1990: Rund 250.000 Bürgerinnen und Bürger aus Karl-Marx-Stadt sind aufgerufen zu entscheiden, welchen Namen ihre Stadt künftig tragen soll. 76 Prozent sprechen sich für die Rückkehr zu Chemnitz aus – 37 Jahre nach der erzwungenen Umbenennung.

### **Deutliche Mehrheit für ursprünglichen Namen**

Fünf Tage lang haben 251.962 Karl-Marx-Städter bei einem Bürgerentscheid Gelegenheit, auf den Abstimmungskarten „Karl-Marx-Stadt“ oder „Chemnitz“ anzukreuzen. Drei Viertel der Stimmberechtigten machen davon Gebrauch. Die Auszählung am 23. April ergibt eine überwältigende Mehrheit von 76,1 Prozent für die Rückkehr zum ursprünglichen Namen Chemnitz.

Eine „Initiativgruppe für Chemnitz“ hat über 43.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt und damit den lokalen „Runden Tisch“ und den Rat der Stadt überzeugt. Die Initiatoren übernehmen zugleich die Organisation der Abstimmung.

Am 1. Juni 1990 beschließt die Stadtverordnetenversammlung die Rückbenennung und damit das Ende einer einsamen Entscheidung, die die SED-Führung vor gut 37 Jahren getroffen hat.

### **Einsame Entscheidung des SED-Regimes**

Am 10. Mai 1953 war die Stadt umbenannt worden - von Otto Grotewohl, dem damaligen Ministerpräsidenten der DDR. Er begründete das bei einer Zeremonie auf dem Stalinplatz so: „Ich erfülle darum hiermit den Beschluss der Regierung. Ich vollziehe den feierlichen Akt der Umbenennung dieser Stadt und erkläre: Von nun an trägt diese Stadt den stolzen und verpflichtenden Namen ‚Karl-Marx-Stadt‘.“

Am 1. Januar 1953 hatte das Zentralkomitee der SED das neue Jahr zum Karl-Marx-Jahr erklärt. Zu dessen 135. Geburtstag sollte es eine Reihe von Ehrungen geben. Ursprünglich sollte Eisenhüttenstadt umbenannt werden. Nach dem Tode Stalins wurde aus dieser „ersten sozialistischen Stadt“ dann allerdings kurzerhand Stalinstadt.

Am 9. Oktober 1971 erhielt die Stadt das Karl-Marx-Monument, eine über 13 Meter hohe und rund 40 Tonnen schwere Porträtbüste ihres Namenspatrons. Die Einwohner taufte das gewaltige Denkmal respektlos "Nischl". Das Monument steht bis heute im Stadtzentrum und ist das bekannteste Wahrzeichen von Chemnitz.

-> Zum Ereignis Aus Karl-Marx-Stadt wird wieder Chemnitz auf der Webseite

## Neuer Ministerpräsident bekennt sich zur Einheit

19. April 1990: DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière spricht sich vor der Volkskammer für eine schnelle, aber geregelte Vereinigung aus. Das sei der Wille der Bürger in der DDR.

### Perspektive: Einigungsprozess

In seiner Regierungserklärung eine Woche nach seiner **Wahl** erinnert de Maizière an die friedliche Revolution in der DDR im vergangenen Herbst. Hätten die DDR-Bürger zunächst bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig noch gerufen „**Wir sind das Volk**“, so sei später daraus „**Wir sind ein Volk**“ geworden.

Deutlich war der Wille nach der Wiedervereinigung Deutschlands auch bei den ersten freien Wahlen in der DDR am **18. März 1990** zu spüren. Die große Mehrheit der Wähler hatte für die „Allianz für Deutschland“ gestimmt, die eine rasche Wiedervereinigung anstrebte.

„Wir haben einen demokratischen Auftrag“, sagt de Maizière. „Den haben uns die Bürger der DDR gegeben, und niemand sonst.“

Der Wählerauftrag: Die Einheit Deutschlands in einem ungeteilten, friedlichen Europa. „Diese Forderung enthält Bedingungen hinsichtlich Tempo und Qualität“, so de Maizière. Die Einheit müsse so schnell wie möglich kommen, aber ihre Rahmenbedingungen müssten so gut, so vernünftig und so zukunftsfähig sein wie nötig. Der Ministerpräsident spricht sich zudem für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft aus, als „eine natürliche, international bewährte, effektive Wirtschaftsform“. Die DDR schaffe zudem die Voraussetzungen für eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion.

### Dank an Modrow und Gorbatschow

De Maizière dankt seinem Amtsvorgänger Hans Modrow sowie dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, ohne dessen Politik der Glasnost und Perestroika die Entwicklung der DDR nicht möglich gewesen wäre. „Wir sind uns unserer historischen Schuld gegenüber der Sowjetunion bewusst, und wir möchten als freier Staat mit einer Sowjetunion, in der das neue Denken gesiegt hat, freundschaftlich zusammenarbeiten“, sagt der Ministerpräsident.

Am Ende seiner Erklärung bekennt sich de Maizière zu Europa und zur Einbettung des deutschen in den europäischen Einigungsprozess. Die Regierung werde die Sicherheitsinteressen und Außenhandelsverpflichtungen berücksichtigen. „Dafür ist auch grundlegend, dass sich unsere Nachbarn ihrer Grenzen mit Deutschland sicher sind.“

-> Zum Ereignis Neuer Ministerpräsident bekennt sich zur Einheit auf der Webseite

## EG-Außenministertreffen in Dublin

21. April 1990: Die deutsche Einheit steht auf der Tagesordnung des Außenministertreffens der Europäischen Gemeinschaft in Dublin. Die Außenminister verabschieden eine Richtlinie für die Eingliederung der DDR in die EG im Zuge der deutschen Wiedervereinigung.

### Litauen-Konflikt bahnt sich an

Gerade noch hatte der neue DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow für seine Politik der Glasnost und Perestroika **gedankt**, da sorgt eben diese Politik für ein Aufbegehren in Litauen. Das baltische Land, noch Teil der Sowjetunion, strebt nach Unabhängigkeit. Mitte April verhängt der Kreml ein Wirtschaftsembargo gegen Litauen. Bei ihrem Treffen in Dublin fordern die EG-Außenminister für die Aufhebung dieser Blockade aus.

### Außenpolitik gefährdet Innenpolitik

Bundeskanzler Helmut Kohl befürchtet, dass sich der Konflikt um Litauen „auf unsere deutsche Sache negativ auswirken“ könnte. Später erinnert sich Kohl: „Ich beschloss, nunmehr alles zu tun, um den Einigungsprozess zu beschleunigen. Nach meinem Eindruck war für die sowjetische Seite gar nicht so sehr die Frage der Nato-Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands entscheidend, sondern eine befriedigende Regelung der Wirtschaftsbeziehungen auf Grundlage der zwischen ihr und der DDR abgeschlossenen Verträge.“

### EG ist sich einig im Einigungsprozess

Doch an der deutschen Sache, dem Einigungsprozess zwischen DDR und Bundesrepublik, zweifelt jetzt auch die Europäische Gemeinschaft nicht mehr: Die Außenminister der zwölf Mitgliedsländer sprechen sich in Dublin ausnahmslos für eine rasche Integration der DDR in die Gemeinschaft aus. Erschienen die Konsequenzen der deutschen Vereinigung für die EG zu Beginn des Jahres 1990 noch unklar, sind im Frühjahr die Ängste überwunden.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten sieht darin sogar langfristig einen wirtschaftlichen Gewinn für die EG. Auf dem Sondergipfel am darauffolgenden Wochenende soll die Verwirklichung der politischen Union **beschlossen werden**.

-> Zum Ereignis EG-Außenministertreffen in Dublin auf der Webseite

## Neuer DDR-Ministerpräsident zum ersten Mal in Bonn

24. April 1990: Der neugewählte Ministerpräsident Lothar de Maizière kommt zu seinem Antrittsbesuch nach Bonn. Mit Bundeskanzler Helmut Kohl bespricht er die Vorschläge der Bundesregierung für eine Währungsunion und Fragen eines Staatsvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten.

### Vorbereitung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Zwölf Tage ist der frischgebackene Ministerpräsidenten im Amt, als er zur Bundesregierung an den Rhein reist. Im Mittelpunkt steht die Einführung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zum Stichtag 1. Juli. Kohl hatte dieses **Angebot** Anfang Februar der DDR unterbreitet.

Es sei klar gewesen, dass man auf eine Währungsunion zugehe, sagt de Maizière. Offen war zu welchem Kurs das geschehen solle.



Nach der Volkskammerwahl am **18. März** beginnen die Verhandlungen – geleitet auf Bonner Seite vom Bundesbank-Direktoriumsmitglied Hans Tietmeyer und auf Ostberliner Seite vom Parlamentarischen Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, Günther Krause. Auf bundesdeutscher Seite entsteht ein Arbeitspapier als Verhandlungsangebot.

Das Bundeskabinett hat am 23. April ein Verhandlungsangebot für den Staatsvertrag mit der DDR zur Gründung einer Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft beschlossen. Kohl unterbreitet es de Maizière bei dessen Antrittsbesuch in Bonn.

### **Verhandlungsangebot über Staatsvertrag**

Löhne und Gehälter sollen 1:1 umgetauscht werden. Derselbe Kurs soll auch für Sparguthaben bis zu einer Höhe von viertausend DDR-Mark gelten. Alle höheren Guthaben sowie alle sonstigen Geldbestände und Verbindlichkeiten von Staat und Wirtschaft sollen im Verhältnis 2:1 umgestellt werden.

Die Entscheidung für diesen Umtauschkurs sei wichtig für die Menschen in der DDR gewesen, sagt der frühere Kanzleramtschef Rudolf Seiters. Denn sie habe gezeigt habe, dass man nicht nur den reinen marktwirtschaftlichen Weg gehe, wie ihn Bundesbank und Wirtschaft teilweise vorgeschlagen hätten.

Weitergehende Forderungen de Maizières, Sparguthaben und sonstiges Geld ebenfalls in unbegrenzter Höhe im Verhältnis 1:1 umzutauschen, weist Kohl zurück: Denn "es hätte unsere wirtschaftlichen Möglichkeiten bei weitem überstiegen".

Weiteres Angebot: Das DDR-Rentensystem soll Schritt für Schritt an das der Bundesrepublik angepasst werden.

De Maizière nennt das Angebot der Bundesregierung zunächst einen "Vorschlag", über den jetzt verhandelt werden müsse. Er verweist darauf, dass in Ostberlin am 25. April die Expertengespräche zwischen den beiden deutschen Regierungen über die Einzelheiten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft aufgenommen werden sollen.

Bundesfinanzminister Theo Waigel bezeichnete nach einem Gespräch mit de Maizière das Verhandlungsangebot als "weitreichend und ökonomisch vertretbar". Er warnte zugleich vor überzogenen Forderungen. Mit dem Angebot werde "die Belastungsfähigkeit der Volkswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland" erreicht.

Keine vier Wochen später - am 18. Mai - wird der erste **Staatsvertrag** über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion unterzeichnet.

-> Zum Ereignis Neuer DDR-Ministerpräsident zum ersten Mal in Bonn auf der Webseite

## **55. Deutsch-Französische Konsultationen**

26. April 1990: Bei den 55. Regierungskonsultationen bereiten Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl in Paris den anstehenden Europäischen Rat vor. Es geht auch um eine Reaktion auf das Unabhängigkeitsstreben Litauens.

### **Schock über Attentat auf Lafontaine**

Doch als Kohl und Mitterrand im Élysée-Palast zum Frühstück zusammenkommen, geht es zunächst um das Attentat auf den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine. Der designierte Kanzlerkandidat der SPD war am Vorabend bei eine Wahlveranstaltung in Köln durch eine Messerattacke schwer verletzt worden. Kohl und Mitterrand sind schockiert und tief betroffen.

## Die Zukunft Europas

Bei ihrem Gespräch machen Kohl und Mitterrand noch einmal ihre Standpunkte zur politischen Union Europas deutlich. Es geht auch um den Verbleib Deutschlands in der Nato sowie die wirtschafts- und währungs-politischen Auswirkungen der bevorstehenden Wiedervereinigung Deutschlands.

Zudem gilt es, sich wie üblich vor dem nächsten europäischen Gipfel eng abzustimmen. Bei der Sondertagung des **Europäischen Rates in Dublin** am 28. April sollen die Freiheitsbestrebungen in Mittel- und Ost-europa gewürdigt werden.

## Brief an litauischen Präsidenten

Besondere Sorge bereitet Kohl und Mitterrand die Entwicklung in Litauen. Nachdem der "Oberste Rat" des Landes am 11. März 1990 eine Erklärung zur Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates verabschiedet hat, gibt es Spannungen mit Moskau. Die Sowjetunion bereitet politische, wirtschaftliche und soziale Sanktionen vor.

Kohl und Mitterrand wollen sich nicht den Vorwurf der Einmischung zuziehen. Sie wissen, dass das Problem des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow darin besteht, dass die Unabhängigkeitsbestrebungen Litauens zu einer Kettenreaktion in weiteren Sowjetrepubliken führen könnte.

Der Bundeskanzler und der französische Staatspräsident senden ein **Schreiben** an den Präsidenten des Obersten Rates von Litauen, Vytautas Landsbergis. Sie erinnern an die komplexe Situation und appellieren, den Weg des Dialogs einzuschlagen:

"Wir wünschen daher unsererseits, dass möglichst rasch zwischen Ihnen und den sowjetischen Behörden Gespräche eingeleitet werden, damit die augenblickliche Krise zu einer beidseitig akzeptablen Lösung führt." Dazu sollten auch die vom litauischen Parlament gefassten Beschlüsse eine Zeit lang ausgesetzt werden. Kohl und Mitterrand bekräftigen zugleich das Prinzip der Selbstbestimmung.

-> **Zum Ereignis 55. Deutsch-Französische Konsultationen auf der Webseite**

## Bundestag debattiert über Währungsunion

27. April 1990: Vor dem Deutschen Bundestag skizziert Kanzleramtsminister Rudolf Seiters den Stand der Verhandlungen mit der DDR-Regierung über den Staatsvertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Er bezeichnet das Angebot der Bundesregierung als großzügig und fair.

## Belastungen für Bundeshaushalt verkraftbar

Unmittelbar nach dem umfassenden **Meinungsaustausch** zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière in Bonn nimmt die Bundesregierung mit der DDR die Gespräche über einen Staatsvertrag zur Verwirklichung der Währungsunion mit Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft auf.

**Im Bundestag erklärt der Kanzleramtsminister Seiters**, das Angebot sei ein bedeutender Schritt zur Einheit. In beiden Staaten müsse man nun darüber nachdenken, was finanziell machbar sei und was nicht. Die zu erwartenden Belastungen nennt Seiters "erheblich", aber dennoch "durchaus verkraftbar".

Die Bundesregierung hält bei den Verhandlungen mit der DDR an ihrem Zeitplan fest: Bereits bis Anfang Mai will sie mit der DDR eine Einigung über die wesentlichen Punkte der Währungsumstellung erreichen. Die **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** soll bis zum 2. Juli eingeführt sein.

Seiters bekräftigt, zur Finanzierung der Einheit seien keine Steuererhöhungen notwendig: "Ein Anziehen der Steuerschraube wäre mit Sicherheit der falsche Weg." Die Kosten sollten vor allem durch Wirtschaftswachs-

tum, durch Einsparungen in Einzelposten des Bundeshaushaltes, etwa im Verteidigungsetat, durch Schulaufnahme des Bundes und durch Beiträge der Länder aufgebracht werden.

### **Mut und Energie erforderlich**

Seiters fordert die Regierung der DDR dazu auf, den Übergang zur sozialen Marktwirtschaft ohne Verzögerungen voranzutreiben. Das, so der Minister, würde der wirtschaftlichen Entwicklung eine günstige Wendung geben und das dringend notwendige private Kapital in die DDR fließen lassen.

Der Bundesregierung ist bewusst, dass eine Umstrukturierung der gescheiterten sozialistischen Planwirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft innerhalb weniger Wochen und Monaten viel Mut und Kraft erfordert. Letztlich, sagt Seiters, würden jedoch alle Deutschen davon profitieren.

Der Kanzleramtsminister verweist darauf, dass allein die Aussicht auf die Einführung der D-Mark in der DDR zu einem erheblichen Rückgang der Übersiedlerzahlen geführt habe. Statt 74.000 Übersiedler im Januar und 64.000 im Februar seien im März noch 46.000 und im Laufe des April nur rund 16.000 Deutsche aus der DDR in die Bundesrepublik übergesiedelt.

Seiters fasst zusammen: "Eine solche Aufgabe erfordert von uns allen viel Mut und Energie, Phantasie und politischen Gestaltungswillen. Aber wir können sie lösen, wenn wir uns - in der Bundesrepublik und in der DDR - etwas zutrauen und diese große Aufgabe beherzt anpacken."

-> [Zum Ereignis Bundestag debattiert über Währungsunion auf der Webseite](#)

## **Die EG gibt grünes Licht für die Einheit**

28. April 1990: Bei einem Sondergipfel in Dublin begrüßen alle Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft die Wiedervereinigung Deutschlands. Ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Einheit, denn zuvor hatten einige der zwölf Mitgliedstaaten Bedenken.

### **Positiver Faktor in der Entwicklung Europas**

Jetzt befürworten alle Staats- und Regierungschefs die deutsche Einheit ohne Vorbehalte. Sie sehen darin einen "positiven Faktor in der Entwicklung Europas im allgemeinen und der Gemeinschaft im besonderen". Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission, stellt ein Papier vor: "Die Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung", ein Plan, der drei Phasen bis zur endgültigen Integration des Gebiets der DDR in die EG beschreibt. Eine Änderung der Rechtsgrundlagen, der "Römischen Verträge", ist nicht notwendig.

### **Ein wichtiger Brief**

Die Zustimmung der EG-Spitzenpolitiker kommt nicht von ungefähr: Zehn Tage vor dem Gipfel haben Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Präsident François Mitterrand dem EG-Ratsvorsitzenden ein Schreiben zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft geschickt. Sie schlagen darin vor, "den politischen Aufbau des Europas der Zwölf zu beschleunigen". Neben der geplanten europäischen Wirtschafts- und Währungsunion solle eine politische Union entstehen.

Damit unterstreicht Kohl, dass die deutsche Wiedervereinigung und die europäische Einheit für ihn untrennbar zusammengehören. In Dublin sagt Kohl seinen elf Kollegen, die Deutschen hätten den dringenden Wunsch, jedermann in Europa möge begreifen, dass sie sehr glücklich über die Parallelität von deutscher Einheit und europäischer Integration seien.

-> Zum Ereignis Die EG gibt grünes Licht für die Einheit auf der Webseite

## De Maizière besucht Gorbatschow in Moskau

29. April 1990: DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière reist zu seinem ersten Arbeitsbesuch nach Moskau. Im Mittelpunkt seines Treffens mit Präsident Michail Gorbatschow steht die Frage der Bündniszugehörigkeit Deutschlands nach der Wiedervereinigung.

### Suche nach Kompromissen

Die Reise ist ein bewusstes Signal: Es sei gewollt gewesen, sagt de Maizière vor Journalisten in Moskau, dass die erste Auslandsreise einer DDR-Regierungsdelegation in die Sowjetunion führt.

Sie ist zugleich ein durchaus schwieriger Balanceakt - angesichts der Anwesenheit von fast 400.000 sowjetischen Soldaten auf DDR-Gebiet.

De Maizière berichtet nach seinem Gespräch mit Gorbatschow über eine grundsätzliche Übereinstimmung zur **"Zwei-plus-Vier"-Frage**. Auch habe es Übereinstimmung gegeben, dass am Ende des gegenwärtigen Entwicklungsprozesses ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem stehen müsse – unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten.

Auch darin, „dass die Gestaltung der inneren Aspekte der deutschen Einheit Sache der Deutschen selbst ist“, bestehe Einigkeit, sagte de Maizière. Einen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Artikel 23 des Grundgesetzes lehnt die sowjetische Seite bei den Gesprächen gleichwohl ab.

### Sowjetische Sicherheitsinteressen

Eine besondere Rolle spielen die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion. Gorbatschow stellt laut Aussagen des DDR-Ministerpräsidenten klar, ein vereintes Deutschland in der Nato sei für die Sowjetunion nicht akzeptabel.

De Maizière erklärt dazu in den Beratungen, dass die DDR bei der gegenwärtigen Nato-Doktrin und -Strategie nicht in das westliche Verteidigungsbündnis gehen werde. Angestrebt würden aber „Veränderungen von Strategien und Strukturen“. Hierüber werde man auch das Gespräch mit den bundesdeutschen und den Nato-Partnern zu führen haben.

### Positive Signale

Mit dem DDR-Ministerpräsidenten reisen Außenminister Markus Meckel, Verteidigungsminister Rainer Eppelmann und Wirtschaftsminister Gerhard Pohl nach Moskau. Es geht auch um die weitere Gestaltung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen.

Gorbatschow fordert, dass die DDR alle wirtschaftliche Verpflichtungen gegenüber seinem Land erfülle. Zudem verlangt er die Anerkennung der Eigentumsordnung, die in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR nach dem Krieg geschaffen wurde. Gemeint: die „Bodenreform“, mit der der sogenannter Großgrundbesitzer enteignet wurde.

Die Sowjetunion ist darüber hinaus an einer weiteren Diskussion über alle ökonomischen Aspekte der deutschen Vereinigung interessiert.

Die Reise nach Moskau – so schätzen es de Maizière und seine Minister ein - bringt zwar keine sichtbare Bewegung in die ablehnende sowjetischen Haltung. Sie nehmen aber den Eindruck mit nach Hause: Über den Weg eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems könnte letztlich auch die Zustimmung der Sowjetu-

nion zur Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands in einer sich wandelnden Nato erreichbar sein.

-> Zum Ereignis [De Maizière besucht Gorbatschow in Moskau auf der Webseite](#)

## **Einigung auf Grundzüge der Währungsunion**

2. Mai 1990: Vertreter von Bundes- und DDR-Regierung geben bekannt, dass sie sich bei den Verhandlungen über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion auf grundlegende Einzelheiten geeinigt haben. Der Staatsvertrag soll am 1. Juli in Kraft treten.

### **D-Mark ersetzt Mark der DDR**

Die Regierungen führen intensive **Verhandlungen** - abwechselnd in Bonn und Ostberlin. Ein erstes Verhandlungsergebnis will man möglichst noch vor den Kommunalwahlen in der DDR präsentieren können, die für den 7. Mai geplant sind.

Am 2. Mai ist es soweit: Die Delegationsleiter, Hans Tietmeyer und Günther Krause, verkünden die Grundzüge: Ab dem 2. Juli 1990 soll die **Währungsumstellung** von der Mark der DDR auf D-Mark erfolgen.

In der **Erklärung** heißt es: "Löhne, Gehälter, Stipendien, Mieten, Pachten und Renten sowie andere wiederkehrende Versorgungszahlungen (zum Beispiel Unterhaltszahlungen) werden im Verhältnis 1:1 umgestellt. Bei Löhnen und Gehältern werden die Bruttobeträge vom 1. Mai 1990 zugrunde gelegt."

Das Rentensystem der DDR soll an das bundesdeutsche Rentenrecht angepasst werden. Die Wirtschaft in der DDR soll durch Einführung der Sozialen Marktwirtschaft rasch wettbewerbsfähig werden.

### **Umtauschregelungen gestaffelt nach Altersgruppen**

Die Umtauschregelung zum Kurs 1:1 wird entgegen dem ersten Vorschlag der Bundesregierung nach Altersgruppen gestaffelt: Kinder bis 14 Jahren können 2.000 Mark, Personen zwischen 15 und 59 Jahren 4.000 Mark und die über 60-Jährigen 6.000 Mark umtauschen. Darüber hinausgehende Beträge sollen zum Kurs 1:2 getauscht werden können.

Als Entschädigung für den Spargeldkurs von 1:2 für Guthaben, die über den Sockelbetrag hinausgehen, will die DDR möglicherweise verbriefte Anteilsrechte am Volksvermögen einräumen – nach einer Bestandsaufnahme des volkseigenen Vermögens sowie nach Strukturanpassungen und einer Sanierung des Staatshaushalts.

In der **Erklärung** ist auch festgehalten, dass die Verpflichtungen der DDR gegenüber anderen Staaten "Vertrauensschutz" genießen. Das bezieht sich sowohl auf die Lieferverpflichtungen der DDR-Unternehmen gegenüber den anderen Ostblock-Staaten als auch auf die Kosten für die sowjetischen Truppen, die in der DDR stationiert sind.

Der Ostberliner Delegationsleiter Krause äußert sich zufrieden über die vereinbarte Umtauschregelung. Sie gehe weit über das hinaus, was im Wahlkampf versprochen worden sei.

-> Zum Ereignis [Einigung auf Grundzüge der Währungsunion auf der Webseite](#)

## Aus Bezirken sollen Länder werden

3. Mai 1990: In Ostberlin nennt DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière den 1. Januar 1991 als Termin für die Wiedereinführung der Länder in der DDR. Damit soll die Länderstruktur wieder hergestellt werden, die bis 1952 in der DDR bestand.

### Wunsch nach früheren Länderstrukturen

Bürgerrechtler und Demonstranten hatten sich schon seit November 1989 bei den Leipziger Montagsdemonstrationen für die früheren Länder stark gemacht. Insbesondere die grün-weiße sächsische Fahne war neben Spruchbändern und Deutschlandfahnen zu sehen. Unübersehbar war die Sachsenfahne auch bei der Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl am 19. Dezember vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche. Auf dem Sonderparteitag der CDU am 15. und 16. Dezember 1989 wehen bereits die Fahnen in den Farben der aufgelösten Länder. De Maizière verfolgt als Parteivorsitzender der Ost-CDU ein föderales Programm und macht sich für die Einführung der früheren Länder in der DDR stark. Seine Begründung: „Diese Länder waren in der sowjetischen Besatzungszone und in der jungen DDR die historisch gewachsenen, territorialen Einheiten. Ihre Traditionen hatten damals den Landesregierungen Würde und Autorität verliehen“. Dies seien auch die Hauptgründe für die Zerschlagung gewesen. Sie hätten dem konsequenten Zentralismus im Staatsaufbau entgegengestanden, so de Maizière.

### Sichtbare Zeichen: Die Fahnen der früheren Länder

Derweil gibt es insbesondere im Süden der DDR Bestrebungen, die geltenden Bezirksstrukturen zu verlassen und sich zu Ländern zusammenzutun. Die Runden Tische in den Bezirken Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) koordinieren bereits die Bildung eines Staates Sachsen.

Der Wille zu den Länderstrukturen von 1952 ist auch in anderen Landesteilen unübersehbar. Häufig wehen die Fahnen von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen.

Am **22. Juli 1990** beschließt die erste freigewählte Volkskammer mit Zweidrittelmehrheit das Ländereinführungsgesetz. Nicht erst am 1. Januar 1991, sondern bereits mit dem Inkrafttreten des Einigungsvertrages am **3. Oktober 1990** entstehen die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen. Die wiedergegründeten Länder Sachsen und Thüringen führen die alte Bezeichnung „Freistaat“ wieder ein. Ostberlin wird mit der Westhälfte Berlins vereinigt.

-> Zum Ereignis **Aus Bezirken sollen Länder werden** auf der [Webseite](#)

## 2+4-Konferenz startet in Bonn

5. Mai 1990: Im Welsaal des Auswärtigen Amtes in Bonn beginnen die Verhandlungen über die "äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit" – also die endgültige völkerrechtliche Souveränität Deutschlands.

### Gespräche der sechs Außenminister

Dabei sind neben dem Gastgeber Hans-Dietrich Genscher und dem Außenminister der ersten, aus freien Wahlen hervorgegangenen Regierung der DDR, Markus Meckel: James Baker für die USA, Eduard Schevardnadse für die Sowjetunion, Douglas Hurd für Großbritannien und Roland Dumas für Frankreich.

In seiner Eingangserklärung skizziert **Genscher** den Kernbereich der Gespräche: "Wir gehen aus von den noch bestehenden Rechten und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte für Deutschland als Ganzes und für

Berlin, die wir ordnungsgemäß ablösen wollen."

Die Gespräche sind sachlich, konstruktiv und vertrauensvoll. Sie sind gekennzeichnet von dem Willen zur Verständigung.

### **Kleiner Teilnehmerkreis fördert Ergebnisse**

Von Anfang an reflektiert die Runde die deutschen Vorstellungen. Das gilt für den Ort dieser ersten Begegnung, eben die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland, und es gilt für die Sprachregelung "Zwei plus Vier" – und nicht umgekehrt "Vier plus Zwei". Auch der kleine Teilnehmerkreis ist im deutschen Interesse. Genscher besteht darauf, dass es nicht um die Verhandlung eines Friedensvertrages geht. Daran wären im Zweifelsfall alle Staaten zu beteiligen, die sich 1945, zum Zeitpunkt der bedingungslosen Kapitulation, im Kriegszustand mit Deutschland befanden: rund 40 Staaten. Eine rasche Einigung, wie sie sich unter den Sechsen abzeichnet, wäre dann wohl in weite Ferne gerückt.

### **2+4-Fahrplan verabschiedet**

Die sechs Außenminister einigen sich in Bonn auf die Tagesordnung der weiteren Zwei-plus-Vier-Gespräche:

- Erster Punkt: Grenzfragen
- Zweiter Punkt: Politisch-militärische Fragen unter Berücksichtigung von Ansätzen geeigneter Sicherheitsstrukturen in Europa.
- Dritter Punkt: Berlin-Probleme.
- Vierter Punkt: Abschließende völkerrechtliche Regelung und Ablösung der Vier-Mächte-Rechte und -Verantwortlichkeiten.

Die Außenminister vereinbaren, dass ihre nächsten Treffen im Juni 1990 in Berlin, im Juli in Paris und Anfang September in Moskau stattfinden. Zum dritten Außenministertreffen, bei dem es um die Grenzen gehen soll, wollen sie auch den polnischen Außenminister einladen.

Gastgeber Genscher kann sichtlich zufrieden feststellen: "Der Wille der Deutschen, ihre Vereinigung ordnungsgemäß und ohne Verzögerung zu vollziehen, wurde von allen Teilnehmern anerkannt. Die Einheit Deutschlands soll zu einem Gewinn für alle Staaten werden."

-> [Zum Ereignis 2+4-Konferenz startet in Bonn auf der Webseite](#)

## **Kommunalwahlen in der DDR**

6. Mai 1990: Ein Jahr nach den gefälschten Kommunalwahlen können die Menschen in der DDR erneut ihre kommunalen Vertreter wählen. Doch nun sind es freie Wahlen mit konkurrierenden Parteien. Mit den Wahlen beginnt die Entmachtung der alten regionalen Kader.

### **Das Aus für die alten Kader**

Bei den **Kommunalwahlen am 7. Mai 1989** war es den DDR-Bürgerrechtlern erstmals gelungen, dem SED-Regime massive Wahlfälschungen nachzuweisen. Sie hatten von dem Recht Gebrauch gemacht, die Auszählungen zu beobachten, und die örtlichen Ergebnisse mit den offiziell verkündeten verglichen. Die Wahlmanipulationen und der darauf folgende Protest gelten als Anfang vom Ende der DDR. Denn dieser Protest weitete sich zusehends aus und mündete in die Montagsdemonstrationen im Herbst.

Von der Aufdeckung des Wahlbetrugs am 7. Mai 1989 erzählt der ehemalige Bürgerrechtler **Mario Schatta**. Fast auf den Tag genau ein Jahr danach, am 6. Mai 1990, können die Menschen in der DDR erneut ihre kommunalen Mandatsträger wählen. In freien Wahlen treten konkurrierende Parteien gegeneinander an. Spätestens seit dem 18. März 1990, der **ersten freien Volkskammerwahl**, ist die DDR ein anderes Land. Die SED-Diktatur ist endgültig besiegt, in Ostberlin ist seit dem **12. April eine demokratisch legitimierte Regierung** im Amt.

### **Freie Wahlen in Gemeinden und Kreisen**

Mit dieser Kommunalwahl beginnt nun auch auf regionaler Ebene die Entmachtung der alten Eliten. Zwar hatten sie, wie die Zentralregierung, bereits in den Monaten zuvor ihre Macht an **"Runden Tischen"** teilen müssen, aber sie hatten noch Einfluss. Nach dem 6. Mai 1990 ziehen auch in die Kommunalparlamente frei gewählte Volksvertreter ein.

Das Wahlergebnis entspricht zwar nicht ganz dem der Volkskammerwahl, aber erneut wird die CDU mit 30,4 Prozent stärkste Partei – vor der SPD mit 21 und der PDS mit 14 Prozent. Fast ein Viertel der Stimmen entfällt dieses Mal auf "Sonstige": lokale Wählerbündnisse aller Art, zum Teil sogar Feuerwehren, Sportvereine und kirchliche Gemeinden.

### **Engagierte Kommunalpolitiker der ersten Stunde**

Entsprechend "bunt" ist die Riege der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. In Leipzig regiert der ehemalige Oberstadtdirektor der Partnerstadt Hannover, Hinrich Lehmann-Grube. Er hat im April 1990 die DDR-Staatsbürgerschaft angenommen, um kandidieren zu können.

Vielorts übernehmen mutige Menschen die Verantwortung, die bislang keine politische Erfahrung sammeln konnten. Viele erhalten Unterstützung von westdeutschen Partnergemeinden. Mancherorts stellen die Partner sogar die Büroausstattung zur Verfügung, damit die demokratisch gewählten Repräsentanten ihre Aufgaben wahrnehmen können.

-> [Zum Ereignis Kommunalwahlen in der DDR auf der Webseite](#)

## **DDR und EG wollen stärker zusammenarbeiten**

8. Mai 1990: In Brüssel unterzeichnen DDR-Wirtschaftsminister Gerhard Pohl, der amtierende EG-Ratspräsident Gerard Collins und Kommissionsvizepräsident Frans Andriessen ein Handels- und Kooperationsabkommen. Binnen weniger Wochen ist es allerdings überholt.

### **Handelspolitische Zusammenarbeit**

Das Abkommen mit einer Laufzeit von zehn Jahren soll insbesondere den Handel der DDR mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ausweiten. Dazu sollen mengenmäßige Beschränkungen im Handel aufgehoben werden.

Das Abkommen macht auch deutlich, dass für den Handel zwischen beiden Seiten marktbezogene Preise gelten sollen. Beide Seiten verpflichten sich, gewerbliches, kommerzielles und geistiges Eigentum zu schützen.

Außerdem schafft das Abkommen Voraussetzungen für Direktinvestitionen und für direkte Aktivitäten von EG-Unternehmen und -Geschäftsleuten in der DDR. So verpflichtet sich die DDR, Geschäftsleuten aus der EG die Einreise, den Aufenthalt sowie die freie Bewegung im Land zu ermöglichen. EG-Unternehmen sol-



len Repräsentanzen in der DDR errichten und betreiben können.  
Der innerdeutsche Handel bleibt von dem Abkommen unberührt.

### **Wirtschaftliche Zusammenarbeit**

Mit dem Abkommen soll auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf eine breite Basis gestellt werden. Unternehmen sollen miteinander kooperieren und Investitionen und Joint-Ventures fördern. Von besonderem Interesse sind Kooperationen in der Industrie und im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Lebensmittelindustrie, in der Energiewirtschaft, im Tourismus und im Transportgewerbe.

Aber auch die Zusammenarbeit bei Forschung und Technologie soll sich verbessern. Wissenschaftliche Informationen und Kontakte sollen zum beiderseitigen Vorteil ausgetauscht werden und ein Klima für Investitionen, Kooperationen und Lizenzvereinbarungen schaffen.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft können darüber hinaus auch bilaterale wirtschaftliche Beziehungen mit der DDR eingehen.

### **Abkommen mit kurzer Laufzeit**

Das **Handels- und Kooperationsabkommen** der DDR reiht sich ein in die Abkommen der EG mit anderen Staaten des Ostblocks. Bereits beschlossen sind die Abkommen mit Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion. Verhandlungen laufen mit Rumänien und Bulgarien.

Doch das Abkommen mit der DDR ist bereits nach kurzer Zeit überholt. Als am 1. Juli 1990 die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten in Kraft tritt, weitet sich damit die Europäische Zollunion, zu der die Bundesrepublik Deutschland gehört, auch auf die DDR aus.

-> Zum Ereignis DDR und EG wollen stärker zusammenarbeiten auf der Webseite

## **DDR-Schulabschlüsse werden anerkannt**

10. Mai 1990: Die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland beschließt die Anerkennung der DDR-Schulabschlüsse, die zu einem Hochschulstudium berechtigen.

### **Gespräche über Bildungszusammenarbeit**

Die Abizeugnisse sind in Sichtweite: Viele Abiturienten aus der DDR streben die Aufnahme eines Studiums an einer Universität in Nord-, Süd- oder Westdeutschland an. Unter der Nummer 908 der Beschluss-Sammlung der Kultusministerkonferenz (KMK) veröffentlichen die Kultusminister der Bundesländer am 10. Mai 1990 die Voraussetzungen zur "Zulassung von Hochschulzugangsberechtigten aus der DDR an Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland".

Bereits kurz nach dem Fall der Mauer im Herbst 1989 hatte die Kultusministerkonferenz Kontakt mit der DDR-Regierung Modrow aufgenommen. Es kam zu ersten Gesprächen – vor allem mit dem DDR-Kulturminister Dietmar Keller. Allerdings war auch für die Kultusminister bereits Anfang 1990 absehbar, dass auf dem Gebiet der DDR nach der Wiedervereinigung Deutschland die Bundesländer wiedererrichtet würden. Mit ihnen wollte man dann auch im Rahmen der KMK zusammenarbeiten.

Nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 kam Dynamik in den Einigungsprozess. Auch in der Bildungsverwaltung bestand Handlungsdruck. In der Zeit vor und kurz nach den Ereignissen vom Herbst 1989 ging es vorrangig um Fragen der Übersiedler. Jetzt zwang die gewonnene Freizügigkeit der DDR-Bevölkerung vor allem zu einer schnellen Lösung bei der Hochschulzulassung für Studienbewerber aus der

DDR an westdeutschen Hochschulen.

An der Sondersitzung der KMK in Bonn nehmen auch Vertreter der neuen DDR-Regierung de Maizière teil. Das Ergebnis ist eine rasche und großzügige Übergangsregelung.

### **Artikel 37 Einigungsvertrag - Bildung**

Die weitere Zusammenarbeit mit der DDR-Regierung soll dann in der neu gebildeten deutsch-deutschen Bildungskommission und der deutsch-deutschen Kulturkommission stattfinden. Die Arbeit dieser Gremien wird jedoch bald vom Abschluss des deutsch-deutschen Einigungsvertrages überholt.

An dessen Ausarbeitung für den Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich wirken auch Vertreter der Kultusministerkonferenz mit. Der **Artikel 37 des Einigungsvertrages** ist der Bildung gewidmet. In Absatz 1 heißt es: „In der Deutschen Demokratischen Republik erworbene oder staatlich anerkannte schulische, berufliche und akademische Abschlüsse oder Befähigungsnachweise gelten in dem in Artikel 3 genannten Gebiet weiter. In dem in Artikel 3 genannten Gebiet oder in den anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) abgelegte Prüfungen oder erworbene Befähigungsnachweise stehen einander gleich und verleihen die gleichen Berechtigungen, wenn sie gleichwertig sind.“

Der Einigungsvertrag sieht vor, dass die neuen Länder bei der Neugestaltung ihres Schulwesens das Hamburger Abkommen und die weiteren einschlägigen Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz als Basis nehmen sollen.

Am 6. Dezember 1990 treten die neuen Länder auf der 251. Plenarsitzung in Berlin der Kultusministerkonferenz bei und sind fortan gleichberechtigte Mitglieder.

-> **Zum Ereignis DDR-Schulabschlüsse werden anerkannt auf der Webseite**

## **DDR-Regierung unterstellt Stasi-Akten dem Innenminister**

16. Mai 1990: Die Regierung de Maizière überträgt dem Innenminister die Zuständigkeit für die Stasi-Akten. Eine Regierungskommission soll ihn beraten. Außerdem beschließt die Regierung, die Akten von der staatlichen Archivverwaltung und den Staatsarchiven in den Bezirken sichern und auswerten zu lassen.

### **Der weitere Umgang mit den Stasi-Akten**

Nach der Besetzung der **Stasi-Zentrale** in der Ostberliner Normannenstraße kommen Tag für Tag neue Meldungen über die Machenschaften der Stasi ans Tageslicht. Die Medien berichten täglich über die Verbrechen und die flächendeckende Bespitzelung. Eine Regelung für den Umgang mit den Akten wird unumgänglich.

Mit ihrem Beschluss vom 16. Mai beendet die Regierung unter Ministerpräsident Lothar de Maizière die Arbeit des Staatlichen Komitees zur Stasi-Auflösung, das am 8. Februar gebildet worden war. Die Verantwortung soll fortan Innenminister Peter-Michael Diestel übernehmen. In die Regierungskommission, die ihn beraten soll, beruft Diestel sechs Tage später neben einigen Theologen und Juristen auch prominente SED-Dissidenten wie Stefan Heym und Walter Janka.

Die Sicherung und Auswertung der MfS-Unterlagen will die Regierung de Maizière der staatlichen Archivverwaltung und den Staatsarchiven in den Bezirken übertragen. Sie sollen nur die Akten aufbewahren, das für die Rehabilitierung der Opfer, die Verfolgung von Straftaten sowie die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung notwendig erscheinen. Die personenbezogenen Unterlagen bleiben damit weiterhin gesperrt.

Sofort kritisieren die Bürgerkomitees die Beschlüsse, weil sie in der staatlichen Archivverwaltung eine erhebliche Anzahl ehemaliger MfS-Mitarbeiter vermuten. Außerdem befürchten sie, dass die Weitergabe von Akten an die Ministerien und Staatsanwaltschaften zum Verlust von Stasi-Unterlagen führen könnte. Doch der Innenminister will den Einfluss der Bürgerkomitees beschränken. Dass es am Ende anders kommt, als Diestel möchte, ist der Arbeit der Volkskammer zu verdanken.

### **Gauck leitet Sonderausschuss**

Als weiteres Gremium ist ein Sonderausschuss der Volkskammer zur Kontrolle des Auflösungsprozesses des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) beziehungsweise seiner Nachfolgeorganisation, dem Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) vorgesehen. Es konstituiert sich am 21. Juni; Vorsitzender wird Joachim Gauck von Bündnis 90.

Der Sonderausschuss arbeitet maßgeblich am „Gesetz zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit“ mit. Die Stasi hatte Dossiers über rund vier Millionen Ostdeutsche und zwei Millionen Westbürger angelegt. Außerdem will der Volkskammer-Ausschuss "Offiziere im besonderen Einsatz" (OibE) des Staatssicherheitsdienstes, die nach wie vor an leitenden Stellen in Staat und Wirtschaft tätig sind, ausfindig machen und ihre Entlassung zu erreichen.

-> Zum Ereignis DDR-Regierung unterstellt Stasi-Akten dem Innenminister auf der Webseite

## **Verständigung auf Fonds „Deutsche Einheit“**

16. Mai 1990: Nach der sozialistischen Planwirtschaft fehlt es in der DDR an allen Ecken und Enden. In der Staatskasse klafft ein riesiges Loch. Bundeskanzler Helmut Kohl und die Regierungschefs der Bundesländer vereinbaren deshalb den „Fonds Deutsche Einheit“.

### **115 Milliarden DM Finanzhilfe**

Wie lassen sich die Haushaltsdefizite der DDR angemessen auf Bund, Länder und Kommunen verteilen? Am Vortag hat sich Bundesfinanzminister Theo Waigel mit den Länderfinanzministern auf einen Weg geeinigt: Für eine Übergangszeit bis 1994 soll der Fonds „Deutsche Einheit“ den Angleichungsprozess Ostdeutschlands finanziell unterstützen. Das Finanzpaket fügt sich in den Prozess der **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion** ein.

Der Fonds hat zum Start ein Gesamtvolumen von 115 Milliarden DM. Davon übernimmt der Bund 20 Milliarden DM aus Einsparungen, 95 Milliarden DM nimmt er an Krediten auf. Die Lasten tragen je zur Hälfte Bund und Länder (gemeinsam mit den Gemeinden).

Spätere Aufstockungen erhöhen den Betrag auf gut 160 Milliarden DM. Das Finanzpaket zielt unter anderem darauf ab, die Kosten der Deutschen Einheit zu tragen, die Veränderung der DDR hin zur Sozialen Marktwirtschaft voranzutreiben und die unterschiedlichen Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland anzugleichen.

### **Sondervermögen des Bundes**

Eines ist allen Beteiligten klar: Eine direkte Eingliederung Ostdeutschlands in die bestehenden Ausgleichsmechanismen zwischen den alten Bundesländern wird auf Jahre nicht möglich sein. Dazu sind die Unterschiede bei der Finanzkraft zu groß. Die Integration in den westdeutschen Länderfinanzausgleich hätte auch

unübersehbare Risiken und Mehrbelastungen für die Haushalte der alten Länder bedeutet. Stattdessen entsteht der Fonds „Deutsche Einheit“ als Sondervermögen des Bundes für einen Übergangszeitraum von viereinhalb Jahren zwischen 1990 und 1994. Der Fonds wird am 25. Juni 1990 offiziell beschlossen und tritt am 30. Juni in Kraft: einen Tag vor dem Start der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Insgesamt erhalten die neuen Länder von 1990 bis 1994 über den Fonds 82,2 Milliarden Euro. Es sind nicht zweckgebundene Leistungen, von denen 40 Prozent den Kommunen zugutekommen. 1995 wird der Fonds „Deutsche Einheit“ vom Solidaritätspakt I abgelöst. Die fünf neuen Bundesländer werden in den gesamtdeutschen Finanzausgleich integriert.

-> Zum Ereignis Verständigung auf Fonds „Deutsche Einheit“ auf der Webseite

## Vertrag zur Währungsunion unterzeichnet

18. Mai 1990: Die Bundesrepublik Deutschland und die DDR unterzeichnen den Vertrag über eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnet die Vertragsunterzeichnung als "Geburtsstunde des freien und einigen Deutschlands".

### Der erste große Schritt zur Einheit

Die Soziale Marktwirtschaft als gemeinsame Wirtschaftsordnung, die Deutsche Mark als gemeinsame Währung, das System der sozialen Sicherung in ganz Deutschland: Mit dem Vertrag ist der erste große Schritt zur Deutschen Einheit getan.

Im Palais Schaumburg setzen die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg ihre Unterschriften unter den Vertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion. In der Präambel wird gewürdigt, dass die friedliche und demokratische Revolution vom Herbst 1989 das Ziel hatte, die Einheit Deutschlands zu vollenden.

Im Kapitel 1 bekennen sich die beiden Vertragsparteien zur freiheitlichen, demokratischen, föderativen, rechtsstaatlichen und sozialen Grundordnung. Ausdrücklich ist festgehalten: "Entgegenstehende Vorschriften der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik über die Grundlagen ihrer bisherigen sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung werden nicht mehr angewendet."

### Von der sozialistischen Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft

Bundeskanzler Kohl würdigt in seiner Ansprache die Menschen in der DDR, die "mit der Kraft ihrer Freiheitsliebe die Ketten des Unrechtsregimes gesprengt" haben. Und er sagt: "Die Geschicke der Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR werden dadurch unauflöslich miteinander verwoben. Von nun an ist klar: Wir gehen in eine gemeinsame Zukunft."

Kohl ist jedoch bewusst, dass alle Deutschen vor einer beispiellosen Herausforderung stehen. Die deutsche Einheit wird kein leichter Weg werden: "Wir betreten in vieler Hinsicht Neuland und ... müssen nach Lösungen suchen für eine Fülle von neuen Problemen".

### Neuer Gründergeist ist gefordert

DDR-Regierungschef Lothar de Maizière bekräftigt den Geist der Freiheit und den Wunsch der Menschen in der DDR nach sozialer Gerechtigkeit. Er betont, dass das Zusammenwachsen des geteilten Deutschland bei den Menschen und ihren Lebensverhältnissen beginnt.

Und er erinnert an die desolante wirtschaftliche Situation, die durch 40 Jahre sozialistische Planwirtschaft in der DDR entstanden ist: "Niemand soll sich über die tiefe Krise der DDR-Wirtschaft Illusionen machen." De Maizière fordert: "Ausgehend von einem realistischen Bild der Lage müssen wir mit einem neuen Gründergeist, mit Engagement, mit Zuversicht und mit dem Vertrauen in die eigene Kraft an die Arbeit gehen."

### **"Der gemeinsame Alltag beginnt"**

Als am **1. Juli 1990** der **Vertrag** über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft tritt, titeln die Zeitungen: "Der gemeinsame Alltag beginnt" (FAZ, 2.7.1990) und "D-Mark-Zeitalter in DDR begann mit Jubel und Ansturm auf die Banken" (Die Welt, 2.7.1990). Das Handelsblatt meint, "nach dem Währungsumtausch ist ein Konsumrausch nicht zu befürchten", und die Süddeutsche Zeitung stellt fest: "Optimismus begleitet den Start zur Währungsunion."

Um die Vertragsunterzeichnung zu ermöglichen, haben die Bundesregierung und die elf westdeutschen Länder am 16. Mai vereinbart, einen **"Fonds Deutsche Einheit"** mit einem Volumen von 115 Milliarden DM für die Wiederaufbauhilfe in Ostdeutschland zu schaffen.

Der Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nimmt in währungspolitischer Hinsicht die wirtschaftliche Einheit vorweg. Privateigentum, freie Preisbildung und die Abschaffung staatlicher Monopole sollen die künftige Wirtschaft in den neuen Ländern kennzeichnen. Wichtigster Eckpfeiler auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet ist die Übernahme des bundesdeutschen Sozialversicherungssystems mit Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung. Die Sozialunion sichert die Rechte der Arbeitnehmer in der DDR entsprechend den bundesdeutschen Grundlagen bei Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Streikrecht, Kündigungsschutz, Mitbestimmung.

-> Zum Ereignis Vertrag zur Währungsunion unterzeichnet auf der Webseite

## **Genscher und Schewardnadse treffen sich in Genf**

23. Mai 1990: Die Außenminister der Bundesrepublik und der Sowjetunion kommen in Genf zusammen, um über Bedingungen und Hindernisse der deutschen Einheit zu sprechen. Das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Eduard Schewardnadse und Hans-Dietrich Genscher ebnet den Weg zu „erfolgsorientierten Verhandlungen“.

### **Verhandlungen über eine Obergrenze an Bundeswehrsoldaten**

Das Treffen verläuft in freundlicher und entspannter Atmosphäre – auch als Folge der **Bonner Kreditzusage** vom Vortag, die Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Schreiben an den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow übermittelt hat.

Der Sowjetunion schwebt eine Obergrenze der künftigen Streitkräfte des geeinten Deutschlands von etwa 250.000 Mann vor. Für Genscher ist eine Reduzierung, die sich auf Deutschland beschränkt, „inakzeptabel“. Auch die anderen europäischen Länder sollten sich zur Verkleinerung ihrer Armeen verpflichten. Nur so lasse sich eine „Singularisierung“ Deutschlands verhindern, so der Bundesaußenminister.

Genscher kann Schewardnadse überzeugen, die Obergrenze der gesamtdeutschen Streitkräfte nicht in den **Zwei-plus-Vier-Gesprächen** zu regeln. Sondern in Wien – bei den Verhandlungen über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa.

### **Die „Frage der Fragen“**

Eine Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands ist in der Sowjetunion nach wie vor höchst umstritten. Schewardnadse bezeichnet das Thema als „Frage der Fragen“. Die sowjetische Seite strebt eine Neuausrichtung der Nato und auch des Warschauer Pakts sowie ihres Verhältnisses zueinander an. Die Annäherung der beiden Bündnisse betrachtet auch Genscher als einen Schritt auf dem Weg zu einem europäischen Sicherheitskonzept.

Auch wenn das Treffen der beiden Außenminister keine Bewegung in der Frage der Zugehörigkeit Deutschlands zur Nato bringt, hat es zumindest das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen gestärkt. Die Unterredung in Genf markiert den Beginn einer Reihe von bilateralen Treffen (unter anderem in Kopenhagen und Münster), die den Boden für die Zustimmung der Sowjetunion zur freien Bündniswahl der Deutschen bereiten.

Von Genf fliegt Genscher nach Paris, um die Franzosen über das Gespräch zu informieren, und anschließend nach Washington. Der positive Ton des Gesprächs mit Schewardnadse stimmt ihn optimistisch.

Eine Woche später, am 31. Mai 1990, gibt Gorbatschow beim **Gipfelgespräch mit US-Präsident George Bush sen.** erstmals zu erkennen, dass er eine freie Bündniswahl der Deutschen akzeptiert. Doch zum offiziellen Ja dauert noch knapp zwei Monate: bis zu Kohls Besuch bei **Gorbatschow im Kaukasus** am 16. Juli 1990.

-> Zum Ereignis Genscher und Schewardnadse treffen sich in Genf auf der Webseite

## **Gorbatschows unerwartetes Ja**

31. Mai 1990: Bislang hat Moskau eine Nato-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands abgelehnt. Bei einem Gipfeltreffen mit US-Präsident George Bush sen. lenkt Kreml-Chef Michail Gorbatschow unerwartet ein. Deutschland soll sich frei entscheiden können.

### **Der Gast aus Moskau nickt**

Welchem Militärbündnis darf das wiedervereinigte Deutschland angehören? Diese Frage ist in diesen Wochen eine der international meistdiskutierten. Mitte Mai hat der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse in einem Interview noch erklärt, sein Land sei gegen eine gesamtdeutsche Nato-Mitgliedschaft. Deshalb hat der amerikanische Präsident wenig Hoffnung, als er Gorbatschow in Washington empfängt. Doch dann wendet sich das Blatt: Bush weist auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki hin. Der zufolge hätten alle Staaten das Recht, ihre Bündniszugehörigkeit frei zu wählen. Also sollte auch Deutschland selbst entscheiden dürfen, welchem Bündnis es sich anschließen wolle. Dies sei doch richtig?, fragt Bush. Und Gorbatschow – nickt.

### **Einer der entscheidenden Schritte**

Die Mitglieder der amerikanischen, erst recht die der sowjetischen Delegation reagieren verwundert. Beiderseits des Verhandlungstisches tuschelt man. Doch Gorbatschow bestätigt seine Haltung, dass Deutschland frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden kann. Nach dem Gipfel steht es so auch in der amerikanischen Erklärung für die Presse.

Das Abrücken Gorbatschows vom sowjetischen Veto gegen die Nato-Mitgliedschaft ganz Deutschlands: Es ist einer der entscheidenden Schritte auf dem Weg zur Wiedervereinigung.

-> Zum Ereignis Gorbatschows unerwartetes Ja auf der Webseite

## Staatswappen vom Palast der Republik abmontiert

5. Juni 1990: Nach dem Beschluss der Volkskammer, die DDR-Staatswappen in und an öffentlichen Gebäuden zu entfernen, beginnen umfangreiche und spektakuläre Demontagen – auch am symbolträchtigen Palast der Republik, dem Sitz der Volkskammer.

### Beschluss zur Beseitigung

Als am **5. April** das erste und letzte freigewählte Parlament der DDR im Palast der Republik zusammentritt, prangen außen, an der Stirnseite des Gebäudes, noch Hammer, Zirkel und Ährenkranz – das Staatswappen der DDR.

Am 31. Mai beschließt die Volkskammer jedoch auf Antrag der Fraktion der Deutschen Sozialen Union: „Alle Staatswappen, die sich in und an öffentlichen Gebäuden befinden, sind unverzüglich, spätestens jedoch in Wochenfrist, zu entfernen. Wo das aus technischen oder finanziellen Gründen nicht möglich ist, ist das Wappen zu verdecken.“

### Symbolische Demontage

Am 5. Juni ist es soweit – das Staatswappen wird vom Palast der Republik abmontiert. Das vier Meter große Emblem verschwindet von der Fassade in das Haus der Geschichte in Bonn – von Ost nach West.

Staatswappen und Staatsflagge bleiben jedoch bis zum **Ende der DDR** als offizielle Hoheitszeichen bestehen.

### Abschied vom Palast der Republik

Mit der symbolischen Demontage des Wappens beginnt auch die Demontage des „Palazzo di Protzo“, wie ihn Wolf Biermann genannt hat. Am 19. September wird das große Gebäude wegen Asbestbelastung geschlossen. Ganz allmählich gehen in „Erichs Lampenladen“ – so nennt der Volksmund den politischen und kulturellen Prachtbau – die vielen Lichter aus.

Es vergehen noch einige Jahre, bis der Palast verschwindet. 2006 beginnt unter öffentlichem Protest der Rückbau. Seit März 2013 wird anstelle des Palastes das Berliner Stadtschloss als Humboldt-Forum wieder aufgebaut.

-> Zum Ereignis Staatswappen vom Palast der Republik abmontiert auf der Webseite

## Nato-Außenministertagung in Turnberry

7. Juni 1990: Die Nato reicht der Sowjetunion die Hand zur Zusammenarbeit. Die deutsche Einheit stelle einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität Europas dar, unterstreicht die Nato. Außerdem solle Deutschland frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden können.

### Diplomatie auf allen Ebenen

Das zweitägige Außenministertreffen ist strategisch gut terminiert. Denn gleichzeitig tagen die Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts in Moskau. Und auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher weilt zu Gesprächen in der sowjetischen Hauptstadt.

Das Treffen im schottischen Turnberry ist die letzte westliche Konferenz vor dem bevorstehenden Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Anfang Juli. Die Zusicherungen der Nato-Außenminister sollen ein politisches Signal an Moskau sein, die Vorbehalte gegen die gesamtdeutsche Vollmitgliedschaft in der Nato aufzugeben.

Eine Woche zuvor hatte US-Präsident George W. Bush sen. bei einem **Gipfeltreffen** mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Washington betont, Deutschland habe durch die Schlussakte von Helsinki das Recht auf freie Bündniszugehörigkeit. Zudem dürfe die Souveränität eines vereinten Deutschlands nicht eingeschränkt werden. Mit der deutschen Einheit müssten die Rechte der vier Siegermächte aufgehoben werden.

### **„Neun Angebote“ an die Sowjetunion**

Obwohl Gorbatschow der freien Bündniswahl eines vereinigten Deutschlands beim amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffen Ende Mai generell zugestimmt hat, hegt die Sowjetunion weiterhin große Bedenken und fürchtet eine Isolation im neuen Europa.

In Washington hatte Bush Gorbatschow daher Zusicherungen gegeben, die der Sowjetunion Berechenbarkeit, gegenseitiges Vertrauen und erhöhte Sicherheit signalisieren sollen. Zu den neun „Angeboten“ an die Sowjetunion gehören unter anderem die Verpflichtung zu weiteren Abrüstungsverhandlungen, der Verzicht Deutschlands auf chemische und nukleare Waffen, die Stärkung des KSZE-Prozesses sowie die Festlegung einer Übergangsfrist für den Abzug sowjetischer Truppen vom Gebiet der DDR.

In seiner Rede in Turnberry macht der amerikanische Außenminister **James A. Baker** die zuvor vertraulichen neun Zusicherungen öffentlich.

Die Nato-Länder bemühen sich, die Sowjetunion davon zu überzeugen, dass die Aufnahme Deutschlands in die Nato ein „Beitrag zur Stabilität und Sicherheit“ in Europa sei. Das westliche Bündnis wolle die Staaten Mittel- und Osteuropas bei der Integration in die Weltwirtschaft unterstützen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihnen ausweiten.

### **Botschaft von Turnberry**

Eins ist den Außenministern in Turnberry klar: Noch vor dem KPdSU-Parteitag Anfang Juli muss ein deutliches politisches Signal nach Moskau erfolgen. So entsteht über Nacht die „**Botschaft von Turnberry**“.

Darin bekräftigen die 16 Teilnehmer der Ministertagung: „Wir, die Außenminister der Allianz, bekunden unsere Entschlossenheit, die historische Chance zu ergreifen, die sich aus den grundlegenden Veränderungen in Europa ergibt, um eine neue europäische Friedensordnung zu schaffen, gegründet auf Freiheit, Recht und Demokratie. In diesem Geist reichen wir der Sowjetunion und allen andere europäischen Ländern die Hand zu Freundschaft und Zusammenarbeit. [...] Wir sind überzeugt, dass die deutsche Einigung ein wesentlicher Beitrag zur Stabilität in Europa ist.“

### **Vorbereitung des Nato-Gipfels in London**

Die Sitzung in Turnberry gilt als wichtige Vorbereitung für den Nato-Gipfel am 5. und 6. Juli in London. Dort bekräftigen die 16 westlichen Staats- und Regierungschefs ihre Bestrebungen zur Abrüstung und zur Zusammenarbeit mit den Warschauer-Pakt-Staaten. Das Londoner Kommuniqué ebnet den Weg zu den erfolgreichen **Verhandlungen Kohls mit Gorbatschow Mitte Juli im Kaukasus**.

Der Nato-Gipfel in London dient außerdem der Neuausrichtung des Verteidigungsbündnisses für die Zeit nach der Blockkonfrontation. Bei der Anpassung an die neuen Realitäten soll es in Zukunft weniger darum gehen, Krieg zu verhindern, sondern vielmehr darum, aktiv Frieden zu schaffen und zu gestalten.



-> Zum Ereignis Nato-Außenministertagung in Turnberry auf der Webseite

## **"Grundsteinlegung" für die Gauck-Behörde**

7. Juni 1990: Die erste frei gewählte Volkskammer setzt eine Sonderkommission zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit ein. Es geht um die "vollständige Aufklärung aller Verbrechen" der Stasi und deren "endgültige Auflösung".

### **111 Kilometer Stasi-Akten**

Leiter der Kommission wird der Theologe Joachim Gauck. Er beginnt mit der Prüfung aller Daten, Datenbanken und Unterlagen. Das Ministerium für Staatssicherheit, "Schild und Schwert der Partei", hatte über Jahre ein riesiges Archiv mit Spitzelberichten über sechs Millionen Personen aufgebaut, darunter von zwei Millionen Westdeutschen. Nun kommen auch die besonders geheim gehaltenen Akten über Agenten – sogenannte Offiziere im besonderen Einsatz – ans Tageslicht.

Zusätzlich zu den vollständigen Akten stellt die Kommission 16.250 Säcke mit 41 Millionen zerfetzten Seiten sicher. Die Stasi hatte in den letzten Tagen des SED-Regimes begonnen, Unterlagen zu zerstören. Zuletzt bestand die Stasi aus über 91.000 hauptamtlichen und über 150.000 "Inoffiziellen" Mitarbeitern, sogenannten IM.

### **Aufarbeitung eines schwierigen Erbes**

Gauck legt den Grundstein für die Aufarbeitung dieses schwierigen SED-Erbes. Nach der Wiedervereinigung leitet er die neue Behörde mit dem langen Namen "Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik". Binnen kürzester Zeit wird daraus kurz: "Gauck-Behörde".

Dass die Arbeit, die die Sonderkommission begonnen hat, nach der Wiedervereinigung fortgesetzt werden kann, ist zunächst keineswegs sicher. Starke Kräfte plädieren dafür, sämtliche Akten dem Bundesarchiv zu überantworten. Auf Jahrzehnte hinaus wäre die Auseinandersetzung damit kaum möglich gewesen. Doch dann sorgen vor allem die ehemaligen Bürgerrechtler für ein Umdenken: 1991 verabschiedet der Deutsche Bundestag das Stasi-Unterlagengesetz. Es verhindert ein Wegschließen der Stasi-Akten.

### **Akteneinsicht für die Stasi-Opfer**

Geht es am Anfang vor allem um die Sicherung und Sichtung der Unterlagen, besteht die Aufgabe bald auch darin, sie den Opfern der SED-Geheimpolizei zugänglich zu machen. Auch die Überprüfung und Verfolgung politischer Verbrechen wird anhand der vorliegenden Dokumente möglich. Spitzel, die ihren Mitmenschen zu DDR-Zeiten geschadet haben, lassen sich überführen.

Auch viele Jahre nach der Wiedervereinigung reißt das Interesse an diesen Dokumenten nicht ab. Tag für Tag treffen weitere Anträge ein.

-> Zum Ereignis "Grundsteinlegung" für die Gauck-Behörde auf der Webseite

## Bundeskanzler in den USA

8. Juni 1990: In einem Gespräch mit US-Präsident George Bush sen. erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl seinen Plan, wie er den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow von der Nato-Mitgliedschaft des wiedervereinten Deutschlands überzeugen will.

### Pläne schmieden

Am späten Nachmittag sitzt Kohl zusammen mit Bush sen. im „Oval Office“ des Weißen Hauses in Washington. Es geht um die Vorbereitung des Nato-Gipfels in London und um wirtschaftliche Kooperationen mit der Sowjetunion.

Kohl ist der Auffassung, dass der kommende Nato-Gipfel ein klares Signal an die Sowjetunion senden muss, um die Kreml-Führung von einer Nato-Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands zu überzeugen. Zwar hatte Gorbatschow am **31. Mai 1990** bei seinem USA-Besuch zugestimmt, dass Deutschland frei über seine Bündniszugehörigkeit bestimmen kann, aber in der Sowjetunion ist die Nato-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands immer noch umstritten. Die sowjetische Seite strebt eine Neuausrichtung der Nato und des Warschauer Vertrages an. Sie möchte die politische Entwicklung mitbestimmen und eine Isolation ihres Landes verhindern.

Der Bundeskanzler schlägt vor, dass der Nato-Gipfel eine Botschaft verabschieden solle, in der der Veränderungswille der Nato glaubhaft betont werde. Dem stimmt auch der amerikanische Präsident zu.

Für den Bundeskanzler ist auch ein Nichtangriffspakt zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt denkbar. Doch damit ist Bush nicht einverstanden. Er will dem Warschauer Pakt keine Legitimation für sein weiteres Bestehen geben, sondern lieber mit den osteuropäischen Staaten einzeln verhandeln.

### Keine Wirtschaftshilfe für die Perestroika

Bei dem Gespräch im Weißen Haus will Kohl den amerikanischen Präsidenten auch für eine wirtschaftliche Unterstützung von Gorbatschows Perestroika gewinnen. Der sowjetische Präsident erhoffe sich eine westliche Hilfe von 20 bis 25 Milliarden D-Mark, erläutert der Bundeskanzler. Dabei handele es sich um Kredite, für die die westlichen Länder Bürgschaften übernehmen sollten. Doch Kohl muss erkennen, dass die amerikanische Bereitschaft, Gelder für die Sowjetunion bereitzustellen, nur gering ist.

### Erfolgreicher Ausgang

Kaum zurück am Rhein, erhält Kohl einen Brief des US-Präsidenten. Bush schreibt, er habe sich Kohls Ratschläge sehr zu Herzen genommen. Die Gewissheit über ihre gemeinsamen Ansichten gebe ihm in „dieser Zeit der schnellen Veränderungen“ immense Sicherheit. Letztendlich zahlen sich die Gespräche aus: Am **15. Juli 1990** sichert Gorbatschow, bei einem Treffen im Kaukasus, dem Bundeskanzler sein Einverständnis zur Nato-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands zu.

-> Zum Ereignis Bundeskanzler in den USA auf der Webseite

## DDR-Ministerpräsident in den USA

9. Juni 1990: Ministerpräsident Lothar de Maizière reist als erster und letzter DDR-Regierungschef in die Vereinigten Staaten und trifft US-Präsident George Bush sen.

## Ein erstes und letztes Treffen

De Maizière hat auf seiner viertägigen USA-Reise ein volles Programm zu bewältigen. Er trifft den Präsidenten des Jüdischen Weltkongresses, den römisch-katholischen Bischof von New York, den amtierenden UN-Generalsekretär und führende Wirtschaftsvertreter. Doch der Höhepunkt der Reise ist der Empfang im Weißen Haus durch Bush sen. am 11. Juni.

Der DDR-Ministerpräsident informiert den US-Präsidenten über ein Treffen des Warschauer Pakts, das einige Tage zuvor stattgefunden hat. Nach Einschätzung de Maizières wird das Bündnis die politische Entwicklung nicht lange überstehen. Außerdem sei es bei dem Treffen des Ostblocks um die **Nato-Mitgliedschaft** eines vereinten Deutschlands gegangen. Die Sowjetunion tue sich scheinbar immer noch schwer, die vollwertige Mitgliedschaft Deutschlands in der Nato zu akzeptieren, so der Ministerpräsident.

Bush sen. drängt in dem Gespräch auf die Zurücknahme des Vorschlags von DDR-Außenminister Markus Meckel, in Zentraleuropa eine „Sicherheitszone“ einführen zu wollen. Doch Meckel hat den DDR-Chef gar nicht über seine Idee informiert. Deshalb erwidert de Maizière, dass er keine Vorschläge unterstütze, von denen er erstmals aus der Presse erfahren habe.

## Freundschaftliche Gespräche

„Es war eine merkwürdige und faszinierende Sitzung - das erste und letzte Treffen eines ostdeutschen Staatschefs mit einem amerikanischen Präsidenten“, berichtet Bush sen. später. „Unsere Gespräche waren sehr freundschaftlich und offen“, schreibt er in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl. De Maizière sei ein nachdenklicher, in Staatsgeschäften unerfahrener Mann, aber mit einem ausgeprägten Sinn für Verantwortung.

Auch der DDR-Ministerpräsident schätzt das Treffen mit Bush sen. positiv ein. „Ich glaube, dass es mir gelungen ist, unsere Haltung zum deutschen Einigungsprozess darzustellen, sagt de Maizière gegenüber der „Neuen Zeit“ am 14. Juni.

Der Empfang im Oval Office mit einem Streichquartett sei eine besondere freundliche Geste gewesen, sagt de Maizière heute.

-> Zum Ereignis DDR-Ministerpräsident in den USA auf der Webseite

## Berlin wächst wieder zusammen

12. Juni 1990: Der West-Berliner Senat und der Ost-Berliner Magistrat kommen im Roten Rathaus zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung seit 42 Jahren zusammen. Sie wollen zügig die Einheit der Stadt auf den Weg bringen.

### „Denn wir sind jetzt schon eine Stadt“

West-Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper und der gerade gewählte Ost-Berliner Oberbürgermeister Tino Schwierzina sprechen von einer historischen Sitzung – über vierzig Jahre nach der Spaltung der Stadtverwaltung. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigen die beiden Stadtoberhäupter ihre Absicht, die Wiederherstellung der Einheit Berlins zügig vorzubereiten. Das wiedervereinigte Berlin wolle helfen, “Brücken zwischen Völkern, Nationen und Kulturen zu bauen, um so einen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas zu leisten”.

„Denn wir sind jetzt schon eine Stadt“ – mit diesen Worten bei der gemeinsamen Pressekonferenz erklärt Schwierzina, warum schon vor der offiziellen Vereinigung gemeinsame Sitzungen von Senat und Magistrat stattfinden sollen. Es gelte, die Belange aller Berlinerinnen und Berliner zur Sprache zu bringen.

### **Kritik aus West-Berlin**

Einerseits ist es den beiden Stadtoberhäuptern wichtig, schnell die politische Einheit Berlins mit einer gemeinsamen Verwaltung und einem Landesparlament zu erreichen. Andererseits soll sich die Einheit in der Stadt tatsächlich so sozial und verantwortungsvoll wie nötig herstellen; es soll keine Bürger erster und zweiter Klasse geben.

Beide Stadt-Regierungen sind sich einig, den Ausbau der Straßenverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin weiter voranzubringen. Momper kritisiert in dem Zusammenhang, dass für Ost-Berlin mit seinen 1,4 Millionen Einwohnern selbst wenige Tage vor der Währungsunion noch immer kein Etat seitens der DDR-Regierung für die Zeit danach vorliege. Momper zeigt sich zuversichtlich, dass sich die Einheit der Berliner Hälften sehr schnell im praktischen Leben zeigen werde.

Für die Zusammenarbeit von Senat und Magistrat etabliert sich die Bezeichnung „MagiSenat“. Das Gremium tagt abwechselnd im Schöneberger und im Roten Rathaus. Nach der Vereinigung am 3. Oktober 1990 amtiert der „MagiSenat“ als gemeinsame Landesregierung weiter. Das Abgeordnetenhaus und die Stadtverordnetenversammlung setzten bis zu den Gesamtberliner Wahlen am 2. Dezember 1990 ihre Arbeit parallel fort.

-> [Zum Ereignis Berlin wächst wieder zusammen auf der Webseite](#)

## **Enteignungen sollen rückgängig gemacht werden**

15. Juni 1990: Die beiden deutschen Regierungen verständigen sich auf Eckwerte zur Regelung offener Vermögensfragen. Es gilt zu klären, wie man nach der Wiedervereinigung mit den Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR umgeht.

### **„Junkerland in Bauernhand“**

Zwischen 1945 und 1949 wurden im Osten Deutschland alle Großgrundbesitzer enteignet – entschädigungslos. Unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand“ sollte es zunächst die Grundbesitze mit über 100 Hektar Land treffen. Mit der „Bodenreform“ wurden jedoch auch einfache Landwirte und Bauernfamilien enteignet. Oft mussten sie ihr Zuhause binnen 24 Stunden räumen und durften nur das Nötigste mitnehmen. Insgesamt wurden mehr als drei Millionen Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche konfisziert.

Doch auch nach der Gründung der DDR gingen die Enteignungen weiter. Nur eines von vielen Beispielen: Zwischen 1933 und 1945 hatte die Nazi-Diktatur ein jüdisches Unternehmen zwangsarisiert. 1949 ging das ursprünglich jüdische Eigentum aber nicht an die rechtmäßigen Besitzer zurück, sondern wurde entschädigungslos enteignet. Ähnliches galt für Grundstückseigentümer, die die DDR ohne „polizeiliche Abmeldung“ verließen oder für Unternehmen, die überwiegend Ausländern gehörten.

### **Die offene Vermögensfrage**

Viele der ehemaligen Großgrundbesitzer, Unternehmer oder Grundstückseigentümer erhoffen sich von einem vereinten Deutschland die Rückgabe dieser Flächen und Güter. Bei der Vorbereitung der Wiederverei-

nigung bedenken die Bundesregierung und die DDR-Regierung deshalb auch diese „vermögensrechtlichen Probleme“.

Am 15. Juni 1990 verabschieden die beiden deutschen Regierungen eine Gemeinsame Erklärung zur Regelung offener Vermögensfragen. Darin heißt es: Die Sowjetunion und die DDR „sehen keine Möglichkeit, die bei der Bodenreform getroffenen Maßnahmen zu revidieren“. So werden also die Enteignungen durch die Bodenreform vorerst nicht rückgängig gemacht. Anders sieht es bei den Enteignungen nach 1949 aus: Das enteignete Grundvermögen ist grundsätzlich den ehemaligen Eigentümern oder ihren Erben zurückzugeben. „Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies im Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis“, heißt es in der Erklärung. Sie bleibt jedoch bei ihrer Auffassung, dass eine abschließende Entscheidung über mögliche staatliche Ausgleichsleistungen dem künftigen gesamtdeutschen Parlament vorbehalten bleiben muss.

### **Der Ausgleich wird geschaffen**

Vier Jahre nach der Wiedervereinigung schafft das deutsche Parlament die abschließende Klärung der noch immer offenen Vermögensfragen und verabschiedet das „Gesetz über die Entschädigung nach dem Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen und über staatliche Ausgleichsleistungen für Enteignungen auf besatzungsrechtlicher oder besatzungshoheitlicher Grundlage“.

Das Gesetzeswerk umfasst zehn Gesetze, darunter: das NS-Verfolgtenentschädigungsgesetz für Enteignungen im Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945, das Ausgleichsleistungsgesetz für Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 und das Entschädigungsgesetz für Enteignungen in der DDR von 1949 bis 1990.

Damit lassen sich zwar nicht vier Jahrzehnte sozialistische Wirtschaftspolitik vollständig revidieren, aber zumindest sollen die staatlichen Zwangsmaßnahmen rückgängig gemacht oder entschädigt werden.

-> Zum Ereignis Enteignungen sollen rückgängig gemacht werden auf der Webseite

## **Volkskammer verabschiedet Treuhandgesetz**

17. Juni 1990: Von der Plan- zur Marktwirtschaft – mit der Verabschiedung des Treuhandgesetzes schafft die Volkskammer dafür eine wesentliche Grundlage. Die Treuhandanstalt entsteht; sie soll rund 8.500 Staatsbetriebe privatisieren.

### **Umwandlung von DDR-Staatseigentum**

"Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens" heißt das **Treuhandgesetz** offiziell. Es tritt am 1. Juli 1990 in Kraft. Drei Ziele sind mit dem Gesetz verbunden:

- Die unternehmerische Tätigkeit des Staates durch Privatisierung so rasch und so weit wie möglich zurückzuführen;
- die Wettbewerbsfähigkeit möglichst vieler Unternehmen herzustellen und somit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen;
- Grund und Boden für wirtschaftliche Zwecke bereitzustellen.

Bereits unter Ministerpräsident Hans Modrow hat der DDR-Ministerrat am 1. März 1990 einen Beschluss zur Umwandlung der volkseigenen Kombinate in Kapitalgesellschaften gefasst. Mit der "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" ist die Vorläuferin der Treuhandanstalt entstanden. Ihr erster

Präsident wird kurzzeitig der frühere stellvertretende Ministerpräsident in der Modrow-Regierung, Peter Moreth (LDPD).

Die Modrow-Regierung hat zwar eine Sanierung der staatlichen Industriebetriebe angestrebt. Aber die Betriebe sollten als Volkseigentum der Allgemeinheit durch treuhänderische Verwaltung erhalten bleiben. Erst nach der freien Volkskammerwahl vom 18. März erhält die Privatisierung höhere Priorität.

### **Neufassung des Treuhandgesetzes**

Das Treuhandgesetz vom 17. Juni hebt den Beschluss vom 1. März auf. Mit seiner Konstituierung am 16. Juli übernimmt die neue "Anstalt öffentlichen Rechts" von der "Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums" als neuer Eigentümerin die etwa 8.500 ehemals volkseigenen Betriebe, in denen mehr als vier Millionen Menschen arbeiten.

Erster Präsident der Treuhandanstalt wird Reiner Maria Gohlke, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn. Als er nach wenigen Monaten zurücktritt, übernimmt Detlev Karsten Rohwedder das Amt.

Das Treuhandgesetz hebt die alte Regelung auf, das die Anstalt noch der Volkskammer unterstellte und nicht zu Eingriffen in die Geschäftsführung von Unternehmen berechtigte.

Auf **Grundlage des Staatsvertrags zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**, den die neue Regierung am 18. Mai 1990 geschlossen hat, weist das Treuhandgesetz über die Wiedervereinigung hinaus. Es unterstellt die neue Anstalt der Regierung – bis zum 3. Oktober 1990 zunächst dem letzten Ministerrat der DDR, anschließend der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums.

Die Aufgabe der Treuhandanstalt, die aus dem Volkseigentum entstandenen Gesellschaften auf den Wettbewerb des Marktes vorzubereiten, ist eine riesige Aufgabe. Viele Betriebe müssen aufgrund mangelnder Effizienz geschlossen werden. Erst nach und nach zeigt sich, wie marode die DDR-Wirtschaft wirklich ist. Vollerorts sind die Uhren jahrelang, teilweise jahrzehntelang stehen geblieben. Die Pkw-Produktion ist dafür nur ein Beispiel, wenn auch das sinnfälligste.

-> **Zum Ereignis Volkskammer verabschiedet Treuhandgesetz auf der Webseite**

## **Tag des Gedenkens und Änderung der DDR-Verfassung**

17. Juni 1990: 37 Jahre nach Beginn des Volksaufstandes in Ostberlin und der DDR gedenken Abgeordnete des Bundestages und der Volkskammer erstmals gemeinsam der Opfer. Am selben Tag beschließt die Volkskammer neue Verfassungsgrundsätze.

### **Gemeinsame deutsche Gedenkstunde**

Exakt 37 Jahre nach Beginn des Volksaufstandes kann die Präsidentin der frei gewählten DDR-Volkskammer, Sabine Bergmann-Pohl, die Abgeordneten beider Parlamente im Ostberliner Schauspielhaus zu einer Gedenkstunde für die Opfer begrüßen. Auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Lothar de Maizière nehmen mit ihren Kabinetten teil.

Die DDR-Regierung hatte 1953 das Vertrauen der Bevölkerung verspielt. Über eine Million Menschen hatten sich am 17. Juni 1953 in zahlreichen Städten und Industriestandorten am **Aufstand** beteiligt und gegen die Regierung demonstriert. Sie protestierten gegen das sozialistische System sowjetischer Prägung und forderten demokratische Rechte ein. Der Aufstand wurde mit Hilfe sowjetischer Truppen blutig niedergeschlagen, mehr als 13.000 Menschen wurden festgenommen. Wie viele Todesopfer es gab, steht nicht genau fest.

Die Angaben bewegen sich zwischen 50 und 125 Toten.

### **Volkskammerpräsidentin zitiert Brecht**

In der Gedenkstunde zitiert die Volkskammer-Präsidentin Bertold Brecht. Er habe damals die Frage gestellt, ob es nicht einfacher wäre, die Regierung löste das Volk ab und wählte sich ein anderes.

Die DDR-Regierung, so Bergmann-Pohl, habe damals auf das Vertrauen des Volkes verzichtet und einen anderen Weg gewählt: einen Weg, der Menschenleben kostete und zum Ausnahmezustand, zur Verfolgung und Verhaftung Andersdenkender führte. Auch zu einer Rücknahme des "Neuen Kurses", der eine andere Politik versprochen hatte.

### **Neue Verfassungsgrundsätze verabschiedet**

Am 17. Juni 1990 kommt die Volkskammer zugleich zu ihrer 15. Sitzung zusammen und beschließt neue **Verfassungsgrundsätze**. Eine knappe Zwei-Drittel-Mehrheit von 269 Stimmen stimmt – bei 83 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen – für Änderungen in der DDR-Verfassung, mit der sozialistische Elemente außer Kraft gesetzt werden.

Das Gesetz umfasst zehn Artikel, die grundlegende Rechte, wie etwa den Schutz des Eigentums und eine unabhängige Justiz, garantieren. Das Gesetz wird ausdrücklich in der Erkenntnis verabschiedet, dass "in der Deutschen Demokratischen Republik im Herbst 1989 eine friedliche und demokratische Revolution stattgefunden hat, und in der Erwartung einer baldigen Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands". Es behält seine Gültigkeit "bis zur Inkraftsetzung eines Grundgesetzes" – also bis zum 3. Oktober 1990.

-> Zum Ereignis Tag des Gedenkens und Änderung der DDR-Verfassung auf der Webseite

## **Bundestag und Volkskammer garantieren Polens Westgrenze**

21. Juni 1990: Der Deutsche Bundestag und die DDR-Volkskammer beseitigen eine Hürde auf dem Weg zur Wiedervereinigung: In gleichlautenden Erklärungen garantieren sie, die polnische Westgrenze nie mehr in Frage zu stellen.

### **Ein wichtiges Signal**

Nicht nur für die Polen, sondern auch für die vier Partner bei den **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen** ist es ein wichtiges Signal: Beide deutsche Parlamente machen eindeutig klar, dass sie die Unverletzlichkeit der Grenze zu Polen anerkennen. Und sie verleihen ihrem „Willen Ausdruck, dass der Verlauf der Grenze zwischen dem vereinten Deutschland und der Republik Polen durch einen völkerrechtlichen Vertrag endgültig ... bekräftigt wird.“

Bundeskanzler Helmut Kohl sagt in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag, ein freies und vereintes Deutschland werde Polen „ein guter Nachbar und ein zuverlässiger Partner auf dem Weg nach Europa“ sein. „Dazu gehört“, so Kohl, „dass Grenzen nicht in Zweifel gezogen und nicht verschoben werden.“ Die Grenze Polens zu Deutschland werde „weder heute noch in Zukunft“ durch Gebietsansprüche in Frage gestellt.

### **Deutschland soll Beitrittsmöglichkeit ausschließen**

Mindestens genauso wichtig wie die gemeinsame Erklärung ist den Polen eine Änderung des Grundgesetzes nach der Wiedervereinigung: Artikel 23, nach dem Teile Deutschlands der Verfassung der Bundesrepublik beitreten können, wollen sie gestrichen sehen. Heißt: Für Hinterpommern, Nieder- und Oberschlesien, Teile Brandenburgs und Sachsens sowie den südlichen Teil Ostpreußens soll es keine Möglichkeit mehr geben,

dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten.

So kommt es auch: Im **Einigungsvertrag** werden die beiden deutschen Staaten vereinbaren, dass Artikel 23 mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland aufgehoben ist.

### **Vertriebene sind dagegen**

Ganz unumstritten ist die Erklärung zur polnischen Grenze nicht. Bis zuletzt haben Vertriebenenorganisationen dagegen protestiert, die ehemaligen deutschen Ostgebiete auf diese Weise preiszugeben. Für die Heimatvertriebenen stehen die Ostgebiete nach wie vor nur „unter polnischer Verwaltung“, wie es im Potsdamer Abkommen der Siegermächte von 1945 festgelegt worden ist.

Kohl richtet sich in seiner Regierungserklärung auch an sie: Kein Mensch habe das Recht, den Gefühlen der Vertriebenen seine Achtung zu versagen. „Wir müssen aber ebenso offen aussprechen: Wer die historische Chance nutzen will, die Einheit Deutschlands in Freiheit zu vollenden, der muss auf die Frage der polnischen Westgrenze eine klare Antwort geben. „Niemand soll sich täuschen: Wir stehen heute vor einer ganz klaren Entscheidung. Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen heute und für jetzt unsere Chance zur deutschen Einheit.“

Am Ende stimmt eine überwältigende Mehrheit der Bundestagsabgeordneten für die Erklärung zur deutsch-polnischen Grenze, nur 15 votieren mit Nein. In der DDR-Volkskammer gibt es sechs Gegenstimmen.

-> **Zum Ereignis Bundestag und Volkskammer garantieren Polens Westgrenze auf der Webseite**

## **2+4-Verhandlungen in Ostberlin**

22. Juni 1990: Die sechs Außenminister der vier Siegermächte und der beiden deutschen Staaten treffen sich zur zweiten Runde ihrer "Zwei-plus-Vier-Gespräche". Es geht auch darum, das Vertrauen weiter auszubauen.

### **Vertrauensvolle Zusammenarbeit**

Das zweite Ministertreffen fällt genau auf den 49. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Umso bedeutsamer: Die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen dem sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zählt von Anfang an zu den tragenden Säulen des Zwei-plus-Vier-Prozesses. Beiden ist klar, dass die Einigung Deutschlands und das Zusammenwachsen Europas unauflöslich miteinander verbunden sind.

Vor Verhandlungsbeginn im Ostberliner Schloss Schönhausen nehmen die sechs Außenminister (Baker, Dumas, Genscher, Hurd, Meckel, Schewardnadse) an der symbolischen Demontage des alliierten Grenzübergangs "Checkpoint Charlie" teil. Hier hatten sich im Herbst 1961 amerikanische und sowjetische Kampfpanzer gegenübergestanden. Doch das ist Vergangenheit. Jetzt begrüßen alle das Ende der Konfrontation.

### **Intensive Verhandlungen**

Schewardnadse legt zu Konferenzbeginn dann unerwartet ein Papier mit "Grundprinzipien für eine abschließende völkerrechtliche Regelung mit Deutschland" vor. Danach hätte Deutschland erst Jahre nach Herstellung der inneren Einheit seine volle äußere Souveränität erhalten – eine Idee, die der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland ablehnt. Genscher spricht von einer "kalten Dusche".



Auch die westlichen Verbündeten weisen die Vorschläge zurück. US-Außenminister James Baker kritisiert, auf diese Weise würde das vereinte Deutschland singularisiert und diskriminiert: "Eine Einschränkung von Deutschlands Souveränität kommt nicht in Frage!" Genscher und Baker tauschen kleine Zettel aus. Als "Window dressing" – also Spiegelfechtereien – bezeichnet Genscher diese Verhandlungsstrategie verständnisvoll mit Blick auf die schwierige innenpolitische Lage der sowjetischen Führung vor dem Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Bei der abschließenden Pressekonferenz sagt Schewardnadse dann auch konzilient, dass der sowjetische Entwurf nicht das letzte Wort sei. Seine Regierung sei bereit, weiter nach Kompromisslösungen zu suchen. Viel werde davon abhängen, wie die Nato auf ihrer Tagung in London reagiere.

Bei der Konferenz in Ostberlin billigen die Minister ein Expertenpapier "Prinzipien zu Grenzen" und den Gliederungsentwurf der Elemente für eine abschließende Regelung. Die Außenminister der Vier Mächte begrüßen nachdrücklich die EntschlieÙung beider deutscher Parlamente zur polnischen Westgrenze. Der französische Außenminister Roland Dumas fügt hinzu, dass die beiden deutschen Regierungen jetzt mit Polen in Verhandlungen über einen Vertrag eintreten sollten.

-> [Zum Ereignis 2+4-Verhandlungen in Ostberlin auf der Webseite](#)

## Parlamentspräsidentinnen reisen gemeinsam nach Israel

25. Juni 1990: Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl reisen für drei Tage nach Israel. Sie bekräftigen die Verantwortung Gesamtdeutschlands gegenüber dem jüdischen Staat.

### Über Wiedervereinigungsprozess informieren

Für Süßmuth ist die Aussöhnung mit Israel ein wichtiges Anliegen, ebenso wie die Verständigung mit Polen. Vier Tage zuvor, am 21. Juni, hatten der Deutsche Bundestag und die Volkskammer der DDR gleichlautende **EntschlieÙungen** abgegeben, in denen die feste Absicht geäußert wird, die Oder-NeiÙe-Linie als Grenze zu bestätigen. Deutschland, so heißt es, werde auf jegliche Gebietsansprüche gegenüber Polen verzichten.

In Israel möchten Süßmuth und Bergmann-Pohl über den Wiedervereinigungsprozess informieren, um Verständnis werben und Ängste vor der Wiedervereinigung abbauen. Süßmuth bezeichnet die Reise als "sehr wichtig und notwendig", gesteht zugleich im Nachhinein ein, dass "noch nicht alle Bedenken ausgeräumt werden konnten".

Allerdings können die beiden Parlamentspräsidentinnen auch festhalten, dass es in Israel keinen grundlegenden Widerstand gegen die Wiedervereinigung Deutschlands mehr gibt. Symbolisch dafür steht Knesset-Präsident Dov Shilansky. Er hatte gesagt, er würde nie wieder einem Deutschen die Hand geben. Dann spricht er fast zwei Stunden mit den deutschen Politikerinnen. "Er hatte seine gesamte Familie im Holocaust verloren. Und zum Schluss gab er uns die Hand", sagt Bergmann-Pohl tiefberührt.

### Ängste in Israel abbauen

Nach dem Mauerfall gab es in der israelischen Gesellschaft starke Vorbehalte gegen eine deutsche Wiedervereinigung. So hatte Ministerpräsident Jitzhak Schamir öffentlich erklärt, von einem wiedervereinigten Deutschland gehe eine "tödliche Gefahr für die Juden" aus. Darauf schrieb Bundeskanzler **Kohl** am 1. De-

zember 1989 in einem deutlichen Brief, dass „Sie als Regierungschef des uns befreundeten Staates Israel mit Ihrem Urteil den heutigen Deutschen - in beiden deutschen Staaten - nicht gerecht werden, ja ihnen Gerechtigkeit verweigern.“ Wie anderen Völkern auch dürfe dem neuen demokratischen Deutschland die Selbstbestimmung nicht verwehrt werden.

Der israelische Außenminister Mosche Arens ist es dann, der bei einem Deutschland-Besuch am 15. Februar 1990 erklärte, die Vereinigung beider deutscher Staaten sei "unabänderlich und möglicherweise eine Sache von Monaten"; die Welt habe von einem demokratischen Deutschland nichts zu befürchten.

Und zum 25. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland stellt die "Jerusalem Post" im Mai 1990 fest: "Die Bundesrepublik ist nach den Vereinigten Staaten unser bester Freund." Währenddessen berät die 13. Deutsch-Israelische Konferenz Perspektiven der Friedensbemühungen im Nahen Osten und die Auswirkungen der deutschen Vereinigung auf die deutsch-israelischen Beziehung. Erstmals sind Teilnehmer aus der DDR beteiligt.

### **DDR-Regierung erkennt Verantwortung an**

Die **DDR unterhielt keine diplomatischen Beziehungen und offiziellen Kontakte zu Israel**. Erst die frei gewählte Volkskammer verabschiedete im April 1990 eine Resolution zur "Verantwortung der Deutschen in der DDR für ihre Geschichte und ihre Zukunft". Darin hieß es: "Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wie bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land. (...) Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen."

Die Erklärung wurde einstimmig angenommen. Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen kommt es aber nicht mehr. Die DDR hört sechs Monate später auf zu existieren.

-> **Zum Ereignis Parlamentspräsidentinnen reisen gemeinsam nach Israel auf der Webseite**

## **Beschluss zum Wegfall der Personenkontrollen**

27. Juni 1990: Die letzten Schranken innerhalb Deutschlands sollen fallen: Der DDR-Ministerrat und die Bundesregierung beschließen, die Personenkontrolle zum 1. Juli abzuschaffen.

### **Grenzen entfallen nach 45 Jahren**

Der Mauerfall liegt sieben Monate zurück, die beiden deutschen Staaten steuern auf ihre Wiedervereinigung zu. An vielen Grenzübergängen werden die Kontrollen immer mehr zur Formsache. Insbesondere in Berlin, wo täglich viele Menschen über die Grenzkontrollstellen in den anderen Teil der Stadt strömen, werden die Menschen immer häufiger einfach durchgewunken. Und wenn ab dem **1. Juli die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** in Kraft tritt und für alle Deutschen die D-Mark gilt, was gibt es da noch zu kontrollieren?

Vor diesem Hintergrund einigen sich die beiden deutschen Regierungen darauf, die Personenkontrollen zum 1. Juli abzuschaffen. Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, würdigt am 29. Juni diesen Schritt: "Der 1. Juli 1990 ist ein glücklicher Tag in der deutschen Geschichte. An diesem Tag fallen nach 45 langen Jahren, für viele fast unerträgliche Jahre, die letzten Schranken innerhalb Deutschlands, die Personenkontrollen sind abgeschafft."

Auch für den letzten DDR-Verteidigungsminister, Rainer Eppelmann, ist der Wegfall der Kontrollen wichtig. Bereits am 26. Juni befiehlt er den Grenztruppen, „die Maßnahmen der Grenzüberwachung und der Kontrolle des grenzüberschreitenden Verkehrs“ an der innerdeutschen Grenze und in Berlin mit dem Inkrafttreten des Staatsvertrages zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion einzustellen.

### **Europa der offenen Grenzen**

Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dem Wegfall der Grenzkontrollen gilt endlich wieder Freizügigkeit innerhalb Deutschlands - ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit.

Mehr Bewegungsfreiheit gilt jetzt auch anderenorts: Am 1. Juli werden sechs neue Grenzübergänge zwischen der Bundesrepublik und der Tschechoslowakei eröffnet. „Die Verknüpfung der beiden Ereignisse bringt zum Ausdruck, dass wir die Deutsche Einheit nicht aus isoliertem nationalem Egoismus, sondern in europäischer Verantwortung anstreben. Das vereinigte Deutschland muss Teil eines Europa der offenen Grenzen sein, Teil des solidarischen Miteinanders, das auch Osteuropa umfasst“, so Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble in seiner Ansprache am Grenzübergang Neustadt/Coburg.

-> [Zum Ereignis Beschluss zum Wegfall der Personenkontrollen auf der Webseite](#)

## **D-Mark wird Zahlungsmittel in der DDR**

1. Juli 1990: Ab heute ersetzt die D-Mark die "Mark der DDR". Außerdem entfallen die Grenzkontrollen zwischen beiden Staaten und innerhalb Berlins. Mit der Währungsunion beginnt auch die Wirtschafts- und Sozialunion.

### **Sehnsucht nach "harter" Währung**

"Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!", ist schon tage- und wochenlang auf Kundgebungen in der DDR zu hören. Gleich nach dem Mauerfall ist die D-Mark zum inoffiziellen Zahlungsmittel geworden. Der Umtauschkurs liegt bei 1:20.

Ab Januar können die DDR-Bürger bei ihrer Staatsbank sogenannte Valutakonten eröffnen. Der offizielle Umtauschkurs: 1:5. Auf dem Schwarzmarkt, auf dem niemand fragt, woher welches Geld stammt, bekommt man eine D-Mark für acht DDR-Mark. Für viele Menschen in der DDR erfüllt sich mit der Währungsunion der Wunsch nach einer stabilen Währung – nach Geld, das wirklich etwas wert ist.

Ende Juni sind Dutzende gut gesicherter Geldtransporter unterwegs: Mit großem logistischem Aufwand werden die Banken in der DDR mit D-Mark-Scheinen und -Münzen versorgt. Der 1. Juli ist ein Sonntag, aber die meisten Geschäfte haben geöffnet.

### **Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**

Die Voraussetzungen haben die beiden deutschen Regierungen mit dem "**Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion**" geschaffen. Bundeskanzler Helmut Kohl, DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière sowie die Finanzminister Theo Waigel und Walter Romberg haben ihn am 18. Mai 1990 unterzeichnet.

Die DDR übernimmt damit große Teile der westdeutschen Wirtschafts- und Rechtsordnung. Die D-Mark wird alleiniges Zahlungsmittel. Löhne, Gehälter, Renten, Mieten und andere "wiederkehrende Zahlungen" werden 1:1 umgestellt.

Bei Bargeld und Bankguthaben sind die Regelungen komplizierter. Kinder unter 14 Jahren können bis zu 2.000 DDR-Mark im Verhältnis 1:1 umtauschen, 15 bis 59jährige bis zu 4.000 DDR-Mark, wer älter ist, 6.000 DDR-Mark. Beträge darüber werden im Verhältnis 2:1 umgestellt.

-> Zum Ereignis D-Mark wird Zahlungsmittel in der DDR auf der Webseite

## Verhandlungen über den Einigungsvertrag beginnen

6. Juli 1990: Einheit in Sicht: Nur wenige Tage nach Inkrafttreten der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion starten die beiden deutschen Staaten in Ostberlin ihre Gespräche über den Vertrag zur Herstellung der Deutschen Einheit.

### Aus zwei mach eins!

Mit dem **Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** hat die DDR bereits große Teile der Wirtschafts- und Rechtsordnung der Bundesrepublik übernommen. Die D-Mark ist **seit einer Woche** die gemeinsame deutsche Währung.

Damit ist aber noch nicht abschließend geklärt, wie eine künftige staatliche Ordnung aussehen soll. Das Grundgesetz der Bundesrepublik bietet zwei Möglichkeiten, die Einheit herzustellen: Nach Artikel 23 können "andere Teile Deutschlands" dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten. Die zweite Variante bietet Artikel 146: Danach kann eine neue, gesamtdeutsche Verfassung das Grundgesetz ablösen.

Bereits vor Beginn der Verhandlungen ist der Weg klar formuliert – die Deutsche Einheit soll über den Artikel 23 Satz 2 des Grundgesetzes erfolgen. Dies ermöglicht einen raschen Beitritt der DDR. Es ist Ministerpräsident Lothar de Maizière, der für diesen zweiten Staatsvertrag den Namen „Einigungsvertrag“ vorschlägt.

### Teilung durch Teilen überwinden

De Maizière zeigt sich zum Auftakt der Verhandlungen überzeugt, dass dieser Tag einmal als historisch für Deutschland und Europa angesehen werde. Die DDR sei bereit und entschlossen, die staatliche Einheit nach über 40 Jahren der Teilung durch einen Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zu vollenden. In den **Verhandlungen** gehe es darum, eine Balance herzustellen zwischen dem, was auf beiden Seiten in mehr als 40 Jahren unterschiedlich gewachsen sei. Die Teilung sei nur durch Teilen zu überwinden. Dies gelte insbesondere für die Regelung der finanziellen Beziehungen und des Finanzausgleichs.

Verhandlungsführer sind Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und der Parlamentarische Staatssekretär beim Ministerpräsidenten der DDR, Günther Krause. Schäuble betont, man sei nicht Verhandlungsgegner, sondern Partner, „die gemeinsam die deutsche Einheit verwirklichen wollen“.

Beide Seiten sind entschlossen, die Verhandlungen schnell zu einem Ergebnis zu führen. Dabei gibt es jedoch etliche wichtige Fragen zu klären. Welche soll die künftige gemeinsame Hauptstadt sein? Welche Symbole sollen für das vereinte Deutschland stehen? Wie werden Schulden und weitere Finanzfragen behandelt? Klärungsbedarf gibt es unter anderem auch über den weiteren Umgang mit den Stasi-Akten, dem SED-Parteivermögen und vermögensrechtliche Fragen – etwa beim Thema Enteignungen.

Bereits am 1. August werden in einer zweiten gemeinsamen Runde Eckpunkte verhandelt und ein erster Vertragsentwurf erstellt. Am 23. August stimmt die **Volkskammer für den Beitritt** der DDR zum Geltungsgebiet des Grundgesetzes gemäß Artikel 23. Die beiden Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble und Gün-

ther Krause unterzeichnen am **31. August im Ostberliner Kronprinzenpalais** den "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands" (kurz: Einigungsvertrag) - nach nur vier Spitzengesprächen, aber zuletzt nächtelangen Sitzungen. Einen Monat später wird dieser zweite Staatsvertrag in beiden deutschen Parlamenten – Bundestag und Volkskammer – mit der nötigen Zwei-Drittel-Mehrheit ratifiziert, am 3. Oktober 1990 tritt er in Kraft.

In neun Kapiteln und 45 Artikeln regelt das Vertragswerk auf rund 1.000 Seiten die Bedingungen für die **Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990**.

-> Zum Ereignis **Verhandlungen über den Einigungsvertrag beginnen auf der Webseite**

## **Entscheidende Gespräche mit Gorbatschow**

15. Juli 1990: Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher reisen nach Moskau und anschließend in den Kaukasus. Sie wollen in Verhandlungen mit dem Präsident Michail Gorbatschow die letzten Hürden auf dem Weg zur Einheit beseitigen.

### **Vertrauensvolle Atmosphäre**

Es geht um die Nato-Mitgliedschaft des wiedervereinigten Deutschlands. Amerikaner, Briten und Franzosen wollen sie, die Sowjets nicht. Gorbatschow hat zwar im **Februar 1990** erklärt, er sei grundsätzlich mit der Vereinigung Deutschlands einverstanden. Aber eine Nato-Mitgliedschaft Gesamtdeutschlands hat er zu diesem Zeitpunkt noch kategorisch abgelehnt. Ende Mai, beim **Gipfeltreffen** mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush sen., hat Gorbatschow dann erstmals Bewegungsbereitschaft in dieser Frage signalisiert.

"Die Erde sei rund, und Sie beide würden um sie herumfliegen" – so herzlich begrüßt der sowjetische Präsident den deutschen Bundeskanzler im Gästehaus des Außenministeriums in Moskau. Zwischen den beiden hat sich ein persönliches Vertrauensverhältnis entwickelt. Das erleichtert die **Verhandlungen**.

### **Verhandlungen über Nato-Mitgliedschaft**

Das zeigt sich auch beim sowjetischen Standpunkt zur Bündnisfrage, den Gorbatschow jetzt so umreißt: De facto dürfe nach der Vereinigung der Geltungsbereich der Nato nicht auf das Territorium der DDR ausgedehnt werden. Es dürften dort für einen Übergangszeitraum auch keine Streitkräfte der Nato stehen, solange noch sowjetische Truppen stationiert seien.

Das heißt gleichzeitig: Gorbatschow stellt die Souveränität Deutschlands und eine gesamtdeutsche Mitgliedschaft in der Nato nicht mehr in Frage. Die Präsenz der sowjetischen Streitkräfte für einen Zeitraum von drei bis vier Jahren soll in einem separaten Vertrag geregelt werden.

Kohl ist sichtlich zufrieden. "Alles ist gelaufen", habe der Bundeskanzler ihm zugeraunt, erinnert sich Regierungssprecher Hans Klein. Zuversichtlich reist die deutsche Delegation weiter in Gorbatschows Heimatregion im Kaukasus.

### **Durchbruch im Kaukasus**

Im südrussischen Stawropol zeigt Gorbatschow den deutschen Gästen zunächst sein ehemaliges Büro als örtlicher Parteisekretär. Danach geht es weiter zu seiner Datscha in Archys. Bei einem Spaziergang entsteht auch das Foto, das um die Welt geht – Gorbatschow, Kohl und Genscher auf der Sitzgruppe aus Baumstümpfen. Erinnerungsstücke, die zusammen mit Kohls Strickjacke im Bonner Haus der Geschichte zu be-

sichtigen sind.

Die gute Atmosphäre führt dann auch am 16. Juli zum Erfolg: Mit der Vereinigung sollen die Vier-Mächte-Rechte erlöschen und Deutschland seine volle Souveränität erlangen. Der sowjetische Truppenabzug binnen drei bis vier Jahren soll von einem Überleitungsvertrag über deutsche Hilfen zum Beispiel bei Wohnungsbau oder Umschulung begleitet werden. Solange noch sowjetische Truppen auf dem Gebiet der (bald) ehemaligen DDR stehen, sollen "keine Strukturen der Nato auf dieses Gebiet ausgedehnt" werden. Es gilt allerdings die Beistandsverpflichtung der Nato, und die drei Westmächte sollen für diesen Zeitraum in Berlin verbleiben. Zugleich soll Deutschland auf dem ehemaligen DDR-Territorium deutsche Truppen stationieren können, die nicht in die Nato integriert sind.

### **Probleme in der Sowjetunion**

Das Ziel ist erreicht: Der Gipfel im Kaukasus habe, so Kohl, "den Durchbruch auf dem Weg zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einheit" gebracht.

Zur sowjetischen Zustimmung zur Nato-Mitgliedschaft hat auch die Bereitschaft Bonns beigetragen, die schwer erschütterte Sowjetunion wirtschaftlich und finanziell zu unterstützen.

Zugleich hofft Gorbatschow auf eine internationale Entspannung, um sich der drängenden Probleme in seinem Vielvölkerstaat widmen zu können: vor allem der Wirtschafts- und Parteireform sowie dem gefährdeten Erhalt der Sowjetunion nach der Abspaltung der baltischen Republiken und aufflackernden Nationalitätenkonflikten.

-> [Zum Ereignis Entscheidende Gespräche mit Gorbatschow auf der Webseite](#)

## **Die DDR-Treuhandanstalt konstituiert sich**

16. Juli 1990: In Ostberlin konstituiert sich die DDR-Treuhandanstalt. Sie übernimmt als neue Eigentümerin die rund 8.500 ehemals „volkseigenen Betriebe“. In diesen Betrieben arbeiten noch mehr als vier Millionen Menschen.

### **Von Gohlke zu Rohwedder**

Grundlage bildet das **Treuhandgesetz** vom 17. Juni 1990. Das Gesetz hebt die alte Regelung auf, wonach die Anstalt noch der Volkskammer unterstellt und nicht zu Eingriffen in die Geschäftsführung von Unternehmen berechtigt war.

Auf Grundlage des **Staatsvertrags** zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, den die neue Regierung am 18. Mai 1990 geschlossen hatte, weist das Treuhandgesetz über die Wiedervereinigung hinaus. Es unterstellt die neue Anstalt der Regierung – bis zum 3. Oktober 1990 zunächst dem letzten Ministerrat der DDR, anschließend der Fachaufsicht des Bundesfinanzministeriums.

Erster Präsident der Treuhandanstalt wird Reiner Maria Gohlke, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bundesbahn. Als er nach wenigen Monaten zurücktritt, übernimmt der Vorsitzende im Verwaltungsrat der Treuhandanstalt, Detlev Karsten Rohwedder, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Hoesch AG.

### **Riesiger Aufgabenberg**

Die Aufgabe der Treuhandanstalt ist riesig: Sie muss die Gesellschaften, die aus dem Volkseigentum entstanden sind, auf den Wettbewerb des Marktes vorbereiten. Viele Betriebe sind ineffizient und müssen des-

halb geschlossen werden. Erst nach und nach zeigt sich, wie marode die DDR-Wirtschaft wirklich ist. Vollerorts sind die Uhren jahrelang, teilweise jahrzehntelang stehengeblieben. Die Pkw-Produktion ist dafür nur ein Beispiel, wenn auch das sinnfälligste.

Im ehemaligen "Haus der Elektrotechnik" am Berliner Alexanderplatz beginnt die Treuhandanstalt als „größter Konzern der Welt“ mit der "Privatisierung und Verwertung volkseigenen Vermögens nach den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft" - so wie das Gesetz über die Treuhandanstalt es bestimmt. Die **Vorläuferorganisation** war am 1. März 1990 unter Ministerpräsidenten Hans Modrow noch mit ganz anderen Zielsetzungen geschaffen worden.

Die Treuhand beginnt, die Kombinate und Volkseigenen Betriebe in GmbHs oder Aktiengesellschaften umzuwandeln. In jedem Einzelfall muss die Anstalt entscheiden, wie die Überlebenschancen der Betriebe einzuschätzen sind und mit wem sie kooperieren könnten. Leitlinie bildet die von Rohwedder geprägte Formel "schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung, behutsame Stilllegung".

Die Treuhandanstalt startet allerdings, wie sich später herausstellen wird, mit einer grandiosen Fehleinschätzung. Ihre Chefs rechnen mit einem Industrievermögen der DDR von etwa 600 Milliarden DM. Als die Treuhandanstalt Ende 1994 ihre Arbeit beendet, belaufen sich ihre Schulden auf rund 250 Milliarden DM. Die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft und damit der Wert des DDR-Vermögens sind durchgängig, auch im Westen, überschätzt worden.

-> Zum Ereignis Die DDR-Treuhandanstalt konstituiert sich auf der Webseite

## Dritte 2+4-Ministerkonferenz in Paris

17. Juli 1990: Einen Tag nach dem Kaukasus-Kompromiss von Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow findet in Paris das dritte "Zwei-plus-Vier"-Treffen auf Außenministerebene statt. Im Mittelpunkt: die abschließende Regelung der deutsch-polnischen Grenzfragen.

### Zeit der Blöcke vorbei

"Die Zeit der Blöcke ist vorbei". Damit bestätigt der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse im Kreis seiner Amtskollegen die tags zuvor im Kaukasus getroffene **Vereinbarung** zwischen Kohl und Gorbatschow.

Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher nutzt die Gelegenheit, seine drei westlichen Kollegen James Baker, Roland Dumas und Douglas Hurd über die Ergebnisse von Moskau und Archys zu informieren. Alle Teilnehmer des Treffens gehen davon aus, dass die Kernfragen gelöst sind.

Deshalb sollen die Gespräche am **12. September 1990** in Moskau abgeschlossen werden. Man ist zuversichtlich, dass die Zwei-plus-Vier-Gespräche noch vor dem KSZE-Gipfel im November in Paris beendet sind.

### Verständigung mit Polen

In Paris sitzt zeitweilig auch Polens Außenminister Krzysztof Skubiszewski mit am Verhandlungstisch. Aus gutem Grund, denn die Geschichte Polens seit dem 18. Jahrhundert ist die Geschichte seiner Besetzung, Teilung und Verschiebung durch fremde Mächte. Fast immer waren auch Preußen beziehungsweise das Deutsche Reich daran beteiligt.

Schon am **21. Juni** haben der Bundestag und die Volkskammer der DDR in gleichlautenden Erklärungen die "Unverletzlichkeit" der deutsch-polnischen Grenze "jetzt und in der Zukunft" bekräftigt.

Sie enthält die unmissverständliche Botschaft an Polen: "Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig. Sie wird durch Gebietsansprüche von uns Deutschen weder heute noch in Zukunft in Frage gestellt. Dies wird nach der Vereinigung Deutschlands in einem Vertrag mit der Republik Polen völkerrechtlich verbindlich bekräftigt werden."

Mit der Zusage der Bundesregierung, das vereinigte Deutschland werde die Grenze entlang Oder und Neiße auch in einem Vertrag mit Polen völkerrechtlich bekräftigen, ist der Weg für die polnische Akzeptanz der Vereinigung frei.

Deutschland hält Wort: Am 14. November 1990 unterzeichnen die Außenminister Genscher und Skubiszewski in Warschau den Grenzvertrag.

-> Zum Ereignis Dritte 2+4-Ministerkonferenz in Paris auf der Webseite

## Ende des Fahneneides auf den Sozialismus

20. Juli 1990: Die Rekruten der Nationalen Volksarmee schwören einen neuen Fahneneid. Darin müssen sie sich nicht mehr verpflichten, den Sozialismus zu verteidigen.

### Tagesbefehl durch Verteidigungsminister Eppelmann

Der 46. Jahrestag des Stauffenberg-Attentates auf Hitler ist auch für die Angehörigen der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR ein bedeutungsvoller Tag. Die Soldaten leisten einen neuen Fahneneid. Die Volkskammer hatte am 26. April 1990 eine neue Eidesformel beschlossen. Sie ist Ausdruck der grundlegenden Veränderungen in der DDR.

Der Minister für Abrüstung und Verteidigung der DDR, Rainer Eppelmann, verliest vor der Vereidigung der Rekruten am 20. Juli in Strausberg bei Berlin zunächst den **Tagesbefehl**: „Die heutige Vereidigung ist ein weiterer gewichtiger Schritt zur demokratischen Erneuerung unserer Armee.“ Der neue Schwur der NVA, so Eppelmann weiter, unterscheide sich grundsätzlich von der bisherigen undemokratischen und vom Führungsanspruch der SED getragenen Eidesformel.

Damit stellt sich die NVA auch bewusst in die Tradition der Männer des militärischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Diktatur. Eppelmann: „Die Patrioten des 20. Juli legten beispielgebend für jeden Soldaten eines demokratischen Staates mit ihrem Leben Zeugnis für den Rang des Gewissens ab.“

Berufssoldaten, die den alten Eid abgelegt hatten, werden durch den Tagesbefehl davon entbunden und nach der neuen Eidesformel vereidigt.

### Abkehr vom Sozialismus

Die alte Eidesformel war mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 24. Januar 1962 eingeführt worden. Sie war an das sowjetische Vorbild angelehnt.

In der Formel heißt es unter anderem: „Ich schwöre: Der Deutschen Demokratischen Republik, meinem Vaterland, allzeit treu zu dienen und sie auf Befehl der Arbeiter-und-Bauern-Regierung gegen jeden Feind zu schützen. Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der Armeen der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der nationalen Volksarmee jederzeit bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen und mein Leben zur Erringung des Sieges einzusetzen.“

Die letzten Soldaten schworen diesen Eid im Herbst 1989.



Am 26. April 1990 beschloss die frei gewählte **Volkskammer** ein neues **Wehrdienstgesetz**. Darin ist auch in einer Anlage zum Fahneneid die neue Eidesformel enthalten: „Ich schwöre, getreu dem Recht und den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik meine militärischen Pflichten stets diszipliniert und ehrenhaft zu erfüllen. Ich schwöre, meine ganze Kraft zur Erhaltung des Friedens und zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik einzusetzen.“

-> [Zum Ereignis Ende des Fahneneides auf den Sozialismus auf der Webseite](#)

## **Neue Länder und Landtagswahlen**

22. Juli 1990: Die freigewählte Volkskammer der DDR beschließt, die neuen fünf Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen zu bilden. Ostberlin wird Teil des Landes Berlin. Außerdem beschließen die Abgeordneten für den 14. Oktober Landtagswahlen.

### **Bundesstaatliche Ordnung**

Mit der Bildung der neuen Länder verabschiedet sich die DDR von einem zentralistischen Staat und wandelt sich zu einem föderalen Bundesstaat. Die Struktur entspricht damit der Ordnung des Grundgesetzes.

1952 hatte das SED-Regime die Länder aufgelöst und die DDR in 14 Bezirke eingeteilt. Jetzt entstehen die Länder fast wieder so, wie sie die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hatte.

Schon Ende 1989 sei der Wille, wieder eigene Länder zu bilden, besonders in Sachsen sehr hoch, erinnert sich der ehemaliger Sprecher des Neuen Forums, Dieter Reinfried.

Im Großen und Ganzen besteht Brandenburg aus den ehemaligen DDR-Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam; Mecklenburg-Vorpommern aus den Bezirken Neubrandenburg, Rostock und Schwerin; der Freistaat Sachsen aus den Bezirken Dresden, Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Leipzig; Sachsen-Anhalt aus den Bezirken Halle und Magdeburg; der Freistaat Thüringen aus den Bezirken Erfurt, Gera und Suhl.

Vor allem mit Blick auf Thüringen und Sachsen ist der Begriff "neue Länder" irreführend: Ihre Gestalt entspricht weitgehend der historischen – und damit sind sie deutlich älter als die westdeutschen Nachkriegsgründungen wie Nordrhein-Westfalen oder Rheinland-Pfalz.

Nach den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 geben sich die Länder eigene Verfassungen.

-> [Zum Ereignis Neue Länder und Landtagswahlen auf der Webseite](#)

## **Regierungen unterzeichnen Wahlvertrag**

3. August 1990: Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause unterzeichnen den Vertrag für die ersten gesamtdeutschen Wahlen. Jetzt muss der Vertrag nur noch verabschiedet werden.

### **Wahlen für das gesamte deutsche Volk**

Die **Neubildung der fünf Länder** Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen ist beschlossene Sache. Die Wahl der Länderparlamente am 14. Oktober kann kommen. Jetzt geht es an den nächsten wichtigen Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit – der Wahl des Deutschen

Bundestages durch das ganze deutsche Volk. So steht es im "**Vertrag zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl**". Mit Artikel 1 wird der Geltungsbereich des Bundeswahlgesetzes der Bundesrepublik auf die DDR erweitert.

### **Hickhack um den Wahltermin**

Überraschend schlägt Ministerpräsident Lothar de Maizière am Tag der Unterzeichnung durch die beiden deutschen Regierungen vor, die ersten gesamtdeutschen Wahlen vom 2. Dezember ebenfalls auf den 14. Oktober vorzuverlegen. Wenige Tage später, am 8. August, stimmt die Volkskammer auf Antrag von CDU und Demokratischem Aufbruch auch dafür.

Die Entscheidung über Beitritts- und Wahltermin liegen nun in Händen des Bundestages. Im gleichen Atemzug jedoch scheitert in der Volkskammer die Abstimmung über den Wahlvertrag vom 3. August: Eine Zweidrittelmehrheit kommt in den frühen Morgenstunden des 9. August nicht zustande. Ein anderes Problem gibt es im Bundestag: Die Opposition verweigert die Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, die vorgezogene Wahlen ermöglicht hätte. Also bleibt es beim 2. Dezember als Termin für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl.

### **Sperrklausel und Huckepackverfahren**

Die Volkskammer nimmt den im ersten Anlauf gescheiterten Wahlvertrag dann in ihrer Sitzung am 22. August an. Einen Tag später stimmt der Bundestag zu, am 24. August mit großer Mehrheit auch der Bundesrat. Der Vertrag erhöht die Zahl der Mitglieder des Bundestags von 518 auf 656. Außerdem sieht er die Fünf-Prozent-Sperrklausel vor. Die kann jedoch im Huckepack-Verfahren umgangen werden. Das bedeutet: Listenverbindungen zwischen nicht miteinander konkurrierenden Parteien sind zugelassen.

-> [Zum Ereignis Regierungen unterzeichnen Wahlvertrag auf der Webseite](#)

## **Neue Wahlbündnisse in der DDR**

5. August 1990: Noch ist der Wahltermin strittig, aber fest steht: Schon bald wird es die ersten gesamtdeutschen Wahlen geben. Um dafür bessere Chancen zu haben, bilden zahlreiche neue DDR-Parteien Listenverbindungen mit Parteien der Bundesrepublik.

### **Wahl-Verbündete**

Aus den Bürgerrechts- und Oppositionsbewegungen der Friedlichen Revolution entstehen zahlreiche neue Parteien. Die, die im vorigen Herbst beim Sturz des SED-Regimes in vorderster Reihe standen, wollen auch politisch an der Deutschen Einheit mitwirken. Programmatisch sind sie sich zwar nicht immer einig, aber sie sind fest entschlossen, bei den Wahlen mit einer Liste anzutreten. Denn es gilt, die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden. Das geht am besten mittels Listenverbindungen zwischen nicht miteinander konkurrierenden Parteien in Ost und West – so steht es auch im Wahlvertrag vom **3. August**.

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Bereits zwei Tage später, am 5. August gründet sich die Listenvereinigung Bündnis 90/Die Grünen – ein Zusammenschluss aus den Grünen der DDR und Bundesrepublik und dem Bündnis 90 der DDR. Vor der Kommunalwahl im März hatte sich das Bündnis 90 aus der **Initiative für Frieden und Menschenrechte**, dem **Neuen Forum** und **Demokratie Jetzt** gebildet. Erst kurz zuvor hatten sich die Grünen in der Deutschlandpolitik von ihrer Idee der deutschen Zweistaatlichkeit verabschiedet.

## Linke Liste/PDS

Am selben Tag gründet sich in Ost-Berlin auch die Listenvereinigung Linke Liste/PDS.

Die als „Nachfolgepartei der SED“ betitelte PDS war tatsächlich aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hervorgegangen. Erst hatte sich die Partei in **SED-PDS**, später in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) umbenannt. Am **18. März** errang sie bei den einzigen freien Volkskammerwahlen 16 Prozent der Stimmen.

## Demokratischer Aufbruch fusioniert mit CDU

Bereits einen Tag vorher, am 4. August, hat der **Demokratische Aufbruch** die Fusion mit der CDU der DDR beschlossen. Seit dem **18. März** haben DA und CDU eine Fraktionsgemeinschaft in der Volkskammer gebildet.

Der Demokratische Aufbruch war eine oppositionelle Gruppierung, die sich im Oktober 1989 aus Teilen der Bürgerbewegung und aus kirchlichen Initiativen gebildet hatte, um sich neben der Einheitspartei als politische Kraft zu etablieren.

-> [Zum Ereignis Neue Wahlbündnisse in der DDR auf der Webseite](#)

## Erstes gemeinsames Gedenken an die Maueropfer

13. August 1990: 29 Jahre nach dem Bau der Mauer gedenken Ost und West erstmals gemeinsam der Todesopfer an der Berliner Mauer.

### 28 Jahre zuvor

Am 17. August 1962, ein Jahr nach dem Mauerbau, fallen Schüsse am Grenzübergang Friedrichstraße/Zimmerstraße, der Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin. Zwei 18-jährige Jugendliche versuchen, über die Mauer zu flüchten. Der eine entkommt dem Kugelhagel, der andere bleibt im Todesstreifen liegen und verblutet. Peter Fechter heißt der junge Mann, der später zum wohl bekanntesten Todesopfern an der Berlin Mauer wird – und zum Symbol der Unmenschlichkeit des SED-Regimes.

### Im Gedenken an die Maueropfer

Am 13. August 1990, knapp ein Jahr nach dem Mauerfall, ist zum ersten Mal ein gemeinsames Gedenken möglich. Am Mahnmahl von Peter Fechter, nahe dem Checkpoint Charlie, erinnern der Ostberliner Oberbürgermeister Tino Schwierzina und der West-Berliner Innensenator Erich Pätzold an die Opfer der Mauer. Während Mauerspechte in Handarbeit die Betonmassen abtragen und zerhacken, rufen die beiden Politiker dazu auf, die Mauer „auch in den Köpfen“ niederzureißen.

### Zeichen für den Frieden

Am selben Tag weiht DDR-Verteidigungsminister Rainer Eppelmann an der Bernauer Straße eine Gedenkplatte ein: eine zerbrochene Kalaschnikow-Maschinenpistole als "Sinnbild des Sieges über Trennung und Bedrohung, Angst und Hoffnungslosigkeit". An derselben Straße hatte Eppelmann, überzeugter Pazifist, im Frühjahr 1990 eine solche Pistole beigesetzt – symbolisch für den jetzigen Frieden. Seine Botschaft: Von Berlin soll nie wieder ein Krieg ausgehen.

-> [Zum Ereignis Erstes gemeinsames Gedenken an die Maueropfer auf der Webseite](#)

## **SPD verlässt große Regierungskoalition**

20. August 1990: Gut vier Monate nach ihrer Bildung bricht die große Koalition unter Ministerpräsident Lothar de Maizière auseinander: Die SPD tritt aus der Regierung aus.

### **Entlassener Finanzminister als Anlass**

Nach einer Fraktionssitzung am Vortag verlässt die SPD die große Koalition. Sie zieht ihre Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre aus der Regierung de Maizière zurück.

Über die Ursachen gehen die Meinungen auseinander. Ein Anstoß war die verfassungsrechtlich umstrittene Kabinettsumbildung vom 15. August. De Maizière hat an diesem Tag angekündigt, mehrere Minister, darunter den SPD-Finanzminister Walter Romberg, zu entlassen. Romberg und de Maizière sind sich in der Frage der Finanzierung der deutschen Einheit nicht einig.

Unterstützung bekommt de Maizière sogar von Rombergs eigenem Staatssekretär Walter Siegert. Er sieht sich von Romberg gezwungen, „eine Verhandlungslinie zu fahren, die gegen die Interessen der Ostdeutschen ist“.

### **Deutsche Einheit im Wahljahr**

Ein weiteres Problem bringt de Maizière so auf den Punkt: „Wenn der liebe Gott noch mal die deutsche Einheit will, dann soll er sie bitteschön in ein Nicht-Wahljahr legen!“

Auch SPD-Fraktionschef Richard Schröder vermutet als Hauptmotiv für den SPD-Austritt den Wahlkampf. Die wirtschaftlichen Probleme der DDR sollen nicht auf die Wahlergebnisse abfärben. Doch diese Gründe akzeptiert Schröder nicht, er tritt als Fraktionsvorsitzender mit dem Satz zurück: „Ich habe mit Lothar de Maizière vertrauensvoll zusammengearbeitet, und ihr kriegt mich auch nicht dazu, dass ich plötzlich sage, er könne nichts und mache alles falsch.“

### **Weiter mit der Minderheitsregierung**

Mit dem Austritt der SPD übernimmt de Maizière auch die Leitung des Außenministeriums und regiert mit einer Minderheitsregierung weiter. Die Liberalen waren bereits am 24. Juli aus der Regierungskoalition ausgeschieden, nicht jedoch ihre Minister aus dem Kabinett. Die freiwerdenden Ministerämter werden nicht neu besetzt, die Staatssekretäre führen die Geschäfte in den verbleibenden sechs Wochen bis zum Ende der DDR weiter.

-> Zum Ereignis SPD verlässt große Regierungskoalition auf der Webseite

## **Volkskammer sagt Ja zur Einheit**

23. August 1990: Die Volkskammer beschließt in einer turbulenten Sitzung den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Von 363 Abgeordneten stimmen 294 dem Beitritt zu, 62 votieren dagegen, sieben enthalten sich.

**"... mit Wirkung vom 3. Oktober 1990"**

Der Beschluss ist kurz und eindeutig:

"Die Volkskammer erklärt den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit Wirkung vom 3. Oktober 1990. Sie geht davon aus,

- dass die Beratungen zum Einigungsvertrag zu diesem Termin abgeschlossen sind,
- die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen einen Stand erreicht haben, der die außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen der deutschen Einheit regelt,
- die Länderbildung soweit vorbereitet ist, dass die Wahl in den Länderparlamenten am 14. Oktober 1990 durchgeführt werden kann.

Vorstehender Beschluss wurde von der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik in ihrer 30. Tagung am 23. August 1990 gefasst."

### **Kein Bedauern**

Der Vorsitzende der **PDS**, Gregor Gysi, tritt ans Rednerpult: "Das Parlament hat nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik zum 3. Oktober beschlossen." Die Befürworter der Einheit – und sie sind in der übergroßen Mehrheit – applaudieren stürmisch. Sie hegen kein bisschen Bedauern über den bevorstehenden "Untergang". Etliche Abgeordnete hätten den Beschluss gerne schon viel eher herbeigeführt.

Das ganze Haus habe gejubelt erzählt der ehemalige DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière. Zwar habe es auch Unsicherheiten gegeben, aber das Gefühl der Dankbarkeit und Erleichterung habe überwogen.

Einige Tage später, am 31. August, unterschreiben Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günter Krause den "Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands", kurz den **Einigungsvertrag**.

Die Politiker haben den über 1.000 Seiten starken Vertrag in nur vier Sitzungen ausgehandelt. Beide Seiten sind sich einig, dass dies der unkomplizierteste und zügigste Weg zur Deutschen Einheit ist – und dass man ihn beschreiten muss, solange die internationale Situation günstig ist, insbesondere in Moskau.

Am **20. September 1990** stimmen der Deutsche Bundestag und die Volkskammer über den Einigungsvertrag ab. In beiden Parlamenten erhält er die nötige Zweidrittelmehrheit.

-> [Zum Ereignis Volkskammer sagt Ja zur Einheit auf der Webseite](#)

## **Volkskammer verbietet Vernichtung von Millionen Stasi-Akten**

24. August 1990: Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz, das die Vernichtung der etwa sechs Millionen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verbietet.

### **Sicherung der Daten des ehemaligen MfS**

Der Bezeichnung des Gesetzes ist sperrig, doch seine Bedeutung ist hoch: "Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit". Der Volkskammerbeschluss regelt erstmals die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten, die die Stasi gesammelt hat.

Für viele Menschen in der DDR ist es ein sehr wichtiges Gesetz. Denn die Staatssicherheit hatte seit ihrer Gründung 1950 ein nahezu allumspannendes Netz der Bespitzelung aufgebaut. Sie sammelte rund sechs

Millionen personenbezogene Akten, darunter Briefe und Mitschnitte von Telefongesprächen.

Bei der Besetzung des **Hauptsitzes der Stasi** der Ostberliner Normannenstraße hatten die Demonstranten feststellen müssen, dass die Stasi viele dieser Akten bereits vernichtet hatte. Aber eben längst nicht alle.

Am 19. Februar 1990 forderte der Runde Tisch noch, alle elektronischen Datenträger der Staatssicherheit zu vernichten - auch aus Angst, dass sie von anderen Geheimdiensten benutzt werden könnten. Doch schon bald setzt ein Umdenken ein.

### **Politische, historische und juristische Aufarbeitung**

Im Juli 1990 hat der Ministerrat den Gesetzentwurf in die Volkskammer eingebracht. Ziel ist es, "die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu gewährleisten und zu fördern".

In einer bewegenden Debatte wirbt der Vorsitzende des **Volkskammer-Sonderausschusses**, Joachim Gauck, um Zustimmung zum Gesetzentwurf. Er werde "Gesundungsprozesse dieser Gesellschaft befördern". Gauck weiter: "Bei diesen Gesundungsprozessen wird es, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch Schmerzen geben, und diese Schmerzen sind unvermeidbar."

Die Abgeordneten verabschieden das Gesetz in der Volkskammer bei nur einer Gegenstimme und bei wenigen Stimmenthaltungen.

Allerdings gibt es seitens der Bundesregierung Einwände. Sie betreffen vor allem die rund zwei Millionen Stasi-Personendossiers, die die Stasi über Bundesdeutsche angelegt hatte. Werden deren verfassungsmäßig garantierte Persönlichkeitsrechte verletzt, und müssten diese Akten daher nicht zeitnah vernichtet werden? Die westdeutsche Innenministerkonferenz schafft per Beschluss eine Rechtslage, die es erlaubt hätte, mit dem Tage der Wiedervereinigung zumindest alle Abhörprotokolle zu vernichten.

### **Zusatzklausel zum Einigungsvertrag**

Doch die Befürworter des Gesetzes setzen sich nicht nur in der Volkskammer durch. Unter Vermittlung Gaucks erreichen sie auch eine Zusatzklausel zum Einigungsvertrag. Die Unterhändler Wolfgang Schäuble und Günther Krause vereinbaren sie am 18. September. Sie legt fest, dass der Bundestag nach der Wiedervereinigung ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten schaffen muss. Die Bundesregierung wird verpflichtet, einen "Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR" einzusetzen, den noch die Volkskammer nominieren soll.

Und so geschieht es: Am 3. Oktober 1990, dem Tag der Wiedervereinigung, beruft die Bundesregierung Joachim Gauck zum Sonderbeauftragten. Der Ministerrat hat ihn mit breiter Zustimmung der Volkskammer vorgeschlagen. Die Aufarbeitung dieses "unheimlichen Erbes" der DDR, wie Gauck es einmal genannt hatte, kann endlich beginnen.

Das entsprechende Gesetz – das **Stasi-Unterlagen-Gesetz** – verabschiedet der Deutsche Bundestag ein gutes Jahr später, am 14. November 1991.

-> **Zum Ereignis Volkskammer verbietet Vernichtung von Millionen Stasi-Akten auf der Webseite**

## **Deutschland sagt Verkleinerung der Armee auf 370.000 Mann zu**

30. August 1990: Im geeinten Deutschland soll die Zahl der Streitkräfte binnen vier Jahren auf 370.000 Mann sinken. Das garantieren Bundesaußenminister Genscher und Ministerpräsident de Maizière bei den Verhandlungen über die Abrüstung konventionelle Streitkräfte in Europa in Wien.

## **Bedeutender Abrüstungsbeitrag**

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière reisen nach Wien. In der Hofburg tagt die Konferenz über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Genscher gibt in Absprache mit der DDR-Regierung vor den Delegierten eine Erklärung zur künftigen Höchststärke der gesamtdeutschen Streitkräfte ab:

- Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) beginnen.
- Im Rahmen dieser Gesamtobergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind.

Genscher fügt hinzu, die Bundesregierung sehe in ihrer Verpflichtung einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Die Bundesregierung gehe davon aus, dass in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten würden. Der Ministerpräsident und amtierende Außenminister der DDR, de Maizière, schließt sich der abgegebenen Erklärung an.

## **Überwindung der Spaltung Europas**

Die Reduzierung und Begrenzung der Personalstärke ist für die Streitkräfte des vereinten Deutschlands einschneidend: Legt man die bisherige Friedens-Sollstärke von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee zugrunde, so werden die Streitkräfte des bald vereinten Deutschlands fast halbiert.

Genscher spricht vom Beginn der Überwindung der Spaltung Europas. Europa stehe an der Schwelle einer neuen Phase seiner Geschichte. Es sei dabei, seine Einheit und Identität wiederzufinden; Freiheit, Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit und pluralistische Demokratie würden zum vereinigenden Bekenntnis.

Zwischen der Überwindung der europäischen Spaltung und der Einigung Deutschlands bestehe eine unzertrennliche Wechselwirkung, so Genscher. Er schließt mit den Sätzen: „Wir Deutsche sind entschlossen, unseren Beitrag zu leisten. Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und in Demokratie und in Frieden mit allen Völkern leben.“

Ein weiterer entscheidender Schritt zur Einheit Deutschlands und Europas ist getan. Die deutsche Verpflichtungserklärung bildet einen wichtigen Schritt zur allgemeinen Reduzierung von Streitkräften in Europa.

-> Zum Ereignis Deutschland sagt Verkleinerung der Armee auf 370.000 Mann zu auf der Webseite

## **Unterzeichnung des Einigungsvertrages**

31. August 1990: Im Berliner Kronprinzenpalais unterzeichnen die beiden Verhandlungsführer den deutsch-deutschen Einigungsvertrag. Ein 900-seitiges Werk, das die Details der Wiedervereinigung regelt und etli-

che Übergangsvorschriften enthält.

## **Der zweite Staatsvertrag**

Nach dem **Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion** ist der Einigungsvertrag der zweite Staatsvertrag, den die Bundesrepublik und die DDR im Vorfeld der Wiedervereinigung schließen. Seit dem 6. Juni 1990 haben die Delegationen unter Leitung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble und DDR-Staatssekretär Günther Krause verhandelt. Letzte Einzelheiten mussten sie noch in der Nacht vor der Unterzeichnung klären.

Artikel 1, Absatz 1 lautet: "Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland." Es folgen Regelungen zu allen Lebensbereichen – bis hin zu den Kehrbezirken der Bezirksschornsteinfeger.

## **Hauptstadt: Berlin**

Das umfangreiche Werk enthält auch Übergangsregelungen. Sie betreffen die Verteilung der Umsatzsteuererlöse, die Verwaltungshilfe für die neuen Länder, die Kulturförderung, das Rundfunkwesen und vieles mehr.

Artikel 1, Absatz 2 legt fest, dass Berlin die Hauptstadt Deutschlands sein soll. Über die Frage des Parlaments- und Regierungssitzes soll erst nach der Wiedervereinigung entschieden werden. Der nächste Absatz lautet: "Der 3. Oktober ist als Tag der Deutschen Einheit gesetzlicher Feiertag." Der Tag der Wiedervereinigung soll also den 17. Juni ablösen, der bis dahin in der Bundesrepublik "Tag der Deutschen Einheit" war – in Erinnerung an die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes in Ostberlin und der DDR am 17. Juni 1953.

-> [Zum Ereignis Unterzeichnung des Einigungsvertrages auf der Webseite](#)

## **Bürgerrechtler kämpfen um die Stasi-Akten**

4. September 1990: Gut zwanzig Bürgerrechtler besetzen die ehemalige Stasi-Zentrale in der Normannenstraße. Sie wollen verhindern, dass die Stasi-Akten nach der Wiedervereinigung vernichtet werden oder für Jahrzehnte im Bundesarchiv verschwinden. Nach 24 Tagen endet die Aktion erfolgreich.

## **Der Streit um die Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit**

Der Streit um den Umgang mit den Akten hat bereits im Frühjahr begonnen. Die frei gewählte DDR-Volkskammer hat sich mehrheitlich für die Öffnung der Akten ausgesprochen. In den Regierungen der beiden deutschen Staaten ist das allerdings auf wenig Gegenliebe gestoßen. DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière hat die Gefahr von „Mord und Totschlag“ gesehen, wenn die Bürger Einsicht in die Akten erhielten.

Am 7. Juni 1990 hat die Volkskammer eine "**Sonderkommission zur Kontrolle der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit**" unter Leitung von Joachim Gauck gebildet. Am 24. August 1990 haben die Volksvertreter einem Gesetzentwurf zur politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zugestimmt. Doch die Bundesregierung möchte dieses Thema aus dem Einigungsvertrag ausklammern und die Stasi-Akten dem Bundesarchiv in Koblenz überantworten. Die Volkskammer droht daraufhin sogar, den Einigungsvertrag platzen zu lassen.



## "Den Menschen nicht die Vergangenheit klauen"

Für die Bürgerrechtler, die sich am 4. September im ehemaligen MfS-Gebäude verbarrikadieren, ist es ein Unding, dass die Akten jahrzehntelang unzugänglich bleiben sollen. Sie wollen nicht nur eine grundlegende Aufarbeitung, sondern auch eine freie Akteneinsicht für die Stasi-Opfer.

Die freie Akteneinsicht für Opfer sei für ihn persönlich der Hauptgrund gewesen, sich an der zweiten Stasi-Besetzung in Berlin zu beteiligen, sagt der ehemalige Bürgerrechtler Frank Ebert.

Die Besetzer verlangen deshalb, dass der Umgang mit den Stasi-Akten im deutsch-deutschen Einigungsvertrag Berücksichtigung findet. Am zweiten Tag der Besetzung wenden sie sich mit ihren Forderungen in einem offenen Brief an die DDR-Volkskammer, die Parteien und auch den Deutschen Bundestag.

Unter den Besetzern sind Mitglieder des **Neuen Forums**, der Vereinten Linken und der Umweltbibliothek. Prominente Bürgerrechtler wie Bärbel Bohley, Reinhard Schult und Ingrid Köppe beteiligen sich. Auch der Musiker Wolf Biermann schließt sich ihnen an. Man dürfe den Menschen "nicht ihre Vergangenheit klauen", sagt der Liedermacher, **als er in dem besetzten Gebäude eintrifft**.

## Großes Interesse und Solidarität

Die Besetzer hängen Transparente aus den Fenstern: "Die Akten gehören uns", "Volksentscheid: Aushändigung der Personenakten", "Aktenopfer aller Länder, vereinigt euch."

Schnell werden die Medien auf die friedliche Aktion aufmerksam. Täglich strahlt das Fernsehen Pressekonferenzen aus, eine Welle der Solidarität breitet sich aus. Kurz nach der Besetzung versammeln sich weitere DDR-Bürger vor dem MfS-Gebäude zu einer Mahnwache. Auch in anderen Städten schließen sich Menschen zu Mahnwachen zusammen.

## Ein Zusatz zum Einigungsvertrag

Joachim Gauck gelingt es, mit der Bundesregierung eine Lösung auszuhandeln: Die Akten sollen nach der Wiedervereinigung von einer eigenen Bundesbehörde verwaltet werden, und der Deutsche Bundestag soll über den Umgang mit ihnen entscheiden. Am 18. September 1990 stimmt die Volkskammer einem entsprechenden Zusatz zum Einigungsvertrag zu.

Am 28. September verlassen die Besetzer die ehemalige Stasi-Zentrale. Sie haben ihr Ziel erreicht. Die Stasi-Unterlagenbehörde entsteht mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Ihr erster Leiter: Joachim Gauck. Ein Jahr später, im Dezember 1991, beschließt der Deutsche Bundestag das "Stasi-Unterlagengesetz".

-> Zum Ereignis Bürgerrechtler kämpfen um die Stasi-Akten auf der Webseite

## Rehabilitierungsgesetz für SED-Opfer verabschiedet

6. September 1990: Die Volkskammer beschließt ein Rehabilitierungsgesetz, das eine Entschädigung der Opfer des SED-Regimes vorsieht.

## Anerkennung und Wiedergutmachung des Unrechts

Durch die Friedliche Revolution ist es möglich geworden, Amtsmissbrauch und Korruption, Willkür und Justizunrecht öffentlich beim Namen zu nennen. Opfer der SED-Diktatur haben daraufhin Anträge auf Rehabilitierung gestellt und die Anerkennung des Unrechts gefordert, das ihnen widerfahren ist.

Das Rehabilitierungsgesetz schafft die Grundlage für die Rehabilitierung und Entschädigung der Menschen, die im SED-Unrechtsstaat Opfer politisch motivierter Strafverfolgung oder anderer rechtsstaatswidrigen Entscheidungen geworden sind.

Wenige Wochen vor dem Ende der DDR gibt die frei gewählte Volkskammer damit dem Willen zur Wiedergutmachung eine gesetzliche Grundlage. Viele Menschen, die in der DDR politisch verfolgt und in ihrer Freiheit eingeschränkt wurden, schöpfen Hoffnung auf gesellschaftliche Anerkennung und Wiedergutmachung.

### **Vergangenheit bewältigen**

Die 34. Sitzung der Volkskammer ist eine emotionale. Das DDR-Fernsehen ist wie immer live dabei. Else Ackermann, Abgeordnete der Fraktion der CDU/Demokratischer Aufbruch und Mitglied des Rechtsausschusses, begründet vor dem Plenum den Willen zur Wiedergutmachung: "Es ist eine Menschheitserfahrung, dass man die Zukunft nur gestalten kann, wenn man die Vergangenheit bewältigt hat. Indem wir unsere eigene Geschichte nicht wie ein altes Hemd abstreifen und in ein neues Gewand schlüpfen, stellen wir die alte Frage nach Schuld und Sühne."

Ackermann erwähnt die Zehntausenden Zivilisten, die von der sowjetischen Besatzungsmacht verschleppt wurden, sowie die Menschen, die 1952, 1961 und 1972 in Nacht-und-Nebel-Aktionen aus dem Gebiet an der innerdeutschen Grenze zwangsumgesiedelt wurden. Diese und andere Opfer der SED-Herrschaft sollen nun materiell entschädigt und zugleich "vom Makel strafrechtlicher Verurteilung oder anderer Disziplinerungen befreit werden".

Zuvor war nur im Einzelfall die Aufhebung von Unrechtsurteilen, wie etwa gegen den Regimekritiker Walter Janka, durch das Oberste Gericht der DDR möglich gewesen. Eine gesetzliche Regelung fehlte jedoch.

### **Gesamtdeutsche Regelungen seit 1990**

Das Gesetz der Volkskammer kann vier Wochen vor Vollendung der Deutschen Einheit allerdings nicht voll in die Praxis umgesetzt werden. Nach dem Beitritt bleibt nur der Teil in Kraft, der die strafrechtliche Rehabilitierung zum Inhalt hat. Andere Teile des Volkskammergesetzes werden nicht übernommen: die verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung sowie die Rehabilitierung von Personen, die von alliierten Besatzungsmächten oder deren Behörden inhaftiert, interniert oder anderweitig in Gewahrsam genommen wurden.

Denn bereits eine Woche vorher, am 31. August 1990, hatten die Bundesrepublik und die DDR den **Einigungsvertrag** unterzeichnet. In Artikel haben die Vertragsparteien eine grundsätzliche Entschädigungsverpflichtung festgelegt. Die nähere Ausgestaltung ist dem späteren Gesetzgeber überlassen: „Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Absicht, dass unverzüglich eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, dass alle Personen rehabilitiert werden können, die Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme oder sonst einer rechtsstaats- und verfassungswidrigen gerichtlichen Entscheidung geworden sind. Die Rehabilitierung dieser Opfer des SED-Unrechts-Regimes ist mit einer angemessenen Entschädigungsregelung zu verbinden.“

Anfang November 1992 tritt das Erste SED-Unrechtsbereinigungsgesetz in Kraft, das die Rehabilitierung und Entschädigung jener Menschen regelt, denen die parteigesteuerte DDR-Justiz aus politischen Gründen die Freiheit entzogen hatte. Im Juli 1994 wird ein weiteres Rehabilitierungsgesetz wirksam, das Betroffenen die Möglichkeit eröffnet, eine Entschädigung für politisch bedingte berufliche Nachteile zu erhalten.

-> Zum Ereignis Rehabilitierungsgesetz für SED-Opfer verabschiedet auf der Webseite

## Die Kosten für den sowjetischen Truppenabzug

10. September 1990: In einem Telefongespräch klären Bundeskanzler Helmut Kohl und der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow eine der heikelsten Fragen des Wiedervereinigungsprozesses: den Abzug der sowjetischen Streitkräfte und Deutschlands finanziellen Beitrag dazu.

### Verhandlungen sind festgefahren

Nachdem klar ist, dass das wiedervereinigte Deutschland Mitglied der Nato bleiben wird, erklärt sich Moskau dazu bereit, seine Streitkräfte abzuziehen. Es geht um fast 550.000 Soldaten. Die Sowjetunion muss Wohnungen für sie bauen, sie wieder in den Alltag integrieren. Dafür will sie Geld aus Bonn.

Die Verhandlungen hierüber sind festgefahren, und auch ein Telefonat zwischen Kohl und Gorbatschow am 7. September 1990 ist ergebnislos verlaufen. Nun unternehmen die beiden einen neuen Anlauf. Gorbatschow droht ziemlich unverblümt damit, die bevorstehende Unterzeichnung des **2+4-Vertrags** zu kippen, wenn Kohl ihm nicht entgegenkommt.

### Kohl und Gorbatschow einigen sich

Die Bundesrepublik hat der Sowjetunion elf bis zwölf Milliarden D-Mark angeboten, Gorbatschow will mehr: 15 bis 16 Milliarden. Der Betrag sei "das Ergebnis seines langen Ringens in der Regierung, mit Militärs und Finanzexperten", so der sowjetische Präsident. Lasse sich diese Summe nicht erreichen, müsse man "alle Themen praktisch komplett von Anfang an neu erörtern".

Am Ende bleibt es zwar bei zwölf Milliarden, aber Kohl legt noch einen zinslosen Kredit von drei Milliarden drauf. Gorbatschow stimmt zu. So könne man das Problem lösen, sagt er.

Drei Tage später, am 13. September 1990, teilt Bundesfinanzminister Theo Waigel bei einer Pressekonferenz in Bonn die Details mit: Von den zwölf Milliarden D-Mark sind 7,8 Milliarden für den Bau von Wohnraum für Soldaten vorgesehen, drei Milliarden für den Unterhalt der sowjetischen Truppen von 1991 bis zum Abzug Ende 1994, ein Milliarde für die Transportkosten. Der zusätzliche Kredit von drei Milliarden habe eine Laufzeit von fünf Jahren.

### Die größte Truppenbewegung in Friedenszeiten

Mit ihrem Telefongespräch haben Kohl und Gorbatschow die Voraussetzungen für die größte Truppenbewegung geschaffen, die es je in Friedenszeiten gab. Die "Westgruppe der Truppen", wie die "Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" seit 1988 offiziell heißt, ist auf eine Fläche von der Größe des Saarlandes verteilt. Das Bundesvermögensamt zählt später 1.026 verschiedene Liegenschaften, darunter riesige Truppenübungsplätze.

Am 31. August 1994 ist der Abzug vertragsgemäß abgeschlossen. Als die deutschen Behörden die geräumten Kasernen, Flugplätze und Übungsgelände in Augenschein nehmen, bietet sich ihnen ein Bild des Grauens: Nahezu überall sind die Böden verseucht, vielerorts haben die Soldaten Munition zurückgelassen, sogar tonnenweise in einem Waldgebiet "entsorgt". Die Beseitigung der Hinterlassenschaften und Umweltschäden kostet den Bund weit über 200 Millionen Euro.

-> Zum Ereignis Die Kosten für den sowjetischen Truppenabzug auf der Webseite

## Unterzeichnung des 2+4-Vertrags

12. September 1990: Die Außenminister der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen in Moskau den "Zwei-plus-Vier-Vertrag". Er sichert dem wiedervereinten Deutschland volle Souveränität zu.

### Der internationale Rahmen für die Wiedervereinigung

Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion, verzichten mit dem Vertrag auf ihre Rechte an und in Deutschland. Damit steht der staatlichen Einheit Deutschlands nichts mehr im Wege.

Der Vertrag kommt einer Sensation gleich. Das Ende der Vier-Mächte-Verantwortung für Berlin und Deutschland als Ganzes ist für die meisten Menschen eine genauso große Überraschung wie der Mauerfall und die zügige Wiedervereinigung. 1945 hatten die Alliierten das "**Potsdamer Abkommen**" geschlossen. Durch die Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 war dieses Abkommen nicht aufgehoben, es galt fort.

Vor allem den Menschen in West-Berlin war das die ganze Zeit bewusst – von der Verantwortung der Westmächte für die West-Berliner Sektoren hing ihre Freiheit ab. Im Bewusstsein und im Alltag der Westdeutschen spielten die Rechte der Alliierten dagegen so gut wie keine Rolle; manche wunderten sich nur, weshalb es beispielsweise im westfälischen Bünde immer noch eine sowjetische Militärmission gab.

### Das Problem: die Bündnisfrage

Die Verhandlungen über den **2+4-Vertrag** haben sich schwierig gestaltet. Die Westmächte fordern, das wiedervereinigte Deutschland müsse Nato-Mitglied bleiben. Doch Moskau tut sich damit schwer. Erst nach einem Gespräch von Bundeskanzler Helmut Kohl mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im **Kaukasus** gibt es grünes Licht.

In Artikel 6 des Vertrages heißt es: "Das Recht des vereinten Deutschland, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt."

Zu den Vertragsinhalten gehören auch diese Punkte: Die Bundesrepublik Deutschland garantiert die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, stimmt einer Reduzierung ihrer Streitkräfte zu und verzichtet auf ABC-Waffen.

-> Zum Ereignis Unterzeichnung des 2+4-Vertrags auf der Webseite

## Eine neue Basis für die Beziehungen zu Moskau

13. September 1990: Außenminister Hans-Dietrich Genscher und sein sowjetischer Amtskollege Eduard Schewardnadse zeichnen einen Vertrag ab, der Deutschlands Verhältnis zur Sowjetunion auf eine neue Basis stellt. Er geht weit über die bisherigen Abkommen hinaus.

### Gewaltverzicht und Zusammenarbeit

Der "Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit", wie er offiziell heißt, hat für beide Staaten herausragende Bedeutung; Moskau spricht deshalb sogar vom "Großen Vertrag".

Nach den Jahrzehnten des Kalten Krieges verpflichten sich die Vertragspartner, sich der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten, Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen "und keine ihrer Waffen jemals an[zu]wenden, es sei denn zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung".

"Sollte", so weiter, "eine der beiden Seiten zum Gegenstand eines Angriffs werden, so wird die andere Seite dem Angreifer keine militärische Hilfe oder sonstigen Beistand leisten."

### **Bekanntnis zu Menschenrechten und Selbstbestimmungsrecht**

Bis vor kurzem unvorstellbar auch dieser Passus in Artikel 1: "Sie [die Vertragspartner] stellen den Menschen mit seiner Würde und mit seinen Rechten, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik. Sie bekräftigen das Recht aller Völker und Staaten, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten."

Welche Dimension diese Vereinbarungen für die ehemalige Vormacht des Ostblocks hat, macht dieser Satz deutlich: "Das ist die Charta unseres Lebens beim Übergang ins nächste Jahrtausend", sagt der sowjetische Außenminister Schewardnadse bei der Paraphierung.

### **Ostberlin sitzt nicht am Tisch**

Den Vertrag haben Bonn und Moskau ohne Beteiligung Ostberlins ausgehandelt, denn er soll für das wiedervereinigte Deutschland gelten. Die Unterzeichnung findet exakt ein Jahr nach dem Mauerfall, am 9. November 1990 statt – bei einem Besuch des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im wiedervereinigten Deutschland. Im März 1991 wird der Vertrag ratifiziert.

-> [Zum Ereignis Eine neue Basis für die Beziehungen zu Moskau auf der Webseite](#)

## **Zustimmung zum Einigungsvertrag**

20. September 1990: Bundestag und Volkskammer stimmen dem fast 1.000 Seiten starken Einigungsvertrag zu. Er bestimmt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes zum 3. Oktober 1990.

### **Vertrag regelt viele Details – auch die Hauptstadtfrage**

Der Einigungsvertrag regelt den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland – und widmet sich in neun großen Kapiteln zahlreichen Detailfragen, die dieser Beitritt aufwirft: von "beitrittsbedingten Änderungen des Grundgesetzes" über Verwaltungs-, Finanz- und Vermögensangelegenheiten bis hin zu Medien und Kultur. Der Vertrag überträgt das Sozialrecht auf die neuen Länder. Und er regelt auch die Sitzverteilung im Bundesrat.

Artikel 1 Absatz 2 lautet: "Hauptstadt Deutschlands ist Berlin. Die Frage des Sitzes von Parlament und Regierung wird nach der Herstellung der Einheit Deutschlands entschieden." 1991 verlegt der Deutsche Bundestag den Regierungs- und Parlamentssitz nach Berlin.

### **Neue Präambel des Grundgesetzes**

Am deutlichsten wird der historische Wandel in der Präambel des Grundgesetzes. Der Einigungsvertrag legt folgende Formulierung fest: "Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk."

Bis dahin hieß es in der Präambel: "Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden."

### **Breite Mehrheit in beiden Parlamenten**

Für den Einigungsvertrag stimmen 442 Bundestagsabgeordnete von 492. Von 380 Volkskammerabgeordneten stimmen 299 für den Vertrag. Der Bundesrat stimmt dem Einigungsvertrag einstimmig zu.

-> [Zum Ereignis Zustimmung zum Einigungsvertrag auf der Webseite](#)

## **DDR tritt aus dem Warschauer Pakt aus**

24. September 1990: 35 Jahre nach Inkrafttreten des Warschauer Pakts tritt die DDR wieder aus – ein Schritt zur weltpolitischen Veränderung am Ende des Kalten Krieges.

### **Auflösung der Nationalen Volksarmee**

Rainer Eppelmann als DDR-Minister für Abrüstung und Verteidigung und der Oberkommandierende des Warschauer Pakts, Armeegeneral Pjotr Luschet, unterzeichnen in Ostberlin ein Protokoll, in dem der Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt erklärt wird. Das **Protokoll** regelt in sechs Artikeln die Abwicklung der Nationalen Volksarmee, der Armee der DDR.

Nur wenige Tage später wird die Volksarmee tatsächlich aufgelöst – **einen Tag vor dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland**.

### **Deutschland in zwei Bündnissen**

Auf die rigorose Machtpolitik des sowjetischen Präsidenten Josef Stalin in den ost- und mitteleuropäischen Staaten und seinen Expansionsdrang in andere Weltteile reagierte der Westen 1949 mit der Gründung der Nordatlantischen Verteidigungsorganisation (Nato). 1955 trat die Bundesrepublik diesem Bündnis bei. Die DDR, die mit der „Kasernierten Volkspolizei“ schon seit 1952 wieder über bewaffnete Streitkräfte verfügte, war 1955 Gründungsmitglied des „Warschauer Pakts“, des Militärbündnisses der kommunistischen Staaten unter Führung der Sowjetunion.

### **Ende des Kalten Krieges**

Mit dem nahenden Ende der DDR ist langsam auch ein Ende des Kalten Krieges in Sicht. Die Perestrojka-Politik des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zeigt Wirkung.

Mit der sowjetischen Zustimmung zur Wiedervereinigung beginnen auch die anderen Mitgliedstaaten auf eine Beendigung des Warschauer Pakts zu drängen. Mit der Auflösung des Ostblocks endet das Bündnis 1991.

-> [Zum Ereignis DDR tritt aus dem Warschauer Pakt aus auf der Webseite](#)

## **„Deutschlandvertrag“ soll außer Kraft treten**

27. September 1990: Wenige Tage nach dem Austritt der DDR aus dem Warschauer Pakt soll bald auch der „Deutschlandvertrag“ der Geschichte angehören – so vereinbaren es die Westmächte mit der Bundesrepublik.

## Mehr Souveränität für die Bundesrepublik

„Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“, so lautet der eigentliche Titel. Gebräuchlich war aber die prägnante Bezeichnung „Deutschlandvertrag“. Unterzeichnet wurde der völkerrechtliche Vertrag 1952 von den drei westlichen Alliierten – Frankreich, Großbritannien, USA – und der Bundesrepublik Deutschland.

Er räumte den Westmächten zwar weiterhin besatzungsrechtliche Vorbehalte ein, löste gleichzeitig aber den Besatzungsstatus ab, der bis dahin galt, und gab der Bundesrepublik „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“. 1955 trat er in leicht abgeänderter Fassung in Kraft. Für den Westen endete damit die unmittelbare Nachkriegszeit.

## Volle Souveränität für das vereinte Deutschland

Erst im Jahr der Wiedervereinigung geben die Westmächte komplett ihre Rechte über „Deutschland als Ganzes und Berlin“ komplett auf.

In einer **Vereinbarung** vom 27. und 28. September wird festgehalten, dass der Deutschlandvertrag nach Unterzeichnung des **2+4-Vertrages** außer Kraft treten soll. So geschieht es am **1. Oktober**: Deutschland erhält seine volle Souveränität zurück. Ein wichtiges Zeichen in der Anfangsphase des gesamtdeutschen Vereinigungsprozesses.

Endgültig endet die Truppenstationierung am 1. August 1994 mit dem Abzug der letzten Sowjettruppen aus Berlin.

-> Zum Ereignis „Deutschlandvertrag“ soll außer Kraft treten auf der Webseite

## Deutschland erhält volle Souveränität

1. Oktober 1990: In New York unterzeichnen die Außenminister des „Zwei-plus-Vier“-Prozesses eine Erklärung, mit der die Vorbehaltsrechte der Alliierten ausgesetzt werden. Dadurch erhält Deutschland bereits vor Inkrafttreten des Zwei-plus-Vier-Vertrages seine volle Souveränität.

### Aussetzung der Viermächte-Rechte

Die Außenminister James Baker (USA), Roland Dumas (Frankreich), Douglas Hurd (Großbritannien) und Eduard Schewardnadse (UdSSR) setzen am Rande des KSZE-Treffens in New York ihre Unterschrift unter das entscheidende Papier: die „**Erklärung** zur Aussetzung der Wirksamkeit der Vier-Mächte-Rechte und –Verantwortlichkeiten“. Die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs suspendieren damit ihre alliierten Vorbehaltsrechte.

Dieser Schritt nimmt die zentrale Regelung des **2+4-Vertrages** vorweg. Den haben die sechs beteiligten Staaten zwar am 12. September unterschrieben, in Kraft treten kann er allerdings erst, wenn ihn alle ratifiziert haben. Dieser Prozess zieht sich bis März 1991 hin.

Die Außenminister erklären deshalb jetzt schon, dass „die Wirksamkeit ihrer Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes [...] ausgesetzt wird.“ Die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR, vertreten durch Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Bildungsminister Hans-Joachim Meyer, nehmen mit ihrer Unterschrift diese Erklärung zur Kenntnis.

### Anfängliche Unsicherheit ist passé

Noch wenige Monate vorher waren Unsicherheit und Besorgnis unter den Siegermächten groß. Kurz nach der Maueröffnung hielt der französische Präsident Francois Mitterrand eine deutsche Wiedervereinigung für

eine „rechtliche und politische Unmöglichkeit“. Auch die britische Seite zeigte sich skeptisch. Premierministerin Margaret Thatcher glaubte: „Ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig.“ Die USA hingegen betrachteten einen derartigen Schritt von Anfang an durchaus positiv – vorausgesetzt, er vollziehe sich im Einklang mit den Interessen der vier Siegermächte und der zwischenstaatlichen Beziehungen.

Nach und nach schaffte es Bundeskanzler Helmut Kohl, die Bedenken der Siegermächte zu verringern. Frankreich stand alsbald der Deutschen Einheit offen gegenüber, nachdem sich Deutschland zu einer Vertiefung der europäischen Integration verpflichtet hatte. Umfangreiche Zusicherungen in Richtung Moskau ließen auch dort die Vorbehalte schmelzen. Die politische Entwicklung in Richtung Einheit nahm schnell Fahrt auf.

Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die im Mai 1990 begannen, bildeten einen Rahmen, in dem Frankreich, Großbritannien, die USA und die Sowjetunion zu vertrauensvollen Verhandlungen mit der Bundesrepublik und der DDR zusammenkamen. In ihren vier Treffen verhandelten die sechs Staaten die äußeren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, wie Grenzfragen, Bündniszugehörigkeit oder Truppenstärke.

-> [Zum Ereignis Deutschland erhält volle Souveränität auf der Webseite](#)

## DDR-Volkskammer löst sich auf

2. Oktober 1990: Wenige Stunden vor der Deutschen Einheit tagt die Volkskammer zum letzten Mal – ohne eine Spur von Wehmut, trotz der kurzen Amtszeit von 181 Tagen.

### Einheit in Freiheit

Bei der letzten Sitzung der Volkskammer in Ostberlin verabschiedet sich das erste und einzige frei gewählte Parlament der DDR. Sprecher aller Fraktionen würdigen die Arbeit des Parlaments: 181 Tage arbeitete die Volkskammer daran mit, den Weg in die Deutsche Einheit zu ebnen – mit Erfolg.

DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière wendet sich in einer **Fernsehansprache** an die Bevölkerung: „In wenigen Stunden tritt die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Wir Deutschen erreichen die Einheit in Freiheit. ... Ich glaube, wir alle haben Grund, uns zu freuen und dankbar zu sein.“

Auch für Bundeskanzler Helmut Kohl ist dieser Augenblick einer der glücklichsten in seinem Leben, wie er in an diesem historischen Tag in einer **Ansprache** bekennt: „In wenigen Stunden wird ein Traum Wirklichkeit.“

### Herausforderungen für das vereinte Deutschland

Trotz Euphorie: Mit der Vereinigung allein ist es nicht getan – da sind sich alle einig.

Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl betont in ihrer Abschiedsrede: „Morgen wird die staatliche Einheit vollendet. Mit der Einheit in unseren Köpfen und Herzen stehen wir jedoch noch am Anfang unseres Vereinigungsprozesses. Viel Geduld und Einfühlungsvermögen auf beiden Seiten werden notwendig sein, damit keine Seite Schaden nimmt.“

Es warten soziale, wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen auf das vereinte Deutschland. Doch die wollen und können gelöst werden – „nicht über Nacht, aber jedoch in einer überschaubaren Zeit“, verspricht Kohl.



## Die Einheit einläuten

Die Auflösung weiterer DDR-Institutionen geschieht noch am selben Tag: Die ständigen Vertretungen in Ostberlin und Bonn schließen, die diplomatischen Beziehungen der DDR werden beendet, die Nationale Volksarmee wird aufgelöst.

Um 21.00 Uhr beginnt mit Beethovens 9. Symphonie im Berliner Schauspielhaus der Festakt zur Vereinigung, das „Fest der Einheit“. Niemand möchte sich das historische Ereignis entgehen lassen. Gäste aus Ost und West reisen an. Vor dem Reichstag in Berlin versammeln sich Hunderttausende, um die offizielle Vereinigung mitzerleben. Fernsehstationen aus aller Welt positionieren sich. Alle warten auf **Mitternacht**.

-> Zum Ereignis **DDR-Volkskammer löst sich auf** auf der [Webseite](#)

## Die Einheit ist Wirklichkeit

3. Oktober 1990: Hunderttausende Berliner, Gäste sowie die höchsten Vertreter der Bundesrepublik Deutschland und der DDR feiern am Berliner Reichstag Deutschlands Wiedervereinigung. Um Mitternacht erklingt die Freiheitsglocke – die Teilung des Landes ist endlich beendet.

### In Frieden und Freiheit

Zu den Klängen der Freiheitsglocke wird an einem großen Fahnenmast vor dem Reichstag die Bundesflagge gehisst. "In freier Selbstbestimmung wollen wir die Einheit und Freiheit Deutschlands vollenden", ruft Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Menschen auf. "Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen."

Die Deutsche Einheit ist Wirklichkeit – durch die Friedliche Revolution, demokratische Entscheidungen und vertragliche Übereinkünfte.

Als der Zeiger der Uhr auf 0:00 Uhr springt, tritt der Einigungsvertrag in Kraft. Von dieser Sekunde an gilt das Grundgesetz auch in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und ganz Berlin. Und das ganze, jetzt ungeteilte, Berlin ist die Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands; Bonn muss auf seinen Titel "Bundeshauptstadt" verzichten und wird "Bundesstadt".

### Deutschland will dem Frieden dienen

Bundeskanzler Helmut Kohl richtet eine Botschaft an die Regierungen in aller Welt: "Unser Land will mit seiner wiedergewonnenen Freiheit dem Frieden in der Welt dienen und die Einigung Europas voranbringen."

Viele glückliche Menschen feiern in Berlin bis in die frühen Morgenstunden. Das für viele Menschen schmerzhafteste Kapitel der deutschen Geschichte – die Teilung Deutschlands – ist überwunden.

### Geschichte ist Kompass für die Zukunft

Bereits am 4. Oktober konstituiert sich der Deutsche Bundestag. In einer **Regierungserklärung** beschreibt Bundeskanzler Kohl die Grundsätze der ersten gesamtdeutschen Regierung.

Die Politik der Bundesregierung werde geprägt sein vom Bewusstsein für die deutsche Geschichte in allen ihren Teilen und der daraus folgenden Verantwortung, sagt Kohl. "Nur wer seine Herkunft kennt, hat einen Kompass für die Zukunft."

-> Zum Ereignis **Die Einheit ist Wirklichkeit** auf der [Webseite](#)